

STADTARCHIV  
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

38





B e r i c h t  
über die Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig in deren Sitzung am 14. Juli  
1921.

-----

Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1921/22.
2. Aufnahme einer Anleihe von 5,5 Millionen Mark zur Bestreitung der Baukostenzuschüsse.
3. Beihilfe an Bedürftige zum Milchankauf.  
Hiermit verbunden der Antrag Böhm, betreffend den Preis der Milch für Minderbemittelte.
4. Verlängerung des Wasserhauptrohrs in der Kälberwiese.
5. Beschaffung von Ventilen (System Schoene) für eine Maschine des Abwässerpumpwerks.
6. Zuschuß an das Altersheim Bethanien aus der Jüdelstiftung.



7. Neuregelung der Teuerungsbeihilfe für städtische Ruhelohnempfänger, Witwen und Waisen.
8. Zahlung einer Beihilfe an den Kindergarten Petrihof aus der Jüdelstiftung.
9. Zahlung einer Beihilfe an das Schwesternhaus vom Roten Kreuz.
10. Verkauf von Baustellen auf der Charlottenhöhe.
11. Erhöhung der Schlachthausgebühren.
12. Beschaffung von Wassermessern.
13. Legung einer Wasserleitung auf dem Rieselgute Steinhof.
14. Anderweite Regelung der Bezüge von Hinterbliebenen städtischer Beamten und Lehrer.
15. Anlage einer Blitzschutzvorrichtung auf dem Rieselgute Steinhof.

-----

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister  
R e t e m e y e r , Stadtrat von F r a n k e n -  
b e r g , Stadtbaurat G e b e n s l e b e n ,

Rechts-

Rechtsanwalt P h i l i p p s , sowie die Stadträte  
B u r g o l d , P i n n o w , Dr. R e i c h e ,  
R ü t e r .

Es fehlen die Stadtverordneten Dietermann,  
Jahns, Sauerbier, Dr. Schultze.

---

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die  
Sitzung.

Es ist eingereicht eine Eingabe des Aus-  
schusses für Volksbildung, betreffend die Einrich-  
tung einer Kultur-Filmbühne für Schule und Öffent-  
lichkeit. Eine gleiche Eingabe ist an den Rat der  
Stadt gegangen, und wir warten deshalb dessen  
Stellungnahme ab.

Ferner ist eine Eingabe eingegangen, die un-  
~~ter~~zeichnet ist vom Ausschuß der Nachtschutzmann-  
schaft: Wegener, Spintig. Der Ausschuß bittet um  
eine Nachprüfung der Lohnsätze und Erhöhung dersel-  
ben. Es müßte dieses Schreiben an die Lohndeputa-  
tion

tion überwiesen werden; das können wir nicht machen. Ich überweise es deshalb dem Rat der Stadt und dessen Stellungnahme warten wir ab.

Ein Dringlichkeitsantrag ist eingegangen von Herrn Nessenius. Der Antrag ist genügend unterstützt und lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln der durch die jüngsten Ereignisse bewiesenen Unsicherheit in hiesiger Stadt zu steuern.“

Wir werden nachher darüber sprechen.

Außerdem hat Frau Böhm einen Antrag gestellt, der folgendermaßen lautet:

„Ich stelle den Antrag, die Milch zu halben Preisen abzugeben, an diejenigen, deren Steuereinkommen 16000 M nicht übersteigt.“

Frau Böhm wird den Antrag nachher begründen.

Herr Gartung und verschiedene andere Herren  
haben

haben folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat um Aufhebung des städtischen Fleischverkaufs in der Markthalle.“

Herr Gartung wird den Antrag nachher ebenfalls begründen.

Meine Herrschaften! Wir haben heute eine sehr reiche Tagesordnung. Es liegt sicher in unser aller Wunsch, endlich einmal eine längere Pause in der Abhaltung von Sitzungen eintreten zu sehen, und deshalb wollen wir uns bemühen, die ganze Tagesordnung heute zu erledigen. Wir können das dadurch ermöglichen, daß wir uns beschränken in der Aussprache sowohl wie in der Stellung von Anträgen.

Herr Dr. Jasper ist wohl so freundlich und setzt sein Referat über die heute an der Reihe befindlichen Kapitel des Stadthaushaltsplanes fort.

1. Fortsetzung der Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1921/22.

Kapitel XV.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Das Kapitel XV handelt von der Kranken- und Armenpflege; die erste Abteilung über das Städtische Pflege- Armen- und Krankenhaus und die zweite Abteilung über sonstige Fürsorge für Kranke und Arme.

Der Ausschuß hat die Ansätze im allgemeinen für richtig befunden und stellt keinen formellen Antrag dazu. Ich habe aber darauf hinzuweisen, daß eine gewisse Unstimmigkeit zur Sprache gekommen ist hinsichtlich der Zahl der Beamten, die in diesem Verwaltungszweige beschäftigt sind: Die Angaben in dem Voranschlage selber weichen etwas von der Zusammenstellung auf Seite 4 des Begleitschreibens ab. Wir haben uns aber im Ausschuß dahin geeinigt, daß die Zahl der Beamten in dem Umfange bestehen

bleiben

bleiben könnte, wie sie durch besondere Beschlüsse der städtischen Behörden gedeckt ist, und daß durch abweichende Angaben im Haushaltsplane keine Vermehrung irgendwelcher Art bewilligt sein soll. Es wurde erklärt, daß diese Abweichung zum Teil darauf zurückzuführen sein könnte, daß der Bestand der in den einzelnen Büros tätigen Damen und Herren dadurch wechselt, daß je nach der Arbeitslast in den einzelnen Abteilungen die Beamten zur Aushilfe aus der einen Abteilung nach der anderen versetzt würden. Wir einigten uns dahin, daß der gesamte Verwaltungsbetrieb des Rates als eine wirtschaftliche Einheit angesehen werden sollte und es sollte aus wirtschaftlichen Gründen nur als begrüßenswert angesehen werden, daß - anstatt Hilfskräfte heranzuziehen - die Beamten bei wechselnder Arbeitslast sich in den einzelnen Büros gegenseitig aushelfen. Es würde dadurch vermieden, daß auch nur vorübergehend mehr Stellen vorhanden sind, als Beamte

voll

voll beschäftigt sein würden. Mit dieser Maßgabe empfiehlt der Ausschuß diesem Voranschlage zuzustimmen.

V o r s i t z e n d e r : Frau Graf hat zu diesem Kapitel zwei Anträge gestellt, die sie so freundlich sein wird, jetzt zu begründen.  
Die Anträge lauten:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Sätze für die laufende Armenunterstützung für die Erwachsenen von 60 M auf 100 M,

und für Kinder von 20 auf 40 M zu erhöhen, ferner den Satz von 20 M, der als Einkommen auf die Unterstützung nicht angerechnet werden darf, auf 50 M festzusetzen.

Der zweite Antrag heißt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Summe von 200 M, die für einstweilige Unterbringung obdachloser hiesiger Einwohner und für sonstige Aufwendungen im Voranschlage eingesetzt ist, auf 1000 M zu erhöhen.“



Stadtv. Frau G r a f : Meine Damen und Herren!  
Ich glaube, daß mir erlaubt ist, erst einmal zur  
Armenpflege in allgemeinen ein paar Worte zu sagen.  
Das Kapitel Armenpflege gehört zu denjenigen Ka-  
piteln, denen in der heutigen Zeit die größte  
Bedeutung beigelegt werden muß, und zwar aus dem  
einfachen Grunde, weil weite Kreise der Bevölke-  
rung, die in ihrem Leben nie daran gedacht haben,  
daß es ihnen je passieren könnte, in große Not  
zu kommen, jetzt der öffentlichen Armenpflege doch  
anheimfallen. Die meisten von ihnen sind nicht  
Schuld an ihrem Malheur. Wenn ich sage „die meisten“,  
so gebe ich damit zu, daß es leider auch einen klei-  
nen Teil unter den der Armenpflege Anheimgefallenen  
gibt, die nicht das Pflichtgefühl in sich getragen  
haben, daß sie unter Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte  
zur Erhaltung der menschlichen Gesellschaft mit bei-  
tragen müssen. Aber diese Pflichtvergessenen finden wir  
nicht allein in den Kreisen der Besitzlosen, sondern

sir

wir finden sie noch in weit größerer Anzahl in den Reihen derer, die zu den Wählern der rechtsstehenden Seite gehören; ich meine diejenigen, die soviel Geld haben, daß sie, wenn sie am Morgen aufstehen, sagen können: „Guten Morgen, Feierabend!“, denen ihre Kapitalien so viel Profit einbringen - natürlich unter Ausnutzung fremder Arbeitskraft - daß sie selbst ein Leben in Glanz und Herrlichkeit führen können, ohne selbst ein Glied dabei rühren zu brauchen. Meine Fraktion steht mit mir auf dem Standpunkt, daß jene ebenfalls als Schmarotzer am Volksganzen zu betrachten sind, weil sie ihre Kräfte nicht ausnutzen zur Erhaltung der Allgemeinheit, nur mit dem Unterschied, daß sie wirtschaftlich die Macht haben und infolgedessen auch die politische Macht und daß sie die bestehenden Gesetze und die Justiz für ihre Zwecke noch ausnutzen können. Deshalb müssen wir aber verlangen, daß denjenigen, die nicht zu den Bevorrechtigten in der Welt gehö-

rer,

ren, die aber auch bedürftig sind, eine solche Unterstützung gezahlt wird, daß sie ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen können. Die heutigen Unterstützungssätze - für Erwachsene 60 M und für Kinder 20 M - sind als gänzlich unzureichend zu betrachten. Wenn wir bedenken, daß in den früheren Jahren für Erwachsene 12 M und für Kinder 6 M gezahlt wurde, daß aber die Lebenshaltung im allgemeinen, ganz gering gerechnet, um das Zehnfache gestiegen ist, die Armenunterstützung für Erwachsene auf 60 M und für Kinder auf 20 M, für die Ersteren also um das Fünffache, bei den Letzteren nicht einmal um soviel, so können wir ersehen, daß sich die Armen bedeutend schlechter stehen als früher. Wenn wir ferner bedenken, daß die notwendigsten Lebensmittel jetzt immer noch im Steigen begriffen sind, daß alle Versprechungen, die uns für das Niedertreten des freien Handels gemacht sind, nicht zutreffen, so ist es klar, daß dadurch die Not der

Armen

Armen immer größer wird. Infolgedessen müssen wir dafür eintreten, daß die Unterstützungssätze erhöht werden. Ich weise auf das Beispiel Hannovers hin, dort zahlt man heute für die Erwachsenen 120 M im Monat - mein Antrag verlangt, daß für die Erwachsenen 60 M gezahlt wird und für die Kinder 40 M. Ich glaube, daß ich nicht nötig habe, ihn noch länger zu begründen. Jeder von Ihnen kennt die Teuerung und wird sich sagen müssen, daß man mit den Armenunterstützungen, die jetzt noch gezahlt werden, unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr auskommen kann. Die Summe, wie sie im diesjährigen Etat eingesetzt ist, beweist, daß man auch diesmal wieder ziemlich sparsam bei der Unterstützung der Armen zu Werke gehen will. Es ist bedauerlich, daß die Armenunterstützung noch nicht auf die tragfähigeren Schultern des Staates übernommen worden ist, denn die Gemeinden sind infolge ihrer geringen Einnahme gar nicht in der Lage, die Bedürftigen so unterstüt-

zen

zen können, wie es unbedingt nötig ist, selbst wenn man sich zu dem Standpunkt bequemen wollte, daß jedem Menschen doch ein Existenzminimum gesichert sein müßte. Die schlechte Finanzlage der Stadt und der Standpunkt, daß von einem Existenzminimum keine Rede sein kann, das sind die Ursachen, daß man den Armen heute noch eine solch geringe Unterstützung zahlt. Wenn wir schließlich auch alle auf dem Standpunkt stehen, daß wir in der heutigen Zeit sparsam sein müssen, so soll man nicht gerade an diesem Orte sparen, denn dieser Platz ist der falsche. Man soll nicht da sparen, wo in Wirklichkeit ~~ist~~ nichts mehr ist, wo man nichts mehr nehmen kann, sondern hier müßte etwas mehr gegeben werden. Ich möchte Sie deshalb bitten, dem Antrage, den ich gestellt habe, zuzustimmen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Meine geehrten Herrschaften! Ich widerstehe mit Rücksicht auf die Bitte, die der Herr Vorsitzende ausgesprochen hat, der Versuchung, der verehrten Vorrednerin auf das politische Gebiet zu folgen. Für mich handelt es sich hier auch nicht um eine politische Angelegenheit, sondern um eine Fürsorgeangelegenheit in des Wortes weitgehendster Bedeutung. Ich erkenne die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit eine Erhöhung der Armenunterstützungssätze eintreten zu lassen, in Hinsicht auf die leider bevorstehende und unvermeidliche Brotverteuerung vollkommen an. In welchem Umfange diese Maßregel zweckmäßig sein wird, möchte aber doch besser in diesem Augenblick noch nicht entschieden werden, da sowie so in üblicher Weise der Rat der Stadt den verehrten Herrschaften darüber eine Vorlage machen wird, nachdem wir im Schoße der Armendirektion - der auch Frau

Graf

Graf als Mitglied angehört - gemeinsam mit den Vorstehern der Armenbezirke die Frage erörtert haben werden. Ich würde es deshalb für angebracht halten, wenn die Versammlung, ohne sich an Zahlen zu binden, einen allgemein gefaßten Antrag des Inhalts annehmen wollte, daß der Rat ersucht wird, eine angemessene Erhöhung der Armenunterstützungssätze in Aussicht zu nehmen. Ich trage kein Bedenken, zu erklären, daß ich den dahingehenden Wunsch der Frau Graf für berechtigt halte, aber den nicht anrechnungsfähigen Satz des Verdienstes der Frau, die Ernährerinnen sind, herauf/zusetzen auf 40 - 50 M., das möge späteren Tagen der Beschlußfassung überlassen bleiben. Uns leitete bei der Festsetzung eines Satzes dafür die Rücksicht darauf, daß wir einen möglichst großen Ansporn den fleißigen Frauen geben wollten, Verdienst zu suchen. Durch diesen Teil des Antrages der Frau Graf oder durch eine ähnliche Fassung wird sich wohl auch etwas Derartiges erreichen.

erreichen lassen. Sodann hat es mich etwas erstaunt, aus dem Munde einer Frau, die jedenfalls die städtischen Selbstverwaltung genauer kennen gelernt hat, einen Notschrei zu hören des Inhalts: es wäre erwünscht, daß ausgerechnet der Staat die Armenpflege den Gemeinden abnehmen solle. Ich glaube, meine verehrten Herrschaften, die städtischen Behörden in Braunschweig und in vielen anderen Städten ebenso wie die Behörden in den kleinsten Dörfern werden es sich nicht nehmen lassen wollen, diesen wichtigen Zweig ihrer Selbstverwaltung, die Fürsorge für Arme und Hilfsbedürftige selber durchzuführen im innigsten Zusammenhange mit der uns anvertrauten Wohnungsfürsorge, Gesundheitsfürsorge, Jugendfürsorge, sittliche<sub>n</sub> Fürsorge und ähnliche<sub>n</sub> Maßnahmen, die, wenn man die Armenpflege den Staatsbehörden übertragen wollte, zu einer Zersplitterung und einem schädlichen Neben- und Gegeneinanderarbeiten führen würde. So gut es Frau Graf es auch meinen mag, so

ist



ist die von ihr vertretene Theorie doch grau,  
und der grüne Baum des Lebens ist mir lieber.

Wenn es mir gestattet ist, zu dem zweiten,  
von Frau Graf noch nicht begründeten Antrage gleich  
jetzt ein paar Worte zu sagen, so möchte ich  
der Ansicht Ausdruck geben, daß ich diesen Antrag  
nicht für unbedingt notwendig halte. Die Armenver-  
waltung hat Freiheit genug, um in der einen oder  
anderen Richtung eine Überschreitung stattfinden  
zu lassen; niemals <sup>sind</sup> ~~ist~~ uns von den Stadtverordneten,  
wenn wir in der Beziehung über die Mittel des  
Haushaltsplanes hinausgegangen sind, ernsthafte Vor-  
würfe gemacht worden. Die ausgesetzten 200 M für  
Unterbringung hiesiger abdachloser Einwohner und  
für ähnliche Zwecke werden höchst wahrscheinlich  
~~Überschreitunge~~ überschritten werden, aber ich glau-  
be nicht, daß wir deswegen nötig haben, das kunst-  
volle Gebäude des Voranschlages dadurch zu beein-  
trächtigen, daß eine andere Summe ~~angesetzt~~ wird.

wird. Das müßte die anderen Zahlen dann wieder verändern. Es wird den in dieser Hinsicht Bedürftigen nichts verkürzt werden, auch wenn die 200 M im Haushaltsplane stehen/bleiben.

V o r s i t z e n d e r . Ich mache darauf aufmerksam, daß es sich in den Anträgen um 4 Punkte handelt:

Die Unterstützungssätze sollen erhöht werden von 60 auf 100 M, von 20 auf 40 M, der Satz von 20 M, der als Einkommen nicht angerechnet werden darf, soll auf 50 M erhöht werden, und schließlich sollen auf Seite 273 für die zeitweilige Unterbringung Obdachloser statt 200 M 1000M eingesetzt werden. Frau Graf hat das Recht, zu beantragen, daß diese Vorschläge geprüft werden, und das kann am besten im Ausschuß geschehen. Hier können wir uns <sup>von</sup> jeder finanziellen Wirkung kaum unterrichten, und darum liegt es wohl im Wunsche der Frau Graf, wenn dieser Anträge der Finanzkommission überwiesen werden.

Stadt v. Frau G r a f : Ich hatte angenommen, daß es noch Zeit hätte, meinen zweiten Antrag zu begründen, wenn Abteilung II dieses Kapitel zur Beratung gestellt wird; da aber Herr Stadtrat von Frankenberg schon über diesen Antrag gesprochen hat, so kann ich ihn wohl gleich begründen. Ich finde die hier eingestellte Summe sehr gering und möchte gerade bei diesem Punkte noch einmal mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß der Rat der Stadt sich gerade den Bayrischen Hof ausgesucht hat, um Obdachlose unterzubringen. Jeder von Ihnen, der den Bayrischen Hof kennt, wird mit mir der Meinung sein, daß dies der ungeeignetste Platz im Vergleich zu allen anderen ist. Ich wohne in der Nähe des Bayrischen Hofes und möchte, daß ein jeder von Ihnen einmal darunter so zu leiden gehabt hätte, wie das mir geschehen ist. Selbst Sonntags abends noch betteln sich die dort Unterkunft Suchenden Geld zusammen, das sie im Bayrischen Hof brauchen. Früh morgens

kommen

kommen sie und wollen einen Schluck Kaffee trinken, wollen Frühstück haben. Verderblich ist es, daß der Rat dort im Bayrischen Hofe ganze Familien untergebracht hat, auch Kinder; es ist dabei nicht zu vermeiden, daß die Kinder mit Elementen zusammenkommen, die nicht die besten sind. Ferner möchte ich erwähnen, daß vor längerer Zeit ein Antrag der Polizeidirektion an die Armenverwaltung gestellt worden ist, daß alle diejenigen, die aufgegriffen worden sind und die Nacht <sup>im</sup> ~~dem~~ Haftlokal haben zu bringen müssen, morgens, wenn sie entlassen werden, eine Tasse Kaffee gewährt werden möchte. Ich für mein Teil habe diesen Wunsch für sehr gut befunden und hätte es gern gesehen, wenn dementsprechend gehandelt worden wäre. Aber leider ist man - und ich nehme an, daß hier ein bißchen Sparsamkeit mitspricht - dazu übergegangen, nicht gleich an Ort und Stelle den Kaffee auszugeben, sondern der Betreffende soll sich erst hier im Rathause melden

und

und eine Marke abholen, auf die er den Kaffee an irgend einer Stelle bekommt. Ich glaube, daß dann die meisten dieser Leute, statt daß sie zum Rathause gehen und eine Kaffeemarke holen, die Einwohner in der Nachbarschaft belästigen. Es mögen manchmal welche darunter sein, die sich am anderen Morgen schämen, daß es ihnen passieren konnte, daß sie über Nacht im Haftlokal untergebracht worden sind, und die froh sind, daß sie keiner kennt. Es ist ein großer Teil unter diesen Leuten, die wirklich aus Not nicht wissen, wohin sie gehen können und denen es eine Wohltat ist, wenn sie morgens eine Tasse Kaffee und eine Scheibe Brot bekommen. Gerade mit für diese Zwecke hatte ich die Verwendung der Summe von 1000 M gedacht. Ich glaube, wenn diese Summe hier bewilligt wird, dann wird Herr Stadtrat von Frankenberg dazu übergehen, daß er denjenigen, die frühmorgens wieder entlassen werden, eine Tasse Kaffee an Ort und Stelle zukommen läßt.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Ich bin mit den Vorschlägen des Herrn Vorsitzenden einverstanden, daß die beiden Anträge einem Ausschuß überwiesen werden. Es wird sich dann Gelegenheit bieten, mehr auf die Sache einzugehen. Ich darf noch bemerken es handelt sich bei dem von Frau Graf ~~E~~rwähnten

keineswegs um eine Sparsamkeitsmaßregel der Armendirektion, sondern um die grundsätzliche Frage: Wer hat für die Obdachlosen zu sorgen, wir oder die Polizeidirektion?

*Der Vorsitzende überweist die beiden Anträge dem Finanzausschuß.*



Stadt v. T o s t m a n n : Meine Damen und Herren! Ich hätte in betreff dieses Kapitels den Wunsch, daß in dem nächstjährigen Etat das Wort „Armenpflege“ nicht wieder erscheinen möchte. Es berührt die Betroffenen, die gezwungen sind, diese Unterstützungen in Anspruch zu nehmen, das Wort Armenpflege unangenehm, und es wäre besser statt dessen „Städtische Fürsorge“ zu sagen oder in sonst einer anderen Weise die Sache zu bezeichnen. Soweit ich unterrichtet bin, besteht in unserer Nachbarstadt Hannover keine Armenpflege, wenigstens wird sie nicht so benannt, sondern ~~es~~ als Städtische Fürsorge bezeichnet. Gleichzeitig hätte ich den Wunsch, daß die Armendirektion mehr auf die alten Armenunterstützungsempfänger Rücksicht nimmt. Wir wissen alle, daß sie nicht von den paar Mark, die sie als Armenunterstützung bekommen, leben können, und es kommt vor, daß alte Unterstützungsempfänger sich einige Mark zu verdienen, doch gewöhnlich

bringt

bringt das nicht viel, aber auf Grund der Bestimmungen wird der Verdienst zur Hälfte in Anrechnung gebracht, also von der Armenunterstützung abgezogen. Ich möchte bitten, daß die Armendirektion in dieser Beziehung die größte Rücksicht walten läßt. In den meisten Fällen sorgen die Kinder der alten Leute nicht für sie, können auch nicht für sie sorgen, und zurücklegen haben die Alten auch nichts können; sie sind angewiesen auf die paar Mark Groschen, die sie zuverdienen.

Stadtrat von Frankenberg: Die Ausführungen des Herrn Tostmann, der längere Jahre Armenpfleger gewesen ist und seit kurzem das Amt eines Armenbezirksvorstehers versieht, haben gewiß Anspruch auf volle Beachtung. Was seinen ersten Wunsch betrifft, so darf ich darauf hinweisen, daß der Sprachgebrauch der Reichs- wie der Landesgesetzgebung durchaus für den Weitergebrauch des Wortes Armenpflege spricht. Es ist mir nicht unbekannt, daß es andere Städte, wie z. B. auch Magdeburg, gibt, die aus der Armendirektion ein Wohlfahrtsamt oder ein Fürsorgeamt gemacht haben und so ein einheitliches Wohlfahrtsamt gebildet haben. Es läßt sich das selbstverständlich in vielen Beziehungen rechtfertigen, aber auf der anderen Seite hat es manches für sich, eine Scheidelinie zu haben, die nach Möglichkeit feststellt und abgrenzt, <sup>was</sup> ~~wo~~ <sup>einerseits zur</sup> ~~die~~ <sup>gehört</sup> Armenpflege, die Gewährung von Vorschuß bedeutet, der von dem Betreffenden, wenn er einmal dazu

in

in der Lage ist, oder von seinen Angehörigen, wenn sie die Unterhaltspflicht haben und zahlungsfähig sind, zurückerstattet werden muß, und <sup>andererseits zu</sup> (denjenigen, was von uns schenkweise durch Stiftungen und Fürsorgeeinrichtungen gegeben wird. Vor allen Dingen würde es zweckmäßig sein, mit der anderen Benennung zu warten, bis die Braunschweigische Städteordnung damit den Anfang macht; dann müßten wir ja mit unseren Satzungen nachfolgen. Immerhin müßte nicht außer acht bleiben, daß Verwechselungen mit der Fürsorge vermieden werden müssen, mit der Waisenflege usw.

Voll und ganz bin ich mit Herrn Tostmann einverstanden, wenn er wünscht, daß in der Armenpflege auf die alten Leute besondere Rücksicht genommen wird. Wir tun das schon insofern, als wir die Altersrente, die durch die Teuerungszulagen erhöht sind, nur in halber Höhe anrechnen; es gibt Städte,  
die

die sie rücksichtslos in voller Höhe zur Anrechnung bringen. Außerdem wissen die Herrschaften, daß wir eine große Reihe von Legaten und Stiftungen haben, deren Auszahlungen in erster Linie den alten Leuten sowohl wegen der Bestimmungen der Erblasser wie auch durch die Handhabung der Stiftungsvorstände zugute kommen. Auch ist die Armendirektion imstande, von Fall zu Fall wegen Anrechnung des Verdienstes nach Prüfung der Lage gewisse Zugeständnisse zu machen. Das Wichtigste hierbei aber, was mir der Unterstützung aller der Herrschaften wert zu sein scheint, ist, dafür zu sorgen, daß die alten Leute von ihren Kindern gemäß deren Unterhaltspflicht erhalten werden und auf diese Weise, so/weit es möglich ist, der Notwendigkeit und bitteren Aufgabe entrückt werden, die Armenpflege in Anspruch zu nehmen.

Stadt. Dr. J a s p e r : Ich möchte mir zum Schluß der Besprechung dieses Kapitels noch zwei kurze Bemerkungen erlauben. Zunächst möchte ich persönlich die Erklärung des Herrn Stadtrat von Frankenberg zurückweisen, daß die Ausführungen des Herrn Kollegen Tostmann nur deshalb zu beachten wären, weil er Armenpfleger gewesen ist und jetzt Bezirksvorsteher. Ich glaube, wir haben allen Anlaß, zu wünschen, daß auch die Worte aller Stadtverordneten, die die hervorgehobenen Eigenschaften nicht haben, vom Räte eine gewisse Beachtung finden.

Eine zweite persönliche Bemerkung soll mein Erstaunen darüber ausdrücken, die Anträge der Frau Kollegin Graf hier zu hören, von der mir bekannt ist, daß sie Mitglied der Armendirektion ist. Ich wundere mich darüber, daß dieselben Anträge, die Frau Graf in der Armendirektion gestellt haben wird, nicht zur Geltung gekommen sind, wo doch Herr Stadtrat von Frankenberg sich dafür ausgesprochen hat.

Es

Es ist aber auch möglich, daß die Anträge in der Armendirektion nicht vorgetragen sind. (Zuruf). Wenn das zutrifft, so würde ich das rein organisatorisch bedauern. Es ist immer richtig, die Anträge an der Stelle vorzubringen, an der sie am wirksamsten sind und wo sie unmittelbar und sachkundig erledigt werden können.

Im übrigen möchte ich für den Ausschuß erklären, wie wir die einzelnen Kapitel behandelt haben. Wir haben unsere Aufgabe im allgemeinen so aufgefaßt, daß wir im wesentlichen nachzuprüfen haben, ob unter den gegebenen Verhältnissen den Satzungen entsprechend, die wir mit dem Rat gemeinschaftlich beschlossen haben, die Sätze gerechtfertigt sind und der sonstigen wirtschaftlichen Lage entsprechen. Wir haben, besonders da die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages drängte, davon abgesehen, die Etatberatung zum Anlaß zu nehmen, ~~also~~ all das in ihm <sup>st</sup>stehende von Grund aus zu prüfen, ob in

dieser

dieser oder jener Beziehung diese oder jene Änderung notwendig sein würde. Wir haben ja enge Fühlung mit dem Rat, alle vierzehn Tage kommen wir zusammen, so daß wir meinen, nicht notwendig zu haben, derartige Änderungsvorschläge gerade bei der Beratung des Etats vorbringen zu sollen. Wenn dieses zunächst eine Rechtfertigung für den Ausschuß sein woll, so habe ich es auch hervorgehoben, weil das den Wünschen des Herrn Vorsitzenden für die Weiterberatung des Etats dienlich sein könnte.

Zu Kapitel 15 habe ich zu bemerken, daß der Ausschuß in vollem Umfange den Vorschlägen, die dort gemacht sind, beitrifft, obwohl nicht zu verkennen ist, daß inzwischen schon einige Änderungen eingetreten sind durch gemeinschaftliche Beschlüsse, die diese Ansätze überholt haben. Formelle Änderungen in dieser Beziehung sind aber nicht notwendig. Daß hier wie sonst bei den Betrieben nach der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung Unstimmigkeiten möglich sind,



sind, habe ich bei der <sup>leidenden</sup> ~~eingehenden~~ Aussprache schon bemerkt; es wiederholt sich das bei den einzelnen Kapiteln immer wieder.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Ich darf Herrn Dr. Jasper erwidern, daß ich selbstverständlich, wie das ja meine Gepflogenheit immer gewesen ist, jedem Stadtverordneten volles Verständnis für die Bedeutung seiner Ausführung entgegenbringe, daß ich es aber in diesem Falle für richtig gehalten habe, die Eigenschaft des Herrn Tostmann als Armenpfleger und Armenbezirksvorsteher besonders zu unterstreichen, weil man ihm deshalb in der Tat eine größere Sachkunde beilegen muß.

*Kapitel XV wird von der Versammlung genehmigt.*

*Kapitel XVI.*

*Ohne Ausführungen des Herrn Referenten. Der  
Vorsitzende verliest die Zahlen des Abschlusses.*

Stadt v. L e h n e r t : Ich habe eine Bemerkung zu diesem Kapitel Gesundheitswesen zu machen, und zwar bezüglich der auf Seite 280 aufgeführten Desinfektionsanstalt. Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen, mehr wie bisher darauf zu achten, <sup>daß</sup> die Desinfektion zur Anwendung kommt, namentlich in den Schulen. Es ist leider festzustellen, daß ein großer Teil der Kinder mit Krätze behaftet sind und daß ihnen nicht die nötige Pflege zu teil wird - an wem das liegt, entzieht sich meiner Kenntnis. Es sind mir von einwandfreien Personen Fälle mitgeteilt, aus denen hervorgeht, daß hierauf wenig acht gegeben ist. Ich möchte bitten, daß auch seitens der Schulärzte, zu deren Amtsgebiet es gehört, darauf zu achten, etwas mehr Augenmerk darauf gelegt wird, daß die Desinfektion mehr eingreift.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Da ich meinen Kollegen Schaper heute nur vertrete, kann ich auf diese Angelegenheit, die ~~mir~~ mehr zum Unterrichtswesen gehört, nur mit ein paar Worten eingehen. Ich empfehle dringend, wenn derartige Fälle vorkommen, sich nicht auf eine allgemeine Kritik zu beschränken, wie es Herr Lehnert getan hat, sondern den einzelnen Fall bei der Schulpflegerin oder dem Klassenlehrer zur Sprache zu bringen, damit er nachgeprüft werden kann. Wir sind, seitdem wir die Entlausungsanstalt und derartige Einrichtungen ausgebaut haben, aufs eifrigste bemüht, der Verunreinigung durch Ungeziefer entgegenzuarbeiten. Es liegt auf der Hand, daß, wenn wir bei einem Kinde die Verunreinigung bekämpfen, dadurch sehr viel dazu beitragen <sup>wird</sup> ~~werden~~, daß andere Kinder nicht gleichfalls ergriffen werden.

Stadtv. Fräulein W o l t e r s : Ich möchte  
bemerken, daß wir einen Ausschuß für Gesundheits-  
wesen haben - auch ich gehöre dem an - und daß dieser  
in der ganzen Zeit nicht einmal zusammenberufen  
ist. Das wäre doch sicher einmal angebracht gewesen,  
und ich möchte fragen: Wer ist der Einberufer dieses  
Ausschusses?

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Dem Wunsche der Vorrednerin werde ich gern entsprechen. Wir haben inzwischen dadurch, daß wir das Städtische Wohlfahrtsamt geschaffen haben, eine fortgesetzt im laufenden Betriebe arbeitende und mit <sup>reichem</sup> ~~Reichem~~ Personal ausgestattete Körperschaft, die in wesentlicher Beziehung ähnliche Arbeiten, in mancher Beziehung noch weitergehende Arbeiten auszuführen hat, als der nur beratende Gesundheitsausschuß in der Lage ist. Da Fräulein Wolters beiden Körperschaften angehört, wird sie sich in beiden Richtungen nützlich machen können. Es wird aber in allernächster Zeit genug Stoff vorliegen, um den Gesundheitsausschuß aus seinem sanften Schlummer zu wecken.



Stadt v. S t e i n e r t: Bei der Generaldebatte in der vorigen Sitzung wurde von meinem Parteifreunde Stegmann wie von Herrn Stadtrat von Frankenberg die Desinfektion berührt und von Herrn Stadtrat von Frankenberg erklärt, daß es nicht möglich wäre, die Desinfektion ganz frei auszuführen, weil sich das durch das Zusammenwirken mit dem Staat verbietet. Deshalb möchte ich nun darum bitten, daß wenigstens die Einkommensgrenze, von welcher an die der Desinfektionsbeitrag frei ist, so hoch wie möglich geschraubt wird, denn gerade durch die beitragsfreie Desinfektion wird es möglich sein, auf dem Gebiete der Gesundheitspflege um einen großen Teil vorwärts schreiten zu können. - Noch um eins möchte ich bitten. Wir haben in der letzten Sitzung der Baddeputation über die Frage der Errichtung des Hallenbades gesprochen, und ich möchte hier den Wunsch vorbringen, daß der Bau dieses Bades möglichst bald vor sich gehen und möglichst schnell beendet

beendet wird. In bezug auf Hallenbäder steht Braunschweig unter allen größeren Städten am schlechtesten da. Die einzelnen Schwimmvereine und diejenigen, die sonst Interesse an einem Hallenbade haben, sind nicht in der Lage, im Winter hier in ein Hallenbad gehen zu können, aber Herr Bürgermeister M e y e r sagte doch, daß es absolut nicht möglich wäre, bis zum nächsten Winter das Hallenbad fertigzustellen.

Was die Frage der Schulärzte anbelangt, die mein Freund Lehnert schon berührt hat, so ist darüber schon in der Stadtverordnetenversammlung gesprochen worden, und es ist der Rat der Stadt ersucht, auf Anstellung von Schulärzten im Hauptamt Bedacht zu nehmen. Auch das ist eine Frage, die baldmöglichst geklärt werden muß. Bei fester Anstellung von Schulärzten werden solche Fälle, wie sie Herr Lehnert vorgebracht hat, nicht vorkommen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Ich darf dem Herrn Vorredner erwidern, daß es dem Rat gewiß erwünscht sein würde, wenn durch einen selbständigen Antrag im Laufe der nächsten Zeit die Stadtverordnetenversammlung Stellung zu der Frage nähme, bei welchem Einkommen die Grenze für die Befreiung von den Desinfektionskosten gesteckt werden sollte. Wir haben ursprünglich bei 1500 M Einkommen, dann bei 3000 M die Grenze dafür mit Zustimmung der geehrten Herrschaften abschneiden lassen, abgesehen von besonderen Fällen, wo über diese Grenze hinausgegangen werden durfte.

Auf die Frage des Hallenschwimmbades kann ich nicht weiter eingehen, da Herr Bürgermeister Meyer, in dessen Hand diese Angelegenheit ruht, verreist ist. Ich kann aber mitteilen, daß der Versammlung demnächst eine Vorlage darüber zugehen wird.

Ob wir fest angestellte Schulärzte haben, wie die Stadtverordnetenversammlung mit kleiner Mehrheit

---

heit beschlossen hat, oder ob die Schulärzte gegen Vergütung im Nebenamte tätig sein sollen, das hat mit der Frage nichts zu tun, ob in einem besonderen Falle, wie ihn Herr Lehnert erwähnte, ausreichend für die Kinder gesorgt ist. Wenn wir 4 oder 6 Schulärzte im Hauptamte hätten, würde die Möglichkeit der Vernachlässigung eines Kindes ebenso leicht eintreten können wie bei der Verteilung des Schularztamts auf eine größere Zahl von Personen. Da aber der Rat zu der Sache noch nicht Stellung genommen hat, will ich auf sie hier auch nicht weiter eingehen.

*Kapitel XVI wird von der Versammlung genehmigt.*

## Kapitel XVII.

Stadt. Dr. J a s p e r : Die geehrten Herrschaften werden finden, daß die Ausgaben für dieses Kapitel „Vereinszwecke“ erheblich gestiegen sind: 96000 M gegenüber 15000 M im Vorjahre. Das ist auf eine Umgruppierung des Haushaltsvoranschlags zurückzuführen. Sie finden jetzt in diesem Kapitel auch alle die Vereine aufgeführt, die früher aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen unterstützt wurden. Übrigens sind sachliche Änderungen nicht vorgekommen. Neu ist nur Ziffer 89, ein Zuschuß, dessen Zahlung schon früher einmal vorgesehen war, dann aber zeitweise geruht hatte. Weiter ist einem früheren Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung Rechnung getragen, in/dem unter Nummer 42 der Volkshalle der erhöhte Zuschuß in Aussicht gestellt ist. Über die Volkshalle hat im Ausschuß eine Aussprache stattgefunden, die kurz dahin zusammengefaßt

gefaßt

gefaßt werden kann, daß die Notlage des Vereins Volkslesehalle allseits anerkannt wurde, allseits die Bereitwilligkeit vorhanden war, der Lesehalle größere Mittel zur Verfügung zu stellen, daß man sich aber die letzte Entschliebung noch vorbehielt um eine Verständigung über die Höhe des Zuschusses unter den einzelnen Fraktionen zustande bringen zu können. Auch der Ausschuß ist im Prinzip für eine Unterstützung des Unternehmens, da es durchaus als gemeinnützig anerkannt wird.

Es war nur keine Klarheit ~~vorhanden~~ über die Höhe und den Umfang des Bedürfnisses nach einer Unterstützung zu erlangen, und im übrigen muß auch Rücksicht genommen werden auf die ganzen finanziellen Verhältnisse der Stadt.

Stadtrat **Von Frankenberg** : Ich darf bemerken, daß sich der Rat auf Antrag des Vorstandes des Vereins Volkslesehalle mit der Frage einer Erhöhung der städtischen Beihilfe von 40 000 M auf einen größeren Betrag beschäftigt. Wir haben Erkundigungen bei einer Anzahl von Städten darüber eingezogen, wie dort die Verhältnisse bezüglich einer Volkslesehalle und besonders einer städtischen Beihilfe liegen, und werden darnach den geehrten Herrschaften eine Vorlage zugehen lassen.



V o r s i t z e n d e r : Herr Gräf hat zu diesem Kapitel folgenden Antrag gestellt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die von seiten des Rates unter Kapitel XVII Nummer 2 (Seite 295) eingesetzte Summe von 10<sup>000</sup> M als Beihilfe an die Turn- und Sportvereine auf 20 000 M zu erhöhen.“

Sodann noch einen zweiten Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, der <sup>Freien</sup> ~~neuen~~ Turnerschaft Braunschweig das am Hopfengarten dem Waisenhaus gehörige Land nach Ablauf des Pachtvertrages mit dem jetzigen Pächter pachtweise zu überlassen.“

*Der zweite Antrag ist nicht mitzuberichten.*

**Stadtv. G r ä f : Meine Damen und Herren!**

Als Beihilfen für Turn- und Sportvereine sind im Stadthaushaltsplane 10 000 M ausgeworfen. Es ist allgemein anerkannt worden, daß der Rat der Stadt die im Vorjahre vorgesehene Summe von 5000 M auf 10 000 M erhöht hat, doch reicht auch diese Summe bei weitem nicht aus, um die annähernd 40 Vereine durch diese Mittel zu unterstützen. Die körperliche Erziehung der Jugend liegt besonders in den Händen dieser Vereine, und die Anforderungen, die an diese Art Vereine gestellt werden, sind so hoch, daß es nicht mehr möglich ist, mit den eingestellten Mitteln etwas zu erreichen. Wir haben uns vorgenommen, uns die körperliche Erziehung der Jugend ganz besonders am Herzen liegen zu lassen, wir befördern sie mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, aber aus den Mitgliedsbeiträgen sind nicht einmal die Kosten für Stellung der Geräte zu bestreiten, geschweige denn die Ausgaben zu erledigen, die

für

für den genannten Zweck in Frage kommen. Es kommt weiter in Betracht, daß die Nachwirkungen des Krieges gerade für den Nachwuchs des deutschen Volkes eine große Gefahr bilden. Lange noch wird in Deutschland mit einer unzureichenden Volksernährung zu rechnen sein; die Wohnungsverhältnisse, sowie die ganzen heutigen Verhältnisse drängen dazu, daß die Jugend aus dieser Notlage herausgebracht wird. Dafür springt nun auch die Stadt ein und setzt besondere Summen fest, doch ~~10~~ ist es nicht möglich, mit dem in Aussicht genommenen Betrage etwas ins Werk zu setzen. Andere Städte, z. B. Hannover, Bremen usw. haben für diesen Zweck 50 000 M ausgeworfen, und in Köln hat Oberbürgermeister Adenauer hervorgehoben, daß die Leibesübungen eine Gegenwirkung gegen die sittlichen Gefahren der heutigen Zeit bilden und daß den Bau von großzügigen angelegten Sportplätzen die Gemeinden sich angelegen lassen sollten. Für das Jahr 1921 hat die Stadt Köln 541000 (?) M für

Jugendpflege

Jugendpflege ausgeworfen und fast dieselbe Summe für Spiel und Sport. Hier wird anerkannt, daß man diese Bestrebungen unterstützen muß und besondere Spielplätze anlegen muß. In Braunschweig haben wir sehr wenig Spielplätze. Den Arbeitervereinen steht durchweg nur der Leonhardplatz und der kleine Exerzierplatz hierfür zur Verfügung, und diese reichen natürlich nicht aus, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Hier heißt es vor allen Dingen für die Stadt, einzuschreiten und Spielplätze zu schaffen. Ich weiß, daß in Aussicht genommen ist, Spielplätze draußen vor den Toren zu schaffen, doch dauert es noch lange, ehe das möglich sein wird. Es liegt ein passendes Gelände zu einem Spielplatze draußen am Hopfengarten, das dem Waisenhouse gehört, doch habe ich gehört, soll dieses Gelände vom Rat der Stadt zur Verfügung gestellt werden zur weiteren Verpachtung als Schrebergarten. Die Freie Turnerschaft hat durch mich den Antrag an die Stadtver-

ordneten-

ordnetenversammlung gestellt, dahin zu wirken, daß dieses Gelände der Freien Turnerschaft als Spielplatz zur Verfügung gestellt wird. Ich bitte, diesem Antrage stattzugeben und gleichfalls auch meinem anderen Antrage, betreffend die Erhöhung des Zuschusses von 10 000 auf 20 000 M zuzustimmen.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag, betreffend Einrichtung eines weiteren Spielplatzes, ist von mir nicht verlesen und hat mit der heutigen Verhandlung nichts zu tun; für 10000 M könnten wir auch keinen Spielplatz einrichten; ich will ihn nachher mit den übrigen Anträgen verlesen und Ihnen Gelegenheit geben, ihn zu begründen.

Stadtv. S t e g m a n n : So gern ich dem Wunsche des Herrn Berichterstatters nachkommen möchte und alles Unnötige beiseite lassen will, so glaube ich doch, daß bei diesem Kapitel, ~~der~~ das einen langen Speisezettel darstellt, einiges gesagt werden muß. Die Liste der hier in Betracht Gezogenen wird von Etat zu Etat länger; es ist ein buntes Bild, das sich uns hier darbietet. Alle möglichen Vereinigungen wirtschaftlichen, sozialen, geschichtlichen, wissenschaftlichen Charakters, dann Sportvereine, Wohltätigkeitsvereine usw., alle appellieren an die Stadt, um für sich ~~und ihre~~ Spiele etwas zu bekommen. Mir scheint es <sup>daß je länger</sup> gerade deshalb, weil die Liste immer größer wird, ~~als ob~~ <sup>es immer mehr Positionen darüber befinden, die gefürchtet eine Menge überflüssige Arbeit unterstützt werden</sup> ~~sein~~ <sup>müssen können.</sup> soll. (Manche der Vereinigungen sind nicht mehr zeitgemäß, und manche wirken heute in dieser Liste geradezu komisch, so daß ich der Meinung bin, daß diese Liste einer Revision unterzogen werden muß, be-

VOR

vor sie im nächsten Jahr wieder aufgestellt wird.

Ich greife einige von den aufgeführten Nummern heraus. Noch immer steht unter Nummer 1 die alte Zugabe an die Schützenvereine und zum Königsschießen. Diese Unterstützung gehört wirklich nicht mehr in unsere Zeit. Ich weiß wohl, daß es sich um eine alte Gerechtsame handelt, aber man sollte doch dahin streben, daß dieser Vertrag abgelöst wird und dieser Posten aus dem großstädtischen Etat verschwindet.

Dann die Nummern 4,7 und 25, wo Jahresbeiträge von 3 und 6 M angeführt sind: Das wirkt heutzutage lächerlich und macht mehr Schreiberei und Umstände, als die paar Mark wert sind. Auch diese könnten verschwinden.

Sodann die Nummer 17, die Ausgabe für den Deutschen Städtetag. Ich bin voll überzeugt, daß der Städtetag seine Bedeutung hat, besonders während der

Kriegs-



Kriegszeit gehabt hat, und auch jetzt, bei dem unglücklichen Ernährungswesen und dem heutigen Steuerwesen ist es nötig, daß die Vertreter der Städte zusammenkommen und Mittel ausfindig machen, wie die Städte <sup>Hilffsmitteln</sup> saniert werden können. Mir scheint aber bei der <sup>großen</sup> Zahl der deutschen Städte, <sup>da</sup> doch <sup>ganz</sup> alle unter ihnen, <sup>größten Teil auf dem</sup> auch die kleinen Städte im Städtetag vertreten sein werden und die Kosten jedenfalls im Umlageverfahren erhoben werden, <sup>also</sup> diese Summe von 5600 M viel zu hoch <sup>ist</sup> zu sein. Ich bitte um Auskunft darüber.

Weiter finde ich eine Summe von 75 M an die Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte. Wenn ich nicht irre, ist dieses eine neue Nummer in dieser Liste. Ich weiß nicht, welche Verdienste diese Vereinigung für die einzelnen Stadt hat, aber ich meine, die technischen Oberbeamten der Städte sind doch so gestellt, daß sie ihre Vereinsausgaben, wenn es nicht besondere Ausgaben für die Städte selbst sind, selber decken können und

des-

deswegen nicht an die Städte zu appellieren brauchen.  
ten.

*Fahres-*

Unter Nummer 23 steht: „~~Etat~~beitrag an die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 30 M.“  
Hat diese Gesellschaft in unserer heutigen Zeit überhaupt noch für einen Pfennig Wert? Ich glaube kaum. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nötig, daß etwas Großes geschaffen wird, daß der Arbeitslosigkeit im allgemeinen von Reich, Staat und Gemeinde gesteuert wird. Was will ein armseliger Verein dabei tun; seine Arbeit verschwindet doch vollständig!

Unter Nummer 54 ist der bekannte Verein mit dem hochtönenden Namen, der „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klasse“ mit 50 M vertreten. Man hat immer diesen Namen in den arbeitenden Klassen ~~überall~~ <sup>überall</sup> empfunden, und Bedeutung hat der Verein nicht gehabt. Auch dieser Verein ~~könnte~~ <sup>könnte</sup> aus dem Verzeichnis verschwinden.

Nummer

Nummer 61: Zuschuß an den Deutschen Verband für das kaufmännische Bildungswesen. Da möchte ich die Frage aufwerfen: Welche Bedeutung hat dieser Verein für das kaufmännische Unterrichtswesen jetzt, wo Staat und Gemeinde die Bildungsvermittlung für die kaufmännische Jugend <sup>in</sup> obligatorischen Schulen in die Hand genommen haben. Da können doch solche privaten Vereinigungen keinen Wert mehr haben. Ich bitte um Auskunft, ob dieser Verein etwas Nennenswertes für das kaufmännische Bildungswesen noch leistet.

Nummer 62: Zuschuß an den Evangelischen Verein für dessen Schriftenverbreitung, 75 M. Hier beantrage ich selbstverständlich Streichung dieses Postens. Was soll es in der heutigen Zeit bedeuten, wo die Trennung zwischen Staat und Kirche durchgeführt werden mußte - sie ist leider noch nicht durchgeführt, erst auf dem Wege dazu sind wir -, daß dieser Beitrag noch von der Stadt geleistet wird. Jedenfalls hat die

Gemeinde

Gemeinde keine Berechtigung, einzelnen Konfessionen besondere Zuschüsse zu leisten, und sei es auch kein hoher.

Nummer 65 verlangt 500 M für die freiwillige Kriegersanitätshauptkolonne vom Roten Kreuz und Nummer 66 300 M an die vereinigte freiwillige Kriegersanitätskolonne vom Roten Kreuz. Ich möchte fragen, ob diese Posten, die wohl aus der Kriegszeit stammen noch Bedeutung haben und notwendig sind. Ich bin darüber nicht unterrichtet, sonst möchte ich Streichung beantragen.

Unter Nummer 86 steht ein Zuschuß von 200 M an das Marienheim (Verein zum Wohle der Fabrikarbeiterinnen). Ich möchte auch hierbei anfragen, <sup>in</sup> ~~vor~~ die Tätigkeit dieses Vereins besteht. Soweit mir bekannt ist, soll dieser Verein sehr im Muckergeliste machen - ich kann das nicht untersuchen. Wenn das der Fall ist, würde dieser Posten auch zu streichen sein, denn derartige Vereine gehören nicht

mehr

mehr in die heutige Zeit und verdienen keine Unterstützung der städtischen Behörden.

Sodann finden wir unter 68 einen Zuschuß an den Deutschen Hilfsverein in Wien, unter 88 an den Hilfsverein Deutscher Reichsangehöriger in Prag, unter 19 einen Jahresbeitrag an den Landesverein für Heimatschutz und unter 20 an den ~~Kinder~~ Niederdeutschen Ausschuß für Heimatschutz in Hannover. Hier möchte ich fragen: Welche Bedeutung haben diese Vereine heutzutage, worin besteht ihre Tätigkeit und Hilfsbereitschaft, die sie den Deutschen leisten?

Sie sehen an diesen paar Nummern, die ich herausgegriffen habe, daß die lange Liste von 89 Nummern einer gründlichen Revision bedarf.

Nun noch ein Wort zu dem Punkte „Volkslesehalle.“ Herr Stadtrat von Frankenberg hat eben ausgeführt, daß nach einer Vorbesprechung der Rat den Stadtverordneten eine Vorlage über diesen Punkt machen will.

Ich

Ich bin trotzdem der Meinung, daß über diese Einstellung noch ein paar Worte am Platze sind. Ich finde es als verkehrt, daß die Volkslesehalle unter dem Kapitel „Vereinszwecke“ figuriert. Eine große Zahl der in diesem Kapitel „Vereinszwecke“ aufgeführten Sachen stand früher unter „Wohlfahrtseinrichtungen“. Ich bin der Meinung, daß die Volkslesehalle unter Kapitel XIII Bildungswesen oder XIV Kunst und Wissenschaft gehört, aber nicht unter dieses Sammelurium. Es ist Aufgabe der Stadt, derartige Institute zu unterhalten, nicht aber Aufgabe einer freiwilligen Vereinigung, die nicht vorwärts kommen kann. Die Volkslesehalle soll dazu dienen, eine Ergänzung und Förderung der Allgemeinbildung herbeizuführen, und das muß Aufgabe der Stadt sein. Ich will nicht auf die Geschichte der Gründung der Volkslesehalle eingehen. Es sind dabei von den städtischen Behörden die ersten Mittel gespendet, der verstorbene Kommerzienrat Jüdel hat 50 000 M

und

und der verstorbene Baurat Schoen 5000 M dafür hergegeben. Das ist die Grundlage dieser Vereinigung die sich jetzt in einer furchterlichen Notlage befindet. Seit Jahren arbeitet sie trotz aller Sparsamkeit mit einem Defizit; es ist so weit gekommen, daß nicht mehr auf die nötigsten Zeitschriften abonniert werden kann. Wenn das Berliner Tageblatt, ein Weltblatt, das in der Lesehalle seine Großstadt nicht fehlen darf, in der Braunschweiger Volkslesehalle nicht mehr gelesen werden kann und der Vorstand der Lesehalle überall Betteln gehen muß, so ist das einfach eine Schmach, und die Stadt kann das nicht länger so hingehen lassen. Ebenso groß ist die Schmach, daß nur auf Kosten der Bezüge der Angestellten die Anstalt erhalten werden kann; Hungerlöhne werden dort gezahlt. Wenn der Arbeiter der Leiter der Anstalt, ein wissenschaftliche gebildeter Herr, der das Zwei- und Dreifache verdienen könnte, jetzt noch 1200 M Gehalt bekommt, die erste Assistentin nach 10 1/2jähriger Tätigkeit 900 M, die

die zweite, die 9 Jahre dort tätig ist, 840 M,  
die dritte nach 7jähriger Tätigkeit 780 M und es in  
~~ist~~ ähnlicher Weise heruntergeht bis zu der Rein-  
machefrau, so ist es - wie das kürzlich in einer  
Versammlung der Volkslesehalle von rechts und links  
konstatziert worden ist - nur als eine Schmach zu  
bezeichnen, daß solch Hungerlöhne gezahlt werden.  
Die Lesehalle spart, wo sie kann. Um sich über  
Wasser zu halten, hat sie die Lesegebühr von 20 auf  
40 Pfennig erhöht, um dadurch etwas herauszuschla-  
gen. Die Folge davon wird sein, daß das Lesebedürf-  
nis zurückgedrängt wird und die Abgabe der Bücher  
zurückgeht. Kurz und gut, die Stadt muß hier eingrei-  
fen, und zwar energisch. Wenn die Vorlage kommen wird  
statt 40 000 M einen Zuschuß von 100 000 M zu be-  
willigen, dann möchte ich sie warm unterstützen  
und bitte auch Sie, für die Annahme einer solchen  
Vorlage einzutreten. Ich möchte dabei verweisen auf  
die Summen, die andere Großstädte für diesen Zweck  
ausgeben:



ausgeben:

Chemnitz	130000 M	Duisburg	404000 M,
Dortmund	561000 M,	Königsberg	107 000 M,
Magdeburg	248000 M,	Stettin	131 000 M,
Kreefeld	214000 M,	Essen	700 000 M,
Elberfeld	314000 M,	Leipzig	705 000 M,
Hamburg	1 128000 M,	Breslau	803 000 M.

Sie sehen daraus, was andere Städte für eine solche Einrichtung zahlen. Wenn der Einwand kommen sollte, daß wir hier die Städtische Bibliothek haben, so möchte ich schon von vorn herein bemerken, daß die Städtische Bibliothek einen anderen Zweck hat und einen anderen Charakter trägt, daß sie hauptsächlich <sup>wissenschaftliche</sup> ~~wissenschaftliche~~ Werke bietet, aber keine Volksliteratur, die der Allgemeinbildung dienen soll. Auch die braunschweigische Regierung ist wieder angegangen, um das Defizit der Volkslesehalle, das über 27 000 M beträgt, zu decken durch einen besonderen Zuschuß neben den 10 000 M, die die Regierung ~~sonst~~ schon bewilligt hat. Wenn das so

so weitergeht, dann steht die Volkslesehalle vor der Pleite. Aber die Stadt Braunschweig kann das Institut nicht eingehen lassen, sie wird es übernehmen müssen, und dann werden die Kosten noch ganz andere werden, so daß wir mit einem Zuschuß von 100 000 M nicht auskommen, wenn die dort Angestellten nach dem Beamtenbesoldungsstatut bezahlt werden und die Anschaffungen so gestaltet werden, wie sie erforderlich sind. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, dem Antrage des Vorstandes der Volkslesehalle unbedingt nachzukommen, daß 100000 M als Zuschuß der Stadt gewährt werden. Sie sind nötig, damit das Institut nicht verkümmert, sondern der Zeit entsprechend so ausgebaut wird, wie es sein muß.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Was den Antrag des Herrn Gräf betrifft, so bemerke ich, daß Herr Stadtrat Schaper, der diese Sache bearbeitet, im Urlaub weilt. Es dürfte sich empfehlen, daß Sie, wenn Sie dem Antrage überhaupt zustimmen, das in der Form tun: Die Summe hier bleibt stehen, aber es wird dem Rat der Stadt anheimgegeben, zu überlegen, ob sie erhöht werden kann. Es könnte allerdings auch von Ihnen beschlossen werden, diese eingestellte Summe abzulehnen und zu beantragen, 20 000 M dafür einzustellen, aber es wäre doch wünschenswert, daß dazu der Ratsdezernent gehört wird.

Zu dem zweiten Antrage des Herrn Gräf, das Feld am Hopfengarten in einen Spielplatz umzuwandeln, habe ich zu sagen, daß ~~es~~<sup>das</sup> ~~schon~~ kaum im Handumdrehen zu machen ist. Das Gelände gehört nicht dem Waisen-  
hause

hause allein, sondern halb der Magnikirche, und wenn es auch noch so notwendig ist, mehr Spielplätze zu schaffen, so würde ich es doch sehr bedauern, wenn dieses Gelände, das zur Gewinnung von Feld- und Gartenfrüchten ausgezeichnet verwandt werden kann, zum Spielplatze gemacht würde. ~~Daß~~<sup>Da</sup> es nötig ist, so nahe beim Leonhardplatze einen zweiten Spielplatz zu schaffen, ~~das~~ scheint mir zweifelhaft zu sein, und ich möchte die Frage aufwerfen, ob wir dazu nicht weiter hinausgehen wollen, wo das Gelände billiger zu erwerben ist.

Was die Wünsche des Herrn Stegmann betrifft, so haben wir absichtlich die Vereine, die früher ~~den~~ verschiedenen Stellen des Etats ~~verzeichnet~~ aufgeführt waren, in diesem Kapitel zusammengestellt um den Stadtverordneten vorzuführen, welche erhebliche Summe wir für Vereinszwecke zahlen. Nun mag es sein, daß verschiedene der Vereine aus dieser Liste gestrichen werden könnten, aber wenn wir alle die

von

von Herrn Stegmann erwähnten Vereine und deren Ziele hier besprechen wollten, dann kommen wir heute kaum über die Etatberatung hinweg (Sehr richtig!) Würde es nicht angängig sein, daß Sie beschlössen: Die aufgeführten Zuwendungen - abgesehen von dem für die Lesehalle ausgeworfenen Betrage - wollen wir mit der Einschränkung bewilligen, daß der Finanzausschuß nach einer nochmaligen Prüfung zustimmt. Im Finanzausschuß könnten wir dann über die einzelnen Punkte, von denen ~~hi~~ Herr Stegmann gesprochen hat, Auskunft geben - soweit uns das möglich ist, denn von manchen Vereinen haben wir in den letzten Jahren überhaupt nichts gehört, haben aber nicht geglaubt, daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß sie nicht mehr existieren oder nicht mehr wert wären, unterstützt zu werden. Es handelt sich bei den aufgeführten Posten~~en~~<sup>n</sup> auch um Beschlüsse der Stadtverordneten, die in früheren Jahren gefaßt sind und wir mußten annehmen, daß wir <sup>sie</sup> ~~es~~ einstellen sollen.

sollen, solange keine Einwendungen dagegen erfolgen.

Die Volkslesehalle ist allmählich zu einem Schmerzenskinde unserer Stadt geworden. Es ist ein Antrag von seiten des Vereinsvorstandes eingegangen, die Stadt möchte ihren Zuschuß auf 100000 M erhöhen, und es sind dabei die Zahlen angegeben, die auch ~~sich~~ Herr Stegmann genannt hat. Der Rat war durchaus geneigt, einer Erhöhung des Zuschusses zuzustimmen, aber wir haben geglaubt, weil in der Eingabe <sup>bei</sup> ~~über~~ anderen Städte<sup>n</sup> erheblich höhere Zuschußzahlen als ~~von~~ <sup>bei</sup> Braunschweig gemeldet wurden, erst Erkundigungen einziehen zu ~~sollen~~, ob in den anderen Städten die Lesehalle auch von seiten verschiedener Stiftungen und des Staates so unterstützt werden, wie es bei uns geschieht. Ich kann als bekannt voraussetzen, daß wir seitens der Jüdelstiftung seit mehreren Jahren der Lesehalle neben dem Zuschuß der Stadt noch erhebliche Zuschüsse bewilligt haben. Im übrigen wird ja den Stadtverordneten eine besondere

Vorlage

Vorlage zugehen, und es dürfte sich deshalb empfehlen, die Frage auf sich beruhen zu lassen, bis in nächster Zeit die Vorlage kommt.

Ob die Stadtverordnetenversammlung den Wunsch hat, die Lesehalle nicht in diesem Kapitel aufgeführt zu sehen, sondern beim Bildungswesen oder an anderer Stelle, das ist nicht von großer Bedeutung. Wenn es der Wunsch der Versammlung ist, sind wir gern bereit, den Betrag für die Volkslesehalle an einer anderen Stelle einzusetzen.

Stadt v. Sievers: Meine Damen und Herren! Der Kritik des Herrn Stegmann über den Wirrwarr von Vereinen, die in diesem Kapitel auftauchen, kann ich mich vollinhaltlich anschließen. Einige Worte gestatte ich mir noch über die Verhältnisse der Volkslesehalle. Meiner Meinung nach geht es nicht an, daß wir es so machen, wie der Herr Oberbürgermeister wünscht: Wir schieben die Sache hinaus, lassen den Voranschlag unverändert und werden später sehen, wie es mit dem Zuschuß zur Volkslesehalle kommt. Ich höre ja auch, daß Herr Stegmann seinen Antrag, den Zuschuß an den Verein Volkslesehalle auf 100 000 M zu erhöhen, aufrecht erhält, und daß Sie somit alle dazu Stellung nehmen müssen, ob Sie die Einrichtung der Lesehalle für eine solche halten, die unbedingt gestützt werden muß, oder ob Sie sie auf einen Rang setzen wollen mit all den Vereinen und Vereinenchen, die in diesem Kapitel aufgezählt sind. Die Lesehalle hat besonders in letzter Zeit mit einer Sparsamkeit gearbeitet, die an-



aner kennenswert ist, aber wenn sie noch eine Reihe von Jahren in dieser <sup>Weise</sup> ~~Zeit~~ fortwirtschaftet, so kann ihr das leicht zu ~~einem~~ großen Schaden ausarten. Wenn solch ein Institut fortdauernd an den Beamtengehältern spart, dann wird notwendigerweise früher oder später der Fall eintreten, daß die tüchtigsten Kräfte abwandern. Der Verein hat fortdauernd sparen müssen mit den Anschaffungen aus der Literatur, die in den letzten Jahren erschienen ist, und so werden wir später einmal, wenn keine Änderung darin eintritt, den Zeitpunkt eintreten sehen, wo gesagt werden muß: Aus 10 Jahren der schöngelstigen ~~die~~ wirtschaftlichen Literatur hat unsere Volkslesehalle nichts, weil es an Mitteln zur Anschaffung gefehlt hat. Dasselbe trifft hinsichtlich dessen zu, was an Reparaturen an den Büchern geleistet werden muß. Wenn dafür auf Jahre hinaus zu kleine Posten eingesetzt werden, um an Kosten auf allen Gebieten zu sparen, dann

haben

haben Sie als Erfolg nichts Anderes, als daß Sie in späteren Jahren um so energischer in den Beutel greifen müssen, um das Institut wieder auf die Höhe zu bringen. Ich zweifle nicht daran, daß niemand unter uns sein wird, der die Volksleschalle langsam einschlafen lassen will. Wir müssen diese Einrichtung halten und im städtischen Interesse liegt es, sie in ihrer jetzigen Form zu halten. Niemals kann die Stadt billiger fahren, als wenn sie diese 100 000 M Zuschuß gibt und aller weiteren Ausgaben damit enthoben ist. Die Ausgaben der Stadt würden wesentlich größer sein, wenn die Lesehalle von ihr übernommen werden müßte, weil der Verein Volksleschalle nicht mehr existenzfähig <sup>mehr</sup> ~~ist~~. Ich weise auf die Ausführungen hin, die wir am vorigen Donnerstag über die Zustände in der Städtischen Bibliothek und im Archiv gehört haben, die von allen Seiten gewürdigt sind und in denen festgestellt wurde, daß diese Einrichtungen nicht mehr mit den Summen leben können.

können, die in den Vorjahren für sie ausgegeben sind. Daraus muß man die Folgerung ziehen: Wenn wir für das Städtische Archiv und die Stadtbibliothek höhere Mittel eingesetzt haben aus der Erkenntnis heraus, daß das notwendig ist, um die Einrichtungen aufrecht zu erhalten, so müssen wir auch hier den teuren Zeitverhältnissen Rechnung tragen und eine Summe einsetzen, die es dem Verein Volkslesehalle möglich macht, das Institut überhaupt fortzuführen.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Ich möchte davor warnen, den Weg zu gehen, den die beiden Herren Vorredner, die Stadtverordneten Stegmann und Sievers angedeutet haben. Es wäre durchaus ungewöhnlich, wenn die geehrte Versammlung angesichts der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters und von meiner Seite, daß in der nächsten Zeit eine Vorlage wegen Erhöhung des Zuschusses für den Verein Volkslesehalle zu erwarten ist, mit einer gewissen Ungeduld uns zwingen wollte, die Vorlage beiseite zu setzen und jetzt schon die 100 000 M zu bewilligen. Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß wir mit drei verschiedenen bisher unbekannt GröÙen in dieser Sache zu rechnen haben. Wir wissen nicht, wie weit die Erhöhung der Lesegebühr sich wirksam zeigen wird, vor allen Dingen nicht, was seitens des Staates für das verflossene und für das laufende Jahr bewilligt werden wird, denn für das laufende Jahr ist bekanntlich der Staatshaushaltsplan noch nicht endgültig genehmigt. Und schließ-

schließlich wissen wir nicht, was der Lesehalle von anderer Seite zufließen wird. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die <sup>be-</sup>Gefreudigkeit in dieser Hinsicht sich wieder regen wird. Wenn man schon jetzt das volle Defizit stadtseitig deckt, dann liegt für den Staat und für persönliche Geber herzlich wenig Veranlassung vor, ihrerseits in die Tasche zu fassen. So sehr ich als langjähriges Vorstandsmitglied des Vereins Volkslesehalle mit Ihnen dieser gemeinnützigen Anstalt die beste Unterstützung wünsche, so möchte ich die geehrte Versammlung doch ersuchen, nicht jetzt schon Hals <sup>über</sup> und Kopf einen derartigen Beschluß zu fassen, wie er hier vorgetragen ist.

Stadtv. L e h n e r t : Schon im vorigen Jahre oder vor zwei Jahren wurde von meiner Seite Kritik darüber geübt, daß man immer noch gemäß dem alten Vertrage von 1858 für das Schützenwesen den altgewohnten Betrag einsetzt. Ich kann das nicht verstehen. Aber es scheint bei den Herrschaften der Spruch gang und gäbe zu sein : „Nehmen ist seliger als geben !“ und aus den Zeitverhältnissen scheinen sie nichts gelernt zu haben. Wenn man bedenkt, was für Einnahmen die Schützengesellschaft aus der Verpachtung des Schützenplatzes zieht, dann schlägt der Zuschuß der Stadt nicht mehr zu Buche. Was kann es die Allgemeinheit interessieren, wer Schützenkönig geworden ist, sei es mit der Büchse oder mit dem Pusterohr. Wünschen die Herrschaften Musik für ihr Königsschießen, dann mögen sie sie selber bezahlen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Rat endlich dazu übergeht, durch diesen

alten

alten Vertrag von 1858 einen Strich zu machen.

Unter Nr.74 finde ich einen Zuschuß eingesetzt, den ich in früheren Jahrgängen nicht gefunden habe : 500 M Zuschuß an den Verband Braunschweiger Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen für das „Genesungsheim“. Ich verstehe nicht, daß diese Krankenkassen an den Rat der Stadt herangehen und eine Beihilfe verlangen. Wenn sie nicht selber imstande sind, ein solches Genesungsheim zu unterhalten, dann mögen sie sich der Allgemeinheit anschließen, die ein wunderschönes Genesungsheim hat, das bedeutend besser und gesunder liegt als dieses hier. Die Betriebskrankenkassen haben gar kein Berechtigungs-dasein mehr; sie mögen sich an die Allgemeine Ortskrankenkasse anschließen, dann haben wir mit solchen Kleinigkeiten uns nicht zu beschäftigen. Ich möchte bitten, diesen Betrag für das nächste Jahr nicht wieder

ein-

einzusetzen.

Von den Herren Stegmann und Sievers ist schon dargelegt, daß es unbedingt nötig ist, den Betrag von 100 000 M für die Lesehalle zu bewilligen. Es mag recht unangenehm sein, wenn wir den Etat nicht in der vorgelegten Form zum Abschluß bringen. Aber wir haben ja schon am vergangenen Donnerstag gesehen, wie es bei Bibliotheken unbedingt nötig ist, den Zuschuß zu erhöhen, weil sie durch ~~das~~ die ganzen Jahre hindurch die teuren Anschaffungen nicht ~~haben~~ machen können. Wir haben genügend Herrschaften unter uns, die es wissen, was es heute kostet, ein Buch anzuschaffen. Da es der Lesehalle unmöglich ist, mit dem bisherigen Zuschuß auszukommen, bitte ich, dem Antrage des Herrn Stegmann zuzustimmen.



Stadtv. M u n t e : Ich möchte meine Ansicht in betreff der Lesehalle zum Ausdruck bringen, die dahin geht, daß der Rat bei seinen Erhebungen und Erwägungen alles in Betracht ziehen möge, was dazu dienen kann, der Volkslesehalle den gewünschten Betrag zu gewähren. Ich glaube nicht, daß im Hause irgendwelche Ablehnung deswegen erfolgen wird. Es ist auch nicht zu befürchten, daß die bisherigen Mitglieder des Vereins Volkslesehalle dann, wenn wir 100 000 M. Zuschuß gewähren, ihren Mitgliederbeitrag herabsetzen oder gar austreten, oder daß die Großindustrie, wenn sie günstige Abschlüsse gemacht haben auf die Bitte des Herrn Kron, ihm für die Lesehalle eine Summe aus ihrem reichen Gewinn zu übermitteln, sagen ~~wird~~ <sup>wird</sup> werden : Das ist nicht nötig, denn die Stadt gibt ja 100 000 M. Wie mir Herr Kron~~e~~ gesagt hat, sind mit 100 000 M. nicht die nötigen

Beträge

Beträge gedeckt. Herr Stadtrat Rüter hat ja die Verhältnisse der Volkslesehalle geprüft und hat feststellen müssen, daß die Gehälter den sog. tarifmäßigen, die in Volksbibliotheken üblich sind, sich nicht anpassen. Das kann auf die Dauer nicht gut gehen. Es ist schon darauf hingewiesen, daß sich unter solchen Umständen die tüchtigen Kräfte nicht halten lassen werden. Es ist ein wirkliches Studium für die nötig, die als Bibliothekarinnen in solchem Institut angestellt werden wollen, ein tiefes und teures Studium, und Herr Kron kann ohne solche Hilfe sein Amt nicht führen. Es ist auch nicht möglich, daß bei den Anschaffungen an Buchwerken und Zeitungen etwas gespart wird. Wenn die Berliner Zeitung nicht mehr gehalten werden kann, dann mögen auch noch viele andere Zeitungen heute in der Lesehalle fehlen, und dann ist es weit genug gekommen. Deshalb möge der

Rat

Rat die Sache so prüfen, daß die 100 000 M als Unterstützung gewährt werden, wofür er im Hause die volle Zustimmung finden würde, so schwer es für die Stadt auch ist, einen solchen Zuschuß herzugeben - das erkenne ich ohne weiteres an. Ob dann der Volkslesehalle die 100 000 M unter Kapitel Kunst und Wissenschaft oder für Vereinszwecke gewährt werden, das wird wohl gleich sein. Am besten würde diese Ausgabe wohl unter Kunst und Wissenschaft verbucht werden. Wir hatten früher eine Übersicht, in welchem Verhältnis sich die Verwendungen aus den einzelnen Kapiteln zu dem ganzen Etat der Stadt stellten. Wenn wir jetzt im ganzen für Kunst und Wissenschaft 234 000 M uns erlauben auszugeben und das in Prozenten ausdrücken wollten, dann kämen wir bei einem Etat von 58 Millionen Mark noch nicht einmal auf 1/2 %. Das ist reichlich ~~weg~~ wenig, und wenn wir

wir diesen Prozentsatz dadurch aufbessern könnten, daß wir die 100 000 M., die wir für die Lesehalle ausgeben, dem Kapitel Kunst und Wissenschaft zuschrieben, so würde das nach außen hin ganz gut sein.

In bezug auf die vielen einzelnen Vereine hat Herr Stegmann mit seinen Bemängelungen recht. Ich habe es aber so aufgefaßt, daß wir die Zuschüsse wohl in diesem Jahr noch bewilligen und bezahlen. Es ist doch so im Vereinsleben, daß man nicht mitten im Jahre austreten kann, ohne den Mitgliedsbeitrag gezahlt zu haben. Wir wollen also aus Anstandsrücksichten die 3 M noch hingeben, und auch die 75 M. So habe ich es auch gemacht bei vielen von den Vereinen, denen ich angehörte und schließlich den Beitrag nicht mehr aufbringen konnte. (Oho!) Ich bin schon aus ungefähr 20 Vereinen ausgetreten. So habe ich das auch

auf=

aufgefaßt, was Herr Stegmann wünscht, nicht aber, daß der Rat jetzt mit den 89 Nummern an die Finanzkommission sich wendet und seine Ansicht über jeden einzelnen Punkt hört. Für eine solche Sitzung möchte ich danken, dazu müßte man ja allein ein paar Tage lang sitzen. Vielleicht tritt aber der Rat im nächsten Jahre vor Aufstellung des Verzeichnisses an die Finanzkommission heran und ersucht um Auskunft, welche Vereine gestrichen werden sollen.

In bezug auf das, was mein Herr Nachbar über das Genesungsheim gesagt hat, bin ich nicht im klaren, ob er einen richtigen Angriff gegen die Ortskrankenkassen gemacht hat - die Allgemeine Ortskrankenkasse gehört doch sicher mit dazu. (Zuruf: Aber sie hat kein Genesungsheim). Das Genesungsheim ist doch das bei Wolfenbüttel (Widerspruch) und ist eine gute Einrichtung.

Andere

Andere Genesungsheime sind sehr stark besetzt; Wenn wir uns ein Genesungsheim ankaufen müßten, so kann ich mir kein besseres denken als das am Walde. Ob das in Grasleben besser ist, weiß ich nicht, aber Kranke gibt es außerordentlich viele, und wer heutzutage eine Operation durchmachen muß, wird meistens nicht so schnell wieder gesund wie früher, sodaß er ein Genesungsheim nötig hat.

Ich wollte noch dem Vorstand der Volkslesehalle meinen Dank aussprechen, daß der Betrieb der Lesehalle trotz der schlimmen Verhältnisse immer noch aufrecht erhalten wird. Herr Kron ist ja auch ein sehr tätiger und verständiger Mann, und ebenso Herr Dr. Bracke, der der Vorsitzende ist. Ich bin ja auch einmal mit im Vorstande der Lesehalle gewesen - Sie wissen ja, daß der 1. und 2. Vorsitzende der Stadtverordnetenver-

sammlung

sammlung mit zum Vorstande der Volkslesehalle gehört. Ich bin jetzt herausgekommen, weil ich hier bekanntlich einen heruntergekommen bin. Ich bin also nicht mehr in diesem Vorstande, und das hat mir in gewisser Beziehung leid getan, aber ich will damit nicht sagen, daß ich wieder in den Vorstand hineingewählt werden will, denn die Verhandlungen dort sind, da man immer wieder vor einem Nichts steht, derartig qualvoll, daß man die Lust zum Arbeiten dort beinahe verliert.

Stadtv. Dr. J a s p e r (Schlußwort zu diesem Kapitel): Hinsichtlich des Schützenfestes darf ich darauf hinweisen, daß zum Teil eine vertragliche Bindung zur Leistung des städtischen Beitrages vorliegt und es sich dabei nur um einen durchlaufenden Posten handelt. Daß diese Sache in früheren Jahren, speziell im Vorjahre als sozialpolitische Eigenheit im Rathaus von Herrn Lehnert oder seinen Freunden beanstandet wäre, trifft nicht zu. (Widerspruch.) Nein, ich habe eben die Niederschrift nachgesehen, es hat niemand von Ihnen das Wort dazu ergriffen.

Es ist nun ein Antrag von Herrn Gräf gestellt - der zweite Antrag, der von Herrn Gräf begründet worden ist, ist nach der Anordnung des Herrn Vorsitzenden bei Beratung dieses Planes nicht in Betracht zu ziehen, [könnte] höchstens als Begründung betrachtet und <sup>der Antrag</sup> mit einer Kommission überwiesen

(die Ausführungen des Herrn Gräf werden



werden. Der Antrag, <sup>aber</sup> der von dem Herrn Vorsitzenden als zu diesem Kapitel hinzugehörig gerechnet wird, ist nicht ausreichend geklärt, sodaß wir ihn heute nicht ~~a~~ verabschieden können. Ich möchte Herrn Gräf bitten, sich damit einverstanden zu erklären, daß dieser Erhöhungsantrag einem Ausschuß überwiesen wird, dann kann mit dem Dezernenten im Rate dieser Antrag sachlich behandelt werden; und das wird seine Tendenz in keiner Weise beeinträchtigen.

Soweit ich den Gang der Verhandlungen habe verfolgen können, liegt hinsichtlich der Volkshalle ein Antrag nicht vor. (Vorsitzender : Doch!) Aus den Worten des Herrn Stegmann habe ich nur gehört, daß er den Rat bitten wollte; ich faßte seine Worte so auf, daß er die Vorlage beeinflussen wollte, die in Aussicht gestellt war. Ein formeller Antrag war aber vom Herrn Vorsitzenden noch nicht angekündigt. (Vorsitzender: Ist

eben

eben eingereicht. ) Es ist nicht nur ein Gebot der Höflichkeit gegenüber dem Rat, sondern auch der Sachlichkeit und Klugheit, die Vorlage des Rates abzuwarten. Wir kommen sachlich in keiner Weise weiter, wenn wir unhöflich gegen den Rat sind und der Rat anders will als wir. <sup>a</sup> Denn wird ein sehr gesinnungstüchtiger Beschluß angenommen, ob er aber Gegenliebe beim Rat findet oder ob dieser Gegenvorstellungen macht und eine Gegenvorlage bringt, wissen wir nicht. Wir fördern die Sache also damit nicht. Nachdem von seiten des Rates und von allen Seiten des Hauses die grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Erhöhung des Zuschusses hervorgehoben ist, ist <sup>formell</sup> ~~sachlich~~ die Vorlage des Rates abzuwarten. Daß sachliche Schäden durch die Verzögerung, wenn wirklich in vier Wochen die Vorlage des Rates noch nicht eingegangen ist, entstehen würden, kann ich nicht

ein-

einsehen und empfehle im Gegensatz zu Herrn Sievers, daß der Herr Antragsteller seinen Antrag zurückzieht.

In formeller Beziehung ist bemängelt, daß diese Ausgaben für die Volkslesehalle unter den Ausgaben für Vereinszwecke aufgeführt ist. Nach dem Aufbau des Etats ist es durchaus berechtigt, daß sie hier steht, und eine Ehrenfrage daraus zu machen, scheint mir geschmacklos. Wir haben in Kapitel XIII die Ausgaben verzeichnet, die für unsere eigenen städtischen Anstalten unmittelbar aufgewandt werden. Hier handelt es sich formell um einen Verein, und formell hat auch Herr Sievers die Sache nicht beanstandet. Ich glaube, die Umstellung vorzunehmen, um für statistische Zwecke nachweisen zu können, daß man für Kunst und Wissenschaft etwas mehr ausgibt, ist nur Schönfärberei und ändert sachlich nichts.

Herr

Herr Stegmann hat die Ausgaben für Vereinszwecke im einzelnen aufgerollt und bemängelt. Es gleicht diese Liste in Kapitel XVII einer Wiese, in der schöne Blumen stehen, aber auch weniger angenehme zu finden sind. Ich möchte mich nicht auf dieser Wiese tummeln, darf aber wohl berichtigend bemerken, daß alle diese Beiträge und Zuschüsse, die aufgeführt sind, auf früheren übereinstimmenden Beschlüssen der städtischen Behörden beruhen - bis auf die letzte (Nr. 89), die zwar früher auch einmal gemeinsam bewilligt waren, aber eine Zeit lang aus technischen Gründen weggeblieben ist. Die Bewilligungen sind so gemacht, daß sie widerruflich jedes Jahr und bis auf weiteres im Voranschlag wieder erschienen. Damit hat der Rat eine vertragliche Bindung auf sich genommen und kann sie im Vereinsjahr nicht ohne weiteres beseitigen. Darauf hat ja auch

Herr

Herr Munte schon hingewiesen. Inwiefern das zutrifft bei den Vereinen, die Herr Stegmann jetzt gestrichen wissen will, das entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn wir vertraglich gebunden sein sollten, wird eine Streichung praktisch unwirksam sein, weil der Rat die gefaßten Beschlüsse von früher noch<sup>1</sup> ausführen müßte. Ich möchte, anknüpfend an die Anregung des Herrn Oberbürgermeisters, vorschlagen, diese Leporelloliste in der Weise zu <sup>be-</sup>vereinigen, daß wir diese Mittel nicht bewilligen wie andere Mittel, sondern zur Verfügung des Rates in Gemeinschaft mit dem Haushaltsausschuß. Soweit dann bei dieser Nachprüfung eine Bindung für dies Jahr festgestellt wird, werden die Mittel verausgabt werden müssen, soweit keine Bindung besteht, kann eine sachliche Nachprüfung und Einigung herbeigeführt werden.

Die

Die Arbeit ist nicht angenehm, sie muß aber einmal durchgeführt werden, wenn wir zu einer sachgemäßen Bereinigung dieser Angelegenheit kommen wollen. Wenn wir die Prüfung zurückstellen wollten bis zum nächsten Haushaltsplan, dann wären wir im nächsten Jahr in derselben Lage wie gegenwärtig. Es scheint mir diese Anregung des Herrn V Oberbürgermeisters ganz in dem Sinne der Debatte zu liegen, wie sie eben gepflogen ist : Bewilligen zur Verfügung des Rates in Gemeinschaft mit dem Haushaltsausschuß.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Die 40 000 M für die Lesehalle könnten schon jetzt ausscheiden. Wenn der Verein Volkslesehalle in Verlegenheit kommen sollte, könnten wir ihm ja einen Teilbetrag zur Verfügung stellen.

V o r s i t z e n d e r : Zu Punkt 2 hat Herr Gräf den Antrag eingebracht, den Betrag auf 20 000 M zu erhöhen.

Die Ausführungen des Herrn Berichterstatters gingen eben dahin, daß es angebracht sei, diesen Antrag und auch den zweiten Antrag des Herrn Gräf als selbständige Anträge zu behandeln, ~~und~~ der Kürze wegen habe ich schon mit dem Antragsteller darüber gesprochen, <sup>der</sup> ~~Es ist~~ damit einverstanden <sup>ist</sup>, ~~und demnach überweise~~ <sup>daß</sup> ich diese Anträge an den Finanzausschuß ~~überweise~~.

Herr Stegmann hat beantragt, Nr. 62 (Zuschuß an den Evangelischen Verein) zu streichen. Einen schriftlichen Antrag haben Sie nicht eingebracht. Halten Sie den Antrag gegenüber den letzten Ausführungen des Herrn Berichterstatters aufrecht ? (Wird von Herrn Stadtv. Stegmann bejaht.)

In



In der Abstimmung wird dieser Antrag mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Eine Streichung ist weiter nicht beantragt.

Nun hätten wir den Abschluß zu genehmigen. Dazu ist vom Herrn Berichterstatter beantragt, die Bewilligung zur Verfügung des Rates in Gemeinschaft mit dem Ausschuß vorzunehmen. Es wird dann eine Prüfung darüber stattfinden, welche Vereine noch in Frage kommen.

Mit Bezug auf Punkt 42 liegt ein schriftlicher Antrag von Herrn Stegmann vor. Er lautet:

„Beantrage, den Rat zu ersuchen, den Zuschuß an den Verein Volkslesehalle auf 100 000 M zu erhöhen.“ / Es ist also eine ganz bestimmte Summe genannt. Ich habe auch mit Herrn Stegmann gesprochen. Herr Stegmann ist einverstanden, daß auch dieser Antrag dem Finanzausschuß überwiesen wird.

Stadtv. S t e g m a n n : Es ist nicht richtig, was der Herr Vorsitzende eben sagte. Der Herr Vorsitzende hat mir erklärt, es sei nicht möglich, anders zu verfahren. Ich muß dem widersprechen und sehe nicht ein, daß mit einer Abstimmung über meinen Antrag eine Brüskierung des Rates verbunden ist. Wenn über meinen Antrag abgestimmt und er angenommen wird, so bedeutet das eine Richtschnur für den Rat : Wir wünschen, daß ~~er~~ so verfahren wird.

100

In der Abstimmung bleibt der Antrag Stegmann  
in der Minderheit.

V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann,  
Sie sind nun wohl einverstanden, daß Ihr Antrag  
an die Kommission geht ?

101

Stadtv. Dr. J a s p e r : Nachdem der  
Antrag abgelehnt ist, kann er nicht noch an die  
Kommission gehen.

V o r s i t z e n d e r : Das ist richtig; es müßte dann der Antrag erst von einem anderen Mitgliede der Versammlung neu aufgenommen werden. Das ist nicht geschehen. Ich bitte die Versammlung, ~~sich~~ auch zu bedenken, daß ein gleichlautender Antrag von der Lesehalle an den Rat gegangen ist, über den sich der Rat zu äußern hat. Wir kommen also eben-so-weit, wenn wir die Sache heute auf sich beruhen lassen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Mit dem Vorschlage des Vorsitzenden bin ich einverstanden. Doch liegt der Antrag der Volkslesehalle nicht auf dem Tisch des Hauses, sondern beim Rat, und er kommt für unsere heutige Abstimmung nicht in Betracht. Der Antrag des Herrn Stegmann ist abgelehnt, und abgelehnte Anträge können nach der Abstimmung nicht wieder aufgenommen werden.

Stadtv. S t e g m a n n : Ich möchte zur Geschäftsordnung noch bemerken : Es ist nicht richtig, daß ich den Antrag nicht wieder aufnehmen kann. Wenn ihn ein anderer Stadtverordneter aufnehmen kann, kann ich es ebenso gut. Ob ich den Antrag noch einmal aufschreibe oder derselbe Antrag, den ich vorhin gestellt habe, von mir wiederholt wird und an die Kommission geht, bleibt sich doch gleich. Wenn ich jetzt einen Antrag aufschreibe : „Ich bitte, den Rat zu ersuchen, für Ziffer 42 im Kapitel XVII statt 40 000 M 100 000 M einzustellen“, so liegt kein Mittel der Geschäftsordnung vor, mir zu verwehren, diesen Antrag einzubringen. Herr Dr. Jasper, Sie sind jedenfalls im Irrtum.

Stadtv. M a r t h : Die Aussprache war geschlossen, und dann kann natürlich kein Antrag mehr gestellt werden, es kann höchstens noch zur Geschäftsordnung das Wort genommen werden. ~~Nachher~~ war der Antrag abgelehnt, und nach Schluß der Abstimmung kann der Antrag nicht wieder aufs neue gestellt werden.



V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann  
will einen neuen Antrag stellen. Die Besprechung  
desselben braucht zeitig nicht mit seinem heute  
abgelehnten Antrage zusammenzufallen, und die  
Behandlung des Antrages geht dann ihren Gang wie  
bei allen anderen Anträgen weiter.

In der Abstimmung über das Kapitel XVII  
wird dasselbe mit der vom Referenten beantragten  
Maßgabe (zur Verfügung des Rates in Gemeinschaft  
mit dem Haushaltsausschuß) angenommen.

Kapitel XVIII.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Die Ausgaben für das Feuerlöschwesen sind gegenüber dem Vorjahre erheblich größer, nämlich 1 791 000 M gegenüber 859 000 M, und ein Fehlbetrag ist vorgesehen von 1 500 000 M gegenüber 650 000 M im Voranschlage des vorigen Jahres. Die Erhöhung der Ausgaben ist darauf zurückzuführen, daß die Ausgaben für Gehälter und Vergütungen stark gestiegen sind. Zum Teil ist die Steigerung allerdings auch nur eine scheinbare, weil früher die Teuerungszulagen in dem Kapitel Stadtverwaltung besonders aufgeführt waren. Auch die sachlichen Ausgaben sind erheblich gestiegen, sonderbarerweise aber nicht in dem einen Punkt, bei dem sonst immer die Steigerung sehr deutlich einzutreten pflegt, bei der Heizung. Man hofft also in der Feuerlöschdeputation und beim Rat, daß an Heizungsstoffen weniger aufzuwenden sein wird. Wir haben uns im Ausschuß er-

laubt

erlaubt, einige Skepsis gegenüber dieser Hoffnung des Rates laut werden zu lassen, denn die Kohlenpreisentwicklung läßt sich nicht gerade günstig an. Wir hatten aber keine Veranlassung, irgendwelche Vorschläge auf höhere Ansätze zu machen. Der niedrige Ansatz ist vielleicht ein besonderer Anreiz, sparsam zu wirtschaften, was gegenüber dieser Deputation im Ausschuß als ganz besonders wünschenswert bezeichnet wurde.

Stadtv. M a r t h : Das Feuerlöschwesen zeigt eine kolossale Ausgabe, und deshalb möchte ich anregen, zu versuchen, die Landesbrandkasse etwas mehr zu diesen Kosten heranzuziehen. Von dem guten Arbeiten unseres Feuerlöschwesens hat die Landesbrandkasse, die ihre Prämien ganz besonders erhöht hat, den größten Vorteil, und so wäre es nicht mehr wie recht, wenn von ihr etwas mehr Zuschuß zu den Ausgaben dieses Kapitels geleistet würde.

Dann eine andere Frage : Ich habe gehört, daß ~~X~~ Motorspritzen von Riddagshausen und Vechelde bei uns stehen, unterhalten werden und daß die Probefahrten mit unsern Mannschaften ausgeführt werden. Wäre es da nicht angebracht, uns vom Kreis hierfür entschädigen zu lassen? Ferner frage ich, ob zu diesen Probefahrten oder Feuerlöschfahrten für die Kreise auch der Benzin von

uns

111

uns geliefert wird. Ich sehe nicht ein, daß die Stadt Braunschweig aus ihren Mitteln die Kosten für die Kreise aufbringt, und bitte um Auskunft, in welcher Weise die Ausgaben für die Kreise wieder einkommen.

111

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Was den ersten Antrag betrifft, so bitte ich Herrn Marth, zu beachten, daß auf Seite 306 unter Nr.5 schon eine Beihilfe der Landesbrandversicherungsanstalt zu den nicht auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhenden Aufwendungen für das Feuerlöschwesen aufgeführt ist. Wir haben im Laufe des letzten Jahres den Antrag gestellt, diesen Beitrag zu erhöhen und haben auch einen besonderen Beitrag bekommen - die genaue Summe kann ich im Augenblick nicht angeben. Besonders glänzend sind aber die Verhältnisse der Landesbrandkasse jetzt auch nicht mehr, denn die Summen, die jetzt als Entschädigung für Brandschäden gezahlt werden müssen, sind bedeutend gestiegen, und so fürchtet man, daß der Reservefonds zum Teil daraufgehen wird. Deshalb sollen ja auch die Beiträge für die Versicherung erhöht werden. Ob wir unter solchen

Um-

Umständen aus der Landesbrandkasse einen höheren Zuschuß bekommen können, scheint zweifelhaft.

Was die Überlandspritzen betrifft, so hat der Landkreis ersucht, wir möchten sie bedienen. Wir hatten ~~ersch~~<sup>zufällig</sup> Bedenken, darauf einzugehen, und zwar wesentlich aus dem Grunde, weil wir dann möglicherweise für etwaige Versehen unserer Beamten aufkommen müßten. Hinterher sind wir aber dringend gebeten, wir möchten wenigstens die Spritzen unterbringen und daraufhin sind die Spritzen von uns aufgenommen. Nun hat der Kreisbranddirektor geltend gemacht, daß er ~~es~~ ein Interesse daran hätte, daß ihm diese Spritzen im Notfall hier zur Verfügung stehen, außerdem sind wir verpflichtet, im Notfalle nach außerhalb Feuerhilfe zu leisten, und zu dem Zwecke werden zuerst immer diese Spritzen verwendet. Dadurch wird also die Stadt entlastet. Die Sache ist schließlich ~~es~~ so gekommen, daß das Ganze mehr

ein



ein Privatabkommen zwischen dem Kreisbranddirektor und der Kreisdirektion geworden ist. Ich kann mich darüber erkundigen und Herrn Marth Auskunft geben. Ich stehe <sup>abw</sup> auf dem Standpunkte, daß wir von diesen Spritzen auf keinen Fall Kosten haben dürfen, insbesondere müßten die Kosten für Benzin zu Fahrten nach außen selbstverständlich die Kreise tragen.

Kapitel XVIII wird von der Versammlung  
genehmigt.

Kapitel XIX.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Dies Kapitel, das die Ortspolizei betrifft, wäre ein dankbares Gebiet, um sich in längeren Ausführungen darüber zu ergehen. Ich verzichte aber darauf und weise nur auf die Steigerung der Ausgaben von 981 000 M im Vorjahre auf rund 2 350 000 M in diesem Jahre hin.

Der Ausschuß hat keinerlei Abänderungsanträge gestellt.

117

Stadtv. R e g e n e r : Ich vermissе hier eine gewisse Klarheit, nicht was die rein rechnerische Aufmachung anlangt, sondern wie die Zahl der Nachtschutzleute in dem Voranschlage und in dem Anschreiben angegeben ist und wie sie benamst sind. In dem Anschreiben steht: „92 Arbeiter“, hier im Anschlage „96 Nachtschutzleute“. Nun weiß man nicht, sind es 92 oder 96. Es liegt schon im Ausdruck Nachtschutzleute, daß sie von allen Leuten als Beamte angesehen werden; die Nachtschutzleute verbitten es sich auch, wenn man „Nachtrat“ zu ihnen sagt, und, wenn ich recht, unterrichtet bin, sind sie nach der <sup>Abfertigung</sup> ~~Verfassung~~ Beamte im Sinne des § 359, im Ratsschreiben aber werden sie als Arbeiter angeführt. Die Nachtschutzleute beklagen sich darüber, daß sie bei ihren Gehaltsansprüchen dann, wenn die Arbeiter aufgebessert werden, als Beamte angesehen werden,

und

und umgekehrt dann, wenn einmal die andere Kategorie an die Reihe kommt, als Beamte benamst werden. In Wirklichkeit handelt es sich um uniformierte Arbeiter, und denen muß unter allen Umständen zugestanden werden, daß sie partieren<sup>signieren</sup> an den Lohnaufbesserungen der übrigen Arbeiter. Es wird diesen Leuten zugemutet, sie sollen sich als Beamte beleidigt fühlen, wenn man diese Beamteneigenschaft an ihnen nicht respektiert, und jedes Gericht verurteilt einen, der mit den Nachtschutzleuten kollidiert. Dabei verweigert man ihnen, wenn sie wie jeder andere Arbeiter als Zeuge vor Gericht geladen werden - das kommt bei diesen Leuten sehr oft vor - , Zeugengeld zu beanspruchen, weil sie Beamte sind. Diese Leute, die um 6 Uhr morgens ihren Dienst beendet haben, haben ihre freie Zeit am Tage und müssen dann ihre Nachtruhe nachholen. Diese ihre Nachtruhe

müssen

müssen sie sich bei Zeugenvernehmungen um die Ohren schlagen und kommen vor 10 Uhr, 1/2 12 Uhr oder noch darüber hinaus nicht nach Haus. Dann soll man ihnen nicht zumuten, sich in diesen Fällen nicht als Arbeiter betrachten zu können. In einer Eingabe haben sich die Nachtschutzleute darüber beschwert, daß bei der Lohnaufbesserung ihre Vergütung von 10 500 M nur auf 10 800 M heraufgesetzt ist, also nur um 300 M jährlich, während die Arbeiter um das Doppelte aufgebessert sind. Als ich dem Herrn Oberbürgermeister in der vorigen Sitzung davon sagte, meinte er, das müsse ein Rechenfehler sein, selbstverständlich stände der Rat auf dem Standpunkt, daß diesen Leuten dieselbe Lohnzulage werden sollte wie den Arbeitern.

Nun möchte ich noch auf einen Posten aufmerksam machen. Es steht auf Seite 317 : Gnaden-

pension

pension der Nachtschutzeleute Timpe und Dauert je 48 M. Nun weiß ich nicht, ob man das als Gnade oder als Pension betrachten soll. Jedenfalls ist es ein sehr geringer Betrag und ich möchte die Bitte an den Rat aussprechen, zu bedenken, wie lächerlich klein diese Summe anzusprechen ist. Das erinnert an den Pastor, der einen Pfennig verschenkt und dabei sagt : „Vertrinke den Kram nicht!“

Stadtv. S t e g m a n n übernimmt den  
V o r s i t z .



## Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Mit Zustimmung der geehrten Versammlung, insbesondere aber mit Zustimmung der zuständigen Lohndeputation sind die Besoldungsverhältnisse der Nachtschutzleute so geregelt, wie es in der Vorlage vorgesehen ist. Die Nachtschutzleute gelten in Bezug auf Beleidigungen bei Ausübung ihres Amtes, wie in dem Dienstvertrage ausdrücklich erwähnt ist, ähnlich wie andere Personen, die städtischen Dienst mit gewissen obrigkeitlichen Befugnissen ausüben, als Beamte, aber - wie Herr Regener richtig herausgefunden hat - in ihren Bezügen sind sie durch die Beschlüsse der Lohndeputation begrenzt. Das haben wir auch bei anderen Personen, ich weise z.B. auf die Wegeaufseher, Wegewärter usw. hin. Es ist aber seitens der Lohndeputation diese Regelung absichtlich so vorgenommen, und das ist gut so, denn wenn, wie zu hoffen ist, in

ab=

absehbarer Zeit das Nachtschutzwesen auf den Staat übernommen wird, würden wir die ganzen 96 Nachtschutzleute auf dem Hals haben und höchstens im Wege der schwierigsten Verhandlungen vom Staate vielleicht erreichen, daß ein Teil davon in den staatlichen Dienst übernommen wird. Es wäre ein grober Mißgriff, wenn wir diese Nachtschutzleute, gegen deren Person und gegen deren Tüchtigkeit ich nicht das mindeste einzuwenden habe, jetzt als städtische pensionsberechtigte und witwenversorgungsberechtigte Beamte auffassen wollten. Das ist mit Vorbedacht unterblieben und wird so lange unterbleiben müssen als der Schwebezustand zwischen Staat und Stadt dauert.

Die Frage, ob die Nachtschutzleute Zeugen-gebühren zu beanspruchen haben, untersteht weder der Entscheidung der Versammlung noch des Rates, sondern dem Prozeßgerichte, gegen dessen Entschei-

dung

dung das Recht der Beschwerde gegeben ist. Die Nachtschutzleute stehen in festem Solde, der um keinen Pfennig geringer wird, ob sie als Zeugen vorgeladen werden oder nicht.

Was die beiden Nachzügler Timpe und Dauer betrifft, so handelt es sich um alte Leute, die vor langen, langen Jahren von uns als Nachtschutzleute beschäftigt wurden. Für sie ist, abweichend von den sonstigen Löhnen, eine Gnadenpension gewährt. Wir haben selbstverständlich das Empfinden, daß dieser Betrag außerordentlich bescheiden ist, und deshalb ist dem einen ein namhaftes Legat bewilligt und die Armendirektion hat beschlossen, auch dem 87jährigen anderen gleichfalls ein solches Legat zuzusprechen. Gleichzeitig haben beide Zuwendungen aus Stiftungsgeldern erhalten, und damit wird auch ferner fortgefahen werden. Auf alle Fälle würde es falsch sein, sie nachträglich

als

als Ruhelohnempfänger einzureihen. Mit diesen werden Sie sich ja noch heute, falls noch Zeit dazu ist, beschäftigen.

Stadtv. F r e d e übernimmt den  
V o r s i t z wieder.

Kapitel XIX wird von der Versammlung  
genehmigt.

## Kapitel XX.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Dieses Kapitel hat verschiedene Unterabteilungen : Straßenreinigung, Straßenunterhaltung, Vermessungswesen, Baumpflanzungen etc. und Kanalbau (Unterhaltung).

Zunächst die Straßenreinigung, sie schließt mit einem Fehlbetrage von 2 448 778 M ab. Der Ausschuß hat keine Abweichungen gegenüber dem Veranschlage zu empfehlen.

Die Straßenunterhaltung hat in ihrer Ausgabeseite erhebliche Änderungen gegenüber früher; sie sind durch das Ratsanschreiben erläutert. Zu einer gewissen bedenklichen Äußerung hat im Ausschuß die Einsetzung der 20 000 M unter II Anlaß gegeben, doch hielt es die Mehrheit für sachgemäß, einen Teil dieser zur Unterhaltung der bisher allein von der Stadtgemeinde unterhaltenen Straßen und Plätze im Innern der Stadt eingestellten

ten

ten Summe zur Entlastung der Anlieger bei Ausbesserung der Fußwege aufzuwenden. In dieser Abteilung ergibt sich ein Fehlbetrag von 696 000 M.

Das Vermessungswesen hat Änderungen wesentlicher Art nicht erfahren, ebensowenig die Abteilung Baumpflanzungen, ~~Gründen~~-Anlagen, Schmuckplätze und Spielplätze. Sehr erfreulich ist es, daß dies etwas übersichtlich zusammengestellt ist.

Zur Unterhaltung des Kanalbaues hat der Ausschuß eine wesentliche Änderung vorgeschlagen. Sie finden auf der Einnahmeseite unter II b : „Besondere Beiträge der gewerblichen Anlagen für 1921/22 .... 70 000 M.“ Dieser Ansatz schien dem Ausschuß ungerechtfertigt zu sein, zumal nachgewiesen ist, daß die Unterhaltung des Kanalbaues in Wirklichkeit mit einem Fehlbetrage abschließt und wir im Ausschuß der Meinung waren, daß die tatsächliche Ausführung dieses Voranschlages

durch

147  
durch die allgemeinen Unkosten sich noch weit teurer stellen würde. Wir meinten, es sei richtiger, diese Abteilung Unterhaltung des Kanalbaues in sich möglichst auszugleichen, und haben uns deshalb geeinigt, den Antrag zu stellen, den Betrag unter IIb auf 100 000 M zu erhöhen, also um 30 000 M, und um den Ausgleich herzustellen, auf der Ausgabeseite eine Ziffer VI einzufügen, in der die 30 000 M als Ausgabe für Verzinsung, Abträge usw. wieder erscheinen.

Im übrigen hat der Ausschuß keine Beanstandungen zu machen. Er schlägt vor, das Kapitel mit diesem einen Antrage zu genehmigen.



Kapitel XX wird mit der im Ausschlußantrag angegebenen Änderung genehmigt.

131

## Kapitel XXI.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Dieses Kapitel Steuern und Abgaben bietet uns die Kehrseite dessen, was manche an Ausgaben gern geleistet sehen möchten. Hier heißt es die Frage lösen, wie die Mittel aufgebracht werden sollen. Ich glaube, wohl am besten verfahren zu können, wenn ich darauf hinweise, was schon in der allgemeinen Debatte über diese Frage gesagt worden ist. Es war im Vorjahre der Wunsch geäußert, diese Steuerfrage besonders zu beheben in der Weise, daß die Verhältnisse zwischen Stadt und Land Braunschweig möglichst eindeutig geändert werden ~~mö~~ möchten, auch zum finanziellen Vorteile der Stadt. Eine gewisse Klärung ist seither eingetreten, als eindeutig kann man sie aber kaum bezeichnen, und zum Vorteile der Stadt ist sie nicht ausgefallen, läßt in weitem Umfange zu wünschen übrig und gibt nicht

das

das, was die städtischen Bedürfnisse erfordern.

Ich darf im allgemeinen als bekannt voraussetzen, daß uns die Einkommensteuer als wesentliches Rückgrat unseres gesamten Finanzwesens genommen ist, daß wir eine Reichseinkommensteuer haben, und wir darauf angewiesen sind, dasjenige zu nehmen, was von des Reiches Tische uns übrig bleibt. Es ist uns zugesichert, dass wir das haben sollen, was wir 1919 aus dieser Einnahmequelle gehabt haben zuzüglich eines Betrages von 25 v.H. Der Rat ist so vorsichtig gewesen, nur diese Summe einzusetzen, weil es ihm sehr unsicher schien, ob mehr zu erwarten sei. Es mag ja sein, daß mehr dabei herauskommt, aber der Ausschuß meint, das sei überaus zweifelhaft, und die Gestaltung des Braunschweigischen Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz ist nicht derart, daß wir so sehr bestimmte Erwartung auf Anteile an diesem Erträgnis haben können. Von demjenigen Betrage, der mehr auf-

kommt

kommt, behält zunächst das Land 10 % und was dann übrigbleibt, soll der betreffenden Stadt, in der es aufkommt, zugewiesen werden. Den Ansatz unter 2a (Anteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer) hat deshalb der Ausschuß für durchaus angemessen gehalten, jedenfalls für vorsichtig kalkuliert - das werden wir unter allen Fällen haben.

Sodann sind unter 2b und c die Gemeindegrundsteuer und die Gemeindegewerbesteuer eingestellt. Das sind Steuerarten, die wenig Freunde im Hause haben, aber ich darf als Berichterstatter vorweg auf die wirtschaftliche Lage der Stadt hinweisen. Nachdem uns die Haupteinnahmequelle, die Einkommensteuer, genommen ist, sind wir durch Reichsvorschriften gezwungen, die Grund- und Gewerbesteuer anzuwenden, und wenn wir es nicht schon von Gesetzes wegen zu tun verpflichtet wären,

so würden wir aus wirtschaftlichen Gründen dazu getrieben. Im Landtage stehen die Dinge so, daß in der Mehrheit recht wenig Freundschaft für diese Steuern vorhanden ist. Man hat gewünscht, es möchten diese Steuern beseitigt oder modernisiert werden. Aber die Herrschaften lassen auf sich warten. Es wäre möglich, von seiten der Stadt an diese Modernisierung heranzugehen, aber das ist im Hinblick auf das Land eine mißliche Sache; es würde eine Sisyphusarbeit sein, weil wir auf die Weisungen des Landes angewiesen sind. Wir können nun im Rahmen der Landesgesetzgebung die einzelnen Steuern ausbauen und haben das getan, soweit die Grundsteuer in Betracht kommt, die zum Teil von uns nach anderen Grundsätzen veranlagt wird, als es sonst im Lande üblich ist. Es mußte von uns also (wie bisher) die Grund- und Gewerbesteuer veranlagt werden. Nun hat der Rat

es

es aber nicht dabei bewenden lassen, bei diesen Steuerarten dieselben Steuersätze wie früher anzuwenden, sondern er sagt : Bei dem großen Fehlbetrage, den der Stadthaushalt hat, müssen wir die Steuerarten, die noch ergiebig sein werden, mehr belasten, und so können Grund- und Gewerbesteuer schlechterdings nicht leer ausgehen. Es wird vorgeschlagen, daß für die Stadt 100 % der staatlichen Gewerbesteuer erhoben werden und daß der Betrag der Grundsteuer um 100 % erhöht wird. Das gibt erheblich höhere Summen, als wir sie im Voranschlage finden. Der Ausschuß hat diesem Voranschlage zugestimmt, denn es ist nicht zu verkennen, daß eine vollkommene Klarheit des Verhältnisses der Zuständigkeit hinsichtlich der Ausschreibung dieser Steuer nicht geschaffen werden konnte. Die in Frage kommende § Vorschrift des Braunschweigischen Ausführungsgesetzes zum Landes=

Landessteuergesetz ist etwas vieldeutig. Sie lautet in § 5 : „Die Kreise und Gemeinden sind befugt, zu der vom Staate zu veranlagenden Grund- und Gewerbesteuer Zuschläge zu erheben. Diese Zuschläge müssen im gleichen prozentualen Verhältnisse zu den staatlichen Steuerbeträgen stehen und bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums für jedes Rechnungsjahr. *die nähere Anweisung über die Festsetzung der Zuschläge erfolgt durch besondere Gesetze.*“

Es ist von vornherein eine Lücke im Gesetz vorgesehen, indem gesagt wird : Was wir wollen, das kommt noch. So lange können wir nicht warten, wir müssen die Steuerbeträge haben, und deshalb schien es dem Ausschuß gerechtfertigt, nach denselben Grundsätzen zu verfahren wie bisher und diese Steuerarten, der Not der Zeit Rechnung tragend, zur allgemeinen Ausgabendeckung nur mehr als früher heranzuziehen. Die Zweifel, die noch bleiben, zu lösen, fühlt sich der Ausschuß nicht

ver-

veranlaßt; diese Nuß mag vielleicht das Ministerium knacken, wenn es Veranlassung hat, sich mit der Frage zu befassen, ob unser Vorgehen im Rahmen der Ausführungsbestimmungen liegt. Der Ausschuß bejaht diese Frage um so mehr, als uns nach dem bisher noch geltenden Gemeindeabgabengesetz eine gewisse Richtschnur mitgegeben ist über die Verteilung der Steuern auf die einzelnen Steuerarten, uns andererseits aber eine gewisse Bewegungsfreiheit gegeben ist und wir sie in der Vergangenheit mit Zustimmung des Ministeriums ausgenutzt haben. Wir glauben, uns damit nichts zu vergeben. Wenn wir auf derselben Bahn weiterwandeln, in demselben Verhältnis die Steuern bessern und steigern, dann werden wir dem Grundsatz des § 5 entschieden am ersten gerecht. Im übrigen wäre es zu wünschen, daß hinsichtlich dieser Steuerarten das Land bald vorgehen, eine Modernisierung herbeiführen und

größere



größere Klarheit schaffen möchte.

Die weiteren Ansätze Lustbarkeitssteuer, Grunderwerbssteuer und Wertzuwachssteuer sind bisher schon wiederholt Gegenstand der Erörterung hier gewesen und werden es noch mehr sein, wenn wir an die Frage herangehen : Wie soll der Fehlbetrag gedeckt werden ? Es ist von verschiedenen Seiten bald auf die eine, bald auf die andere Steuer hingewiesen, die weiter ausgedehnt werden könnte. Es ist immerhin bezeichnend und rein finanziell erfreulich, daß die Lustbarkeitssteuer in ihrem tatsächlichen Erträgnis ein derartiges Resultat geliefert hat.// Daß die Anteile der Grunderwerbssteuer nur verhältnismäßig gering bemessen wurde, ist im Anschreiben erläutert. Dies ist wieder einer der Punkte, bei denen ~~die~~ die landesgesetzlichen Bestimmungen an Klarheit zu wünschen übrig lassen. Ich erinnere an unsere Verhand-

lungen

lungen, die wir gepflogen haben, als wir über das Waisenhaus verhandelten. Wir haben im Ausschuß davon abgesehen, dem Rate abzufallen und mehr einzustellen, wenn wir auch hoffen, daß das Ministerium mehr als das gesetzliche Mindestmaß aus diesem Ertragnis uns zuwenden wird.// Die Wertzuwachssteuer ist wohl besser bei der Reform, die kommen wird, zu behandeln.

Der Anteil der Stadt an der Reichsumsatzsteuer ist wesentlich erhöht; das findet seine Begründung in dem Ratsanschreiben. Der Ausschuß meint, daß diese Art der Berechnung durchaus vorsichtig sei. Man hat berücksichtigt, daß an sich die Reichsumsatzsteuer erhöht ist und infolgedessen automatisch auch der Ertrag des uns überwiesenen Anteils zu steigen hat. Es ist zu hoffen, daß das Ertragnis mit der größeren Geldentwertung noch mehr steigen wird, weil dann der Umsatz nominell einen höheren Betrag ausmachen wird.

Auch

Auch die nächsten Posten, Besteuerung des Wanderlagerbetriebes und Biersteuer, sind recht vorsichtig angesetzt. Es schlagen beide Steuerarten nicht viel zu Buche, während infolge unseres Beschlusses der Ertrag der Hundesteuer erheblich gesteigert werden konnte. Die Herrschaften finden bei der letzten Steuer gegenüber früher einen Aufschlag von 50 %, und das entspricht der beschlossenen Erhöhung aus dem vorigen Jahr.

Unter Ziffer II dieses Kapitels finden Sie auf der Einnahmeseite eine kleine Steigerung in der Abgabe der Straßeneisenbahngesellschaft und einen festgebliebenen Posten aus der Abgabe für Ausstellung von Jagdscheinen. Das letztere ist eine Abgabe, die uns auf Grund der Braunschweigschen Jagdordnung zufließt, und die Höhe der Abgabe können wir nicht bestimmen. Es schienen aber dem Ausschuß die in der Jagdordnung vorge-

schrie-

schriebenen Sätze zu  $\frac{1}{4}$  niedrig zu sein, und deshalb beantragt er, die Anregung an das Ministerium zu geben, daß diese Vorschrift abgeändert und die Gebühr für Ausstellung von Jagdscheinen erhöht werden möchte. Es wird den Herren Jagdliebhabern im allgemeinen wenig verschlagen, wenn sie für ihr Jagdvergnügen bei Lösung des Jagdscheines etwas mehr bezahlen müssen. Hilft das der Stadt auch nicht viel, so wird es immer etwas betragen, und viele Wenige machen ein Viel.

Die Ausgabeseite hat zu irgendwelchen Änderungsanträgen keinen Anlaß gegeben.

Wir empfehlen Ihnen also Annahme des Antrages von der letzten Seite des Ratsanschreibens, nämlich zuzustimmen, daß für dieses Rechnungsjahr

a) an Gemeindegrundsteuer 25 % des Grundsteuerkapitals,

b)

b) an Gewerbesteuer 100 % der vom Staate  
auf die stehenden Gewerbe veranlagten  
Steuer ~~er~~

erhoben werden,

und schließlich Annahme des Antrages des Aus-  
schusses wegen Erhöhung der Jagdscheingebühr.

Stadtv. G a r t u n g : Meine Damen und Herren ! Die Gemeindegewerbsteuer ist von jeher von den Betroffenen als eine ungerechte Steuer empfunden worden und schon seit Jahren hat man Protest dagegen erhoben. Jetzt endlich hat man geglaubt, es würde diese Steuer verschwinden, und ist nun erstaunt, daß die städtischen Behörden jetzt eine Verdoppelung dieser Steuer beantragen. Man ist in den Gewerben schon während der Kriegszeit und nach der Kriegszeit genügend belastet worden, insbesondere durch die Umsatzsteuer wurden die Gewerbe bis auf einige Ausnahmen sehr stark belastet und es hat aller möglichen Kraft bedurft, daß die Gewerbetreibenden in der schweren Zeit ihren Betrieb aufrecht erhalten. Da versteht man nicht, daß man das gesamte Wirtschaftsleben noch dadurch erschweren will, daß man so hohe Grund- und Gewerbesteuern ausschreibt. Die meisten

Ge-

Gewerbetreibenden sind Grundbesitzer, und den Grundbesitz besteuert man in doppelter Höhe. Wir haben die Umsatzsteuer aufzubringen und jetzt kommt noch die Erhöhung der Gewerbesteuer hinzu. Da weiß man nicht, ob die Gewerbe diese vielen Steuern überhaupt noch ertragen können, ob sie nicht unter den vielen Steuern zusammenbrechen. Auch wenn ich die schwierige Finanzlage der Stadt berücksichtige, möchte ich doch bitten, es bei der Gewerbesteuer zu belassen wie sie bisher gewesen ist und nicht die 100 % aufzuschlagen. Bei den Gewerbetreibenden würde die Erbitterung sehr groß sein, daß man auf solche Weise ihnen das Leben schwer macht. Ich bitte Sie, meinem Antrage, daß die Gewerbesteuer in der bisherigen Höhe bestehen bleibt, zuzustimmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Diesem Antrage können wir ohne weiteres zustimmen, weil er ganz unserm eigenen Antrage entspricht.

Die Sache liegt folgendermaßen: Der Staat hat seinerseits eine Gewerbesteuer zu erheben, hat aber seit Jahren beschlossen, nur ein Viertel seines Anteils zu erheben, und die Gemeinden konnten daneben die andern drei Viertel erheben. Wir haben seit längerer Zeit Gebrauch davon gemacht, ~~sind~~ sind sogar darüber hinaus gegangen und haben unsererseits 100 % des vollen Gewerbesteuerkapitals erhoben, sodaß im ganzen 5 Viertel herausgekommen sind. Wir haben uns erlaubt, in unserem Schreiben darauf hinzuweisen, daß es mit Rücksicht auf die Einführung der Reichsumsatzsteuer uns bedenklich erschien, die Gewerbesteuer weiter zu erhöhen, und haben deshalb den Satz von 100 % beibehalten. Herr Martung hat darauf

hin-



hingewiesen, daß der Ertrag der Gewerbesteuer ein viel höherer ist als früher. Das liegt aber nicht daran, daß wir eine Erhöhung des Steuersatzes vorgenommen haben, sondern der Staat hat das Gesetz geändert, sodaß die Banken und die Großindustrie zu höheren Gewerbesteuern als früher herangezogen werden können und dadurch kommt für uns eine wesentlich bessere Einnahme heraus. Für das Kleingewerbe, für dessen Gewerbesteuer die Zahl der beschäftigten Gehilfen maßgebend ist, ist an dem Gesetze, soviel mir bekannt, nichts geändert.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

In Bestätigung der Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters kann ich besonders Herrn Gartung als einen aus Handwerkerkreisen gewählten Vertreter darauf hinweisen, daß die Zahl der Gehilfen nach wie vor im Handwerk die Richtschnur für die Veranlagung zur Gewerbesteuer bietet, während ein mittlerer Kaufmann, der früher einen Umsatz im Betrage von 60 000 M hatte und beim Steigen der Preise nunmehr einen Umsatz von 120 000 M erzielt, nach den allgemeinen Regeln der Einschätzung jetzt ohne weiteres von 60 ~~000~~ auf 120 ~~000~~ M gesteigert worden ist. Dieses Beispiel beweist schon, daß das Handwerk am wenigstens von der Maßregel, von der heute die Rede ist, getroffen wird.

Stadtv. R a s c h e : Meine Damen und Herren ! Da die finanziellen Verhältnisse der Stadt sich so schlecht gestaltet haben, muß man ja wohl oder übel dahin kommen, daß die Steuern erhöht werden, und ich will wegen dieser absoluten Notwendigkeit auch nichts dagegen sagen. Nur eins will mir nicht richtig erscheinen, nämlich daß die Grundsteuer schon vom 1. April d.J. an erhöht werden soll, denn es liegt darin eine Härte gegen alle die Grundbesitz haben und Grundsteuer bezahlen müssen. Sie können den Steuerbetrag, den sie für das ganze Grundstück zahlen, nicht zu dem gehörigen Anteil von den Mitbewohnern des Grundstücks wiederbekommen, sondern können z.B. bei großen Wohnungen erst am 1. Oktober kündigen und zwar zum folgenden 1. April, während sie selbst den Betrag für das ganze Jahr zahlen müssen. Es ist noch zu ~~benutzen~~ bedenken,

daß

daß von Reichs wegen eine Mietsteuer <sup>kommen</sup> ~~genommen~~ werden wird. Auf diese Weise werden durch beide Maßnahmen die Wohnungen verteuert, während wir doch dahin streben, daß die Wohnungen verbilligt werden. Vor allen Dingen aber möchte ich auf die Ungerechtigkeit hinweisen, daß die Grundbesitzer die Grundsteuer für dieses Jahr allein tragen müssen und die Mieter davon frei bleiben. Deshalb möchte ich beantragen, daß die erhöhte Grundsteuer erst vom 1. ~~X~~ Oktober an in Kraft tritt.

V o r s i t z e n d e r :   H e r r   R a s c h e  
hat folgenden Antrag eingereicht :

„Die Versammlung ~~w~~ wolle beschließen, daß  
die Erhebung der Grundsteuer in der beabsichtigten  
Höhe erst vom 1. Oktober d.J. an geschieht.“

## Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich glaube, die verehrten Herrschaften brauchen keine Rechenkünstler zu sein, um sich klar zu machen, daß ein ~~sehr~~ empfindlicher Ausfall für die arme Stadt an Steuereinnahme eintreten würde, wenn Sie den eben gehörten Antrag annehmen würden, und kann vom Standpunkt der Stadtverwaltung aus nur auf das dringendste die Herrschaften ersuchen, einen derartigen Beschluß nicht zu fassen, so sehr ich auch zu verstehen vermag, wie unwillkommen das neue Anziehen der Steuerschraube ist. Ich weise darauf hin, daß sowohl die Gewerbetreibenden wie die Grundeigentümer in der Lage sind, dasjenige, was jetzt an Mehr verlangt wird, auf die ~~Mit~~ Mitbeteiligten abzuwälzen, nämlich auf ihre Kunden oder ihre Mieter. Ich bin überzeugt, daß auch die Entscheidungen im Mieteinigungsamte dazu führen werden, daß man sagt : Wenn die Grundbesitzer zu verdoppelten Grundsteuern herangezogen werden

werden, dann können sie diese Erhöhung, indem sie sie auf längere Zeiträume verteilen, auf die künftige Miete mit abwälzen. Ich halte es für durchaus richtig, daß ein solcher Weg, selbstverständlich unter Mitbeteiligung des ~~Haus~~ Grundbesitzers, soweit er in dem betreffenden Hause wohnt, eingeschlagen wird. Daß dadurch eine Erhöhung der Mieten eintritt, läßt sich leider nicht vermeiden. Wenn später einmal das Reich uns zwingt, die Mietsteuer durchzuführen, wird sie auch von jedem einzelnen, der eine Wohnung inne hat, erhoben werden, mag sie so schmerzlich sein, wie sie will. Aber die Herrschaften dürften uns nicht diese Mittel versagen, die von uns beantragt sind, und sich nicht verleiten lassen von dem Gedanken, daß wir heute schon den 14. Juli schreiben. Daß der Antrag gerade heute kommt, ist nicht Schuld des Rates, sondern der Verhältnisse.

Aber

Aber diese unangenehmen Verhältnisse noch zuzuspitzen, indem ~~Sk~~ Sie von dem Mehrertrag den  $\frac{1}{2}$  für ein halbes Jahr herunterstrichen, das wäre nicht das Richtige.



Stadtv. M a a B : Ich möchte mir folgende Anfrage erlauben : Unter II,3 lese ich : „Vertragsmäßige Abgabe der Brauerei Franz Steger in Ölper für Anschluß an die Wasserleitung und Benutzung der Kanalleitung 500 M.“ Wie lange läuft dieser Vertrag oder seit wann wird die Abgabe in dieser Höhe erhoben ? Ist diese Abgabe schon einmal erhöht und seit wann ? Wenn diese Abgabe von 500 M schon während der ganzen Zeit des Krieges bestanden hat, dann ~~könnte~~ <sup>kann</sup> ich nicht verstehen, daß sie nicht dem Geldwerte der späteren Zeit angepaßt und erhöht worden ist.

Stadtv. T o s t m a n n : Wenn Herr Gartung sich gegen die Gewerbesteuer wendet, so ist das von seinem Standpunkt aus begreiflich, aber meiner Ansicht nach können gerade die Gewerbetreibenden diese Gewerbesteuer wohl tragen, denn bei ihnen können die Einnahmen, speziell bei den mittleren und kleinen Gewerbetreibenden, nicht so genau nachgeprüft werden wie bei jemand, der in Gehalt oder in Lohnarbeit steht. Diesen letzteren werden bei Heller und Pfennig 10 % vom Gehalt oder Lohn abgezogen. Selbst Gewerbetreibende, die eine Buchführung haben, sind in der Lage und verstehen es auch meisterlich, die Balancierung am Jahresschlusse so vorzunehmen, daß ihr reines Einkommen in verhältnismäßig kleinem Umfange erscheint. Da die Gewerbetreibenden es verstehen, sich von Zahlung der vollen Einkommensteuer zu drücken, folglichweise bin

ich

ich der Ansicht, daß sie die erhöhten Gewerbesteuern wohl tragen können.

Anders ist es mit der Grundsteuer, die erhöht werden soll. Es ist schon ausgeführt worden, auf welche Weise die Hausbesitzer diese Steuererhöhung von sich abwenden können, indem sie die erhöhte Grundsteuer nur auf die Mieter abzuwälzen brauchen. Es ist selbstverständlich, daß das so kommen wird. Diese Steuern müssen die Mieter zahlen, die Hausbesitzer zahlen sie nicht. Ich wäre also gegen die Erhöhung der Grundsteuer, überhaupt gegen ihre Erhebung, weil sie auf die Mieter abgewälzt wird.

Bei den Ansätzen über die Wertzuwachssteuer und die Grunderwerbssteuer fällt mir auf, daß nur kleine Posten herausgekommen sind. Daß der Erhöhung dieser Steuern Schranken gesetzt sind, hat nichts dabei. Ich möchte darauf hinweisen, woher es kommt, daß keine höheren Beträge bei diesen

Steuern

Steuern herausgekommen sind, obgleich die Verkäufe von Grundstücken und Häusern überhand genommen haben. Dabei bestehen nicht mehr die Preise, die vor der Kriegszeit gezahlt sind, sondern sie haben sich verdoppelt und verdreifacht, sodaß gewaltige Summen beim Kauf von Grundstücken gezahlt werden müssen. Bei der Zuwachssteuer müßten also meiner Ansicht nach bedeutende Summen herausgekommen sein, aber die Käufer sind meistens Geldmänner, die durch Kriegsgewinne oder Schleichhandel sich ein großes Vermögen erworben haben und mit allen Finessen vertraut sind sind. Die sind es, die mit den Verkäufern bei Kauf eines Grundstücks bemüht sind, die Steuerbehörde zu umgehen. Es werden einfach Scheinverträge gemacht. Für ein Grundstück, das mit 100 000 M gekauft wird, wird im notariellen Vertrage glatt eine geringere Summe geschrieben, das andere wird bar bezahlt, und so wird die Steuerbehörde glatt umgangen,

indem

indem der Wertzuwachs und der Grunderwerb nicht in der wirklichen Höhe versteuert werden. Auf diese Weise erscheinen auch hier im Etat ziemlich niedrige Beträge für diese Steuer. Ich weiß ganz genau, daß auf Grund der Gesetze wir nicht in der Lage sind, höhere Sätze in diesen Steuern zu erheben, aber das Verfahren, das von Käufern und Verkäufern angewandt wird, um die Zahlung dieser Steuern zu umgehen, will ich doch zur Sprache bringen, damit von seiten der betreffenden Behörden, die in diesem Falle die Aufsicht zu führen hat, in Zukunft darauf geachtet wird, daß eine Bemogelung durch diese Sorte von Leuten nicht vorkommen kann.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Die Frage des Herrn Maaß kann ich eben nicht beantworten. Der Vertrag mit der Brauerei Steger ist vor langen Jahren geschlossen, unter welchen Bedingungen, weiß ich nicht mehr. Ich möchte die Herrschaften bitten, uns über solche speziellen ~~Frägen~~ Anfragen vorher Nachricht durch einen kleinen Zettel zu geben, damit wir die Akten kommen lassen können und imstande sind, Auskunft zu geben.

Wenn Herr Tostmann und seine Freunde so gegen die Erhöhung der Grundsteuer sich aussprechen, so weiß ich nicht, was wir bei Ablehnung der Erhöhung machen sollen. Herr Tostmann wird es nicht übelnehmen, wenn ich sage : Bisher haben Sie flott bewilligt, nun kommt der Wechsel, den sie akzeptiert haben, an Sie zurück. (Zuruf: Bürgerliche Mehrheit!) Da wir nach den Reichs-

ge=

gesetzen verpflichtet sind, Grund- und Gewerbesteuern zu erheben, so würde es bei der Gewerbesteuer nicht zu verstehen sein, wenn wir den Prozentsatz, den wir bisher genommen haben, auf unter 100 % herunterdrücken wollten, weil die Sätze, die der Staat für große Geschäfte eingeführt hat, erhöhte sind. Betreffs der Grundsteuer scheint es, daß in der Versammlung noch eine Mehrheit zu finden wäre, wenn sie erst vom 1. Oktober d.J. an erhöht werden soll. Meine Herrschaften, ich bin der  $\frac{1}{2}$  festen Überzeugung, daß wir mit der Grundsteuer noch weiter in aufsteigender Linie operieren werden müssen - ich wüßte wenigstens augenblicklich nicht, wie die Städte auf andere Weise die Einnahmen beschaffen <sup>könnten</sup> ~~wollten~~, um die ihnen obliegenden Ausgaben zu decken. Was haben wir denn noch an wesentlichen Steuern außer der Grund- und Gewerbesteuer? Die anderen Steuern bringen doch keine erheblichen Beträge! Vielleicht

noch

noch die Lustbarkeitssteuer. Soviel steht fest :  
Unter einer großen Zahl von Städten, die wir  
zusammengestellt haben, steht die Stadt Braun-  
schweig mit ihrer Grundsteuer an der niedrigsten  
Stelle. Wenn die Herrschaften nun meinen, der  
Grundbesitz müsse in der Lage sein, bei Zeiten zu  
erfahren, wie hoch im nächsten Jahre die Grund-  
steuer werden wird, damit er sich darnach ein-  
richten kann, so ist das kaum durchzuführen.  
Der Etat wird regelmäßig erst am 1. April, wenn  
es gut geht, kurz vor dem 1. April genehmigt und  
muß dann der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden.  
Auch dann können die Hausbesitzer nicht sagen :  
Nun erhöhen wir vom 1. April an die Mieten.  
Augenblicklich kann das ja durch das Mieteinigungs-  
amt geschehen. Künftig aber müssen die Haus-  
besitzer erst den alten Mietvertrag kündigen,  
wenn sie höhere Miete haben wollen. So Zug um Zug

läßt



läßt sich diese Sache nicht immer machen. Ich möchte Sie bitten, mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Stadt Braunschweig mit ihrer Grundsteuer gewaltig hinter anderen Städten zurückgeblieben ist, unserm Antrage zu folgen. So groß ist die Mehrbelastung der Grundbesitzer wirklich nicht. Ich bitte Sie zu beachten, daß das Grundsteuerkapital nur die Hälfte des Mietertrages des Hauses ist, und der Staat nur den vierten Teil von 10 % dieses halben Mietertrages nimmt.

Was die Grunderwerbsteuer betrifft, so ist uns, nachdem wir den Etat und unser Anschreiben an Sie abgeschickt hatten, vom Landesfinanzamt, an das wir uns vorher mit der Bitte gewandt hatten, es möchte uns mitteilen, wie hoch wir die Beträge einstellen könnten, eine Berechnung zugegangen, wonach der Betrag für die Grunderwerbsteuer auf 425 000 M zu schätzen ist, während wir 600 000 M

ein=

eingestellt haben. Ich kann mir nicht denken, daß die uns angegebene Zahl zutreffend sein sollte, denn die Umsätze in Grund und Boden sind ganz erheblich gewesen, und so glaube ich, daß wir unsere Summe im Haushaltsplan stehen lassen können, und das um so mehr, als uns nach dem Landesausführungsgesetz von dem Betrage, den der Staat erhebt, ein Teil zu unserem 1 % hinzugerechnet werden wird. Wenn allerdings die Handhabung in vielen Fällen so sein sollte, wie Herr Tostmann eben mitgeteilt hat, daß jetzt bei Erwerbung von Grundstücken in so heilloser Weise gemogelt wird, dann wäre Herr Tostmann als Stadtverordneter und als Bürger verpflichtet, Fälle dieser Art, die ihm bekannt werden zur Anzeige zu bringen. Da müßte d fest ~~zu~~ <sup>zu</sup> gefaßt werden, und das Gesetz sieht ja auch erhebliche Strafen für seine Umgehung vor. So vorzugehen, sind wir uns selber

schuldig

schuldig, wenn unsere Steuerquellen auf diese Weise getrübt werden. Also, Herr Tostmann, ich bitte Sie dringend, uns die Fälle, wo diese Steuer hinterzogen wird, <sup>mitzuteilen</sup> ~~zur Mitteilung zu bringen;~~ wir werden dann Sorge tragen, daß die Betreffenden bestraft werden.

Stadtv. N ö l l : Meine Damen und Herren !

Daß die Gewerbesteuer von den Gewerbetreibenden bekämpft wird, kann ich verstehen, ebenso daß ihnen die Grundsteuer unsympathisch ist. Wenn aber Herr Stadtrat von Frankenberg ausführt, daß die Grundsteuer direkt zu einer Mietersteuer gemacht werden kann, so kann ich diese Steuer nicht bewilligen. Ebenso halte ich es nicht für in der Ordnung, daß die Gewerbesteuer zu einer Käufersteuer ausarten soll. Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, daß andere Städte eine höhere Grundsteuer erheben, kann ich nicht verstehen. In Preußen war das Höchstmietgesetz geltend, wonach 25 %, neuerdings 30 % Zuschläge zur Friedensmiete erhoben werden können. Wenn aber die Grundsteuer einfach auf die Mieter abgewälzt wird, dann muß der Grundeigentümer in einer glücklichen Lage sein. Ich kann es nicht billigen, daß

man

man die Grundsteuer immer wieder auf die Mieter abwälzt. Auch durch die Mietsteuer, die vom Reichstag beschlossen ist, werden die Mieter wieder belastet werden, denn 10 % will das Reich nehmen. Ich sehe nicht ein, warum man immer wieder die Mieterschaft belastet. Für eine vernünftige Steuer auf Grund und Boden, die die Besitzer tragen können, bin ich zu haben, nicht aber für eine Grundsteuer, die auf die schwächeren Schultern der Mieter abgewälzt wird.

Stadtv. M u n t e : Meine Damen und Herren !

Ich habe noch nicht gewußt, daß wir hier die Grundsteuer auf die Mieter abwälzen wollten; ich meine, das können wir gar nicht, das ist Sache der Hausbesitzer.

Als wir die Sitzung begannen, hatte der Herr Vorsitzende die Freundlichkeit, uns darauf aufmerksam zu machen, daß wir noch ein großes Pensum zu erledigen hätten und Beschränkung in den Reden angebracht sei. Sie schienen auch alle zuzustimmen, sich zu bemühen, ihr Teil dazu beizutragen, daß wir mit unserer Arbeit hier fertig werden und wenig Reden zu halten, denn das Reden ist wohl manchmal notwendig, aber nicht immer. Es ist dieses Kapitel das wichtigste aus dem ganzen Etat, es ist der einzige Abschnitt des ganzen Haushaltsplans, wenn man von Kleinigkeiten in anderen Voranschlägen absieht, Wir dürfen unserm ver-

*das Einkommen für die Stadt bringt.*

ehrten

ehrten Herrn Berichterstatter Dank wissen - und es wird sich nachher auch wohl jemand finden, der das ausspricht - daß er in so klarer und sachlicher Weise, und auch so fehlerlos, uns die Sache vorgetragen hat. Ich bin Mitglied des Haushaltsausschusses und kann das aus den dortigen Verhandlungen heraus beurteilen. Ein ganz kleiner Irrtum ist dem Herrn Berichterstatter aber doch damit unterlaufen, daß er gesagt hat, der Haushaltsausschuß habe empfohlen, diese Steuern anzunehmen. Der Herr Referent wird sich vielleicht erinnern : Als wir 3 - 4 Stunden kräftig gearbeitet hatten, waren es verschiedene Herren des Ausschusses müde geworden oder sie hatten andere Verpflichtungen und waren weggegangen. Doch blieben wir ein beschlußfähiger Ausschuß und verdanken das Zusammenbleiben der freundlichen Ermunterung und der Arbeitsfreudigkeit des Vorsitzenden des Ausschusses

Herrn

Herrn Dr. Jasper, der uns sagte : „Bleibt zusammen und erledigt die Arbeit ! Sollen wir denn morgen noch einmal zusammenkommen ?“ Ich habe ihm für seine Worte Dank gewußt und bin mit dageblieben. Als diese Steuern zur Beratung standen, fragte der Vorsitzende : „Wollen wir uns nun schlüssig machen ? Wollen wir abstimmen ? “ Da habe ich gesagt : „Im allgemeinen sehen wir alle ein, daß die Stadt Steuern haben muß und irgendwas bewilligt werden muß, aber besser ist es doch wohl, wir stimmen nicht ab, denn wir sind in unserer Fraktion noch nicht zusammengewesen und ich kann nicht wissen, in welcher Weise ich dort noch beeinflußt werde.“ Sie wissen von Ihren eigenen Fraktionssitzungen, daß Sie sich nicht ohne weiteres festlegen können und werden so meine Äußerung begreiflich finden. Es ist natürlich bei dem kolossalen Material für den Herrn Berichterstatter kein Vorwurf, wenn ich sage, daß er sich in diesem einen Punkt geirrt hat



170

hat; vielleicht weiß er aus seiner Erinnerung noch die Sache anders darzustellen oder erinnert sich, daß ich recht habe.

Was die Steuer selbst betrifft, so bemerke ich zunächst, daß ich wie meine engeren Freunde gegen die Gewerbesteuer und gegen die Grundsteuer sind, und die Parteien der Linken sind ja schon immer dagegen gewesen. Im Erfurter Programm steht, daß Sondersteuern nicht erhoben werden sollen, aber schon während der ganzen Kriegszeit haben Sie aus der Not der Zeit heraus von ihrem Erfurter Programm Abstand genommen, was wir Ihnen nicht übel/nehmen. Auch Sie haben die Steuern bewilligt mit dem Hinweis : „Woher sollte denn sonst das Geld genommen werden ?“ Mit diesem Hinweis kann man das große Unrecht begehen, auch einmal gegen das Programm der Partei zu handeln, und ich will gestehen : ich werde / es jetzt ebenso machen.

Nach

171

Nach den kläglichen oder klagenden Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters - auch Wirth hat kläglich so gedeutet, daß damit das gemeint war, was durch die Klage eingezogen werden sollte - in bezug auf unsere Finanzen werden wir etwas bewilligen müssen, mag es auch gegen unseren Verstand oder gegen unser „gutes Herz“ gehen.

Zunächst die Gewerbesteuer - da wäre es nötig, daß der Landtag von seiten des Rates und von unserer Seite angegangen wird, die bisherige Gewerbesteuer zum mindesten abzuändern, auf eine gerechtere Basis zu stellen, wodurch die kleineren Betriebe noch weiter entlastet und die größeren Betriebe noch mehr herangezogen werden könnten. Wenn auch schon die Höchstgrenze für die Mammut-Betriebe von 40 000 auf 60 000 M. heraufgesetzt ist, so wäre es doch möglich, bei den Millionenverdienern eine noch höhere Steuer einzuziehen. Ich

will

will heute keinen Antrag in dieser Richtung stellen, aber ich würde mich freuen, wenn der Rat demnächst an den Landtag oder an das Ministerium sich wendete und anregte, daß die Gewerbesteuer etwas zeitgemäßer eingerichtet würde. Wenn Herr Gartung schlechthin beantragt hat, die Gewerbesteuer auf dem vorjährigen Satze zu belassen, so hat er damit das gewünscht, was der Rat in seiner Vorlage verlangt hat. Es ist von ihm wohl nur der Endbetrag angesehen; in diesem Jahre sind an Gewerbesteuer 2 Millionen Mark angesetzt, während es im vorigen Jahre nur 940 000 M. waren. So ist es ihm vorgekommen, als ob die Steuer und damit auch die Steuersätze verdoppelt wären. Auch mir hat das anfänglich so geschienen und erst nachträglich, nachdem wir uns darüber ausgesprochen hatten, habe ich erkannt, daß der Rat nur die Erhöhung schätzt nach den neuen Einschätzungen des Staates.

Ich

Ich bin Mitglied der **Einschätzungskommission** und habe dabei erfreulicherweise sehen können, daß die **Steuer** allerdings einen erheblich höheren **Ertrag** bringen wird. Der Staat hat die seinerseits eingesetzten Summen zur Kenntnis der Stadt gebracht und die Schätzungsbehörde hat sich ihm ~~an~~ anschließen können, weil die Gewerbesteuer beim Staat und bei der Stadt nach demselben Prozentsatz erhoben wird. Der Warenumsatz ist gestiegen und noch mehr die Preise, deshalb ist zu erhoffen, daß die 2 Millionen herauskommen werden. Da dem Antrag, den Herr Gartung gestellt hat, die eigentliche Grundlage fehlt, so glaube ich, daß er in sich zusammenfällt.

Dann komme ich zur Grundsteuer. Ich habe schon angeführt, daß die Grundsteuer als eine Sondersteuer angesehen werden muß, und vom Rat ist hervorgehoben, daß wir mit dieser Grundsteuer

in

in der Stadt Braunschweig ganz besonders billig sind. Das ist erfreulich, aber nun sollen wir uns bemühen, dieses Lob recht <sup>schnell</sup> zum Wegfall zu bringen, indem wir uns möglichst den höheren Sätzen der anderen Städte angleichen - das ist uns schon in Aussicht gestellt. Doch auch diese Steuer, wie sie nun einmal besteht, ist heute nicht mehr zeitgemäß. Man sollte eine Steuer nach dem gemeinen Wert einführen, und es wäre wünschenswert, daß sich der Rat danach erkundigte, in welchen Städten diese Art Steuer bereits eingeführt ist und welche Erfahrungen dort gemacht sind. Eine ganze Anzahl von Grundbesitzern bewohnen ihre Häuser allein und haben dabei noch große Parks, und da wäre es richtig, daß sie zu einer Steuer herangezogen werden, die dem Werte ihres Grundstücks entspricht. Es wird jetzt gesagt: Die teuerste Wohnung ist hier zu

3000 M eingeschätzt, folglich bezahlt der Besitzer 3 - 400 M Grundsteuer, während er bei der Steuer nach dem gemeinen Wert einen höheren Betrag zahlen müßte. Ob aber diese Steuerart wesentlich mehr an Ertrag ergeben wird, das weiß ich nicht, und das wäre auch nicht so sehr nötig, es müßte nur durch sie erreicht werden, daß die Lasten gerechter verteilt werden.

Nun ~~Y~~ kann ich den Hausbesitzern einen Vorwurf nicht ersparen. Sie haben ihre Vereinigungen, wo sie sich mit ihren Freunden zusammensetzen und ihre Wünsche durchzusetzen versuchen - Einigkeit macht stark, das wissen Sie alle. Wenn sie dort aber einen Vertrag oder einen „Kontrakt“ ausarbeiten, dann hätten sie auch ~~den~~ einen Passus da hineinnehmen müssen, der sagte : Sollte im Laufe eines Jahres Steuern mit rückwirkender Kraft erhoben werden, so ist selbstverständlich, daß jeder

Mieter

Mieter ~~seien~~ seinen Anteil daran zu tragen hat.  
(Zuruf Sievers : Sie wollten doch nicht abwälzen!)  
Sie können ja nachher auch sprechen; ich habe  
schon verschiedene Anträge von Ihnen vermißt,  
z.B. bei der Fortbildungsschule. (Zuruf Sievers :  
Es kommt immer anders, als man denkt !) Erzählen  
Sie uns nur nachher, was Sie wissen ! Es ist  
ganz selbstverständlich, daß jemand, der ein Haus  
hat und dabei eine Unterbilanz erleidet, weil  
er mit der Miete nicht auskommt, die teuren  
Reparaturen damit nicht ausführen kann, die  
wirklich ihm erwachsenden Kosten anteilig von  
den Mietern erhebt. Das bringt vielleicht auf  
jeden Mieter 5 M (Oho !), was diese Erhöhung  
der Grundsteuer für 1/4 Jahr ausmacht. Da aus  
Mangel an Mitteln die Erhöhung der Grundsteuer  
stattfinden muß, so will man ihr rückwirkende  
Kraft geben; wie es leider in der letzten Zeit  
mit

mit den Gehalts- und Lohnerhöhungen geschehen ist, so will man es jetzt auch mit der Steuer anfangen. Das wäre in diesem Falle hart, weil die Hausbesitzer tatsächlich - davon bin ich überzeugt - bei den meisten Mietern auf Widerstand stoßen würden. Es wird sogar nicht vielen Hausbesitzern möglich sein, schon vom 1. Oktober an die Mieter zur Tragung dieser erhöhten Grundsteuer heranzuziehen, höchstens würden diejenigen, die mit vierteljähriger Kündigung rechnen, vom 1. Januar ab die Mieter schnappen können. So gern ich also auch den wirklich beklagenswerten Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters über den Etat Entgegenkommen zeigen würde, so kann ich doch nicht anders, als mich nur dazu zu verstehen, daß die Steuererhöhung erst vom 1. Oktober an bewilligt wird.

Der Etat weist einen Fehlbetrag

von



von 5 300 000 M auf. Das ist eine ganz ~~un~~ achtenswerte Summe, auf deren Herbeischaffung wir im Laufe des Jahres noch öfter zurückkommen werden müssen. Auch ich habe daran gedacht und mir notiert, was für verschiedene Steuern wir zu diesem Zweck einführen könnten. Da ist zunächst die Erhöhung der Hundesteuer, die noch im Laufe dieses Jahres vorgenommen werden könnte, die Automobilsteuer, die Luxuspferd- und Reitpferdsteuer, ~~so~~ vor allen Dingen die Klaviersteuer. Dann fehlt in Braunschweig eine Steuer noch ganz : eine sog. Fremdensteuer oder Bettsteuer. In keiner Stadt habe ich bei meinen Reisen ohne diese Steuer wegkommen können. In Neuenahr habe ich nach einem bestimmten Prozentsatze diese Steuer bezahlt; wenn das Bett 30 M kostet, dann bekommt man noch eine Steuermarke von 3 M aufgelegt - glücklicherweise nur auf die Rechnung.

Ich

Ich möchte dem Rat anheimgeben, zu überlegen, ob mit dieser Fremden- oder Hotelsteuer als Gemeindesteuer nichts zu machen ist. Ob die Leute dann 30 oder 33 M für das Übernachten bezahlen, das wird ihnen egal sein. Es kommen in einer Stadt wie Braunschweig zehntausende von Schlafnächten heraus und ich kann mir nicht denken, daß die Erhebung einer solchen Steuer nicht auch einen schönen Betrag bringen würde. Alle diese Steuern, für die sich schon verschiedene der Herrschaften erklärt haben, <sup>werden</sup> ~~wird~~ wohl zum Antrage oder zur Vorlage kommen. Mit der Erhebung der Grundsteuer erst vom 1. Oktober d.J. ab wird sich der Rat der Stadt wohl zufrieden geben müssen. Ich kam auf diese anderen Steuern, weil ich daran dachte, daß der Etat mit 5 300 000 M Defizit abschließt. (Zuruf : 8 Millionen !) Das wollen wir dahingestellt sein lassen. Es gibt Städte, z.B. Celle,

Goslar

Goslar, Hannover, Magdeburg und andere, deren Etat ein viel größeres Defizit aufweist. (Zuruf des Oberbürgermeisters : Recht nachahmenswert !) Das wohl nicht, aber gegenüber dem Staat und dem Reiche ist vielleicht unsere Not besser geschildert, wenn wir mit einem größeren Defizit abschließen, als wenn es heißt : Das Defizit beträgt 5 Millionen, na, dann geht es noch ganz gut. So beängstigend kann es also nicht sein, wenn wir den vierten Teil des Grundsteuerkapitals als Steuer einstreichen und für dieses Jahr einmal die Hälfte davon fällt. Dann haben wir vielleicht den vierten Teil der Einnahme an Grundsteuer weniger und ein Defizit von 6 Millionen. Wir wollen uns bemühen, wenn der Rat uns Vorschläge dazu macht, das Defizit zu decken, aber gegen dieses Bedenken, das gegen die sofortige Erhebung der erhöhten Grundsteuer vorgebracht wird, kann

ich

ich nicht ankämpfen. Es ist nun einmal zu spät für die Einführung der Erhöhung. Den Hausbesitzern aber rate ich an, daß sie ihre Formulare für Mietverträge dahin abändern, daß sie in Zukunft gedeckt sind, denn solche Plötzlichkeiten wie diese sind heutzutage nicht selten. Wie Ziethen aus dem Busch kommt mit einem Male eine neue Steuer oder eine neue Verordnung, und darauf muß man sich schon vorher vorbereiten.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Es tut mir leid, daß ich den Wünschen des verehrten Herrn Vorredners wegen Einführung einer Fremdensteuer nicht folgen kann. Wir haben vom Ministerium die bestimmte Erklärung bekommen, daß nach seiner Ansicht und nach der des Reichsschatzministers die Erhebung einer Fremdensteuer durch die Gemeinden unzulässig wäre, weil das Reich den Umsatz von der M Vermietung von Zimmern an Fremde seinerzeit mit einer Steuer belegt hat und wo das Reich sich an den Tisch gesetzt hat, für die Stadtgemeinden ein Gedeck nicht aufzuliegen pflegt. Es ist der Vorschlag dieser Steuer zwar ein sehr dankenswertes, aber nicht sehr ergiebiges Unterfangen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß nach dieser Aufklärung aus den Reihen der Gegner der Vorlage des Rates einige zu Freunden der Vorlage umgestimmt werden ,

und

und hoffe das um so mehr, weil beim Mieteinigungsamt jetzt regelmäßig nie feste Mietbeträge festgesetzt werden, sondern immer nur der reine Mietbetrag und daneben die anteilige Aufbringung der öffentlichen Abgaben, Schornsteinfegerlöhne, Müllabfuhrgebühren usw. Steigt die Summe der öffentlichen Abgaben, so steigt automatisch auch der Anteil des betreffenden Mieters. Es würde eine nicht sachliche Begründung seitens der Wohnungsbesitzer sein, wenn sie die Erhöhung für das volle Jahr ablehnen wollten unter Berufung darauf, daß sie außer stande seien, diese vom 1. April an laufenden Beträge einzuziehen.

V o r s i t z e n d e r : Herr Burgdorf  
hat auf das Wort verzichtet, vielleicht findet  
sein Beispiel Nachahmung.

Stadtv. M a r t h : Man hat heute die Absicht, die Grundsteuer vollständig auf die Mieter abzuwälzen. Ich habe bisher immer geglaubt, daß sie wohl zum Teil von den Mietern, aber zum Teil von den Hausbesitzern selber getragen werden sollte. Wenn man mit der Grundsteuer und ihrer Erhöhung nur die große Masse belasten will - die größeren Wohnungen werden weniger davon getroffen - so muß ich das als eine Ungerechtigkeit bezeichnen. Richtig wäre es allein, wenn man die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert in Anrechnung brächte. Wohin soll das führen, wenn ein Villenbesitzer sein Haus, das er allein bewohnt zu einem ganz geringen Preise einschätzen kann und nur den halben Wert versteuert. Ein / kleiner Hausbesitzer muß den vollständigen Mietwert ~~de~~ aus dem Hause heraus schlagen, demnach das Grundstück nach seinem

rich-



richtigen Wert versteuern, aber er wälzt die Steuer auf die Mieter ab. Das ist eine Verteuerung der Mieten und wir werden auf diesem Wege dahin kommen, daß die Mietsteigerungen so hoch geworden sind, daß die Erbitterung darüber sehr groß wird. Es ist nicht damit abgetan, daß man jetzt die Mieter mit der höheren Grundsteuer belastet, es kommt auch noch die Mietsteuer vom Reiche. Die wird ganz besonders hoch werden, wird wieder den kleinen Mann treffen, die große Masse mit Steuern belasten. Da ist es an der Zeit, daß man einen anderen Weg einschlägt und sagt: Einen Teil dieser Steuern hat der Mieter aufzubringen und einen Teil dieser Last hat der Hausbesitzer zu übernehmen. Wenn man heute die Urteile der Mieteinigungsämter verfolgt, so muß man sagen, daß sie dem Hausbesitzer sehr wohl-

wollend

wollend gegenüberstehen und versuchen, auf alle mögliche Weise dem Hausbesitzer Vorteile zu gewähren, die die Hausbesitzer <sup>auch</sup> ~~tatsächlich nicht~~ ausnutzen. Ich gebe zu, daß ein Teil der Hausbesitzer versucht, diese zugebilligten Einnahmen an ihr Haus anzuwenden, ein großer Teil aber ~~er~~ sucht sie nur für sich auszunutzen. Deshalb ersuche ich den Rat, dafür Sorge zu tragen, daß nicht mehr der Mietwert, sondern der allgemeine Wert des ~~M~~ Grundstücks zur Steuer herangezogen wird. Dabei wird erst einmal die Stadt besser fahren, aber sodann auch die kleinen Leute. Auch diese wollen wohl Beiträge zu den Lasten der Stadt hergeben, aber nur wenn auch die andere Seite dazu herangezogen wird. Wenn wir Mittel bewilligen für Unterhaltung der städtischen Einrichtungen, so ist jeder Einwohner verpflich-

tet

tot, sein Scherflern beizutragen, und so sind auch die Minderbemittelten gern bereit, einen Teil beizutragen, wenn die andere Seite verhältnismäßig ebenso stark belastet wird.

Oberbürgermeister R e t s m e y e r: Es ist recht ungünstig für die Verhandlungen, daß diese Frage der Abwälzung der Steuer heute erörtert wird. Der Rat hat sie nicht aufs Tapet gebracht, wir haben uns nach den Reichsgesetzen gerichtet. Ich habe das Wort erbeten, um Herrn M a r t h gegenüber zu erklären, daß nach meiner Überzeugung die Mehrzahl der Fälle dieser Abwälzung der Grundsteuer auch dann erfolgen wird, wenn wir die Grundsteuer nach dem ~~g~~ gemeinen Wert erheben. Das wäre nur dann nicht möglich, wenn große Gärten oder Parks bei den Wohnungen liegen. Im übrigen steht der ganze Rat schon längst auf dem Standpunkt, daß die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert die richtige Steuerart ist. Aber was sollen wir in dieser Frage tun? Wir haben angenommen, daß sich <sup>das Ministerium</sup> ~~der Staat~~ in diesem Jahre alsbald mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag wenden würde, um diese Steuer einzuführen. Das hätte ein Riesengeld für das ganze Land gebracht, und dann hätten wir

Zu-

Zuschläge erheben können. Würden wir jetzt unsererseits selbständig vorgehen, so würde die Folge sein, daß wir in der Stadt wohl die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert erhöhen, der Staat aber sein Viertel von der Grundsteuer nach dem Miet- und Ertragwert, entsprechend dem Gesetz von <sup>1849 bzw.</sup> 1858. Das wäre doch kein annehmbares Verhältnis. Deshalb müssen wir mit der Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert warten, bis wir wissen, wahn der Staat will. Ich appelliere nochmals an Ihr Herz, nehmen Sie sich der armen Stadt Braunschweig an und lassen Sie sie nicht in Sumpfe versinken. Wenn wir diese Steuer nicht bekommen, weiß ich nicht, was wir machen sollen.

Stadts. Br. J a s p e r: Ich möchte mich in  
 meinen Worten eben auf zwei Berichtigungen be-  
 schränken. Zunächst will ich Herrn Hunte gern  
 zugeben, daß mir ein Irrtum unterlaufen sein mag.  
 Die Situation im Ausschuß war so, daß um 7 Uhr  
 herum eine Reihe der Herren nicht mehr an der  
 Sitzung teilnehmen konnten und ich Wert darauf leg-  
 te, an den Abend die Angelegenheit noch zu verab-  
 schieden. Ich hatte allerdings den Eindruck, daß  
 bei der Beratung dieses Kapitels ein sachlicher  
 Widerspruch von den anwesenden Mitgliedern des  
 Ausschusses nicht in der Weise erhoben wurde, daß  
 man sagte: <sup>N</sup>Wir wollen dieses Kapitel ablehnen.  
 Man war über die Grundsteuer und Gewerbesteuer nicht  
 erbaut, aber man wollte sie doch nicht ablehnen.  
 Es ist auch gesagt worden, daß die Fraktion der  
 bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hierzu noch nicht  
 Stellung genommen habe, aber daran, daß von der  
 Beschlußfassung abgesehen ist, erinnere ich mich  
 positiv nicht.

Die

Die zweite Berichtigung möchte ich in der Weise geben, daß der Widerspruch zwischen den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters und meinen Ausführungen nur ein scheinbarer ist. Der Herr Oberbürgermeister hat gesagt: „Es ist keine Erhöhung der Gewerbesteuer eingetreten, während ich in meinen Berichte wiederholt von einer Erhöhung der Gewerbesteuer gesprochen habe. Dieser Widerspruch ist so zu lösen: Der Herr Oberbürgermeister hat recht insofern, als er sagt: „Formell sind die Zuschläge nicht höher geworden,“ während ich umgekehrt nicht unrecht habe, wenn ich sage: „Sachlich sind die Leistungen aus der Gewerbesteuer höher geworden.“ Um Irrtümern vorzubeugen, möchte ich das gesagt haben, und möchte mir erlauben, hinzuweisen auf das, was in diesem Punkt vom Rat der Stadt selber gesagt ist. Er hat zu dieser Frage in den allgemeinen Bemerkungen Stellung genommen. Dort heißt es:

„Mir“

„Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß insbesondere die Grundsteuer hier bislang sehr niedrig bemessen war, und ihre kräftige Steigerung ist daher nunmehr nicht länger zu umgehen; die Stadt wird sich auch zu dieser Steigerung um so mehr verstehen müssen, als nach Paragraph 7 des Landessteuergesetzes die Länder und Gemeinden die ihnen zur Verfügung stehenden Steuern nach Maßgabe ihres Steuerbedarf ausnutzen sollen. Für das Jahr 1920/21 waren  $12\frac{1}{2}\%$  des staatlichen Grundsteuerkapitals als städtische Grundsteuer mit einem geschätzten Ertrage von 1 212 000 M und 100% Zuschlag zur staatlichen Gewerbesteuer mit einem geschätzten Ertrage von 940 000 M im Voranschlage vorgesehen. Inzwischen ist die staatliche Gewerbesteuer so erhöht, daß ein Zuschlag von 100% 2 Millionen Mark bringen wird. Der Ertrag der Gewerbesteuer steigt also um über 100% und eine Verdoppelung auch der Grundsteuer dürfte daher nicht ungerechtfertigt sein; auf eine weitere Steigerung des Prozentsatzes

der



der städtischen Gewerbesteuer wird dagegen bei der starken Belastung des Gewerbes mit der Reichsumsatzsteuer vorläufig zu verzichten sein."

**Stadt. S i e v e r s :** Von den Herrschaften der bürgerlichen Seite haben wir die verschiedensten Anschauungen zu hören bekommen. Herr Gartung interessiert sich am lebhaftesten für die Gewerbesteuer und machte hier Ausführungen gegen sie, ~~ohne daß seine Ausführungen~~ <sup>die nicht</sup> allzusehr auf Sachkenntnis basierten. Herr Rasche wettert gegen die Grundsteuer; Herr Möll erklärt, ich bin bereit, vernünftige Grundsteuern zu bewilligen, aber sie dürfen nicht abgewälzt werden. Sie als Mietervertreter dürften doch nicht Betrachtungen darüber anstellen, <sup>müssen</sup> ob die Grundsteuer abgewälzt wird oder nicht ! Wenn Sie solche Äußerungen wie eben noch häufig machen, muß man zu der Überzeugung kommen, daß Ihre Sachkenntnis Ihnen den Platz hier im Saale nicht vermittelt hat. Herr Munte hat uns einen großartigen Vortrag über dieses und jenes gehalten und will grundsätzlich die Gewerbesteuer wie die Grundsteuer ablehnen. Wenn es aber zur Entscheidung kommt, ist er doch bereit, seinen Finger für diese Steuern

hoch-

hochzuheben. Ich glaube, die Herrschaften drüben scheinen sich über ~~die~~ <sup>ihre</sup> Situation <sup>hier</sup> nicht im klaren zu sein. Am 29. Mai haben Sie im Wahlkampf <sup>ie</sup> gesagt, siegen Sie nun nur <sup>hier</sup> in der Versammlung weiter ! Sie haben den Kampf am 29. Mai geführt gegen die sozialistische Schandwirtschaft, gegen die Verklüderung und gegen die Verplemperung der Stadtgelder nun haben Sie die Mehrheit und nun bringen Sie den Etat tadellos in Ordnung ! Es ~~wird~~ <sup>will</sup> die ganze Bevölkerung zu sehen bekommen, was Sie verheißen haben: daß Sie die Stadt Braunschweig neuen glänzenden Zeiten entgegenführen wollen. Jetzt ist davon keine Rede mehr. Herr Munte erklärt, wenn das Defizit ~~noch~~ <sup>größer</sup> ist, dann erkenne man daran besser die Not der Städte. Das macht keinen guten Eindruck bei den schönen Worten über die Schand- und Schundwirtschaft ~~und die Finanzen der Klassenparteien in der Sozialdemokratie, wo Sie jetzt daran sind, Steuern erfinden zu sollen !~~ Wir werden die Grund-  
steuer

steuer wie die Gewerbesteuer ablehnen, ~~was~~ nicht nur die Erhöhung, sondern auch die pflichtmäßig seitens der Stadt zu erhebenden Beträge, denn diese Steuern werden abgewälzt auf die Konsumenten und auf die Mieter. Sie von der Mehrheit mögen dann vor Ihre Wähler hintreten und Ihre Haltung gegenüber den großartigen Versprechungen, die Sie gemacht haben, so gut es Ihnen möglich ist, zu verteidigen suchen. Wir werden die Posten, die für Grund- und Gewerbesteuer aufgeführt sind, ablehnen.

Stadt. M n n t e : Wenn wir so noch weiter reden, kommen wir mit dem Rest des Etats nicht zu Ende.

(Zuruf Sievers: Hören Sie doch auf zu sprechen !)  
Wenn ich das Wort habe, bitte ich Sie, mich aussprechen zu lassen. Ich unterbreche Sie ja auch nicht.

(Zuruf Sievers: Sie hätten können schon längst fertig sein).

Ich habe nicht angenommen, daß die Debatte fortgesetzt werden soll, sondern daß vom Herrn Referenten schon das Schlußwort gesprochen sei. Die Ausführungen des Herrn Sievers will ich hier unbeantwortet lassen.

(Zuruf Sievers: Weil Sie nicht antworten können.)  
Ich werde doch wohl niemals mit ihm einer Meinung werden. Ich möchte nur noch erklären: So leid es mir tut, kann ich meine Einwilligung zu der Erhöhung der Grundsteuer nur geben, wenn sie erst vom 1. Okt-

ber

ber d.J. an erhoben wird, weil eine große Härte darin besteht, wenn die Hausbesitzer mit dieser Ausgabe allein belastet werden.

Stadto. N 6 1 1: Wenn ich vorhin gesagt habe, daß ich für eine nützige Grundsteuer bin, die von den Grundbesitzern getragen wird, daß ich aber nicht für eine Grundsteuer bin, die auf die Mieterschaft abgewälzt wird, so muß ich auch jetzt noch auf diesem Standpunkt bestehen bleiben. Darum wird sich die ganze Sache drehen, ob die Mieterschaft die ganzen Lasten tragen soll. Ob wir nun hier über die Grundsteuer beschließen oder nicht, durch das Mietgesetz werden wir gezwungen werden, die Sache zu nehmen, wie sie ist. Grundsätzlich bin ich für den Antrag Munte; bis dahin, daß unser Beschluß wirksam wird, wird das Mietgesetz heraus sein, und dann sind wir aller Verpflichtungen enthoben.

Stadt. S e h m i d t: Wenn wir es jetzt so nötig haben, unsern Stadtsäckel zu füllen, so wundert es mich, daß die Hundesteuer nicht mit erhöhten Sätzen eingestellt ist. Ich möchte deshalb den Rat bitten, eine Vorlage zu bringen, durch die die Hundesteuer schon vom 1. Oktober an erhöht wird, am besten vom 1. Juli an. Da aber die Erhöhung schon vom letztgenannten Termin an wegen der technischen Schwierigkeiten nicht durchführbar sein wird, so beantrage ich Einführung einer höheren Hundesteuer vom 1. Oktober ab.



Der Vorsitzende bitte <sup>1</sup> den Antrag schriftlich  
einzureichen.

(Antrag Schmidt).

# Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Über die Erhöhung der Hundesteuer haben wir uns schon in der vorigen Sitzung unterhalten und es ist von mir deswegen auch schon eine Erklärung des Rats abgegeben worden dahin, daß es, da die Hundemarken für das laufende Jahr schon ausgehändigt sind, außerordentlich große Schwierigkeiten, Belästigungen und Steuerhinterziehungen geben würde, wenn wir die ~~Erhöhung der~~ Hundesteuer noch in diesem Jahre erhöhen wollten. Es müßten die ausgegebenen Marken für ungültig erklärt werden, neue Marken ausgegeben werden, wir würden fortwährend Erörterungen mit den Hundebesitzern zu führen haben, und dem Steueramte würden erhebliche Belästigungen und Kosten zufallen, dabei ist das Erträgnis der Erhöhung der Hundesteuer im Verhältnis zu dem, was wir durch die erhöhte Grundsteuer haben würden, ein lächerlich geringes. Da uns die bisherige Hundesteuer 30 000 M eingebracht hat, so würde die Verdoppelung für das halbe Jahr

40 000

40 000 M ergeben. So gern wir diese 40 000 M mitnehmen würden, so würden sie uns doch im Hinblick auf das zu erwartende Defizit von 5600 000 M nicht glücklich machen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich möchte bitten,  
 die im Hause gestellten Anträge abzulehnen, und zwar  
 im wesentlichen aus dem Grunde, weil die Stadt drin-  
 gend des Geldes bedarf, was vorgesehen ist. Es ist  
 unverkennbar und von jedem in Saale zugestanden,  
 daß wir 8 000 000 M Defizit haben werden und alle  
 die Steuerarten, die vorgeschlagen werden für den  
 günstigsten Fall ungefangene Fische sind und daß  
 wir nicht in der Lage sind, damit dieses Loch  
 stopfen zu können. Es ist zuzugeben, daß die beiden  
 Steuern, um die es sich in der Debatte am meisten  
 handelte, in ihrer Art <sup>und Durchführung</sup> ~~undurchführbar~~ den meisten  
 von uns sehr unangenehm sind, aber Besseres vorzu-  
 schlagen war keiner imstande. Ich habe schon meinem  
 Bericht darauf hingewiesen, daß es sich hier um  
 die Kehrseite der Medaille handelt: wir müssen, so  
 unangenehm es uns ist, notwendiger Weise bewilligen.  
 Wir sind in gewisser Weise gezwungen, den bezeich-  
 neten Weg zu gehen, weil wir ohnmächtig sind gegen-  
 über den Maßnahmen des Reichs und gegenüber denen  
des

des Landes. Ich warne davor, den Anträgen stattzugeben, die darauf abzielen, den Zeitpunkt für die Erhöhung der Grundsteuer zu verschieben. Wenn Sie das damit begründen, daß Sie das tun wollen, um restlos die Grundsteuer überwälzen zu können, so ist dasselbe ein Grund für mich, daß man den Zeitpunkt nicht hinausschiebt, damit den Herren der Überwälzung <sup>algen</sup> verleidet wird. Wir haben die Grundsteuer bekämpft, weil sie überwältzt zu werden pflegt, aber das nun zum Anlaß zu nehmen, die Überwälzbarkeit unter allen Umständen zu gewährleisten, scheint einigermaßen unsinnig zu sein. Im Verhältnis der Grundbesitzer zu den Mietern pflegt in allgemeinen der Mieter der wirtschaftlich Schwächere zu sein. Es gibt wohl auch Grundbesitzer, die sehr schwach sind, aber im Durchschnitt ist das eben Angegebene der Fall, und deshalb ist eine Verzögerung in keiner Weise angebracht.

Inbetreff des Antrages Gattung, der die Gewerbe-  
steuer

steuer im Auge hat, dürfte vielleicht nach der Richtigstellung durch Herrn Oberbürgermeister auch von dem Herrn Antragsteller <sup>sein Antrag</sup> als über das Ziel hinauschießend angesehen <sup>werden</sup> ~~wird~~. Wir erheben formell keine höhere Gewerbesteuer, sondern sie wird nur infolge der staatlichen Erhöhung einen höheren Ertrag bringen, und ein Zurückgehen gegenüber dem Bisherigen will wohl auch Herr Gartung nicht. Ich möchte bitten, daß er diesen Antrag zurückziehen ~~A~~ oder daß mindestens das Haus diesen Antrag ablehnt.

Auf die Hundesteuer zu bauen und zu sagen, da werden nicht etwa die ~~300-000~~ <sup>8 Millionen</sup> M herauskommen, aber das, was wir hier abstreichen, ist eine sehr faule Sache. So teuer werden die Herren und Frauen, besonders Frau Götze und andere Hundefreunde, diese Hundesteuer nicht stellen. Dieser Antrag kann nicht dazu dienen irgendwie Ersatz zu schaffen. Wir müssen die Mittel schaffen, und der vom Rate angegebene Weg ist der gangbarste von allen, die gezeigt sind.

**V o r s i t z e n d e r :** Der Antrag Gartung ist bisher nur mündlich gestellt, wenn er mit zur Abstimmung kommen soll, müßte er ihn schleunigst noch schriftlich einreichen.

Dann hat Herr Stevers gesagt: Wir werden (er meinte wohl sich und Frau Böhm) grundsätzlich die beiden Steuern ablehnen. Ein Antrag liegt nicht vor.

Sodann liegt der Antrag des Herrn R a s c h e vor. Er hieß ursprünglich: „Die Versammlung wolle beschließen, daß die Erhebung der Grund- und Kanalsteuer in der beabsichtigten Höhe erst vom 1. Oktober d.J. an geschieht.“ Bei der Beratung der Kanalsteuer ist wohl der ganzen Versammlung entgangen, daß auf Seite 342 für die Hauseigentümer für 1921 - 22 vorgesehen werden 536 000 Mark. Dieser Betrag ist also im Kapitel XX schon beschlossen und die Worte „und Kanalsteuer“ müßten in dem Antrage gestrichen werden. Herr Rasche hat also nur die Grundsteuer zum Gegenstand seines Antrages gemacht.

Der

Der Antrag Rasche wird vom Vorsitzenden zur Abstimmung gebracht. 15 Stadtverordnete melden sich dafür und 15 dagegen. Der Vorsitzende gibt den Ausschlag zugunsten des Antrages Rasche.

Der Antrag S c h m i d t lautet: „Der Rat wird ersucht, eine Vorlage zu machen zwecks Erhöhung der <sup>Handel=</sup>~~Grund~~steuer ab 1. Oktober 1921.“

Der Antrag Schmidt wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der Ausschuß hat zu Kapitel XXI beantragt, der Rat möge sich mit der Regierung in Verbindung setzen, um zu erwirken, daß die Gebühr für Ausstellung der Jagdscheine künftig erhöht wird. Ist jemand gegen diesen Antrag? - Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich diejenigen, die den Voranschlag  
über



über Kapitel XXI unter Berücksichtigung des  
Antrages Rasche genehmigen wollen, die Hand zu er-  
heben. (Geschicht.) Die Genehmigung ist erfolgt.

## Kapitel XXII.

Stadt Dr. J a s p e r: Das Kapitel XXII Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse haben einen Fehlbetrag von 272 300 M gegenüber einem solchen von 44 400 M im Voranschlage des Vorjahres. Es ist das wohl zurückzuführen auf die erhöhten Aufwendungen, die für Gehälter und Vergütungen notwendig sind. Während früher für das Standesamt keine 29 000 M hierfür ausgegeben wurden, betragen die Ausgaben in dem laufenden Jahre voraussichtlich mehr als 160 000 M. Wenn das im allgemeinen so geht, dann ist der erhöhte Voranschlag erklärlich. Es hat das im Ausschuß Veranlassung gegeben, die Frage aufzuwerfen, ob nicht erhöhte Zuschüsse vom Staat zur Erfüllung der Staatsbedürfnisse zu verlangen wären. Es ist kein formeller Beschluß darüber gefaßt, aber es sind wohl alle Anwesenden sich darüber einig, daß ein erhöhter Zuschuß des Staates anzustreben ist und der Rat ersucht wird, bei passender Gelegenheit darum vorstellig zu werden.

**Der Voranschlag zu Kapitel XXII wird von der  
Versammlung genehmigt.**

### Kapitel XXIII.

Stadtver. J a s p e r: Dieses umfassende Kapitel Stadtverwaltung ist ein solches, das über 6 Millionen Mark Ausgaben erfordert, während im Vorjahre nur 3 Millionen Mark notwendig waren. Die allgemein für Steigerungen angegebenen Ursachen sind auch hier der Grund für die Steigerung der Ausgaben wie auch des Fehlbetrages. Es haben sich die Gehälter, Vergütungen, Löhne und auch die sachlichen Aufwendungen in weitem Umfange erhöht. Daß die laufende Unterhaltung angemessen sein muß, wenn für die Zukunft nicht größerer Schaden entstehen soll, habe ich schon wiederholt betont. Auch die Heizungskosten sind erheblich gestiegen. Ich weise mit Rücksicht auf den vorliegenden Antrag des Herrn Stegmann auf die ungeheuere Steigerung der Ausgaben für Drucksachen hin, obgleich die größte Sparsamkeit eingetreten ist. Die einzelnen Einrichtungen möchte ich nicht erörtern, sondern es der Stellung von Anfragen überlassen, wenn die-

dieses oder jenes geklärt werden soll. Der Ausschuß hat keinerlei Anträge vorzulegen.

**Stadt. S t u k e n b e r g:** Auf Seite 362  
 ist unter 11 aufgeführt: „Zuschüsse zu den Kosten  
 des öffentlichen Arbeitsnachweises von Staate  
 12 000 M., vom Kreise Riddagshausen – Vechelde  
 4000 M<sup>2</sup>. Wenn wir auf der anderen Seite die Ausga-  
 be betrachten, so stelle ich fest, daß an Ausgaben  
 für den öffentlichen Arbeitsnachweis 307 000 M  
 eingestellt sind. Nach Abrechnung dieses Zuschusses  
 von Staat und Kreis Riddagshausen – Vechelde *bleibt*  
 demnach für die Stadt eine Ausgabe von 291 000 M.  
 Im Verhältnis zu der Arbeit, die der amtliche Ar-  
 beitsnachweis gerade jetzt für den Landkreis zu  
 leisten hat, <sup>zu</sup> scheint mir dieser Zuschuß des Staates  
 und auch des Landkreises viel zu gering sein, und  
 ich möchte den Rat bitten, in Erwägungen einzutre-  
 ten, ob es nicht ratsam ist, in dieser Hinsicht  
 beim Staate beziehungsweise der Kreisdirektion  
 vorstellig zu werden und so eine Erhöhung dieses  
 Zuschusses herbeizuführen.

Kapitel XXIII wird genehmigt,  
ebenso Kapitel XXIV Insgemein, zu dem keine Aus-  
führungen gemacht werden.

## B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.

### Kapitel I - VI.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Bei der Stimmung, die in der Versammlung vorzuherrschen scheint, sind die Kapitel I - VI wohl gleich im ganzen zu beraten. Der Ausschuß hat keinerlei Beanstandungen vorgenommen. Sie finden zunächst die Angaben über die Bewegung des Stammvermögens; das sind Ansätze, die ohne weiteres festliegen, und die nötigen Abänderungen sind im Anschreiben ausreichend erörtert. Ebenso liegen die Verhältnisse beim Vorrats- Kapitalvermögen der Kämmererkasse. Es ist die variable Stelle eigentlich nur das Kapitel IV, in dem aufgeführt wird, was für Bauten und öffentliche Anlagen aufzuwenden ist, und das ist dem Ausschuß als durchaus angemessen erschienen, ebenso wie die Anschläge zum Kapitel V: Kanalbau. Der Ausschuß empfiehlt die Genehmigung anschlagsgemäß.



Die Kapitel I - VI werden in eins von der  
Versammlung genehmigt.

**Anhang: Voranschlag der städtischen Umsatzsteuer.**

Stadtv. Dr. J a s p e r: Diese städtische Umsatzsteuer haben wir nicht mehr zu erheben. Es ist der Voranschlag mehr ein Nachweis dafür, wie mit dem bisher in diesem Kapitel Gehörigen ~~man~~ gewirtschaftet werden kann. Schade, daß wir sie nicht mehr haben. - Der Ausschuß hat nichts zu beanstanden.

Die Versammlung genehmigt den „Voranschlag der städtischen Umsatzsteuer“.

V o r s i t z e n d e r: Da wir die einzelnen Positionen angenommen haben, brauchen wir über den ganzen „Haushaltsplan der Stadt Braunschweig“ wohl nicht noch einmal abzustimmen.

(Ohne Widerspruch).

Soeben ist ein Dringlichkeitsantrag auf Sonderbesteuerung aller parkartigen Gärten eingegangen.

2. Aufnahme einer Anleihe von 5,5 Millionen Mark zur Bestreitung der Baukostenzuschüsse.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Meine Damen und Herren ! Sie haben soeben den Voranschlag über die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben genehmigt. Dort sind auf Seite 381 aufgeführt: 5 500 000 M Baukostenzuschüsse zur Förderung der Bautätigkeit insbesondere zur Gewährung unrentierlicher Darlehen, und auf der gegenüberstehenden Seite 7 362 000 M Anleihen unter Verpflichtung zur demnächstigen Tilgung. Wir haben uns an die Staatsbank mit dem Ersuchen gewandt, uns mitzuteilen, ob wir das Geld bekommen können, und die Antwort darauf ist eingegangen. Die Staatsbank ist bereit, der Stadt  $5\frac{1}{2}$  Millionen Mark zu leihen zum gegenwärtigen Zinssatze für Kommunal-Darlehen, zurzeit  $4\frac{3}{4}\%$ . Das Geld soll der Stadt zu pari gegeben werden und wir hoffen, daß wir die Rückzahlung wie die Verzinsung aus dem Ertrage der Mietsteuer decken werden. Der Rat läßt Sie deshalb durch

durch mich bitten, heute schon der Aufnahme dieser Anleihe zuzustimmen. Der Antrag hat nicht mehr in der Finanzkommission vorberaten werden können, seine Annahme ist ja auch nur eine Formsache, denn Sie haben ja schon zugestimmt, daß wir das Geld aufnehmen, und unter  $4\frac{3}{4}\%$  wird es nicht zu erhalten sein, wenigstens nicht unter der Sicherheit für uns, daß es nicht gekündigt wird. Über die Amortisation ist nichts gesagt. Ich glaube nicht, daß wir in der Lage sind, darüber Beschluß zu fassen. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß wir diese ganze Anleihe als besonderes Geschäft neben dem Haushalt führen müssen und daß wir dahin trachten müssen, mit den Erträgen der Mietsteuer tunlichst bald diese Anleihe wieder abzustößen, doch müssen wir darüber mit Ihnen demnächst erst noch verhandeln. Wir können das erst, wenn wir wissen, was die Stadt ungefähr aus der Mietsteuer herausholt.

Die Ermächtigung zur Aufnahme der Anleihe wird dem Rat der Stadt erteilt.

V o r s i t z e n d e r : Wollen wir jetzt die dringlichsten Punkte noch erledigen, die uns der Rat bezeichnen könnte, oder wollen wir erst zur Begründung der Anträge übergehen ?

Stadtv. L e h n e r t : Ich glaube, es liegt uns allen daran, endlich einmal für eine Zeit lang Schluß zu machen. Der Rat möge so liebenswürdig sein, die Punkte zu nennen, die unbedingt erledigt werden müssen, und uns dann ein paar Wochen Ruhe gönnen. Die Anfragen und Anträge, die noch vorliegen, können wir bis dahin zurücklassen, bis wir wieder zusammenkommen.

Stadtfr. S c h m i t z e: Ich möchte beantragen, die Wahlen der Armen- und Waisenpfleger heute noch zu erledigen.



**Stadtv. N e s s e n i u s:** Ich möchte darum ersuchen, den von uns gestellten Dringlichkeitsantrag heute noch mit zu erledigen. Es wird das wesentlich mit zur Beruhigung der Einwohner der Stadt Braunschweig beitragen. Ich bitte diesen Antrag vorzunehmen, bevor die andere Tagesordnung erledigt wird.

**Stadte.Br. J a s p e r:** Der Anregung des Herrn Nessenius möchte ich entschieden widersprechen. Die Angelegenheiten, die uns vom Räte als dringlich bezeichnet werden, bin ich bereit, noch kurz zu erledigen, aber unter den Anträgen habe ich keinen gehört, durch dessen Beratung hier etwas Positives zum Wohlergehen der Stadt geschaffen würde.

### 3. Beihilfe an Bedürftige zum Milchankauf.

Hiermit verbunden der Antrag Böhm, betreffend den Preis der Milch für Minderbemittelte.

Wortlaut des Antrages Böhm siehe Seite 4...

Stadtfr. G ö t z e: Im vorigen Jahre haben die städtischen Behörden den Beihilfen zum Milchankauf für Bedürftige 20 000 M bewilligt. Berücksichtigt wurden Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre, sowie ältere schwächliche Kinder und kranke Erwachsene. Bei einem Milchbezuge von täglich  $\frac{3}{4}$  Litern wurde eine Beihilfe von 50 Pfg. gewährt und bei einem Bezuge von täglich  $\frac{1}{2}$  Liter eine solche von 30 Pfg. Die Bedürftigkeit wurde in jedem einzelnen Falle durch das Wohlfahrtsamt geprüft. Die bewilligten 20 000 Mark sind bereits verbraucht, aber die Notwendigkeit, Beihilfen zum Milchkauf zu zahlen, ist gestiegen, da sich die Milchpreise im letzten Jahre verdoppelt haben. Der Rat der Stadt schlägt daher vor, in Zukunft bei einem Milchbezuge von  $\frac{3}{4}$  Liter eine Beihilfe von

75 Pfg. (früher 50 Pfg.) zu zahlen und bei einem Milchbezüge von  $1/2$  Ltr. eine solche von 50 Pfg. zu gewähren (früher 30 Pfg.). Diese Beihilfen sollen wie bisher nur denjenigen Bedürftigen gewährt werden, für die Milch ein unentbehrliches Nahrungsmittel ist, also den Kindern im 1. und 2. Lebensjahre, <sup>6/</sup> sowie den älteren schwächlichen Kindern und den kranken Erwachsenen. Der Rat schlägt weiter vor zur Feststellung der Bedürftigkeit für diese Beihilfen folgende Richtlinien aufzustellen. Die Bedürftigkeit wird anerkannt bei einem Familienbestande bis zu 2 Kindern und einem Wochenverdienst bis 160 M,

bei einem Familienbestande bis zu 3 Kindern und einem Wochenverdienst bis 175 M,

bei einem Familienbestande bis zu 4 Kindern und einem Wochenverdienst bis 190 M,

bei einem Familienbestande bis zu 5 Kindern und einem Wochenverdienst bis 205 M,

bei einem Familienbestande bis zu 6 Kindern und einem Wochenverdienst bis 220 M,

bei

bei einem Familienbestande bis zu 7 Kindern und einem Wochenverdienst bis 235 M,

bei einem Familienbestande bis zu 8 Kindern und einem Wochenverdienst bis 250 M.

Bei solchen Einkünften sollen unter den angegebenen Verhältnissen ohne weiteres Zuschüsse bewilligt werden. Die bisherigen Bestimmungen über Stellung der Anträge und Zahlung der Beihilfen mittels Gutscheine hat sich bewährt und soll beibehalten werden - es ist das bisher durch die Fürsorgestelle des Wohlfahrtsamtes geschehen.

Eine genaue Berechnung der nach den vorgeschlagenen Vorschriften nötigen Summen läßt sich nicht aufstellen, aber es wird uns mitgeteilt, daß im Monat Mai nach den bisherigen Grundsätzen 4396 M gezahlt worden sind. Es wird angenommen, daß nach den jetzigen Vorschlägen etwa 7000 M im Monat erforderlich sind.

Der Rat gibt anheim, seinen Vorschlägen zuzustimmen und zur Zahlung dieser Beihilfe zum Milchankauf die Summe von 80 000 M zu bewilligen. Die Finanz-

kom-

Kommission bittet Sie durch mich, den Anträgen des Rates zu folgen.

Stadtfr. Frau B ö h m : Ich hatte zu diesem Punkt einen Antrag gestellt, da ich nicht wußte, wie der Rat der Stadt über diesen Punkt beschloßsen hatte. Ich bin zu meinem Antrage aus dem Grunde gekommen, weil ich sehen mußte, wie dort, wo ich meine Milch kaufe seit der Zeit, daß die Milch in freien Handel zu haben ist, die Milch gegen teure Bezahlung literweise abgegeben wurde und die arme Bevölkerung, die Kinder hat, nicht einmal instande war, ein halbes Liter kaufen zu können. Deshalb habe ich den Antrag gestellt, die Milch zu halben Preisen an diejenigen abzugeben, deren Steuereinkommen 16 000 M nicht übersteigt. Wenn jetzt kranke Personen, die wirklich milchbedürftig sind, für ein halbes Liter den jetzt geltenden Preis nicht bezahlen können, wohingegen andere, die das Geld dafür haben, 2 - 3 Liter kaufen können, so ist anzunehmen, daß diese reichen Leute das Liter Milch auch mit 4 M bezahlen können  
und

und dadurch es ermöglicht wird, daß den Besitzlosen die Milch zu halben Preisen abgegeben werden kann.



### Stadtrat von Frankenberg:

So sehr ich anerkenne, wenn Frau Böhm bemüht ist, den Minderbemittelten und Unbemittelten bei Erlangung dieses wichtigen Nahrungsmittels hilfsbereit zu sein, so muß ich doch sagen, daß dieser Antrag weit über jedes Maß hinausschließt. Er übertrifft dasjenige, was der Finanzausschuß und der Wohlfahrtsausschuß empfohlen hat, um ein bedeutendes und würde die Ausgabe von 80 000 M., die für den Monat August veranschlagt ist, mindestens verdreifachen. Wohin sollte das führen, wenn diejenigen, deren Einkommen 16 000 M nicht übersteigt, ohne Rücksicht darauf, ob und wieviel Kinder sie haben, als in dieser Beziehung minderbemittelt betrachtet würden. Wohin sollte es führen, wenn diese alle nur den halben Preis für Milch zu zahlen hätten. Sie müßten doch immer von dem Wohlfahrtsamte besondere Gutscheine erbitten, und die auszugeben, ist ohne weiteres unmöglich. Frau Böhm mag es gut meinen, aber solche Anträge sollte man lieber nicht stellen.

Der

**Der Antrag des Finanzausschusses wird von der  
Versammlung angenommen.**

**(Punkt 3)**

Stadtv. M a r t h: Ich möchte bitten, die Neuregelung der Teuerungsbeihilfen für städtische Ruheohnempfänger, Witwen und Waisen heute noch zu erledigen, denn die betreffenden befinden sich in schwerer Bedrängnis.

#### 4. Verlängerung des Wasserhauptrohres in der Kälberwiese.

Stadt. Pieper: Es handelt sich um die Verlängerung des Wasserhauptrohres in der verlängerten Straße Kälberwiese. Dort sind die Häuser Nr. 46, 47 und 48 neu gebaut und das vorhandene Wasserrohr soll um 52 Meter verlängert werden, damit die neuen Häuser mit Wasser versorgt werden können. Die Kosten für diese Verlängerung des Wasserhauptrohres werden 5500 M betragen. Der Rat der Stadt ersucht, diese Kosten zu bewilligen, und der Ausschuß empfiehlt Ihnen, ihm zuzustimmen.

**Die Versammlung bewilligt die Kosten.**

**(Punkt 4)**

5. Ersatzwahl eines Mieter-Beisitzer für das  
Mieteinigungsamt.

Stadtv. Dr. Röpke: Herr Albert G e n z e n hat  
sein Amt als Mieterbeisitzer im Mieteinigungsamt  
niedergelegt, da er Inhaber eines Siedlungshauses  
geworden ist. Es ist deshalb eine <sup>Neuwahl</sup> ~~neue Wahl~~ nötig  
geworden, und der Rechtsausschuß schlägt Ihnen zur  
Wahl Herrn Stadtv. L e h n e r t vor.

Stadt. N 6 1 1: Das Recht der Wahl der Beisitzer im Mieteinigungsausschuß steht der Stadtverordnetenversammlung zu, und seitens dieser Versammlung sind nun die Vermieterbeisitzer ausschließlich aus den Kreisen des Hausbesitzervereins genommen. Als vor einigen Monaten die Neuwahlen für das Mieteinigungsamt stattfanden, hat der Mieterverein gebeten, die Stellen der Mieterbeisitzer mit den von diesem Verein empfohlenen zu besetzen. Das ist von der Versammlung abgelehnt, meines Erachtens mit Unrecht, denn es liegt kein Grund vor, der Mieterschaft das Recht streitig zu machen, ihrerseits Vertreter für das Mieteinigungsamt namhaft zu machen. Es handelt sich nur darum, die Stellungnahme der Mieterschaft in den Mieteinigungsämtern zu hören, politisch aber sind die Beisitzerposten beim Mieteinigungsamt nicht; die Beisitzer haben nur mit gutem Menschenverstande Beschlüsse zu fassen. Es dürfte in der Öffentlichkeit Beruhigung eintreten, wenn die Posten der Mieterbeisitzer

VON

von Mitgliedern aus dem Mieterverein besetzt würden und damit auch die Angriffe auf das Mieteinigungsamt überhaupt verschwinden. Jedenfalls bitte ich, Sie, heute jedes früher gehegte Bedenken bei Seite zu ~~lassen~~<sup>stellen</sup>, auch jedes persönliche, und meinem Vorschlage zuzustimmen, für den ausgeschiedenen Mietervertreter diesmal Herrn Walter Breeht, Campestraße 26a, zu wählen.



Stadtv. T o s t m a n n: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht viel von dem verstanden, was der Herr Vorredner vorbrachte, aber ungefähr habe ich herausgefunden, daß der Mieterverein einen Vertreter stellen will. Dazu kann ich erklären, daß der Mieterverein bereits einen seiner Mitglieder als Vertreter im Mieteinigungsamt besitzt. Daß der Mieterverein berechtigt sein soll, sämtliche Mieterbeisitzer <sup>im</sup> ~~dem~~ Mieteinigungsamt zu stellen, das kann ich nicht finden. Der Mieterverein stellt mit seinen Mitgliedern nur einen Bruchteil der sämtlichen Mieter in der Stadt Braunschweig dar, die übrigen Mieter müssen bei der Wahl zum Mieteinigungsamt auch zum Zuge kommen, indem sie Mieterbeisitzer stellen. Herr Lehnert, der zum Mieterbeisitzer vorgeschlagen ist, gehört auch einer Mieterorganisation an, und die ist um 32 Jahre älter als die andere Mieterorganisation, und deshalb ist nach meiner Ansicht der Vorschlag, Herrn Lehnert zum Beisitzer zu nehmen, eher berech-  
tigt,

tigt als der Vorschlag der von der neulich erst  
gegründeten Organisation ausgeht. Ich möchte  
bitten, dem Vorschlage des Rechtsausschusses zuzu-  
stimmen.

Stadtv. N 5 1 1: Die Gründe, die von Herrn Tostmann vorgebracht wurden, sind mir unverständlich. Die Organisation, für die Herr Tostmann eintritt, ist an Zahl außerordentlich schwach, während der Vorschlag, der von mir gemacht wurde, die Unterstützung der ganzen Mieterschaft hinter sich hat. Auch wenn der Mieterverein schon einen Vertreter im Mieteinigungsamt hat, so ist durch die Zahl der anderen Mietervertreter zur Vertretung der Ansichten anderer Mieter immer noch ein großer Spielraum gelassen. Ich bitte deshalb, meinen Vorschlag zu unterstützen, dann kommt Ruhe in die Mieterschaft.

Stadtv. M a r t h: Es handelt sich bei dieser 1  
 Wahl um Mietervertreter, und da muß man einmal ab-  
 wägen, ob man die Vertreter der Mietervereinigung  
 zu diesem Amt als geeignet zur Vertretung der  
 Mieterschaft zählen soll. ~~Genieß~~ von Herrn Lehnert  
 ist bekannt, daß er als Mietervertreter seine  
 volle Schuldigkeit tun würde, aber dennoch stehe  
 ich auf dem Standpunkte, daß man einer Mieter-  
 vereinigung, die ~~alle~~ <sup>sinnvolle Teil der</sup> Mieter umfaßt und die die  
 Interessen aller Mieter vertreten will, ihre  
 Kandidaten in diese Ämter hineinbringen lassen  
 soll, damit sie tatsächliche Arbeit leisten können.  
 Wenn man in verschiedenen Mieterversammlungen  
 gewesen ist, so ~~ist einem auch zu Ohren gekommen,~~ <sup>wird immer gesagt</sup>  
 daß die Mieterinteressen von den Stadtverordneten  
 nicht genügend vertreten worden sind, und deshalb  
 glaube ich, daß es recht und billig ist, daß man  
 von dieser Seite versucht, ihre Vertreter in das  
 Mieteinigungsamt hineinzubringen. Nur eins verstehe  
 ich nicht, bei der vorigen Wahl ist doch von diesen

Ver-

Vereinigung~~en~~ Herr Assmann präsentiert worden -  
weshalb kommt man jetzt mit einem andern Vor-  
schlage ? Trotzdem möchte ich Sie bitten, den  
Vertreter des Mietervereins in diese Stelle  
hineinkommen zu lassen, da genügend Vertreter von  
den anderen beiden Parteien vorhanden sind.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ob Sie, meine Herrschaften, bei der Wahl der Beisitzer zum Mieteinigungsamt auf den Grundbesitzerverein hören wollen oder auf ~~de~~ einen anderen Verein, ist Ihre Sache. Nur möchte ich eins richtig stellen, was Herr N ö l l vorbrachte. Ich erinnere mich, daß vor Monaten ein Gesuch des Mietervereins dem Rechtsausschuß vorlag, in dem der Mieterverein dringend bat, bei der Wahl der Mieterbeisitzer berücksichtigt zu werden. Dieser Anregung hat der Rechtsausschuß entsprochen insofern, als Herr H e s t n e r, der in Vorschläge des Mietervereins genannt wurde, als Mieterbeisitzer gewählt wurde.

Stadtv. S t e g m a n n: Gestatten Sie mir auch einige Worte. Im vorigen Jahre, als der Mieterverein sich an die Stadtverordnetenversammlung wandte, um seine Mietervertreter in das Miet-einigungsamt hineinzubringen, haben im Rechts-ausschuß sämtliche Parteien sich gegen dieses Vorgehen gewandt und erklärt: Die Stadtverord-netenversammlung braucht sich von dem Mieterverein keine Vorschriften machen zu lassen, wen sie wählen will. Sie sind berechtigt, selbst ihre Interessen zu vertreten, und es wurde beschlossen, daß die Rechtsparteien - Landeswahlverband und Demokraten - die Hausbesitzer vertreten sollten, und die Linksparteien, die sich so wie so meist aus Mietern zusammensetzen, die Mietervertreter bestimmen sollten. Jetzt will man dieses alles sabotieren. Damit kann ich mich nicht einver-standen erklären; diese Parität müßte doch ge-wahrt werden.

Es wird Zettelwahl vorgenommen. In derselben  
fallen auf Stadts. L e h n e r t 16 Stimmen,  
auf Herrn B r e e h t 7 Stimmen, 8 Zettel  
waren unbeschrieben. Herr X Lehnert ist somit  
gewählt.



5. Beschaffung von Ventilen (System Schön)  
für eine Maschine des Abwässerpumpwerks.

Stadt. M G a r t u n g: Um die vielen Ausbesserungen an den Pumpen des Abwässerpumpwerks zu verringern und den Betrieb der Pumpen zu vereinfachen soll nach dem Beschluß der Verwaltungsdeputation eine Maschine mit Ventilen nach dem System Schön ausgerüstet werden. Die Anschaffungskosten sind in Voranschläge für das Abwässerpumpwerk schon vorgesehen, und der Auftrag zur Lieferung der Ventile ist an die Firma A. B o r s i g in Berlin - Tegel gegeben. Auf den vereinbarten Gesamtpreis der Ventile von 43 600 M müssen vertragsmäßig bei der Bestellung 14 500 M anbezahlt werden und der Rat bittet, diesen Betrag bewilligen zu wollen.

Im Bauausschuß hat man dieser Sache zugestimmt und ich bitte Sie demgemäß, dem Ratsantrage stattzugeben.

Dem Antrage des Bauausschusses gemäß werden  
die Mittel bewilligt.

1. 10. 1914

6. Zuschuß an das Altersheim Bethanien aus  
der Jüdelstiftung.

Stadt v. S t e i n e r t: Meine Damen und Herren !  
Wie wohl überall in den Stiftungen, so sind auch  
in dem Altersheim Bethanien die Kassen leer  
und die Verwaltung des Altersheims weiß nicht, wie  
sie die Schulden decken soll. Es sind in dieser  
Anstalt 150 Pfleglinge untergebracht, die ver-  
schiedene Pflegegeldsätze bezahlen. Obwohl nun  
diese Sätze schon vielfach erhöht sind (von 600 M  
auf 700 M - 900 M - 1200 M und zuletzt auf 1800 M)  
ist es der Verwaltung nicht möglich, die Anstalt  
ohne Unterstützung weiter zu führen, und deshalb  
hat sie sich mit einem Antrage an den Vorstand  
der Jüdelstiftung gewandt, um von ihr einen Zuschuß  
von 20 - 30 000 M zu erhalten. Der Vorstand ist  
dem Antrage nachgekommen und gibt anheim, dem  
Altersheim Bethanien einen Zuschuß von 20 000 M  
zu gewähren. Der Rat der Stadt hat dem Antrage  
zugestimmt und gibt auch der Stadtverordneten-

ver-

Versammlung anheim, ihre Zustimmung auszusprechen.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Sache befaßt und empfiehlt Ihnen, die Bewilligung auszusprechen mit der Bedingung, daß ein Ausschuß gebildet werden soll, der die Verhältnisse in dem Altersheim an Ort und Stelle in Augenschein nehmen soll. Es sind nämlich im Ausschuß verschiedene Klagen vorgebracht. Ich bitte Sie, diesem Antrage des Finanzausschusses entsprechend zu beschließen.

35  
Die Versammlung stimmt der Bewilligung zu unter  
der von dem Finanzausschuß empfohlenen Bedingung.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich wollte bemerken, .  
daß dieser Bericht nicht ganz das Ergebnis der Ver-  
handlungen des Ausschusses ist. Es ist nicht ein  
besonderer Ausschuß gewünscht, sondern nur ge-  
wünscht, daß die Stadt durch den Rat Einfluß bei  
der Verwaltung hätte, ähnlich wie das bei anderen  
Stiftungen der Fall ist.

V o r s i t z e n d e r : Wohin soll ich nun  
das bringen, was ~~sie~~<sup>die</sup> vorgebracht haben. Die Bera-  
tung ist geschlossen und die Abstimmung ist er-  
folgt. Herr Dr. Jasper, Sie hätten sich früher  
melden und Einspruch erheben sollen gegen die  
Sonderstellung des Herrn Berichterstatters.

Bar. [

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Durch meine Erklärung wird die Debatte wieder eröffnet.

(Zuruf: auch nach der Abstimmung ?)

Bitte, gewähren Sie nicht nur das Geld, sondern wählen Sie auch einen Ausschuß.



**Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g:**

Ich darf darauf hinweisen, daß das städtische Wohlfahrtsamt einen Anstaltsausschuß besitzt, der es sich angelegen sein läßt, alle derartigen Versorgungshäuser einer Besichtigung zu unterwerfen. Wir sind vor einiger Zeit schon in Bethanien gewesen und werden in nächster Zeit die Anstalt wieder ansehen. Da in diesem Ausschuß auch Damen wie Herren aus der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, möchte ich empfehlen, diesen Ausschuß mit der Besichtigung zu betrauen. Wenn kein entgegenstehender Beschluß gefaßt wird, würde ich annehmen, daß dieses im Sinne der geehrten Herrschaften liegt.

Stadt. S t e i n e r t : Herr Dr. Jasper ist als Vorsitzender des Ausschusses derjenige gewesen, der die Mängel im Altersheim Bethanien vorbrachte und behauptete, daß wir nicht ohne weiteres das Geld bewilligen könnten, weil die Verhältnisse so liegen, wie er sie schilderte. Wir müßten unbedingt dort Einfluß haben, denn es könnte nicht angehen, daß man einer Institution Geld überweise und nicht wüßte, was damit geschehe. Gerade diese Ausführungen des Herrn Vorsitzenden haben den Ausschlag, und er war derjenige, der meinte, daß durch einen Ausschuß die Sache in Augenschein genommen werden müßte.

**Dr. J a s p e r :** Ich habe im Ausschuß bei Bewilligung dieses Zuschusses Bedenken geltend gemacht und halte diese an sich noch aufrecht. Wenn die Stadt Geld zu derartigen Einrichtungen gibt, dann wünsche ich, daß Gewähr gegeben ist, daß das Geld angemessen verwertet wird. Diese Gewähr soll dadurch geschaffen werden, daß vom Rat aus an der Verwilligung mitgewirkt wird. Ich habe mich nur gegen die formelle Gestaltung gewandt. Nachdem die geehrte Versammlung sich über die Form der Unterstützung ausgesprochen hat, würde es im Sinne des Haushaltsausschusses liegen, wenn so verfahren würde, wie Herr Stadtrat von Frankenberg angegeben hat, daß also der Anstaltsausschuß des Wohlfahrtsamts, der so wie so die Anstalten zu betreuen hat, auch diese Anstalt mit in seine Obhut nimmt.

Der einmal gefaßte Beschluß wird aufrecht erhalten und dahin ausgelegt, daß der beschlossene Ausschuß der Anstaltsausschuß des Wohlfahrtsamts sein soll.

**Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :**

**Der Anstaltsausschuß wird es dankbar anerkennen,  
wenn die geehrte Versammlung ihm das Vertrauen  
schenkt.**

**V o r s i t z e n d e r :** Schenkt die Versammlung diesem Anstaltsausschuß das Vertrauen.<sup>2</sup> - Das ist der Fall.

## 7. Neuregelung der Teuerungsbeihilfen für städtische Ruhelohnempfänger, Witwen und Waisen.

Stadt v. B u r g d o r f : Geehrte Damen und Herren! Es handelt sich um die Vorlage, die Ihnen in Vervielfältigung vom Rat der Stadt zugegangen ist über die Abänderung des Antrages M a r t h . Bei der Seitens des Rates der Stadt versuchten Durchführung des von der Versammlung im März v. Js. angenommenen Antrages M a r t h hat es sich herausgestellt, daß es nicht möglich war, dem Antrage in der gestellten Form zu entsprechen, denn ~~daß~~<sup>daß</sup>, was Herr M a r t h bei seinem Antrage beabsichtigte, nämlich die Bezüge der Ruhelohnempfänger und der Hinterbliebenen entsprechend der heutigen Zeit aufzubessern, kann in der im Antrage ausgeführten Weise ~~nicht~~ erreicht werden, weil danach nur 22 Ruhelohnempfänger erhöhte, 15 aber niedrigere Bezüge erhalten haben würden. Nach dieser Erwägung ist der Rat dazu gekommen, den im ~~22~~ Rundschreiben enthaltenen Vorschlag zu machen, wonach gemäß einer staffelweisen

Aufstellung den Ruhelohnempfängern und Witwen- und Waisengeldempfängern Vergütungen gewährt werden sollen. Die im Ratsschreiben enthaltenen Zahlen werden Sie gelesen und geprüft haben. Dieser Vorschlag des Rates ist in der Finanzkommission durchberaten, sie schließt sich dem Vorschlages des Rates an, sodaß ich namens des Ausschusses empfehle, dem Vorschlage des Rates zuzustimmen;

Stadt v. M a r t h : Meinen Antrag habe ich derzeit eingebracht, nicht, um die Wirkung damit zu erzielen, die sich nochträglich herausgestellt hat, sondern ich wollte eine rechtliche Grundlage für die einzelnen bestehenden Renten und dabei ihre Erhöhung erreichen. Ich bin dem Rat dankbar, daß er aus meinem = Antrage eine solche Vorlage gemacht hat, wodurch für alle Ruhelohnempfänger und für die Witwen und Waisen eine Aufbesserung ihrer Bezüge erfolgt.

Wenn auch diese Vorlage nicht das ist, was ich ~~noch~~<sup>noch</sup> ~~ihre~~<sup>ihre</sup> ~~erwartet~~<sup>erwartet</sup> hätte, nämlich daß den Ruhelohnempfängern und den Witwen und Waisen genügend zum Leben gegeben wird, so muß ich doch, um die Annahme der Vorlage nicht zu gefährden, bitten, - sie in dieser Form anzunehmen, denn die Ruhelohnempfänger wie auch die Witwen und Waisen bedürfen dringend einer Aufbesserung und diese hier ist gegen-über den früheren Bezügen eine ganz bedeutende. Wir müssen uns für später vorbehalten, falls sich die Verhältnisse ~~beim~~ weiter verschlechtern sollten, mit

einem



einem Antrage zu kommen, diesen Leuten so unter die Arme zu greifen, daß sie von ihren Bezügen leben können. Ich bitte Sie also, die Vorlage des Rates in dieser Form ohne Änderung anzunehmen.

Wenn sie wegen irgend welcher Bemängelungen zurückgestellt werden müßte, so würde ich das im Interesse der Witwen und Waisen, sowie der Ruhegehaltsempfänger bedauern.

Nur der eine Punkt in der Vorlage ist mir nicht klar und der Rat kann vielleicht darüber Auskunft geben, nämlich ob zwischen alleinstehenden Witwen und Witwen mit Kindern ein Unterschied gemacht ist oder ob man diese alle unter eine Summe gebracht hat. Ich kann nicht einsehen, daß eine alleinstehende Witwe dasselbe erhalten soll wie eine Witwe mit zwei Kindern.

# Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Joh muß dankbar anerkennen, daß Herr Stadtverordneter M a r t h , der gewissermaßen die Seele dieses Vorgehens gewesen ist, heute mit einer gewissen Entsagung zugegeben hat, daß wir aus seinen Anträge einen brauchbaren Kern, wenn auch einen anderen als den, den er sich ursprünglich gedacht hat, herausgeschält haben. Der Siege göttlichster ist bekanntlich das Entsagen, und Herr Marth hat anerkannt, daß innerhin auf diesem Wege ein gutes Ziel erreicht werden kann.

Auf seine Anfrage kann ich - da ich meinen Kollegen Vegler heute nur vertrete - weiter nichts erwidern, als daß die Vorlage so gemeint ist, wie sie den Herrschaften vorliegt, daß also in der Tat für die Witwen- und Waisengeldempfänger durchweg bei Gesamtbezügen zwischen 480 - 500 M 900 M mehr gewährt werden sollen und bei den weiter aufgeführten Gesamtbezügen die daneben bezeichneten Beträge. Wenn also eine Witwe allein steht, würde sie das 1/2-

selbe

selbe erhalten wie eine Witwe mit Kindern. Ich glaube aber doch empfehlen zu sollen, nicht erst abzuwarten, bis eine andere Vorlage kommt, in der die Beträge für Witwen mit und ohne Kinder unterschiedlich ausgearbeitet sind, es würde sonst leicht die Folge eintreten, daß die ~~Betreffenden~~ auf die Erhöhung vielleicht noch ein Vierteljahr warten müßten. Ich empfehle Ihnen also Annahme der heutigen Vorlage mit der einen Änderung, die die aufmerksamen Leser der Vorlage schon vorgenommen haben werden. Aus der vierten Zeile der Seite 5 ist in der Versteifältigung ein Schreibfehler vorgekommen. Es muß nicht heißen: ~~„Vorgeschlagen~~  
 „d Ren vorgeschlagenen Höchstsätzen von 300 M“ sondern  
 „von 900 M“.

Stadt v. M a r t h : Von Erhebung eines Einwandes aus dem von mir angegebenen Grunde nehme ich Abstand und bitte nochmals um Annahme der Vorlage. Sollten sich Mängel ergeben, so können wir ja später darauf zurückkommen und sie beseitigen.

27

Die Versammlung stimmt der Vorlage des Rates  
der Stadt zu.

(Punkt 7).

271

8. Zahlung einer Beihilfe an den Kindergarten  
„Petrihof“ aus der Jüdelstiftung.

Stadtfr. **A b t z e**: Im Westen der Stadt befindet sich ein Kindergarten „Petrihof“, der von der Petrigemeinde erhalten wird. Es werden dort täglich 100 Kinder in Obhut genommen, deren Mütter Witwen sind oder auf Arbeit gehen; es befinden sich auch viele auswärtige darunter. Die Kinder müssen schon früh  $5\frac{1}{2}$  Uhr aufgenommen werden und bleiben bis  $5\frac{1}{2}$  Uhr nachmittag im Petrihof. Es ist erwiesen, daß ein Kindergarten in der dortigen Gegend sehr wünschenswert ist, da aber sich in der Rechnung ein großes Defizit gezeigt hat, so hat sich der Vorstand des Petrihofes an die Jüdelstiftung mit der Bitte gewandt, ihm zur Deckung des 1300 M betragenden Fehlbetrages einen Zuschuß von 1000 M zu gewähren, denn sonst müßte er den Kindergarten eingehen lassen. Der Vorstand der Jüdelstiftung hat die 1000 M bewilligt, ebenso der Rat der Stadt

und

und nun werden die Stadtverordneten ersucht, ihre Genehmigung zu dieser Unterstützung auszusprechen. Die Finanzkommission empfiehlt Zustimmung zu diesem Antrage.

Stadt v. L e h n e r t : Ich möchte mir die Anfrage an den Rat der Stadt erlauben, ob ihm bekannt ist, daß in diesem Petrihof nur Kinder aufgenommen werden, über die der Beweis erbracht ist, daß sie getauft worden sind. Würde man in dieser Art und Weise verfahren, dann würde es dem Andenken dessen, der den Namen für die Stiftung hergegeben hat, aus der jetzt das Geld zur Unterstützung der Anstalt genommen werden soll, einen recht schlechten Dienst erweisen. Dieser Stifter hat einen anderen religiösen Standpunkt eingenommen als diejenigen, die jetzt die leitenden Kräfte des Petrihofes sind. Sagt man dort einfach: „Ihr Kind wird nicht aufgenommen, weil es nicht getauft, weil Ihr Mann Dissident ist“, dann ist es die höchste Zeit, daß die Stadt diesen Kindergarten übernimmt. Ich kann auf bestimmte Fälle hinweisen, wo der Mann lange arbeitslos gewesen ist, die Frau aus Erhaltungstrieb mit verdient und wo man gesagt hat: *Weil* du Dissident bist, nehmen wir dein Kind nicht auf. Wenn dieses

Dom



nom christlichen Standpunkt gesagt wird, dann ade christliche Religion, dann ist der Stifter dieser Summen, woraus die Unterstützung genommen wird, glücklich zu preisen, weil er der jüdischen Religion angehört hat.

Stadt, Frau G ö t z e : Es könnte untersucht werden, ob der Vorstand des Petrihofes einen solchen Standpunkt einnimmt, wie von Herrn Lehnert mitgeteilt ist. Es würde dem Sinne des Stifters nicht entsprechen, wenn so gehandelt wird, denn dieser hat immer betont: die Konfession soll bei Unterstützungen nicht in Frage kommen,. Ich persönlich kenne den Petrihof nicht.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Ich kann über die Stellungnahme des Vorstandes des Petrihofes auch keine Auskunft erteilen. Ich bitte, die Sache an den Rat zur Aufklärung zurückzuverweisen.

Stadtv. L e h n e r t : Wenn die Sache untersucht wird, kann ja nach den Ferien darüber Bericht erstattet werden. Ich habe darauf hingearbeitet, daß die Sache nicht in die Blätter kommt, sonst würden dadurch unliebsames Aufsehen erregt werden. Hier ist die Stelle, wo das Geld bewilligt wird und der rechte Platz, um den Hebel anzusetzen.

Stadtfr. G e t z e: Will mich die Versammlung beauftragen, dann will ich die Sache unparteiisch untersuchen.

Stadto. L e h n e r t : Das kann der Rat auch  
machen.

Die Versammlung ist mit der Rückverweisung  
eingerstanden.

(Punkt 8.)

## 9. Zahlung einer Beihilfe an das Schwesternhaus vom Roten Kreuz.

Stadtv. Frau G ö t z e : Das Schwesternhaus vom Roten Kreuz befindet sich in der Lage, wie alle Anstalten solcher Art. Es schreibt hier: „Die zunehmende Teuerung und die Wiederaufnahme des Krankenhausbetriebes nach dem verlorenen Kriege verursachen dem Schwestern- und Krankenhause vom Roten Kreuz schwere wirtschaftliche Kämpfe. Trotz großer Anspruchslosigkeit seitens der Schwestern, trotz äußerster Sparsamkeit im wirtschaftlichen Betriebe hat sich ein Defizit im letzten Jahre nicht vermeiden lassen, dessen Summe bis jetzt noch nicht gedeckt ist. Leider ist ein solches auch im nächsten Jahre zu erwarten, obgleich durch Erhöhung der Stationsgelder ~~unter~~ und Schwesterbezüge eine Anpassung an die heutigen Verhältnisse versucht worden ist. Wenn nicht durch namhafte Beiträge von befreundeter Seite das Haus in seinem Existenzkampfe wirksam unterstützt wird, würde an ein Aufgeben

des



und  
des Krankenhauses/eine Auflösung der Schwestern-  
schaft zu denken sein."

Auch der Vorstand dieser Anstalt hat sich an die  
Jüdelstiftung gewandt und gebeten, ihn über die  
Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, in dem von dem  
65 000 M ~~getragenden~~ Defizit 10 000 M von der Jü-  
delstiftung ~~getragen~~ werden. In welcher Weise das  
übrige gedeckt werden soll, weiss ich nicht, viel-  
leicht durch private Zuschüsse. Der Vorstand der  
Jüdelstiftung hat dem Antrage zugestimmt und der  
Rat der Stadt gibt auch der Stadtverordnetenver-  
sammlung Zustimmung anheim.

**Stadte. S t e i n e r t :** Auch dort im Roten Kreuz sind einige Mängel aufgetaucht, die unbedingt beseitigt werden müssen. Da nun der Rat der Stadt, wie ich aus der Finanzausschußsitzung weiß, so wie so an Roten Kreuz durch Hergabe von Kapital beteiligt ist, so möchte ich bitten, daß er auch seinen Einfluß geltend macht, damit die Mängel abgeschafft werden. In den beiden Abteilungen, der männlichen wie der weiblichen, liegt alles wie Kraut und Rüben durcheinander, seien es nun Operierte oder Geschlechtskranke, sie haben sogar nur ein Klosett, das sie gemeinsam benutzen, und so etwas dürfte in einem Krankenhause am allerwenigsten vorkommen. Deshalb möchte ich den Rat der Stadt bitten, den Hebel anzusetzen, daß derartige unhygienische Maßnahmen in diesen Krankenhause abgeschafft werden.

Stadt, Dr. J a s p e r : Es ist Herrn Steinert aus und dem Ausschuß bekannt, daß bestimmte Bedenken gegen das Schwesternhaus geltend gemacht sind, aber nicht in der Art, wie es von Herrn Steinert vorgetragen ist. Wenn sich herausstellt, daß die Bedenken berechtigt sind, dann können wir hier nicht anders verfahren als beim Petrihof. Eine Anstalt zu unterstützen, die nicht den Anforderungen primitivster Art entspricht, daß das würde zu weit gehen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Die Sache liegt doch in diesen beiden Fällen verschieden. In dem einen Falle handelt es sich um die grundsätzliche Frage: Sollen wir solche Anstalten unterstützen, wo die Religion in den Vordergrund gedrängt wird? Hier aber handelt es sich darum, daß die Stiftung, vielleicht wegen Mangel an Mitteln, nicht alles so schön eingerichtet hat, wie es Herr Steinert wünscht. Um ~~es abzustellen~~<sup>abzustellen</sup> ~~zu dienen~~<sup>zu dienen</sup> ja aber derartige Verwilligungen. Ich weiß aus sicherer Quelle, von der Oberin selbst, daß ~~die Schwesternschaft~~<sup>schon</sup> zum Roten Kreuz ~~bis oben hin~~<sup>schon</sup> in Schulden sitzt. Wenn die Verhältnisse in der Einrichtung der Anstalt wirklich so sind, wie Herr Steinert es dargestellt hat - wir werden selbstverständlich ~~doch~~<sup>durch</sup> den Herrn Stadtbaurat oder durch Herrn Sanitätsrat von Holmede eine Untersuchung vornehmen lassen - dann wird die Verwaltung darauf hingewiesen werden, daß bei dieser Beratung diese Übelstände zur Sprache gekommen wären und wir bitten

müßten

müßten, das Geld zuerst dazu zu verwenden,  
um den besagten Übelständen abzuhelpfen.

**Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g:**

Nir werden un so mehr hoffen, daß unsere Wünsche vom Schwesternhaus berücksichtigt werden, als wir in der nächsten Zeit eine weitere Vorlage über das Schwesternhaus zum Roten Kreuz bekommen werden, in der fernere Mittel erbeten werden, um die Anstalt über Wasser zu halten. Dann wird es zweifellos Zeit sein, zu prüfen, ob die Übelstände, die von Herrn Steinert angeführt wurden, ihrer Beseitigung entgegengehen. Ich bitte, es deshalb heute bei den Bewenden zu lassen, was der Herr Oberbürgermeister angeführt hat.

Stadtv. S t e i n e r t : Ich wollte mit meinen Ausführungen nicht dafür eintreten, daß die Bewilligung heute nicht vorgenommen wird, sondern nur darauf hinweisen, daß, wenn nun einmal das Geld von uns zur Unterstützung der Anstalt bewilligt wird, die Einrichtungen dieser Anstalt den aller-  
notwendigsten Ansprüchen an Hygiene entsprechen müssen.

Stadto. L e h n e r t : Daß das Schwesternhaus zum Roten Kreuz in der allerbedrängtesten Lage sich befindet, weiß ich aus Erfahrung, denn wir sind erst neulich ersucht, von der Krankenkasse aus die Sätze der Schwestern, die in der Zahnklinik tätig sind, zu erhöhen. Der Vorstand hat das denn auch in seiner Sitzung beschlossen.

Wenn Sie weiter orientiert werden wollen über die Verhältnisse dort, so fragen Sie nur Herrn Stadtrat P i n n o w, der ein Kind dort liegen gehabt hat und selbst da gewesen ist, das dann wird er Ihnen genaueres über das, was Herr S t e i n e r t gesagt hat, berichten können. Ich bin der letzte, der dem Schwesternhaus die nötigen Mittel unterbinden wollte, aber vor allen Dingen müssen wir danach trachten, daß die hygienischen Einrichtungen dort genügend sind. Sie wissen, meine verehrten Herrschaften, wie sehr die Seuche der Geschlechtskrankheiten um sich gegriffen hat - da ist es doch in erster Linie nötig, daß in einem Kran-  
ken-



kenhause gesonderte Toiletten vorhanden sind.  
Denken Sie einmal, daß Kinder dorthingehen und an-  
gesteckt werden. Wir haben solche kranke Kinder  
in Säuglingsheim in der Ludwigstraße gesehen !  
Die unschuldigen Würmer mit vererbter Syphilis !  
Man weiß aus ~~der~~ Verzweiflung gar nicht, was man  
machen soll, wenn man so etwas findet. Da müssen  
wir danach trachten, daß die Gesundheit unserer  
Mitbürger nicht womöglich noch gefährdet wird  
durch solche Zustände.

**Stadte. Frau G ü t z e:** Es handelt sich hier  
 um eine Unterstützung an das Schwesternhaus vom  
 Roten Kreuz, und das ist doch getrennt vom Kran-  
 kenhause. **(Oberbürgermeister Ketteneyer:** Nein, das  
 ist beides dasselbe/. Ich kann mir doch nicht  
 denken, daß bei einer Anstalt, an dessen Spitze  
 unsere ersten Ärzte stehen, solche horrenden Zustän-  
 de herrschen ! **(Zuruf Lehnert:** Fragen Sie Herrn  
 Stadtrat Finnow!/)

Die Versammlung stimmt der Verwilligung an das  
Schwesternhaus zu unter den von Herrn Oberbürger-  
meister vorgeschlagenen Maßnahmen.

10. Verkauf von Baustellen auf der Charlotten-  
höhe.

Stadtv. M a r t h: Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, den Verkauf der Baustellen Nr. 78, 79, 80 und 81 auf der Charlottenhöhe an die braunschweigische Rentenhausgenossenschaft zum Preise von 7 M für das qm zuzustimmen. Der Vertragsentwurf für den Verkauf von Baustellen auf der Charlottenhöhe ist seinerzeit schon von den Stadtverordneten genehmigt. Der Bauausschuß bittet Sie, die Zustimmung zu diesen Verkäufen zu erteilen.

Ohne Widerspruch. Der Vorsitzende nimmt das  
Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage des  
Rates an.

(Punkt 10)

### 11. Erhöhung der Schlachthausgebühren.

Stadtverordneter: Schon bei Beratung der Gebührenerordnung für das Schlachthaus wurden im Schlachthausausschuß Zweifel geäußert, ob man mit den zur Erhebung vorgeschlagenen Gebühren von 15 Pfg. für Schlachtung, Fleischbesehen, Trichinenschen und Feststellung des Schlachtgewichts für jedes Pfund Schlachtgewicht und der Untersuchungsgebühr von 5 Pfg. auskommen würde. Es ist aber damals beschlossen worden, zunächst den Erfolg der neuen Gebührenerordnung abzuwarten. Es hat sich jetzt aber herausgestellt, daß man sich bei Erhebung dieser Gebühren so gerade über Wasser halten kann, also nur die laufenden Ausgaben decken kann, während Mittel zur Abtragung der schwebenden Schuld dabei nicht herauskommen. Deshalb wird vorgeschlagen,

a) die Schlachtgebühren um 5 Pfg. und b) auch die Untersuchungsgebühr für eingebrachtes Fleisch

um 5 Pfg. zu erhöhen.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Sache befaßt und schlägt vor, den Antrage des Rates auf Erhöhung dieser Gebühren stattzugeben.

Die Versammlung bewilligt die Erhöhung dieser  
Gebührensätze.

(Schlachthaus)



Stadts. M ä d g e : (Zur Geschäftsordnung)

Man hat den Eindruck, als ob auf diese Weise noch jeder Punkt der Tagesordnung behandelt werden soll. Wünschen wir, daß alle Punkte noch behandelt werden, dann wäre es richtiger, heute die Sitzung zu schließen und eine neue Sitzung zur Weiterberatung anzuberaumen, denn die Zeit ist bereits weit vorgeschritten. Ich glaube kaum, daß die meisten aus der Versammlung den noch vorgebrachten Punkten diejenige Aufmerksamkeit schenken können, die sie vielleicht verdienen, wenn sie wirklich so wichtig sind.

Für den Antrag des Herrn Stadtd. H. H. g. e. auf  
Schluß der heutigen Sitzung und Fortsetzung der  
Beratung in einer demnächstigen Sitzung meldet  
sich die Minderheit.

12. Beschaffung von Wassermessern.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Es handelt sich nur um eine Formsache, um die Zustimmung zur Anschaffung von Wassermessern, die in gewissen Zeiträumen ausgewechselt werden müssen und für die eine gewisse Reserve unbedingt notwendig ist. Zu dem genannten Zwecke müssen 101 000 M zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke aufgewendet werden. Ich bitte das zu bewilligen.

Stadtv.Br. J a s p e r: Der Finanzausschuß  
empfiehlt das auch.

(Betrifft Beschaffung von Wassermessern)

**Die 101 000 M werden bewilligt.**

**(Punkt 12)**

### 13. Legung einer Wasserleitung auf dem Rieselgute Steinhof.

Stadt v. N a a ß: Auf dem Rieselgute liegt östlich der Gellerstraße der Kuhstall und daneben ein Brunnen, aus dem in täglich mehrstündiger Arbeit das Wasser zum Tränken der Kühe gepumpt werden muß. Auf der anderen Seite der Straße liegt die Milchkühe, und das Vollpumpen des neben der Milchkühe befindlichen Wasserbehälters aus einer dort befindlichen Pumpe nimmt ebenfalls täglich eine mehrstündige Arbeit in Anspruch. Dieses ~~Kühl-~~ Wasser, das jetzt nutzlos wieder abfließt, aber vollkommen rein ist, kann sehr gut zum Tränken der Kühe verwendet werden und so das zeitraubende Pumpen des Tränkwassers vermieden werden. Aus diesem Grunde hat der Rat der Stadt beantragt, eine Rohrleitung quer über die Gellerstraße zu legen, um dadurch das ~~Kühl-~~ Wasser nach dem Kuhstall hinüberzuleiten. Die Kosten der Ausführung  
der

der Anlage sind zu 3000 M veranschlagt; sie sind einbegriffen in dem Kapitel III, wo für Unterhaltung 84 000 M eingesetzt sind.

Bau-

Der Ausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, hat seine Zustimmung zu der Anlage gegeben und bittet die Versammlung, gleichfalls die Zustimmung auszusprechen.

Die 3000 M werden von der Versammlung bewilligt.

(Punkt 13).



#### 14. Anderweitige Regelung der Bezüge von Hinterbliebenen städtischer Beamten und Lehrer.

Stadt v. M u n t e: Nach dem Gesetz vom März 1876 sind die auf Lebenszeit angestellten städtischen Beamten zur Teilnahme an der staatlichen Witwen- und Waisenversorgungsanstalt berechtigt und verpflichtet, und die hinterbliebene Witwe eines Beamten bekam einen Pensionssatz in Höhe von 24% des Einkommens, das der Beamte zuletzt bezogen hatte. Der Staat hat diese Pensionssätze durch die Gesetze Nr. 115 und 117 im Jahre 1920 erhöht, aber nur für die Hinterbliebenen der Staatsbeamten und ~~die~~ der an den Gemeindeschulen angestellten Lehrkräfte, dagegen haben die Städtverordneten die Pension der städtischen Beamten und der ~~sonst~~ noch in Frage kommenden Lehrkräfte durch einen Beschluß vom 12. Februar 1920 aufgebessert, indem Teuerungszulagen gewährt werden sollten, die sich nach der Höhe der allgemeinen Teuerungszulagen richten sollten. Hierbei wurde bestimmt, daß die Bedürf-  
tig-

tigkeit nur beim Vorhandensein eines Gesamteinkommens von mehr als 5000 M geprüft werden sollte. Nach diesem Beschlusse sind den Hinterbliebenen vom 1. Januar 1920 an Zulagen zu den staatlichen Renten gewährt werden, die

einer jährl. staatlichen Rente bis zu 600 M ... 2820 M,  
 „ staatl. Rente von mehr als 600 M bis 1320 M  
 ... 2730 M  
 von mehr als 1320 M . . . . . 2400 M  
 betragen haben.

Nachdem sich nun die Annahme des Rates der Stadt, daß der Staat sich dazu verstehen wird, auch die Bezüge der Hinterbliebenen der städtischen Beamten zu erhöhen als nicht zutreffend erwiesen hat und der Rat auf seine diesbezügliche Anfrage eine ablehnende Antwort des Inhalts erhalten hat, daß, wenn die auf Grund des Gesetzes vom März 1876 den Hinterbliebenen von städtischen Beamten gewährten Renten heute nicht mehr genügten, die Aufbesserung Sache der Gemeinden sei, schlägt uns

der

der Rat der Stadt in Hinblick auf die Teuerung vor, diese Aufbesserung vom 1. April 1921 an in folgender Weise eintreten zu lassen:

- a) die von der Stadt bisher gezahlten Zuschußrenten sollen weiter gezahlt werden, daneben aber
- b) zu den staatlichen Hinterbliebenen-Renten in den vorhin von mir erwähnten 3 Gruppen sollen Zuschläge von 200%, 120% und 80% dieser staatlichen Renten gewährt werden, und
- c) in den Fällen, in denen die hinterbliebenen Witwen für Kinder unter 18 Jahren zu sorgen haben, soll in gleicher Weise, wie das bei den noch im Amte befindlichen Beamten und Angestellten geschieht, eine Kinderbeihilfe von monatlich 112,50 M gewährt wird.
- d) Eine unterschiedliche Rentenbemessung je nach der Höhe des Gesamteinkommens soll nicht weiter stattfinden. - Es kommen für diesen letzten Fall auch nur höchstens 2 Beamtenwitwen in Frage

Der

Der Finanzausschuß hat diese Vorlage beraten und empfiehlt Ihnen die Annahme dieser von der Gehaltsdeputation in Übereinstimmung mit dem Rat befürworteten Sätze.

**Stadtbr. J a s p e r:** Ich weise darauf hin, daß möglicherweise durch die Gruppierung Härten entstehen können, indem es vorkommen kann, daß ~~Härten-~~ den Hinterbliebenen eines Beamten, der in eine höhere Gehaltsgruppe gekommen ist, ein geringerer Zuschlag zugeteilt wird und dadurch die Hinterbliebenen an Bezügen weniger bekommen, als wenn der Beamte in der niedrigeren Gruppe geblieben wäre. Das Beste wäre vielleicht eine Staffelung gewesen wie bei den Ruhegehältern. Ich will aber die Verhandlungen nicht mit weiteren Anträgen aufhalten und möchte nur für diese Grenzfälle beantragen, daß man festsetzt: Es muß der Zuschlag mindestens so viel betragen, wie das ausmacht, was in der nächst-unteren Gruppe gewährt wird.

**Oberbürgermeister K e t e n e y e r:**

Ich bin zweifelhaft, ob es nicht richtiger ist, das Gesamtergebnis zu nehmen. Ich glaube, wir müßten in diesem Falle sagen: Wir beschränken unsere Bestimmungen auf die Renten des Staats, zu denen wir Zuschläge geben. Man kommt besonders bei den Hinterbliebenen, die Kapital besitzen, dazu, zu fragen: Wollen wir das nicht mit einrechnen?

*(beinhaltet Beiträge der Hinterbliebenen.)*

Stadtver. J a s p e r: Ich wollte allerdings auch in diesem Falle die Kapitalzinsen und das Privatvermögen der Hinterbliebenen aus der Rechnung ausscheiden, nachdem das auch sonst außer Betracht kommen soll, wie es der Gehaltsausschuß angenommen hat. Andererseits meine ich, daß die Gesamtbeträge aus den staatl. Bezügen, von den alten Zuschläge und von den neuen Zuschläge zu den staatl. Bezügen zusammen gewürdigt werden müssen, sonst würden sich die Hinterbliebenen in den Grenzfällen besser stellen, wenn der Beamte in der unteren Gruppe geblieben wäre.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Finanz-  
ausschusses unter Berücksichtigung der Ausführ-  
ungen des Herrn Dr. Jasper zu.

(Punkt 14)



15. Anlage einer Blitzschutzvorrichtung auf dem Rieselgute Steinhof.

Stadt v. M a r t h: In einer der letzten Stadtverordneten-sitzungen ist der Wunsch ausgesprochen worden, das Rieselgut Steinhof mit einer Blitzableiteranlage zu versehen. Auch der Rat hält eine solche Anlage für dringend wünschenswert und hat deshalb nach Anhörung des städtischen Betriebsamtes eine Vorlage zur Einrichtung einer solchen Blitzschutzanlage gemacht, wofür der Kostenschlag mit dem Betrage von 27 500 M abschließt. Der Bauausschuß ist bei seiner Beratung dieser Angelegenheit zu folgendem Ergebnis gekommen: Die Vorlage sieht eine Blitzschutzanlage aus verzinktem Bandeisen und einer eisernen Erdplatten vor, der Ausschuß ist der Ansicht, daß man noch einen Anschlag für eine Anlage, bei der Kupfer verwendet wird, einfordern sollte, und gibt deshalb anheim, dem Bauausschuß die Vollmacht zu erteilen,

wäh-

während der Ferien über diese Anlage zu beschließen, je nachdem er die eine oder andere Art der Anlage für die vorteilhafteste hält, und bittet Sie, die Kosten aus den für die laufende Unterhaltung des Rieselgutes aufgenommenen Posten des Etats zu bewilligen. Es ist nötig, daß diese Anlage baldmöglichst ausgeführt wird, denn durch einen Blitzschlag ist dort in diesem Sommer ein Pferd erschlagen und ein Mann betäubt worden. Die uns gehörenden Sachen müssen wir vor Schaden schützen. Der Bauausschuß wird in der Lage sein, zu prüfen, ob die vorgeschlagene Anlage zweckmäßig ist und die Kosten angepaßt sind.

Stadtv. L e h n e r t: Ich glaube, wir brauchen den Bauausschuß gar nicht erst zu beauftragen, die Entscheidung zu treffen, sondern beschließen gleich, daß zu der Anlage Kupfer genommen wird. Wenn ~~das~~ dann die Anlage auch etwas mehr kostet, so ist das dann doch gleich eine Anlage auf ewige Zeiten. Ich möchte bitten, gleich ~~es~~ zu beschließen.

Stadtpr. N e s s e n i u s: Um eine schnelle Entscheidung in dieser Sache zu ermöglichen und um die Anlage gegen Diebstahl zu sichern, möchte ich empfehlen, die Erdplatte in Kupfer auszuführen, aber die Leitung in erreichbarer Höhe aus Band-eisen weiterzuführen. Wenn eine Kupferplatte in die Erde genommen wird, dann ist gewährleistet, daß eine gute Abführung der Elektrizität stattfindet.

Stadt v. B u r g d o r f: Ich möchte empfehlen,  
die Sache heute zu erledigen, denn sie ist  
dringend.

Herr. Rinsplgüt -

Litzplgüt

V o r s i t z e n d e r : Wer ist dafür, daß die Angelegenheit heute noch zur Erledigung gebracht wird. — Das ist die Mehrheit. Wir vertrauen darauf, daß über das Nötige nicht hinausgegangen wird. Es ist also ausgesprochen, daß die Anlage in Kupfer ausgeführt wird.

Stadtv.Br. J a s p e r: Es ist über den Antrag selbst noch nicht abgestimmt.

V o r s i t z e n d e r: Herr Lehnert hatte gewünscht, daß sofort darüber entschieden würde und daß für die Anlage Kupfer genommen würde; allerdings hat er keine Zahlen genannt. Ein anderer Antrag aus der Versammlung liegt nicht vor.



Stadtv. L e h n e r t: Ich habe schon gesagt, daß von geschäftskundigen Herren eine Anlage in Kupfer als die beste bezeichnet wird. Wenn wir über der Erde kein Kupfer nehmen wollen - da, wo Bewegungsfreiheit für die Biege ist - , so kann da ja Bandisen verwandt werden. Ob der Rat der Stadt dafür schon einen Kostenanschlag eingeholt hat, weiß ich nicht.

Stadte. M a r t h: <sup>Man</sup> Da ein Anschlag für Ver-  
 wendung von Kupfer nicht vorhanden <sup>gewesen</sup> ist, so hätte  
 der Bauausschuß die Sache endgültig erledigen  
 können. Es muß doch geprüft werden, ob wir der ho-  
 hen Kosten wegen nicht von einer Anlage in Kupfer  
 Abstand nehmen wollen. Deshalb hat der Ausschuß  
 gemeint, daß der Bauausschuß entscheiden solle,  
 welche Anlage ausgeführt werden soll. Ich bitte,  
 so zu beschließen, wie Ihnen vom Bauausschuß vor-  
 geschlagen wird.

Stadtv. N 5 1 1 : In solchen Fragen habe ich mich schon selber betätigt, indem ich während der Kriegszeit viele derartige Anlagen ausgeführt und geprüft habe. Damals hatten wir kein Kupfer zur Verfügung, sind gezwungen gewesen, Bandeisen zu nehmen und haben damit sehr gute Erfolge erzielt. Es liegt kein Grund vor, für die Leitung Kupfer zu nehmen. Die Frage, ob für die Erdplatten besser Kupfer zu nehmen ist, ist wohl strittig. Ich glaube, wir können dem Bauausschuß die Prüfung überlassen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Ich halte es für zweckmäßig, den Bauausschuß mit der Erledigung dieser Sache zu beauftragen; er kann/deswegen leicht noch einmal zusammentreten. Die einen meinen, ganz aus Kupfer, die anderen unten Kupfer oben Eisen oder umgekehrt und unser Betriebs<sup>aussch</sup>~~schuß~~ wollte alles aus Eisen herstellen. Da bleibt die Entscheidung wohl am besten dem Bauausschuß überlassen.

**V e r s i t z e n d e r:** Wir überlassen nun wohl alles dem Bauausschuß ? Herr Lehnert, Sie sind jetzt wohl auch damit einverstanden ?  
(Ohne Widerspruch aus der Versammlung)

**Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.**

**Schluß der Sitzung 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.**

## B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten  
zu Braunschweig in deren Sitzung am 3. August 1921.

-----

## Tagesordnung:

1. Antrag auf Einstellung des Enteignungsverfahrens für das Flugplatzgelände auf Broitzemer Feldmark.
2. Bewilligung von Mitteln für Anbringung von Grab-schmuck auf dem Ehrenfriedhofe.
3. Einsprache gegen die Wahl eines Stadtverordneten in die Deputation zur Vergebung von Bauarbeiten.
4. Antrag S t e g m a n n, die Sitzungsberichte wieder vervielfältigen zu lassen.
5. Antrag B u r g d o r f, betreffend Fertigstellung der Instandsetzung der zu Beginn des Krieges in Angriff genommenen Straßen.
6. Verkauf von Straßengelände an der Weststraße (früher projektierte Straße 443a)
7. Zahlung einer Beihilfe an den Kindergarten Petrihof aus der Jüdelstiftung.
8. Gewährung einer Nachzahlung an ehemalige städtische Beamte.

9. Antrag auf Herstellung eines Verbindungsweges zwischen Elm- und Lutterstraße.
10. Antrag S t e g m a n n auf Erhöhung der Mieten für das Bürgerpark- und Ratskeller-Restaurant.
1. Erhöhung der Vergütungssätze für die Reinigung der Schulräume.
2. Antrag G r a f auf Erhöhung der Armenunterstützungssätze.
- 3a. Antrag G r a f auf Erhöhung der für zeitweilige Unterbringung obdachloser hiesiger Einwohner vorgesehenen Summe auf 1000 M.
- b. Antrag G r ä f auf Erhöhung der als Beihilfen an Turn- und Sportvereine ausgeworfenen Summe auf 20 000 M.
4. Antrag S i e v e r s, betreffend Nachzahlung an die städtischen Angestellten, Arbeiter und Reinmachefrauen.
5. Anfrage S i e v e r s, betreffend Arbeitsbeschaffung für die Arbeiter des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn.
6. Anfrage N e s s e n i u s, betreffend die Maßnahmen bei einer eventuellen Arbeitssperrung durch die Metall-Industriellen.
7. Antrag S i e v e r s, das Verzeichnis der Ratsanträge für die Stadtverordnetensitzungen wieder einzuführen.
8. Anfrage P i e p e r, betreffend den Zeitpunkt der Anstellung eines Bauten-Kontrolleurs.

19. Anfrage S t e i g m a n n, betreffend die geplanten Betriebseinschränkungen auf dem städtischen Lagerplatze.
20. Anfrage R e g e n e r, betreffend die Beschaffenheit der Unterkunft und Verpflegung in den Flüchtlingsbaracken.
21. Antrag M a a ß, betreffend baldige Inangriffnahme der Ausbesserungen auf der West-, Kramer- und Bergfeldstraße.
22. Antrag S c h m e r b a c h, betreffend die baldige Instandsetzung der Marienstraße und eines Teiles der Rosenstraße.
23. Antrag G a r t u n g, betreffend die Aufhebung des städtischen Fleischverkaufs in der Markthalle.
24. Antrag N e s s e n i u s auf Sonderbesteuerung der parkartigen Gärten.
25. Antrag G r ä f, betreffend die Erhöhung der als Beihilfe an die Turn- und Sportvereine eingestellten Summe.
26. Antrag N e s s e n i u s, betreffend Maßnahmen gegen die Unsicherheit in hiesiger Stadt.
27. Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft für Verzinsung und Rückzahlung eines seitens der Straßeneisenbahngesellschaft bei der Staatsbank anzuleihenden Kapitals.
28. Festsetzung des Zeitpunktes für die Erhebung der erhöhten Grundsteuer.
29. Erhöhung der Schulgeldsätze an den gehobenen städtischen Schulen.



30. Ankauf einer Schreibmaschine für die Kriegsfürsorgestelle.
31. Bewilligung von Mitteln für Instandsetzungsarbeiten im Gebäude der Drogistenakademie.
32. Erhöhung der Tagegelder und Übernachtungskosten für die städtischen Beamten.
33. Bewilligung von Mitteln für eine Raabe-Gedächtnisfeier.
34. Legung des Wasserrohrs auf der Charlottenhöhe und Verwilligung der erforderlichen Mittel.
35. Verwilligung von Mitteln zur Verbesserung der Bedürfnisanstalt im Stadtpark.
36. Erlaß einer Bekanntmachung, betreffend Verbot des Tragens ungeschützter Hutnadeln in Straßenbahnwagen,

-----

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister R e t e m e y e r, Bürgermeister M e y e r, Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g, Stadtrat V o g l e r, sowie die Stadträte B u r g o l d, F ü e r m a n n, L a n g e m a n n, P i n n o w, R a l f s, R ü t e r.

*von den*  
Es fehlen ~~die~~ Stadtverordneten Frau G ö t z e, Herr M a r t h und Herr S a u e r b i e r.

-----

Vorsitzender F r e d e: Es hat mir leid getan, daß ich Ihrer vor vierzehn Tagen so spontan zum Ausdruck gekommenen Freude über eine kurze Ruhepause in den Sitzungen ein Ende habe bereiten müssen, aber der Herr **Ö**berbürgermeister wünscht, daß der Etat in Ordnung kommt, und vor allen Dingen sollte der Widerspruch hier ausgetragen werden, den der Rat gegen den Beschluß der Stadtverordneten bezüglich der Grundsteuer erhoben hat. Diese Sitzung sollte anfangs schon am Sonnabend stattfinden, dann am Montag, und da sich das nicht machen ließ, so habe ich sie auf heute festgesetzt. Ob wir nach Erledigung der langen Tagesordnung von heute ein paar Wochen der Ruhe haben werden, weiß ich noch nicht.

Es sind eben noch zwei Anträge eingegangen. Zunächst ein Antrag des Herrn M a a ß: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Ausbesserungen der West-, Kramer- und Bergfeldstraße baldmöglichst in Angriff zu nehmen.“

So-

Sodann ein Antrag, an erster Stelle unterschrieben von Herrn S c h m e r b a c h, der folgendermaßen lautet:

„Die baldige Instandsetzung der Marienstraße in ihrer ganzen Länge zwischen Altwiekering und Herzogin Elisabethstraße und den Teil der Rosenstraße zwischen Marienstraße und Kastanienallee dem Rat der Stadt anheimzugeben.“

Ferner eine „dringliche Anfrage“ von Herrn R e g e n e r:

„Ist dem Rat der Stadt die mangelhafte Unterkunft und Verpflegung in den Flüchtlingsbaracken in Holsts Garten bekannt, und was gedenkt er zur Abstellung der schlechten Verhältnisse zu tun?“

Es werden noch einige Anträge aus der ~~vorigen~~ Sitzung zu begründen sein, und ich werde den Herrschaften dann Gelegenheit geben, das zu tun. Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Antrag auf Einstellung des Enteignungsverfahrens für das Flugplatzgelände auf Broitzemer-Feldmark.

Stadtv. L e h n e r t: Meine Damen und Herren !  
Mehrere Anwohner von Broitzem haben durch ihren Rechtsbeistand, Herrn Dr.Semler, den Rat der Stadt ersucht, von der Fortführung des Enteignungsverfahrens Abstand zu nehmen und den Broitzemer Grundeigentümern das beanspruchte Land zurückzugeben. Es wird das damit begründet, daß jetzt der Flugplatz nicht mehr zu seinem eigentlichen Zweck benutzt würde, sodaß sie wieder in den Vollbesitz ihrer Rechte eintreten könnten. Der Rat der Stadt hat diesen Antrag abgelehnt, und infolgedessen haben jene Herrschaften in zwei Fällen Klage gegen die Stadt erhoben. Der Rechtsausschuß ist über das Gesuch des Rechtsbeistandes, Herrn Dr.Semler, zur Tagesordnung übergegangen, weil schon die beiden Anklageschreiben vorliegen, und hat sich dem Ersuchen

chen des Rats, der Aufnahme der Klagen zuzustimmen, angeschlossen. Ich bitte Sie, gleichfalls in diesem Sinne zu beschließen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des  
Rechtsausschusses zu.

(Punkt 1)

2. Bewilligung von Mitteln zur Anbringung von  
Grabschmuck auf dem Ehrenfriedhofe.

Stadt v. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren !  
In einer Vorlage vom 7. September 1920 hatte der Rat  
der Stadt den Stadtverordneten mitgeteilt, daß von  
den auf dem hiesigen Ehrenfriedhof befindlichen  
768 Kriegergräbern 328 mit dem Ehrenmal geschmückt  
sind, und zwar in der Weise daß ein Stein mit  
einem eisernen Kreuz auf die Gräber gebracht ist.  
Es blieben noch 440 Gräber übrig, von denen 142  
mit Kriegern aus hiesiger Stadt, 57 mit Kriegern  
aus den übrigen Teilen des Freistaates Braun-  
schweig, 132 mit solchen aus anderen deutschen  
Ländern, 1 mit einem Krieger aus dem Auslande  
und 8 mit Kriegern belegt sind, deren Geburtsort  
nicht zu ermitteln ist. Nachdem die Kosten für  
die 57 Ehrendenkmäler der aus dem Freistaat stam-  
menden Krieger vom Staate übernommen worden waren,  
sind von Seiten der Stadt im September vorigen Jah-  
res für die 142 Gräber der Krieger aus hiesiger

Stadt

Stadt zur Schmückung je 150 M bewilligt worden, was eine Summe von 21 300 M ausmachte. Nun sind aber an den Rat der Stadt wiederholt Gesuche gerichtet worden, es zu ermöglichen, auch die noch nicht geschmückten Gräber, und zwar bleiben noch 241 übrig, mit dem Ehrenmal zu versehen. Von diesen 241 Gräbern scheiden 8 aus, die teils durch den Rat der Stadt, teils durch die Angehörigen schon geschmückt sind. So bleiben noch 233 Gräber übrig, für die Steine und Kreuze noch zu beschaffen wären. Da nun die Steine heute schon billiger sind als sie früher waren und als Summe im ganzen 43 105 M aufzuwenden wären, schlägt der Rat der Stadt vor, die Ehrenmäler nach und nach zu besorgen, sodaß nicht die ganze Summe in den Etat dieses Jahres hinein-fällt, sondern auch für das nächste Jahr ein Teil derselben mit übernommen werden kann.

Der Finanzausschuß hat sich mit diesem Antrage des Rates befaßt und schlägt Ihnen vor, dementsprechend zu beschließen.



Stadt v. Frau B ö h m : Meine werten Damen und Herren ! Ich kann mich nicht dafür erklären, daß diese Summe ~~dafür erklären, daß diese Summe für~~ den genannten Zweck ausgegeben wird. Es ist wohl schön, wenn die Gräber in dieser Weise geschmückt werden, es macht einen schönen Eindruck, wenn die Kreuze dort stehen, aber den Angehörigen der dort Ruhenden ist damit weniger geholfen. Sie werden weniger erfreut darüber sein, wenn sie selber bittere Not leiden, denn die Kriegerwitwen und ihre Kinder werden nicht so unterstützt, daß <sup>es</sup> ~~sie~~ hinreichend wäre. Darum könnte ich mich eher dafür entscheiden, daß man diese Summe den Kriegerwitwen und Kindern, auch den Kriegsinvaliden zugute kommen lassen würde. Damit würden mehr dem Vaterlande gute Dienste geleistet, als wenn die dort begrabenen Krieger Denkmäler bekommen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich möchte mir gestatten, darauf aufmerksam zu machen, daß seit dem 1. Mai v. J. durch ~~die~~ das neue Versorgungsgesetz die Bezüge der Kriegsinvaliden sehr wesentlich aufgebessert worden sind (Zuruf Sievers: Darüber sind wir anderer Ansicht), daß wir ferner eine Anzahl Stiftungen für die Hinterbliebenen besitzen und verschiedene andere Wohltätigkeitseinrichtungen für die Kinder zur Verfügung stehen. Das Reich hat erklärt, daß es als eine Ehrenpflicht betrachtet wird, seinerseits für die Kriegshinterbliebenen einzutreten. Hier handelt es sich um eine besondere Aufgabe, die sich die Stadtverwaltung angelegen sein lassen will, und man darf da nicht die eine Fürsorge mit der anderen verquicken. Bei aller Würdigung der Gesichtspunkte, die Frau Böhm erwähnt hat, glaube ich doch, daß man die Kriegsfürsorge nicht in Beziehung zu der eben besprochenen Angelegenheit bringen soll.

Stadtv. S i e v e r s : Meine Damen und Herren !  
Ich bin im Gegensatz zu Herrn Stadtrat von Franken-  
berg der Ansicht, daß die Fürsorge für die Kriegs-  
beteiligten, Hinterbliebenen usw. in keiner Weise  
so geregelt ist, wie es die verdamnte Pflicht und  
Schuldigkeit derjenigen wäre, für die diese Leute  
<sup>ihr</sup>~~verblutet~~ und ihre Knochen geopfert haben. Sie  
scheinen nicht zu wissen, Herr Stadtrat, daß das  
Versorgungsgesetz ein Dreiklassenversorgungsgesetz  
aller-schlimmster Sorte ist, in dem der schärfste  
Unterschied gemacht wird dazwischen, ob derjenige,  
der seinen Arm verloren hat ein Offizier, ein Unter-  
offizier oder einer aus den Mannschaften gewesen  
ist. Die großen Versprechungen, die man während  
des Krieges von Ihrer Seite zu machen nötig hatte,  
um die Mannschaften in das Feuer der Schlachten  
hineinzubringen, hat man gänzlich vergessen und  
eine schön gestaffelte, unterschiedliche Behand-  
lung der Kriegskrüppel und der Hinterbliebenen  
zustande gebracht. Sie, die Sie dieses Versorgungs-  
ge-

gesetz durchgesetzt haben, sollten nicht Veranlassung nehmen, darauf hinzuweisen, wie segensreich die bürgerliche Gesellschaft für die Kriegsoffer gesorgt hat. Einigermassen auskömmlich haben Sie nur gesorgt für die Offiziere und ~~ihre~~<sup>ihre</sup> Hinterbliebenen, miserabel gesorgt aber haben Sie für die große Masse derjenigen, die ihre Gesundheit und ihr Leben hingegeben haben für Sie und Ihre Klasseninteressen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich vermag den Zusammenhang der zur Besprechung stehenden Angelegenheit mit der, welche Herr Sievers behandelt, nicht anzuerkennen (Zuruf Sievers: Davon haben Sie angefangen zu sprechen.) Das Versorgungsgesetz ist vom 1. Mai verflossenen Jahres datiert, und so kann man die bürgerlichen Parteien nicht, wie es der Herr Vorredner getan hat, für die Fassung dieses ~~Ges~~ Gesetzes verantwortlich machen. (Zuruf Sievers: Sie wissen ja garnicht, wer dafür gestimmt hat, bester Herr !!)

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Finanz-  
ausschusses zu.

(Punkt 2)

*Ein Brief an die 18. März 1888*  
*Stadtmann der Ratsherrn*  
*hierzu beigefügt ist eine*  
*Einladung zum 18. März 1888 in der*  
*Einladung zum 18. März 1888*  
Einsprachen gegen die Wahl eines Stadtverord-

neten in die Deputation zur Vergebung von Bau-  
arbeiten. *Schulze:*

Stadtv. Frau ~~Götte~~: Es sind gegen die Wahl des Herrn Tostmann in die Deputation zur Vergebung von Bauarbeiten von verschiedenen Seiten Einsprachen erhoben worden, und zwar von der Handwerkskammer Braunschweig, von der Baugewerkeninnung und von dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Braunschweig. Die Einsprachen werden damit begründet, daß nach den bestehenden Vorschriften die Mitglieder der Deputation nicht sozusagen Lieferanten sein dürften und daß sie auch sonst nichts mit der Anfertigung von Bauplänen, mit der Ausführung von Bauten oder mit der Herstellung und dem Vertriebe von Baumaterialien etwa zu tun haben dürften. Der Rechtsausschuß hat sich der Sache angenommen, die in Frage kommenden Verhältnisse geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß alles das, was von den drei Verbänden gegen die Wahl des

*18. März 1888* *Stadtmann der Ratsherrn*

Herrn

Herrn Tostmann angeführt ist, nicht zutrifft.

Sie empfiehlt Ihnen demnach, die Wahl des Herrn  
Tostmann zu bestätigen.

Ihren Götz nur nicht annehmen, das  
das geschehen ist nun mir anstehen,  
es ist nichtig und nicht zu geschehen.

Nun Ihren Götz ist der Papst  
unverfälscht, bitte die Papst nicht  
zu geben zu bezeugen.

Ihre Dankbarkeit

Lohnen



*Dem Antrage des Rechtsausschusses entsprechend werden die Einsprachen von der Versammlung zurückgewiesen.*

4. Antrag Stegmann, die Sitzungsberichte wieder vervielfältigen zu lassen.

Stadtv. M ä d g e: Herr Stegmann hat den Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Sitzungsberichte der Stadtverordneten wieder wie früher vervielfältigen und den Stadtverordneten zustellen zu lassen.“ Dieser Antrag ist dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen und er hat sich damit befaßt. Irgend welche rechtliche Bedenken dagegen, daß dem Antrage nachgekommen wird, bestehen natürlich in keiner Weise, aber bei der Vorberatung hat sich ein anderes Moment dafür ergeben, daß der Rechtsausschuß sich nicht für den Antrag aussprechen kann, nämlich das Bedenken, daß die Kosten der Vervielfältigung durch den Druck den Etat außerordentlich belasten würden. Herr Stegmann hat darauf erklärt, daß er für den Fall, daß sich eine Majorität für seinen Antrag nicht finden sollte, ~~er~~ den Antrag dahin abändern wollte, daß der

ste-

stenographische Bericht durch Anfertigung von Durchschlägen vervielfältigt würde und jeder Fraktion je nach ihrer Stärke 2, 3 oder 1 Durchschlag vom Rat zugestellt würde, damit sie davon Kenntnis nehmen und die Berichte in ihre Sammlung legen könnten. Das hat der Rechtsausschuß in seiner Majorität befürwortet, und ich möchte Ihnen empfehlen, in dieser Weise zu beschließen.

*Halbeskämpe hat bitten auf*  
Stadtv. S t e g m a n n: ~~Ich bitte~~ (zunächst,  
~~selbstverständlich~~, meinen Antrag zu unterstützen,  
wie ich ihn anfänglich gestellt habe. Wenn es auch  
richtig ist, daß die Vervielfältigung der Berichte,  
wie sie früher geschah, aus Sparsamkeitsrück-  
sichten abgeschafft worden ist, so kann doch - wie ich  
schon bei der Begründung des Antrages ausgeführt  
habe - die in Frage kommende Summe bei unserem  
Millionenetat nicht ins Gewicht fallen. Die frühere  
Handhabung war die richtige und bessere. Jeder von  
Ihnen wird schon die Empfindung gehabt haben, daß  
er nachschlagen wollte, was früher verhandelt wor-  
den ist, und nun hat er nichts darüber in Händen.  
Sollte man sich auf den Standpunkt stellen, daß die  
Ausgabe für die Stadt zu groß ist, so habe ich  
schon darauf hingewiesen, daß nicht so gutes Papier  
wie früher genommen zu werden braucht, sondern  
daß gewöhnliches Druckpapier genügt, das in einfa-  
cher Form geheftet wird, sodaß die auszugebende  
Summe nicht zu groß wird. Ich bitte Sie ~~aber~~, falls  
*kein weiterer Antrag auf Ersetzung, — we-*

wenigstens dafür einzutreten, daß - wie ja auch schon vom Rechtsausschuß beschlossen worden ist - 5 Durchschläge angefertigt werden, sodaß die größeren Fraktionen 2 Exemplare und die anderen je ein Exemplar des Berichts bekommen und wenigstens die Fraktionsvorsitzenden in der Lage sind, unter Umständen in den Berichten nachschlagen zu können oder die Berichte bei den Mitgliedern ihrer Fraktion zirkulieren zu lassen.

Es ist mir aufgefallen, als uns die Korrekturen zugestellt wurden, daß <sup>dasjenige was man wollte</sup> das ~~Papier für die Berichte~~ <sup>unten</sup> ~~fast eine Sorte~~ (Löschpapier ist, so daß ~~man~~ wenn man - wie es der Stenograph wünscht - die Korrekturen mit Tinte machen will, die Schrift auseinander läuft. Ich möchte bitten, daß zu diesen Korrekturbogen besseres Papier genommen wird, während zu den Durchschlägen ja das dünne Papier weiter verwendet werden kann. Wünschenswert ist es auch, daß die Korrekturen bald zurückgegeben werden, so daß wir, wenn die neue Stadtverordnetensitzung statt-

stattfindet, den Bericht über die vorige in der Hand haben.

Außerdem möchte ich die Frage an den Rat richten, ob wir, wenn der Antrag in irgend einer Form angenommen wird, wir die Berichte vom Beginn des Jahres an nachgeliefert bekommen werden oder erst von heute ab. Ich möchte bitten, daß die Berichte nachgeliefert werden.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich habe mich erkundigt, was der Druck der Berichte für das vorige Jahr gekostet hätte, wenn damals schon die jetzigen Preise maßgebend gewesen wären, und es wurde mir die Summe von nicht weniger als 46 000 M genannt. Das ist eine Summe, bei der man wohl überlegen kann, ob wir sie für diesen Zweck anwenden wollen. Nun ist allerdings bei dem Verfahren mit den Durchschlägen eine Schwierigkeit festzustellen : nach den Angaben unserer Kanzlei können mit der Maschine nur 5 Exemplare des Berichts auf einmal hergestellt werden, wenn sie alle leserlich sein sollen. Es bestehen 5 Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung und bei der Verteilung, wie sie von Herrn Stegmann vorgeschlagen ist, würde der Rat dann leer ausgehen.

Es

Es wäre doch eine eigene Sache, wenn der Rat kein Exemplar davon erhalten sollte. Dann müßte schon die Herstellung in 2 Malen geschehen. Die Vervielfältigungen der ganzen Verhandlungen vom vorigen Jahre noch in dieser Weise eintreten zu lassen (Zuruf: Nein, von diesem Geschäftsjahr an !), das würde eine ziemlich große Arbeit ausmachen, aber ich möchte erst einmal hören, wie die Versammlung darüber denkt. Wenn die Versammlung der Ansicht sein sollte, daß der Druck **das Richtige** ist, dann müßten wir uns darin finden und diese erhebliche Summe aufwenden.

Herr Stegmann hat in der Kommission noch gesagt, man könnte sich beim Druck vielleicht mit weniger gutem Papier behelfen. Ich habe mich auch darüber erkundigt. Von der Druckerei

wird



wird entschieden davon abgeraten, ebenso von Verwendung einer kleineren Druckschrift, die durchaus nicht billiger sein würde, sondern im Gegenteil teurer. (Zuruf: Es wird aber ~~auch~~ weniger Papier verbraucht.) Den Einwand habe ich auch erhoben, und darauf wurde mir gesagt, daß der Aufwand, der dadurch entstände, daß einige Bogen Papier bei der gewöhnlichen Schrift mehr verbraucht würden, nicht in Frage käme, die Hauptkosten entstünden durch das Setzen.

Stadtv. S i e v e r s : Meine Damen und Herren !. Wir werden für den Antrag Stegmann stimmen, da wir es für eine Notwendigkeit halten, daß die Berichte gedruckt erscheinen. Dabei ist zu wünschen, daß der Bericht uns nicht mit der ungeheuren Verspätung zu Augen kommt, <sup>wie jetzt</sup> sondern möglichst bald nach den Sitzungen. Mir ist es schon jetzt so gegangen, daß ich, um Dingen, die vor einigen Wochen hier geschehen sind, nachforschen <sup>zu können</sup> wollte, nach dem Sekretariate gehen und Einsicht in die Protokolle nehmen mußte, damit ich mir einigermaßen das Gesicht der Verhandlungen wieder ins Gedächtnis zurückrufen konnte. Wenn Sie sachgemäß handeln wollen, ist es unbedingt nötig, daß die Berichte gedruckt werden.

Ich habe noch einen Antrag eingebracht, der etwas Ähnliches behandelt und den ich

jetzt

jetzt gleich begründen möchte. Es ist das der Antrag, daß wieder, wie es bis zum Mai üblich war, ein Verzeichnis der Ratsanträge zum Gebrauch für die Stadtverordneten hergestellt wurde. Alle diejenigen Mitglieder der Versammlung, die nicht in dem betreffenden Ausschuß sitzen, in dem ein bestimmter Punkt vorberaten wurde, werden die Empfindung haben, daß sie mit der einfachen Tagesordnung, wie sie jetzt vorgelegt wird, nicht ein richtiges Bild dessen erhalten, was zur Verhandlung steht. Bei unseren Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung ist es nicht so, daß in den Fraktionen die einzelnen Gebiete vollständig aufgeteilt werden, so daß der eine beispielsweise hauptsächlich die Bauangelegenheiten behandelt und für die anderen Sachen weniger Interesse oder Zeit hat, sondern wie nun

die

die städtischen Verhältnisse einmal sind, wird sich jeder Stadtverordnete mit allen Gebieten der städtischen Verwaltung zu befassen haben, und wenn er in dem betreffenden Ausschuß nicht sitzt, wird es ihm schwer werden, sich sofort ohne weiteres ein Bild darüber zu machen, was vorgeht. Das früher übliche Verzeichnis der Anträge gab für den, der sich für die Sachen interessierte, wenigstens die Möglichkeit, sich ~~✓~~ ein ungefähres Bild von dem zu machen, was verhandelt werden sollte. Wenn ich diesen Antrag stelle, so tue ich das, obgleich die mündliche Berichterstattung über alle Punkte gefordert wird, *und die auch vorzuziehen.*

Eine besonders ~~Ausgabe~~ große Ausgabe wird nicht entstehen, wenn wir für die Stadtverordneten diese Durchschläge neben der Tagesordnung, wie sie bis zum Mai üblich

waren

waren, wieder einführen. - Ich bitte Sie, dem Antrage Stegmann zuzustimmen und auch meinen Antrag zu unterstützen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Es ist zu diesem Antrage des Herrn Sievers zu erklären, daß auch die Vertreter der Presse vor einigen Wochen an den Rat der Stadt das Ersuchen gerichtet hatten, man möge diese Einrichtung von früher wieder einführen, obgleich die Stadtverordneten darauf verzichtet hatten. Der Rat hat darauf beschlossen, diesem Wunsche der Presse zu entsprechen, aber nicht nur der Presse diese Notizen zu geben, sondern auch den Stadtverordneten, und der protokollierende Sekretär der Stadtverordneten war beauftragt, danach zu verfahren. Er ist in Urlaub gegangen und hat nicht vermutet, daß jetzt wieder eine Stadtverordnetensitzung stattfinden würde; deshalb ist die Ausführung diesmal unterblieben. Eines Antrages in dieser Richtung wird es also kaum bedürfen.

Stadtv. M ä d g e : Sowohl aus der heutigen Besprechung wie aus den Verhandlungen in der Kommission habe ich den Eindruck gewonnen, daß der Wunsch, die Verhandlungsberichte sollten im Druck erscheinen, doch von vielen Stadtverordneten geteilt wird, und so halte ich es durchaus nicht für unmöglich, daß, trotzdem sich der ~~Ku~~ Rechtsausschuß in seiner großen Mehrheit dagegen ausgesprochen hat, die Versammlung einen dem Kommissionsbeschluß entgegenstehenden Standpunkt einnehmen wird. Deshalb möchte ich anregen, ob es nicht zweckmäßig erscheint, <sup>AP</sup> bevor die Versammlung zu dem Antrage definitiv Stellung nimmt, bei einer Druckerei angefragt wird, was die Sache kosten wird und daß das mit ~~reellen~~ reellen Zahlen belegt wird. Man hat jetzt nur einen gewissen Anhaltspunkt <sup>darüber</sup> ~~darüber~~, was früher hat bezahlt werden müssen,

*abm*  
während

*ahn* *frü*  
während heute die Preise vollständig andere  
~~sind~~. Es sind auch Anregungen gekommen, die  
Drucklegung in anderer Form vornehmen zu lassen,  
mit kleineren Buchstaben, auf schlechterem  
Papier. Ich möchte ~~anregen~~ *anregen*, daß solche Er-  
kundigungen erst ~~ni~~ noch eingezogen werden.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich kann zu der Anregung erklären, daß bereits darnach verfahren ist. Es kommt bei der Gesamtsumme wesentlich darauf an, wie lange die Reden sind, die gehalten werden, und wieviel Sitzungen im Laufe eines Jahres abgehalten werden. Früher waren es im Jahr 12 bis 15 Sitzungen, jetzt haben wir alle 14 Tage eine Sitzung, und das bringt erheblich mehr Stoff für den Bericht. Der Einheitspreis für den Bogen, das sind 8 Seiten, beträgt 300 M. Ich wiederhole, daß mir vom Faktor der Waisenhausdruckerei gesagt ist, daß die Papierqualität und die Größe des Drucks keinen wesentlichen Unterschied ausmachen wird. Es kommt also darauf an, ob die Herrschaften die Summe von 48 000 M opfern wollen, um in Zukunft die gedruckten Berichte wieder zu

be=

bekommen. Ich habe auch ausdrücklich darnach gefragt, wie hoch die Kosten würden, wenn ~~die~~<sup>ie</sup> jetzigen Preise zugrunde gelegt werden und der Umfang des Berichts in Frage käme, wie er im vorigen Jahre vorliegt, und dabei ergab sich die genannte Summé.

Stadtv. F a y : Ohne in eine Kalkulation der Kosten einzugehen, sind wir uns doch darüber klar, daß bei der Schwindsucht unseres Stadtsäckels diese ungeheure Ausgabe gespart werden kann. Im übrigen müßte es eine eigenartige Schreibmaschine sein, die nicht auch den sechsten Durchschlag fertigbringt. Ich schlage vor, daß wir es bei diesen 6 Durchschlägen belassen, auch schon aus dem Grunde - was auch dem Wunsche des Herrn Sievers entsprechen wird -, um eine schnellere Vervielfältigung zu ermöglichen, denn bei der Vervielfältigung durch die Schreibmaschine ist es möglich, schon am Morgen nach der Sitzung das Diktat vorzunehmen und so den Bericht schneller fertig~~zu~~<sup>en</sup> stellen~~en~~<sup>en</sup> wird, als wenn wir ihn erst in die Druckerei geben müssen.

Der Antrag Stegmann bleibt bei der Abstimmung in der Minderheit, der Antrag der Kommission, die Vervielfältigung durch die Schreibmaschine vornehmen zu lassen, wird angenommen.

5. Antrag Burgdorf, betreffend Fertigstellung  
der Instandsetzung der zu Beginn des Krieges  
in Angriff genommenen Straßen.

Stadtv. R a s c h e : Herr Burgdorff hat beantragt : „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat der Stadt, anzuordnen, daß die Straßen unmehr endlich fertiggestellt werden, die zu Beginn des Krieges in Angriff genommen wurden, dann aber unfertig liegen geblieben sind (Wilmerdingstraße und Bismarckstraße).“ Diese zu Anfang des Krieges aufgebrochenen und halbfertig liegen gebliebenen Straßen befinden sich in einem sehr schlechten Zustand; es kommt bei ihnen bereits die <sup>Karllage</sup> ~~Karllage~~ durch. Die Baukommission hat sich mit dem Antrage beschäftigt und schlägt vor, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Makadam-  
sierung

sierung oder eine andere Fertigstellung der Straßen vorzunehmen. Der Rat hat sich dazu bereit erklärt, hat aber bemerkt, daß im Etat eine Summe dafür nicht vorgesehen sei. Es würde sich also durch die vorgeschlagenen Instandsetzungen eine Überschreitung des Etats um *etwa* 62 000 M herausstellen. Die Baukommission empfiehlt die Annahme des Antrages.

42

Der Antrag Burgdorff wird angenommen.

6. Verkauf von Geländestreifen an der  
Weststraße (früher projekt. Straße 443a).

Stadtv. D r e w s : Der Geländestreifen, um den es sich handelt, beginnt an der Weststraße am Eisenbahnübergange und zieht sich zwischen der Eisenbahn und den beiden Fabriken Chemische Fabrik Vechelde und G. Luther entlang. Es war dort früher die Straße 443a projektiert, das Projekt ist aber fallen gelassen. Nun bitten die beiden Fabriken, ihnen das Gelände zu verkaufen, um darauf einen Zufahrtsweg  $\nabla$  zu ihren Fabriken anzulegen. Der Rat fordert für den 544 qm großen Geländestreifen 12 M für das qm und die Fabriken sind bereit, den Preis zu zahlen. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt; es steht dem Verkauf nichts im Wege, und der Bausschuß ersucht Sie um Zustimmung zu diesem Verkauf.

*M.L.* *H. Kiehlmann 26/84* *Bras*



Die Versammlung stimmt dem Antrage des  
Bauausschusses zu.

(Punkt 6).

7. Zahlung einer Beihilfe an den Kindergarten  
Petrihof aus der Jüdelstiftung.

Stadtv. S t e i n e r t : Wir haben uns mit dieser Frage schon in der vorigen Sitzung befaßt, in der die Berichterstatterin Frau Götze war. Da Frau Götze verreist ist, hat man mir die Berichterstattung übertragen. Ich habe die Einwendungen, die in der letzten Versammlung ~~Herrn~~ durch Herrn *Lehner* bezüglich der Gewährung dieser Beihilfe gemacht worden sind, nämlich daß K Dissidentenkinder in der Anstalt nicht aufgenommen würden, einer Prüfung unterzogen, indem ich persönlich nach dem Petrihof gegangen bin und die Kinderschwester über diesen Punkt gehört habe. Es ist mir von ihr gesagt, sie hätten seit 8 Wochen den Befehl von Herrn

Pastor

Pastor Freise, daß keine Dissidentenkinder  
in die <sup>Krit. 7</sup> Gruppe aufgenommen werden sollten.  
Das habe ich am Montag in der Finanzausschuß=  
sitzung berichtet und darauf hat der Herr  
Oberbürgermeister den Antrag des Rates sofort  
zurückgezogen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich muß den Herrn Berichterstatter leider berichtigen. Es ist nicht so, daß der Rat seine Vorlage zurückgezogen hat, sondern es ist in dem Ausschuß seitens des Ratsvertreters die Meinung geäußert, der Rat würde seine Vorlage zurücknehmen, wenn sich die Nachricht über die Zurückweisung der Dissidentenkinder bewahrheiten sollte, und es wurde beschlossen, es solle hier nicht weiter über die Sache berichtet werden, bevor der Rat seine Ansicht geäußert hat.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich habe in der Ausschußsitzung nur gesagt, meine persönliche Ansicht ginge dahin, daß der Rat seine Vorlage zurückziehen würde, wenn eine solche Stellungnahme seitens des Petrihofs eingenommen wäre. Wir haben deswegen an den Herrn Pastor Freise geschrieben und erwarten nunmehr seine Antwort.

V o r s i t z e n d e r : Wir setzen also die Verhandlung über diesen Punkt aus und warten die Nachricht des Rates ab.

(Punkt 7).

8. Gewährung einer Nachzahlung an ehemalige  
städtische Beamte.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren ! Anläßlich der Einreihung der Stadt Braunschweig in die Ortsklasse B haben wir kürzlich beschlossen, den städtischen Beamten rückwirkend vom 1. April 1920 ab Nachzahlungen zu gewähren. Von den städtischen Beamten sind nun 10 - einer am 1. Dezember v.J. die anderen am 1. Januar d.J. - in den Staatsdienst übergetreten, und diese Beamten haben den Antrag gestellt, ebenfalls diese Nachzahlungen von der Stadt zu erhalten. Sie haben in ihrer Eingabe geltend gemacht, daß sie sich nicht verbessert hätten, die Stadt habe keinen Schaden aus ihrem Abgang gehabt, und da sie in der fraglichen Zeit im Dienste der Stadt gestanden hätten, glaubten sie berechtigt zu sein

sein, die Nachzahlung zu bekommen.

Einige Mitglieder des Finanzausschusses waren bei der Vorber~~at~~ung dieser Sache dafür, daß man aus Billigkeitsgründen die Nachzahlung bewilligen solle, aber bei der Aussprache ist man doch davon abgekommen und einstimmig hat der Ausschuß beschlossen, den Antrag dieser früheren städtischen Beamten abzulehnen. Es ist nicht richtig, daß sie bei Annahme der neuen Stellung sich nicht verbessert haben, sie sind alle in eine höhere Gehaltsklasse gekommen, von der 5. teils in die 6., 7. oder 8. Es ist auch nicht richtig, daß die Stadt durch ihren Abgang keinen Schaden gehabt habe, sondern es haben für sie Aushilfsbeamte eingestellt werden müssen, durch die selbstverständlich nicht die gleiche Arbeit geleistet werden konnte, welche von den eingearbeiteten Beamten geleistet wurde.

Die



Die Folge des Eingehens auf den Antrag dieser Beamten wäre zudem auch noch die, daß sämtliche Angestellte, die aus dem städtischen Dienst ausgeschieden sind, ein gleiches Verlangen an die Stadt stellen könnten. Aus diesen Gründen hat der Finanzausschuß beschlossen, den Antrag dieser früheren städtischen Beamten abzulehnen.

Stadt v. J a h n s : Meine verehrten Damen und Herren ! Ich kann mich dem Beschluß des Finanzausschusses nicht anschließen. Es wird Ihnen bekannt sein, daß sämtliche Beamte diese Nachzahlung erhalten haben, und ich kann es nicht für richtig halten, daß ein kleinerer Teil der Beamten davon ausgeschlossen werden soll. Wir müssen berücksichtigen, daß der Reichsminister vor dem 23. Juni 1921 angeordnet hat, daß allen Beamten ohne Unterschied, und auch den Angestellten, auf Antrag die Unterschiedsbeträge nachgezahlt werden sollten. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Sind die Beträge im Reich und in den Staaten nachgezahlt, so müßte das auch hier geschehen. Wären die Antragsteller im städtischen Dienste geblieben, so wäre ihnen die Nachzahlung ohne weiteres von der Stadt zuteil geworden. Das

Reich

Reich aber hat natürlich für die Zeit, wo sie bei der Stadt tätig gewesen sind, keine Nachzahlung leisten können, das ist selbstverständlich, also hat der Arbeitgeber, der in der fraglichen Zeit die Zahlung der Besoldung geleistet hat, die Nachzahlung zu leisten. Nachdem das Reich, die Staaten und auch die Kommunen durchweg die Nachzahlungen gewährt haben, finde ich es als eine Härte, diese 10 früheren Beamten davon auszuschließen. Die Ausgabe wird den Stadtsäckel auch nicht so sehr stark belasten, das nicht darüber wegzukommen wäre, aber bedenken Sie, was für ein Ausfall es für den einzelnen Beamten ist, der sein Geld so groß nötig hat. Ein Pfund Pflaumen kostet heute 6,75 M; es ist mehr als das 10fache, was die Leuerung heute ausmacht, und bedenken Sie, ob die Gehaltsverhältnisse für die Beamten dem entsprechend gestiegen sind. Ich bitte Sie als die Nachzahlung eintreten zu lassen.

Stadtv. L e h n e r t : Wenn der Finanzausschuß sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt hat, daß das Gesuch abzulehnen ist, so sollte man glauben, daß der Finanzausschuß die Überlegung richtig angestellt hat und weiß, was im Interesse der Stadt liegt. Ob die 10 Herren im Interesse der Stadt gehandelt haben, steht auf einem anderen Blatte. Es ist seinerzeit vom Ratstische aus erklärt worden : Wir sind durch den Fortgang dieser Beamten in die größte Kalamität gekommen und haben Hilfskräfte annehmen und Überstunden machen lassen müssen. Haben also die Beamten im Interesse der Stadt gehandelt oder umgekehrt ? Wer seinen Arbeitgeber verläßt, hat kein Recht mehr, nachher noch Ansprüche an ihn geltend zu machen. Wenn der Antrag des Herrn Jahns angenommen würde, dann würden wir alles daran setzen, um

die

die Arbeiterschaft aufzupeitschen - ich  
gebrauche <sup>Ausdruck</sup> diesen mit Absicht, daß sie dasselbe  
Recht fordert.

Stadtv. J a h n s : Ich möchte betonen, daß die Beamten nicht zum Schaden der Stadt gehandelt haben, sondern es ist vom Ratstische aus im Gegenteil gesagt worden, daß die Zahl der Beamten im Rathaus vermindert werden müßte. Die Herren haben also dem Rat nur einen Gefallen getan, daß sie gegangen sind. Es ist das vom Rat mit Freuden begrüßt worden, denn mit ihrem Abgang wurde die Zahl der Beamten ja vermindert.

Stadtv. F a y : Meine Damen und Herren !  
Ich werde stets ein Herz für die Beamten haben,  
wie auch für die Angestellten, aber in diesem  
Falle kann auch ich ~~die~~ Forderung der 10 ~~gegen~~  
abgegangenen Beamten nicht zustimmen. Diese  
Beamten sind ~~deshalb~~ <sup>nicht</sup> in den Reichsdienst ge-  
gangen, um dem Rat einen besonderen Gefallen  
zu erweisen, sondern um sich in ihrer Stellung  
zu verbessern. Genau so, wie hier verfahren  
werden soll, geht es bei den Privatangestellten,  
wenn ich dort meine Stellung verlasse, muß ich  
auf eine Nachzahlung verzichten. Gerade um  
den Angestellten zu dienen, muß ich diese  
Forderung der früheren Beamten ablehnen, weil  
ich sie für ungerechtfertigt halte.

Stadtv. L e h n e r t : Wenn Herr Jahns meint, der Rat habe es nicht bedauert, daß die Beamten abgegangen sind, so weise ich darauf hin, daß der Rat immer gesagt hat : Wir müssen darnach trachten, den Beamtenstand zu erhalten. Niemals hat er daran gedacht, langjährige Beamte mir nichts, dir nichts zu entlassen, sondern hat immer betont, daß er mit Entlassungen bei den Hilfskräften anfangen müsse; dort müsse der Abbau stattfinden, aber nicht an der anderen Stelle.



Die Versammlung stimmt dem Antrage des Finanzausschusses zu, daß der Anspruch der in den Reichsdienst übergetretenen Beamten als unberechtigt erklärt wird.

9. Antrag auf Herstellung eines Verbindungs-  
weges zwischen Elm- und Lutterstraße.

Stadtv. E f f n e r : Die Firma H. Büs-  
sing & Sohn, Fabrik für Eisenbahnbedarf, hier,  
hat sich mit einem Schreiben an den Rat der  
Stadt gewandt und darin gebeten, eine Verbin-  
dungsstraße zwischen der Elmstraße und der  
Lutterstraße herzustellen, damit mehrere hundert  
Arbeiter und Angestellte der beiden Firmen  
Büssing nicht den lästigen Umweg über Friedrich-  
platz, Viewegstraße, Klausenstraße und Heitberg-  
straße zumachen brauchen. Wir haben uns  
in der Baukommission mit dieser Frage beschäf-  
tigt. Eine solche Verbindung, wie sie gewünscht  
wird, hat seit Jahren bestanden, und zwar in  
der Verlängerung der Lutterstraße, mündend  
auf den Friedrichplatz. Er ist im vorigen  
Jahre von der Eisenbahnverwaltung gesperrt

worden

worden, da in der damaligen Zeit recht viele Diebstähle auf dem Güterbahnhof vorgekommen sind. Der Rat der Stadt hat sich im vorigen Jahre verschiedentlich an die Eisenbahndirektion Magdeburg mit dem Ersuchen gewandt, die Wiedereröffnung dieses Weges zuzugeben, aber der Erfolg ist negativ geblieben, indem man geantwortet hat, daß doch die Stadt die Straße übernehmen solle. Die Baukommission ist, da der Verbindungsweg nur eine Länge von 100 m hat und andererseits der Umweg über die Heitberg-, Klausen- und Viewegstraße nur 90 m mehr ausmacht, zu dem Beschluß gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Antrag der Firma Büssing abzulehnen, noch dazu da wir in nicht allzu langer Zeit Aussicht haben, daß der Übergangsbahnhof gebaut wird und es nicht zweckmäßig ist, sich durch Kauf von Grund und Boden städtischerseits hier festzulegen. Ich bitte Sie, dem Antrage des Bauausschusses zuzustimmen.

Der Antrag des Bauausschusses wird  
angenommen.

(Punkt 9)

10. Antrag Stegmann auf Erhöhung der  
Mieten für das Bürgerpark- und  
Ratskeller-Restaurant.

Stadtv. B u r g d o r f: Es handelt sich bei diesem Punkt nicht - wie die aufgestellte Tagesordnung sagt - um einen „Antrag auf Erhöhung der Mieten in städtischen Gebäuden“ im allgemeinen, was ich ~~bemerken~~ besonders bemerken will, um eine Irreführung zu vermeiden, sondern der Antrag Stegmann wünscht eine Erhöhung der Mieten für das Wirtschaftsgebäude im Bürgerpark und für den Ratskeller. Die Angelegenheit ist aber noch nicht vorberaten und ich bitte deshalb, die Beratung dieses Punktes von der ~~Sta~~ Tagesordnung abzusetzen.

Stadtv. S t e g m a n n : Ich fühle mich gedrungen, den Worten des Herrn Bericht=erstatters noch ein paar Worte hinzuzufügen. Es ist in der ausgegebenen Tagesordnung all=gemein gesagt worden : „Antrag des Stadtv. Stegmann auf Erhöhung der Mieten in städtischen Gebäuden“, und das trifft die Sache nicht. Ich muß es entschieden rügen, daß in dieser Weise der Tagesordnungspunkt in die Öffentlich=keit gegangen ist; ich habe eine Menge Unan=nehmlichkeiten dadurch gehabt, indem bei den Mietern eine Beunruhigung wegen der Erhöhung der Mieten entstanden war, und einige Personen davon haben sich nicht überzeugen lassen wollen, daß es mir nicht im Traum eingefallen ist, eine Erhöhung der Mieten in städtischen Ge=bäuden im allgemeinen zu beantragen. Ich möchte fragen, wer es veranlaßt hat, daß die

Fassung

Fassung in dieser Form erschienen ist und aus welchem Grunde das geschehen ist. Warum ist nicht gesagt : Erhöhung der Mieten im Ratskeller- und im Bürgerparkrestaurant. <sup>Es hat</sup> Ich habe den Anschein, als ob ein besonderer Grund dazu vorhanden gewesen ist. Ich muß entschieden gegen diese Art der Veröffentlichung protestieren und erkläre, daß es weder mir noch meinen Parteifreunden eingefallen ist, zu beantragen, daß für die Leute, die in städtischen Gebäuden wohnen, die Mieten erhöht werden - wir ~~wären~~<sup>finden</sup> wahrhaftig die letzten, ~~dazu~~ *die offen zugewandten Gebäude die Mieten anzuheben.*

Bürgermeister M e y e r : Ich sehe mich veranlaßt, zu diesem Punkt das Wort zu nehmen, weil ich einen gewissen Widerspruch finde zwischen diesem Antrage und dem bei der Beratung des Etats von Ihnen beschlossenen Ersuchen auf eine Erhöhung der Mieten für diese Wirtschaften und für Vergebung dieses Saales an den Stadtkirchenverband. Nun bin ich in der letzten Stadtverordnetensitzung nicht zugegen gewesen und weiß nicht, ob in dieser Sitzung über die Angelegenheit gesprochen worden ist. In der Kommissionssitzung, der ich beigewohnt habe, ist dieser Gegenstand nicht erörtert, weil er - so verstand ich die Sache - in der vorausgegangenen Sitzung Erledigung gefunden hätte. Ich habe Herrn ~~Schenk~~ <sup>unzufällig</sup> auf dem Korridor getroffen und gefragt, wie es zugehe, daß außer dem allgemeinen

Er=



Ersuchen noch ein Sonderantrag in dieser Angelegenheit gestellt sei, worauf mir von diesem Herrn erwidert wurde, wie sich das entwickelt hätte, könnte er nicht sagen. Deshalb möchte ich fragen, ob die Versammlung Wert darauf legt, daß dieser Antrag aufrecht erhalten wird oder nicht. Ich sollte meinen : Nachdem die Stadtverordneten schon das neuerliche Ersuchen an den Rat gerichtet haben, auf eine Erhöhung dieser Mieten Bedacht zu nehmen, und anzunehmen ist, daß der Rat diesem Ersuchen ~~natürlich~~ Folge geben wird - ~~er wird~~ mit den Mietern in Beziehung treten, denn einseitig können wir selbstverständlich die Mieten nicht erhöhen - und da somit Sicherheit für ~~auf~~ eine sachgemäße Behandlung des an den Rat gerichteten Ersuchens und auch ~~des durch den~~

VOR



71

V o r s i t z e n d e r : Ich kann erklären, daß das Ersuchen, das an den Rat zu stellen von der Versammlung angenommen ist, sich im allgemeinen auf eine Erhöhung dieser Mieten erstreckte, während in dem Antrag des Herrn Stegmann bestimmte Summen vorgeschlagen werden.

Stadtv. N ö 1 1 : Es wurde schon von Herrn Stegmann gesagt, daß er überlaufen worden ist von Mietern in städtischen Gebäuden, die sich darüber aufgeregt haben, daß eine Erhöhung der Mietpreise stattfinden sollte. Auch zu mir sind deswegen solche Mieter gekommen. Es war geradezu komisch, daß geglaubt wurde, solch ein Antrag sei hier gestellt worden und die Leute haben es nicht verstehen können, wie eine solche Nachricht hat verbreitet werden können. Ich selbst habe manche Aufklärung geben können, daß sich der Antrag nicht auf eine Erhöhung der Wohnungsmieten erstreckt. Durch die heutige Sitzung werden die Leute dann noch vollständig aufgeklärt werden.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Herr Bürgermeister Meyer hat recht : es liegt eine gewisse Mißstimmigkeit in der Behandlung dieser Frage vor. In der letzten Ausschußsitzung ist die Frage nicht erörtert, weil wir schon vorher über die Angelegenheit ausgiebig gesprochen haben und überein/ gekommen waren, daß aus formellen Gründen, weil der andere Antrag schon verabschiedet worden sei, ein formeller Anlaß für den Ausschuß nicht vorläge, diese Frage nochmals zu klären. Wir waren damals der Anschauung, daß nur durch einen Irrtum uns der Antrag überwiesen worden sei. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß kein Irrtum in der Überweisung an den Ausschuß vorliegt, sondern daß die Überweisung geschehen ist aus den Beweggründen, die der Herr Vorsitzende eben angedeutet hat, und so tatsächlich

eine

eine doppelte Behandlung in derselben Frage Platz gegriffen hat, nämlich einmal die Verabschiedung des allgemeinen Antrages und daneben die Zuweisung des Antrages mit den besonderen Fällen und mit bestimmten Summen an den Ausschuß. Da das im Ausschuß nicht zur Sprache gekommen war, so habe ich mit dem Herrn Berichtserstatter verabredet, daß berichtet werden soll, es sei noch keine Vorberatung erfolgt. Im übrigen darf ich wohl berichten, daß die Debatte im Ausschuß dahin ausgegangen ist, daß wir im Sinne des Vorschlages, der in der Vollversammlung angenommen worden ist, eine Tätigkeit vom Rat ausgeübt wissen wünschen. Die nochmalige Verhandlung im Ausschuß gibt vielleicht Gelegenheit, die Früchte dieser Tätigkeit zu sehen.

Die Behandlung des Antrages wird  
zurückgestellt.

(Punkt 10)

11. Erhöhung der Vergütungssätze für die  
Reinigung der Schulräume.

Stadtv. T o s t m a n n : Im September v.J. haben die städtischen Behörden die Vergütungssätze für die Reinigung der Schulräume neu festgesetzt. Um nun aber festzustellen, welche Unkosten die einzelnen Schuldienere tatsächlich haben, da sie bei der Reinigung Hilfskräfte mit hinzunehmen müssen, haben sie 6 Monate hindurch alle Aufwendungen, die sie für die Reinigung der Schulräume gehabt haben, genau notieren müssen. Es hat sich herausgestellt, daß sich ihre Mehraufwendungen gegenüber der gewährten Vergütung, wie sie bisher gewährt worden ist, auf 2 - 89 %, durchschnittlich etwa auf 33 % belaufen. Deshalb wird beantragt, daß den Schuldienere für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis zum 30. Juni d. J.

diese



diese 33 % noch nachverwilligt werden. Etwas anders als bei den übrigen Schulen verhält es sich mit der Fortbildungsschule im Waisen= hause. Dort ist kein Schuldiener hauptamtlich angestellt, sondern die Reinigungsarbeiten sind einer Frau übertragen, die gezwungen ist, fast den ganzen Tag sich im Schulgebäude aufzu= halten, und deshalb wird beantragt, daß für sie die nachträgliche Entschädigung für die genannte Zeit auf 50 % erhöht wird.

Für die bisherigen Hilfskräfte ist ein Stundenlohn von 1,50 M zugrunde gelegt worden. Dieser erscheint zu niedrig, und es soll von nun an ein Stundenlohn von 2,20 M zugrunde gelegt werden. Dadurch erhöhen sich selbst= verständlich auch die Gesamtunkosten und es wird beantragt, die Reinigungsgelder vom 1. Juli d.J. ab um 75 % zu erhöhen, für die

Fort=

Fortbildungsschule im Waisenhouse um 92 %. Die Gesamtkosten würden sich darnach von 114 605 M auf 200 895 M erhöhen.

Der Bauausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt, hat sich überzeugt, daß die Vergütungssätze, die bisher den Schuldienern gezahlt sind, viel zu niedrig waren und daß die vorgeschlagenen Sätze unbedingt gezahlt werden müssen. Der Bauausschuß ersucht demnach die Versammlung, den mitgeteilten Sätzen zuzustimmen.

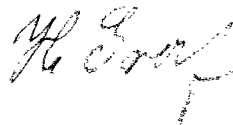
Der Erhöhung der Reinigungssätze für die Schulen in der vorgeschlagenen Weise stimmt die Versammlung zu.

12. Antrag Graf auf Erhöhung der  
Armenunterstützungssätze.

Wortlaut des Antrages : Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Sätze für die laufende Armenunterstützung für Erwachsene von 60 M auf 100 M und für Kinder von 20 M auf 40 M zu erhöhen, ferner den Satz von 20 M, der als Einkommen für auf die Unterstützung nicht angerechnet werden darf, auf 50 M festzusetzen.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Der Finanzausschuß hat sich mit diesem Antrage beschäftigt und ist übereingekommen, diese Sache an den Rat der Stadt zu verweisen, damit derselbe eine Unterlage ausarbeitet und sie demnächst der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet.

Stadtv. Frau G r a f : Ich erkläre mich mit dieser Behandlung meines Antrages einverstanden, erwarte aber vom Rat der Stadt, daß er seinerseits sich bemüht, daß die Armen recht bald in den Genuß der erhöhten Unterstützung kommen. Sie wissen alle, daß vom 15. August ab der Brotpreis um 50 % erhöht wird und daß die beiden kommenden Monate September und Oktober ~~die~~ diejenigen im Jahre sind, die an jeden Haushalt die größten Anforderungen stellen. Ich richte deshalb an den Rat der Stadt das Ersuchen, dahin zu wirken, daß die erhöhten Unterstützungssätze bis zu dieser Zeit gezahlt werden.



Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich werde diese Angelegenheit heute über 8 Tage in der Sitzung der Armendirektion in Gegenwart der 26 Armenbezirksvorsteher zur Beratung stellen und hoffe, daß Frau Graf als Mitglied der Armendirektion an dieser Sitzung mit teilnimmt und sich auch an der Besprechung beteiligt.

Ohne Beschlußfassung.

(Punkt 12)

13 a. Antrag Graf auf Erhöhung der für  
zeitweilige Unterbringung obdachloser  
hiesiger Einwohner vorgesehenen Summe  
auf 1000 M.

Wortlaut des Antrages : Die Stadtverordneten=  
versammlung wolle beschließen, den Rat zu  
ersuchen, die Summe von 200 M, die für einst=  
weilige Unterbringung obdachloser hiesiger  
Einwohner und für sonstige Aufwendungen im  
Voranschlage eingesetzt ist, auf 1000 M zu  
erhöhen.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Dieser  
Antrag ist von der Antragstellerin zurückge=  
zogen, weil er anderweitig Erledigung gefunden  
hat.



13 b. Antrag Gräf auf Erhöhung der als  
Beihilfe an Turn- und Sportvereine  
ausgeworfenen Summe auf 20 000 M.

Wortlaut des Antrages : Die Stadtverordneten=  
versammlung wolle beschließen, die von seiten  
des Rates der Stadt unter Kapitel XVII Seite  
295 Nr.2 eingesetzte Summe von 10 000 M als  
Beihilfe an die Turn- und Sportvereine auf  
20 000 M zu erhöhen.

Stadtv. B u r g d o r f f: Die Beratung  
des Antrages ist vom Finanzausschuß einstweilen  
noch zurückgestellt, und ich bitte deshalb,  
seine Beratung auch für die ~~Vollg~~<sup>Vollg</sup>-Versammlung  
noch zurückzustellen.

V o r s i t z e n d e r : Die Beratung dieses Punktes wird zurückgestellt, weil der betreffende Dezernent des Rates bei der Vorberatung nicht zugegen war.

14. Antrag Sievers, betreffend Nachzahlungen  
an die städtischen Angestellten,  
Arbeiter und Reinmachefrauen.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe zunächst mitzuteilen, daß noch einige Anträge eingegangen sind. Herr Sievers hatte von vornherein drei Anträge eingereicht. Sie haben unter anderen Papieren gelegen, sodaß sie vorhin nicht zur Vorlesung gekommen sind. Der erste Antrag des Herrn Sievers lautet :

„Am 23. Juni beschlossen die Stadtverordneten, daß entsprechend der den Beamten gewährten

Er-

Erhöhung ihrer Bezüge auch die Bezüge der städtischen Angestellten, Arbeiter und Reinmachefrauen mit Rückwirkung vom 1. April 1920 zu erhöhen seien. Nach mir gewordenen Mitteilungen sind die Nachzahlungen nur ab 1. April 1921 erfolgt. Ich beantrage deshalb, die Stadtverordneten wollen beschließen, die den städtischen Angestellten, Arbeitern und Reinmachefrauen ab 1. April 1921 nachgezahlten Erhöhungen ihrer Bezüge nebst Kinderzulage sind ihnen auch für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 zu zahlen."

Stadtv. S i e v e r s (zur Begründung):  
Meine Damen und Herren ! Die Mehrheit der  
Stadtverordnetenversammlung steht auf dem Boden  
des von mir gestellten Antrages, denn der Antrag  
Stegmann, der damals bei der Behandlung der  
Beamtenbesoldung gestellt wurde, ist von der  
Mehrheit angenommen worden. Trotzdem hat die  
zuständige Deputation die Auszahlung der erhöh=  
ten Bezüge für die Angestellten, Arbeiter und  
Reinmachefrauen nur ab 1. April vorgenommen,  
obgleich die Stadtverordneten <sup>beschlossen</sup> ~~angenommen~~ haben,  
daß diese Auszahlung rückwirkend ab 1. April  
1920 geschehen solle. Wenn wir damals anerkannt  
haben, daß für die Beamten rückwirkend diese  
Nachzahlung notwendig sei, da die Lebensmittel=  
verhältnisse sich wesentlich verändert haben,  
so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß man  
diese Rückwirkung ab 1. April 1920 auch bei  
dem

dem Beschluß, betreffend die Angestellten, Arbeiter und Reinmachefrauen eintreten läßt. Da die Ermächtigung an die Deputation durch diesen Beschluß der Stadtverordneten anscheinend nicht genügend gefruchtet hat, beantrage ich heute, daß beschlossen wird, diese nachträglichen Zahlungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende überweist den Antrag  
dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

15. Anfrage Sievers, betreffend Arbeitsbeschaffung für die Arbeiter des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn.

V o r s i t z e n d e r : Eine von Herrn Sievers gestellte Anfrage hat folgenden Wortlaut :

„Am 8. Juli überreichten die Betriebsräte des Elektrizitätswerks und der Straßeneisenbahn sowie der Metallarbeiterverband und der Deutsche Verkehrsbund dem Rat der Stadt eine Eingabe, betreffend Arbeitsbeschaffung für die Arbeiter des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn. Ich frage den Rat der Stadt, was er auf diese Eingabe unternommen hat oder was er zu unternehmen gedenkt.“

Stadtv. S i e v e r s (zur Begründung):  
Meine Damen und Herren ! Die genannten Korpo-  
rationen nämlich die Betriebsräte des Elektrizi-  
tätswerks und der Straßeneisenbahn sowie der  
Metallarbeiterverband und der Deutsche Verkehrs-  
~~verband~~<sup>bund</sup> haben den Rat der Stadt in einer Eingabe  
ersucht, die drohende und zum Teil schon vor-  
handene Arbeitslosigkeit bei den Arbeitern der  
Straßenbahn und des Elektrizitätswerks zu  
beheben. Diese Arbeitslosigkeit hat schon  
fortdauernd gedroht, sodaß verschiedentlich  
Versetzungen von Arbeitern von der Straßen-  
eisenbahn zum Elektrizitätswerk und umgekehrt  
haben stattfinden müssen. Es ist von den  
genannten Körperschaften vorgeschlagen worden,  
eine Erneuerung des Schienenmaterials der  
Straßeneisenbahn vorzunehmen, die aber nicht  
allein deshalb wünschenswert ist, um Arbeits-

gem



gelegenheit zu schaffen, sondern auch aus dem Grunde notwendig ist, weil die höchstmögliche erlaubte Abnutzung der Schienen an einem sehr großen Teile der Straßenbahngeleise schon bei weitem überschritten ist. Die genannten Körperschaften, die auf diesem Gebiete sachverständig sind, haben sich dahin geäußert, daß wenn der Zustand nicht gebessert wird, es eines Tages eintreten wird, daß auf unserer Straßenbahn größere Strecken ohne Betrieb gelassen werden müssen, da das Schienenmaterial dann nicht mehr in dem Zustande ist, daß der Verkehr ohne Gefahr für die Passanten vor sich gehen kann. Es ist also wünschenswert, daß aus Gründen der Sicherheit des Verkehrs und um die Arbeitslosigkeit nicht weiter wachsen zu lassen, der Rat der Stadt etwas den Wünschen der genannten Korporation <sup>2</sup>entsprechendes unternimmt.

Daß

Daß das Geld kostet, ist allerdings richtig, wenn sich aber der Rat der Stadt oder die Straßeneisenbahngesellschaft der Hoffnung hingeben sollten, daß sich die Preise in der Zukunft senken werden, so sind wir der Ansicht, daß diese Hoffnung sich nicht erfüllen wird, sodaß es, da ein großer Teil des Schienmaterials reparaturbedürftig ist, aus mehr als einem Grunde wünschenswert ist, mit der Vor-  
nahme der Arbeiten jetzt zu beginnen. Die Eingabe ist zu Anfang des vorigen Monats von den genannten Körperschaften abgesandt und es würde mich  $\vee$  interessieren, zu hören, was der Rat der Stadt während dieser Zeit in der Angelegenheit getan hat oder was er noch zu tun gedenkt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Mir ist nicht bekannt, daß an den Rat der Stadt eine derartige Eingabe gerichtet worden ist. Es ist ja aber möglich, daß unserm Herrn Kollegen Gebensleben die Sache vorgelegt ist, doch erinnere ich mich nicht, daß darüber in der Ratssitzung gesprochen worden wäre. Im übrigen ist nicht der Rat in dieser Sache zuständig, sondern der Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft. (Zuruf Sievers : An der der Rat wesentlich beteiligt ist) Ich kann also eben über diese Sache keine Auskunft geben.

95 + 96 -

Stadtv. R e g e n e r : Diese Eingabe ist seinerzeit gerichtet worden an den Rat der Stadt, zu Händen des Herrn Stadtbaurat Gebensleben. Es handelt sich um 92 Arbeiter, die seinerzeit aus der Bahnmeisterei bzw. aus dem Fahrdienst der Straßenbahn hinübergenommen wurden in das Elektrizitätswerk, um namentlich die Kohlenzufuhr in ausgiebiger Weise vornehmen zu können. Es klingt nun wie ein Märchen, daß wegen der ungeheuren Kohlenvorräte, die dort jetzt vorhanden sein sollen, diese Arbeiter brotlos werden sollen. Es sind Ende Juni 35 Mann entlassen worden und diese Leute sind teils bei den Firmen Spindler, Drenckhahn ~~3~~ Sudhop ~~2~~ anderweitig untergebracht, aber es wird gesagt, daß demnächst abermals 35 Arbeiter entlassen werden sollen. Der Herr Oberbürgermeister sagt, daß es Sache des Aufsichtsrats der

der Straßeneisenbahngesellschaft ist, über diese Arbeiten, die vorgeschlagen werden, eine Entscheidung zu treffen. Es kommt nun darauf an, inwieweit der Rat in der Lage ist, darauf hinzuwirken, daß der Aufsichtsrat zusammengetrommelt wird, damit über diese für die Arbeiter brenzliche Frage entschieden wird. Es ist da noch manches faul im Staate Dänemark : ~~Es~~ sind technische Verbesserungen angeschafft und es heißt, daß dadurch eine Reduzierung der Arbeiterschaft eintreten würde. Wir müssen darauf dringen, daß Vorsorge getroffen wird, daß diese Leute dann nicht auf der Straße liegen, sondern tunlichst anderweitig untergebracht werden. Nun schlagen die Leute in Gemeinschaft mit ihren Organisationen vor, man möge sie bei dem Neubau in der Kastanienallee und bei dem Ausbau des Schienennetzes beschäftigen, und dabei müssen

müssen wir uns vom Rat der Stadt ausbitten, daß er im Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft dahin wirkt, daß diese Leute nicht wegen Arbeitsmangel entlassen werden, während auf der anderen Seite den im Fahrdienst tätigen Leuten zugemutet wird, täglich  $1\frac{1}{2}$  Stunde lang Überstunden zu machen und ein Anschlag in dieser Sache gemacht wird, ohne mit dem Betriebsrat Rücksprache zu nehmen, sodaß der Vorsitzende des Betriebsrats sein Amt niedergelegt hat. Wir können nicht zugeben, daß auf der einen Seite Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, wenn auf der anderen Seite von den Leuten Überstunden verlangt werden. Ich möchte ersuchen, daß der Rat alles anbietet, um den Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft zusammenzubringen, damit diese Arbeiterentlassungen vermieden werden und

und wenigstens das schlimmste abgewendet wird. Es stehen scheinbar wieder einmal große Kämpfe zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft bevor : Die Privatunternehmer schicken sich an, am nächsten Sonnabend die Arbeiter der gesamten Metallindustrie auf das Straßenpflaster zu werfen. Wir haben kein Interesse daran, diese Sache noch dadurch zu verschärfen, daß auch bei der Straßeneisenbahn Arbeitslose gemacht werden. Wir hören, daß die Brot- und Kartoffelpreise steigen, und bei solchen Aussichten hat die Stadt kein Interesse daran, daß in dieser Sache noch Öl ins Feuer gegossen wird. Ich möchte den Rat bitten, soweit in seinen Kräften steht, auf den Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft einzuwirken.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :  
Selbstverständlich bin ich bereit, die Sache  
im Aufsichtsrat der Straßeneisenbahngesellschaft  
zur Sprache zu bringen; es ist nicht unmöglich,  
daß Herr Stadtbaurat Gebensleben schon seiner-  
seits die Absicht dazu gehabt hat. Wir haben  
allerdings in den letzten Wochen keine Auf-  
sichtsratssitzung gehabt. Vielleicht hängt  
mit dieser Sache zusammen eine Unterredung,  
die ich mit dem Direktor der Straßenbahn hatte,  
in der er darauf hinwies, daß verschiedene  
Strecken der Straßeneisenbahn umgebaut werden  
müßten, weil die Schienen schlecht geworden  
seien, es hapere aber noch an der Beschaffung  
der Schienen. Die Beschaffung solcher Stahl-  
schienen kostet allerdings außerordentlich viel  
Geld; es steht auch schon ein derartiger  
Punkt auf der Tagesordnung. Wenn das Schienen-

material



material nicht mehr den Ansprüchen genügt, so muß selbstverständlich der Aufsichtsrat das seinige tun, damit der Verkehr nicht gefährdet wird. - ~~Wie gesagt, ich bin gern bereit das meine in dieser Angelegenheit zu tun.~~

16. Anfrage Nessenius, betreffend die Maßnahmen bei einer eventuellen Aussperrung durch die Metallindustriellen.

Wortlaut der Anfrage : „Welche Maßnahmen gedenkt der Rat zu ergreifen, um dem Elende zu steuern, das unweigerlich einsetzen muß, wenn die von den Metallindustriellen angedrohte Aussperrung am Sonnabend zur Ausführung gelangt ? ”

Stadtv. N e s s e n i u s (zur Begründung) : Geehrte Damen und Herren ! Wir sind heute mittag durch einen Anschlag in der Fabrik beglückt worden, daß auf Grund einer gewissen Solidaritätspflicht, die gegen bestreikte Firmen vorliege, die Unternehmer in der Metallindustrie am nächsten Sonnabend ~~ab~~ eventuell eine Aussperrung vornehmen werden. Ich möchte

Ihnen

Ihnen nicht erst noch lang und breit die Gründe angeben, die zu dem Streik geführt haben, jedenfalls waren es Lohnforderungen. Daß bei einer Arbeitszeit unter 26 Stunden in der Woche kein Familienvater mit dem ihm zukommenden Lohne auskommen kann, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Wenn ich auch weiß, daß die Forderungen, die von den Arbeitern gestellt werden berechtigt sind, so können wir uns doch hier nicht darüber unterhalten. Jedenfalls möchte ich darauf hinweisen, daß ein immenses Elend einsetzen muß, wenn es zu den Aussperrungen kommen sollte. Es wäre deshalb im Interesse der Ruhe in der Stadt erwünscht, wenn auch eine Stelle im Rat der Stadt mit dafür sorgen würde, daß das Unternehmertum nicht in rigoroser Weise den Bogen überspannt, wo es gar nicht nötig ist. Ich möchte dabei auf ein Wort zurückgreifen, in

dem

dem gesagt ist, es sollte derjenige mit den höchsten Strafen belegt werden, der Arbeitswillige an der Arbeit hindert. Hier tritt der Fall ein, daß Arbeitswillige am Arbeiten gehindert werden sollen. Trotzdem herrscht jetzt noch eine Ruhe in den Arbeitern, die alle Anerkennung verdient. Man muß es bewundern, wie die Leute sich Mühe geben, mit dem Wenigen auszukommen, das sie verdienen. Darum ist mir die Drohung der Unternehmer unsympathisch, und nicht im Interesse der Stadt wäre es gelegen, wenn die Drohung zur Ausführung käme. Vielleicht hat der Rat der Stadt eine gewisse Möglichkeit der Einwirkung auf das Unternehmertum, dann möchte ich bitten, das auszunutzen und den Unternehmern vorzustellen, wie schwer die Lage ist.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

~~nicht~~  
Wir sind ~~alle~~ ~~im~~ Rat durch diese Mitteilung  
überrascht. Ich kann deshalb nur erklären,  
daß wir uns morgen früh in der Ratssitzung  
mit der Sache befassen werden.

17. Antrag Sievers, das Verzeichnis der Rats-  
anträge für die Stadtverordnetensitzungen  
wieder einzuführen.

V o r s i t z e n d e r : Herr Sievers hat noch  
folgenden Antrag gestellt :

„Ich beantrage, unbeschadet des Beschlusses  
auf mündliche Berichterstattung, das Verzeichnis  
der Ratsanträge mit Angabe des näheren Inhalts  
für den Gebrauch der Stadtverordneten wieder  
einzuführen, so wie es bis zum Mai üblich war.“

Der Antrag ist schon vorhin begründet  
worden, und der Herr Oberbürgermeister hat  
erklärt, daß die Absicht besteht, diese Ein-  
richtung wieder einzuführen. Genügt Ihnen das,  
Herr Sievers ?

Stadtv.

Stadtv. S i e v e r s bittet um Abstimmung über den Antrag.

V o r s i t z e n d e r : Eine Abstimmung über den Antrag am heutigen Tage kann nur stattfinden, wenn es sich um einen Dringlichkeitsantrag handelt. Ich glaube nicht, daß die Dringlichkeit für diesen Antrag anerkannt werden wird. Wollen Sie die Dringlichkeit beantragen ?

Stadtv. S i e v e r s : Nein, ich ziehe den Antrag zurück.

18. Anfrage Pieper, betreffend den Zeitpunkt  
der Anstellung eines Bautenkontrolleurs.

Wortlaut der Anfrage : „Wann gedenkt der Rat der Stadt die Anstellung des gewählten Bautenkontrolleurs vorzunehmen ? ”

Stadtv. P i e p e r (zur Begründung) :  
Nachdem die Bautätigkeit sich wieder gehoben hat, ist es angebracht, daß der von der Stadtverordnetenversammlung gewählte Bautenkontrolleur nunmehr zur Anstellung kommt. ~~Es~~ Ich muß bekanntgeben, daß auf der Spinnerei wieder ein Unfall vorgekommen ist; das ist wieder ein Grund, zur Anstellung des Gewählten zu schreiten. Ich möchte den Rat bitten, die Anstellung so bald wie möglich vorzunehmen.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich kann erklären, daß wir den Gewählten schon in den Dienst der Stadt genommen hätten, wenn bereits eine Instruktion für seinen Dienst erlassen wäre. Wenn die Stadt einen Beamten anstellt, dann ist es unbedingt nötig, daß ihm eine Dienstinstruktion mitgegeben wird. Wir haben wegen Aufstellung einer solchen Instruktion an das Stadtbauamt geschrieben und werden sie wohl bald bekommen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Wir haben uns in der letzten Sitzung des Stadtbauamts mit der Sache befaßt. Die Richtlinien für die Instruktion sind aufgestellt, und es wird in den nächsten Tagen das Schreiben des Stadtbauamts mit der Instruktion beim Rat eingehen, der dann sofort dazu Stellung nehmen kann.

19. Anfrage Stegmann, betreffend die geplante  
Betriebseinschränkung auf dem städtischen  
Lagerplatze.

Wortlaut der Anfrage : „Ist dem Rat bekannt, daß eine Betriebseinschränkung der auf dem städtischen Lagerplatze beschäftigten Personen geplant ist, und kann diese Maßnahme angesichts der heutigen fürchterlichen Teuerung nicht verhindert werden ?“

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung):  
Meine Damen und Herren ! Es ist mir soeben ein Schriftstück hereingebracht worden, gerichtet an den Betriebsrat der auf dem städtischen Lagerplatze beschäftigten Personen, das von Herrn Baurat Menadier ausgeht. Wie mir mitgeteilt worden ist, werden auf dem Platze 58 Personen beschäftigt, und nun soll eine

Ein=

Einschränkung des Betriebes stattfinden, weil der Platz mit Holz überfüllt ist und eine Stockung im Absatz eingetreten ist. Es wird in dem Schreiben angekündigt, daß statt an 6 Tagen nur an 4 Tagen gearbeitet werden könnte und daß eine Reihe von Personen aus der Arbeit ausscheiden müßten. Der Betriebsrat hat dagegen die Erklärung erlassen, daß diese Maßregel seiner Ansicht nach nicht nötig sei, denn der Verkauf habe in der letzten Zeit zugenommen, und da wir dem Herbst entgegengehen, wird er sich noch mehr steigern. Dagegen sei es ~~nicht~~ möglich, die zu entlassenden Arbeiter in anderen Betrieben unterzubringen. Im übrigen seien schon 15 Personen vom Lagerplatz an der Nußbergstraße anderweitig untergebracht. Wenn die Arbeiter in der bisherigen Weise wegen Stockung des Holz *absatzes* nicht weiter arbe-  
ten

*Einflussnahme*  
ten könnten, möchte man sie ~~anderweitig auf~~  
~~dem Lagerplätze~~ beschäftigen; sie bitten drin=  
gend, daß angesichts der herrschenden und weiter  
in Aussicht stehenden Teuerung von der ange=  
kündigten Maßnahme Abstand genommen würde.  
Ich bringe diese Sache hier zur Sprache und  
frage den Rat, ob er von dieser beabsichtigten  
Betriebseinschränkung Kenntnis hat und ob er  
nicht Mittel und Wege finden könnte, damit diese  
Entlassungen und eine Schmälerung des Verdienstes  
jener Arbeiter verhindert werden kann.

Stadtrat V o g l e r : Die Sache liegt so : Vor einigen Tagen teilte der zuständige Stadtbaurat Menadier mit, daß auf dem Lagerplatze in der Comeniusstraße kein Platz mehr sei, um Holz weiter unterzubringen und die weitere Zerkleinerung zuzulassen. Es seien 23 Arbeiter beschäftigt, die nicht alle mehr beschäftigt werden könnten, und es sei deshalb an Entlassungen gedacht. Ich habe darauf mit dem Herrn Stadtbaurat die Sache näher besprochen und unter Berücksichtigung des Lagerplatzes am Westbahnhof mich dahin geäußert, daß an die Entlassung der Arbeiter vorläufig nicht gedacht werden könnte, sondern es müßte versucht werden, die nicht mehr auf dem Platze an der Comeniusstraße <sup>A</sup>arbeitenden auf dem Platze am Westbahnhof weiter zu beschäftigen. Sei dies nicht in vollem Maße möglich, so

müßte

müßte natürlich an die Verkürzung der Arbeitszeit oder an eine Reduzierung der Arbeitstage gedacht werden. Das ist auf jeden Fall besser, als zur Entlassung von Leuten zu schreiten. Außerdem stand der Entlassung die gesetzliche Bestimmung entgegen, daß, ehe zur Entlassung von Arbeitern geschritten wird, die Verkürzung der Arbeitszeit vorhergehen solle. Es sollte in dieser Sache am nächsten Sonnabend eine Besprechung mit dem Betriebsrat stattfinden. Wie weit nun die Sache gediehen ist, ist dem Rat nicht bekannt. Wie ich höre, soll eine Verkürzung der Arbeitszeit stattfinden, und es muß der Betriebsrat seine Zustimmung dazu gegeben haben, andernfalls würden uns im Rat der Stadt weitere Mitteilungen zugegangen sein.

Es ist weiter vom Rat versucht worden,

andere

andere Arbeitsgelegenheit zu beschaffen und in dieser Hinsicht ist ein weiteres Objekt im Anzuge, welches unter Umständen unter Heranziehung dieser Arbeiter, wenn es irgend möglich ist, ausgeführt werden könnte. Bekanntlich sind die Arbeiten auf dem Lagerplatze seit 1 1/2 Jahren im Gange und wir haben immer versucht, keine Entlassungen vorzunehmen. Wenn aber der Absatz des Holzes so gewaltig ~~stodt~~ stockt wie in den letzten Monaten, so taucht die Frage auf, ob wir es verantworten können, für Millionen Mark Holz dort zu lagern und wöchentlich 13 000 M an Löhnen für diese Sache auszugeben, während das, was eingekommen ist, so gering ist, daß es nicht der Benennung wert ist. Hinzu kommt die Überfüllung des Platzes, so daß zu überlegen war, ob nicht eine Einschränkung des Betriebes vorgenommen werden müsse

---



müsse. Zu bedenken ist, daß die Güte des Holzes darunter leidet, wenn kein Absatz da ist, daß also ein Aufstapeln nicht von Vorteil für die Stadt und für die Abnehmer sein kann. Deshalb ist vorläufig dieser Weg der Verhandlung mit dem Betriebsrat über die Verkürzung der Arbeitszeit und die Kündigung eingeschlagen. Wir müssen abwarten, wie sich die Sache weiter entwickelt und werden dann im Rat weiter dazu Stellung nehmen.

2

Stadtv. S t e g m a n n beantragt  
Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird  
angenommen.

(zu/Punkt 19)

Stadtv. S t e g m a n n : Auf die Ausführungen des Herrn Stadtrat Vogler möchte ich bemerken, daß der Betriebsrat in dem Schreiben, das er jedenfalls an Herrn Stadtbaurat Menadier gerichtet hat, der Ansicht Ausdruck gibt, daß es nicht nötig ist, daß die Leute entlassen werden. Wörtlich sagt er : „Wir Betriebsräte stehen auf dem Standpunkt : Ist keine Arbeit vorhanden, so ist dasselbe auch gleichbedeutend für Beamte, und so diese Maßnahmen in Kraft treten, würden wir gezwungen sein, den Klageweg zu beschreiten. Wir bitten um Wahl einer Deputation zur Besichtigung des Platzes.

Der Ruf der Regierung und der Behörden : „Nur die Arbeit kann uns retten,“ wird hiermit auf den Kopf gestellt. ”

Ich möchte noch bemerken : Wenn es wirk=

lich

lich mit der Anhäufung des Holzes auf dem Platze, weil es von den Einwohnern nicht gekauft und abgeholt wird, so schlimm ist, daß dort nicht gearbeitet werden kann, so würde es angebracht sein, daß in einer Bekanntmachung die Einwohner darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie hier ihren Bedarf decken können, dann wird eine ganze Anzahl von Einwohnern Holz abnehmen, wodurch dann Luft geschaffen wird. Wenn auch zunächst die angekündigten Maßnahmen nicht so scharf durchgeführt werden und nur eine Kürzung auf 4 Arbeitstage in der Woche eintritt, so wird das Elend unter den Betroffenen dadurch doch ganz bedeutend gefördert. Ich bitte dringend, zu verhindern, daß durch solche Maßnahmen die Not in der arbeitenden Bevölkerung noch vergrößert wird.

Stadtv. L e h n e r t : Eigenartig erscheint es, daß Herr Stadtbaurat M e n a d i e r die Entlassung gerade zum 15. August vorgesehen hat. Vielleicht soll das ein Gegenstück sein zu der Verteuerung des Brotes, die für diesen Zeitpunkt in Aussicht gestellt ist. Es ist das wohl das Zuckerbrot, das den Arbeitern dargeboten wird. Ich habe das Vertrauen zu dem Rat der Stadt, daß er soviel Einsicht besitzen wird, um diese Entlassungen zu hintertreiben. Es liegt heute ein Antrag vor auf Instandsetzung verschiedener Straßen, und das gibt Arbeit, wo diese Arbeiter verwendet werden können. Wenn das Geld für produktive Arbeit ausgegeben wird, so ist das besser, als es an Arbeitslose zu verteilen. Wer schon einmal mit dem Fluch beladen gewesen ist, arbeitslos zu sein und nach Herumlaufen am ganzen Tage noch immer sagen muß: „Ich bin immer noch arbeitslos“, der wird ermessen können, welche Sorge auf diesen Arbeitern lastet, noch dazu in einer Zeit, wie die

die vom 15. August an kommende, wo das Brot statt 4,20 M über 7 M kosten wird. Berechnen Sie einmal, was die Verkürzung an Lohn betragen wird, wenn von den Tagen der Woche 2 Arbeitstage ausfallen. Herr Nessenius hat darauf hingewiesen, welche Gefahr darin liegt, wenn die Arbeitgeber der Metallarbeiter zu diesem Gewaltstreik übergehen. Auch hier würde die Not unter den Arbeitern unendlich größer werden, und deshalb ersuche ich den Rat der Stadt, Mittel und Wege zu suchen, damit diese Entlassungen nicht vorgenommen zu werden brauchen.

Stadtrat V o g l e r: Wir haben das Erforderliche getan, nachdem uns der Bericht erstattet worden war. Es mußte dafür gesorgt werden, daß diese 23 Leute zum mindesten weiter arbeiten können, und wenn das nur dadurch möglich ist, daß man eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten läßt, so finde ich das für den ersten Moment nur für gerecht. Wie die Sache sich weiter entwickelt, ist zunächst der Verhandlung des zuständigen Bau-rats mit dem Betriebsrat zu überlassen, und darüber ist noch weiter kein Bericht uns zugegangen. Wir werden versuchen, die Sache einzurenken, wenn es sich irgendwie möglich machen läßt. Nach dem Bericht, wie er erstattet worden ist, war es nicht möglich, die Leute in vollen Schichten weiter arbeiten zu lassen. Wenn der Absatz des Holzes nicht besser wird, dann wird letzten Endes an eine Entlassung einzelner Leute heran-

ge-

124.

gegangen werden und versucht werden müssen, die Leute anderwärts unterzubringen. Im gegenwärtigen Moment war nicht anders zu verfahren, als es geschehen ist.

2.



Stadt v. J a h n s: Vom Ratstisch aus haben wir gehört, daß auf diesem Lagerplatze Holz in ungeheurer Menge lagert. Dazu möchte ich bemerken, daß die Bevölkerung nicht weiß, daß dort Holz zu erhalten ist. Es ist lange Zeit so gewesen, daß die Abgabe des Holzes nur stattfand auf Nummern, die gerade an der Reihe waren. Es war früher häufig der Wunsch vorhanden, mehr von der städtischen Holz zu bekommen, aber dem standen die Bestimmungen entgegen, daß jeder auf seine Nummer nur 1-2 Zentner erhalten kann. Meiner Meinung nach ist nur die nötige Aufklärung nicht in die Bevölkerung getragen, denn Kohlen sind noch lange nicht genügend vorhanden und Holz nimmt jeder gern. Ich habe mehrfach die Frage gehört: Wo können wir gutes Holz zu kaufen bekommen? Es gehört also nur genügend Aufklärung dazu, dann wird das Publikum von der ihm gebotenen Gelegenheit auch Gebrauch machen. Wenn allerdings die Stadt teurer eingekauft haben sollte

als die Privatindustrie, dann wird sich jeder hüten, Holz von der Stadt zu beziehen. Es fragt sich also, ob das städtische Holz nicht so teuer ist, daß mancher auf den Bezug verzichtet und sich lieber an einen Privatunternehmer wendet.

Bürgermeister M e y e r : Daß die Stadt den Holzhandel angefangen hat, ist zurückzuführen auf die Not an Feuerungsmaterial im vergangenen Jahre. Es drohte ~~besonders~~ <sup>letztenmalig</sup> für den vergangenen Winter eine besonders große Kohlennot, und ~~dieses~~ <sup>hat es kein Glück gefallen, daß es dann nicht</sup> hat der Rat der Stadt ~~(dadurch zu steuern gesucht,~~ <sup>abgemildert</sup> daß er aus Regierungs- und Privatforsten möglichst viel Holz ~~angekauft hat.~~ <sup>hat.</sup> ~~Heute noch ist von dem Holz vorhanden und kann zerkleinert werden von dem Holz,~~ <sup>von Holz</sup> das für den vergangenen Winter bestimmte <sup>ist.</sup> ~~war.~~ <sup>ist.</sup> ~~Man ist es~~ <sup>ist</sup> auffällig, daß trotz der ~~ge-~~ <sup>knappheit</sup> wissen Kohlennot im vergangenen Winter die Nachfrage nach Holz verhältnismäßig gering gewesen ist, ~~obwohl~~ <sup>infolge</sup> (der Preis des städtischen Holzes ~~ist~~ <sup>ist</sup> immer hinter dem zurückgeblieben ist, der in Privathandlungen zu zahlen war. Meinem Erstaunen darüber muß ich Ausdruck geben, daß sowohl der Herr Vorredner wie auch die Herrschaften, die ihre Zustimmung zu seinen Worten gegeben haben, im unklaren darüber sind, unter welchen Bedingungen

Holz

Holz von der Stadt abgegeben wird. Richtig ist, daß im vergangenen Winter eine gewisse Beschränkung in der Abgabe des Holzes von der Verwaltung geübt werden mußte; es war das bedingt durch das knappe Lager, das wir damals hatten. Wir glaubten es nicht verantworten zu können, weiteren Anforderungen einzelner zu entsprechen, da sonst vielleicht andere ~~nichts von der Stadt bekommen hätten.~~ <sup>sonst = dann auf Hilfe setzen müssen</sup> Diese Beschränkung in der Abgabe hat <sup>schon</sup> vor 4 Monaten aufgehört, und seitdem haben wir nicht einmal, sondern <sup>mindestens</sup> in Zwischenräumen von <sup>vielen</sup> 4 Wochen Bekanntmachungen erlassen, aus denen hervorgeht, <sup>unter</sup> welchen Bedingungen ~~von uns~~ Holz abgegeben <sup>wird</sup> wurde. Wir sind schließlich, um den Absatz zu erleichtern, mit unserm Entgegenkommen so weit gegangen, daß wir Mengen von 10 Ctr. ab den Käufern frei vor die Grundstücke gefahren haben. Mehr kann man von uns nicht verlangen. Wir können auch nicht immerwährend solche Bekanntmachungen erlassen. Es ist eigenartig, <sup>daß</sup> die

~~den ein jeder bekanntmachung hinsetzen~~

die Einwohner, wenn sie nicht in dem Augenblicke,  
~~auspaul ein~~ ~~wo sie Interesse für den Ankauf von Holz haben,~~  
~~gleich Gebrauch von einer solchen Bekanntmachung~~  
~~machen können, es wieder vergessen, was sie~~  
~~gelesen haben.~~ <sup>Ausant</sup> ~~Nur so~~ kann ich <sup>es</sup> ~~mir~~ <sup>nicht</sup> erklären,  
daß der Herr Vorredner und andere nicht wissen,  
unter welchen günstigen Bedingungen sie von der  
Stadt Holz bekommen können. Wir verkaufen das Holz  
zu 14 M den Zentner, ofenfertig, und liefern  
es frei vor das Grundstück. Hereintragen lassen  
wir es allerdings nicht, weil sich dabei Unzu-  
träglichkeiten herausgestellt haben. Bei ge-  
ringeren Mengen als 10 Ctr haben wir freie Zufuhr  
nicht zugestanden, weil ~~uns~~ die Unkosten dafür  
zu groß ~~würden~~ <sup>wären</sup>. Das Holz wird in solchen kleinen  
Mengen meist durch Handwagen von den Leuten  
selbst abgefahren. Ich würde mich freuen, wenn  
die Einwohnerschaft nunmehr recht reich ~~bey~~ Gebrauch  
von der günstigen Gelegenheit, Holz zu kaufen,  
macht

macht und wenn damit erreicht würde, daß endlich  
der überfüllte Lagerplatz geleert würde, ~~so daß~~  
~~wir Raum bekommen, um das Holz, was noch nicht,~~  
~~zerkleinert ist, jetzt noch zerkleinern zu können.~~

Stadt v. L e h n e r t: Es mag richtig sein, was der Herr Bürgermeister über die Bekanntmachungen gesagt hat, aber die Bekanntmachungen sind dann sehr klein gehalten gewesen, in Petitschrift, die jemand mit schwachen Augen schlecht lesen kann, und die man kaum findet. Gewöhnlich werden sie als Lückenbüßer an versteckte Stellen gesetzt und der zehnte liest sie nicht. Ich möchte die Herren aus der Versammlung fragen, ob Sie alle diese Bekanntmachungen gelesen haben. Der Satz dieser Annonce ist ja so klein gewesen, wie man noch nicht einmal eine Bekanntmachung erläßt, wenn die Schwiegermutter gestorben ist. (Heiterkeit).

Bürgermeister M e y e r: Es ist richtig,  
daß einige der Bekanntmachungen in kleinerem  
Druck erschienen sind, <sup>andere in großem</sup> ~~aber doch nicht alle,~~  
~~sondern wir haben uns gesagt: Einmal wollen wir~~  
~~denn doch auch große Lettern nehmen !.~~



Stadtv. M a a ß: Ich bin auch der Meinung, daß die Bekanntmachungen nicht in der genügenden Weise vor sich gegangen sind. Jetzt aber, wo nun die Sache brenzlich wird und die Entlassungen in Aussicht stehen, wird man doch diese Bekanntmachungen in weiterem Maße vor sich gehen lassen müssen. Es hat schon neulich die Kommission, die vom Gewerkschaftskartell beauftragt ist, darauf hingewiesen, daß man mehr Aufklärung über den Holzankauf schaffen soll. Die meisten Leute wissen nicht, welchen Schaden sie haben, wenn sie das Holz erst im Winter kaufen; heute bekommen sie trockenes Holz, aber später mit dem Holz gleich 2 Str Wasser mit. Wenn die Bevölkerung mehr aufgeklärt würde, dann würde sie mehr Einkäufe in dieser Zeit machen – soweit sie dazu in der Lage ist, denn ein großer Teil davon ist bei der Teuerung aller Sachen gar nicht in der Lage dazu. Ich möchte bitten, die bisherige Art der Bekanntmachung aufzugeben, größere Lettern anzu-

wen-

wenden und eine genügende Aufklärung zu geben,  
dann wird auch die Abnahme des Holzes eine größere  
werden, als sie jetzt ist.

20. Anfrage R e g e n e r, betreffend die  
Beschaffenheit der Unterkunft und Verpflegung  
in den Flüchtlingsbaracken.

Wortlaut der Anfrage: „Ist dem Rat der Stadt die mangelhafte Unterkunft und Verpflegung in den Flüchtlingsbaracken in Holsts Garten bekannt, und was gedenkt er zur Abstellung der schlechten Verhältnisse zu tun?“

Stadtv. R e g e n e r (zur Begründung):

In der vorigen Woche wurde ich von Insassen dieses Barackenlagers aufgesucht, und es wurde mir von den Leuten ein ganz bewegliches und klägliches Bild über die Unterkunfts- und Verpflegungsverhältnisse dort gegeben. Ich bin mit Frau G r a f und einem Parteifreunde von mir herausgegangen und <sup>mit</sup> haben uns die Sache angesehen. Das Ganze liegt in den Händen der Flüchtlingsfürsorge vom Roten Kreuz, und die Organisation ist eine äußerst mangelhafte, so daß zu wünschen ist, daß sie das Rote Kreuz unter allen Umständen anders aufzieht.

Es

Es handelt sich bislang um 86 Flüchtlinge. Die Einrichtung soll ein Durchgangslager sein, deswegen sind die Einrichtungen so primitiv. Wir haben aber Leute dort getroffen, die seit 9, 3 und 4 Monaten dort hausen; es kann also von einem Durchgangslager keine Rede sein. Von der Flüchtlingsfürsorge sind Maurer nach hier hergezogen, weil hier angeblich eine gute Baukonjunktur herrschen sollte. Diese Leute kamen aus einem gut organisierten sächsischen Lager und sind geradezu platt gewesen, als sie in den Baracken untergebracht wurden. Die Aufsicht dort ist unter allen Umständen eine verfehlte, denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß polnische Flüchtlingskinder sich monatelang in dem Lager befinden, die  $1\frac{1}{2}$  Jahr lang nicht die Schule besucht haben, und doch schert sich kein Mensch darum. Der für die Flüchtlingsfürsorge zuständige Major Köhler ist in Urlaub, und die Leute, die 9 Monate lang dort sind, haben den Mann noch nie gesehen. Da müßte doch Dampf hintergesetzt werden !

Be-

Besonders aber müßte die Verpflegung anders geregelt werden - sie wird von dem Restaurateur Kablitz gewährt. Eine 5köpfige Familie bezahlt dafür pro Tag 19 M., und das ist nicht die Hälfte dessen, was Kablitz für die Verpflegung bezieht, also muß er dafür über 40 M. bekommen. Die Verpflegung besteht darin, daß man morgens Kaffee gibt und eine Schnitte Brot, die am Abend zuvor mit Marmelade oder Saft bestrichen worden ist, weil die Damen von der Firma Kablitz nicht früh genug aufstehen. Diejenigen der Flüchtlinge, die zur Arbeit gehen oder die Kinder, die zur Schule gehen, müssen früh so weggehen. Selbst Kaffee zu kochen, besteht in den Baracken keine Möglichkeit. In der Verpflegung mangelt es also bedeutend. Es würde sich empfehlen, daß der Herr Oberbürgermeister, der in dem Ausschuß für Flüchtlingsfürsorge sitzt, dafür eintritt, daß die Verpflegung aus den Händen des Herrn Kablitz genommen wird und daß eine Selbstverpflegung geschaf-

schaffen wird, indem man einen Mann oder eine Frau hinstellt und in einer Feldküche oder sonstwie - das muß die Praxis ergeben - das Essen zubereitet. Was die Räumlichkeiten anbelangt, so möchte ich dafür eintreten, daß die Familien für sich untergebracht werden. Heute liegen die Dinge so, daß die Flüchtlinge nach Geschlechtern separiert sind. In einem Raum von einer Größe von 8 - 7 m hausen 18 Personen, und Männer, die während der ganzen Woche draußen arbeiten müssen - auf einem Schacht in Wasserleben - und die am Samstag von ihrer Arbeit zurückkommen, werden von der Schwester gehindert, nachts bei ihren Familien zu sein, sondern <sup>sie</sup> haben in einer nahe gelegenen Baracke zu bleiben.

Von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends können sie mit ihrer Familie zusammenkommen, dann haben sie den Raum zu verlassen. Das ist ein unglückliches Verhältnis für verheiratete Leute. Ich möchte die Anregung geben, daß im Ausschuß dafür gesorgt wird,

wird, daß die Familien separat untergebracht werden; Raum dafür ist vorhanden. Die armen schutzlosen Menschen, die nicht organisiert sind und nur hierher geschoben worden sind! Der betreffende Unternehmer, bei dem sie arbeiten, besitzt die Frechheit, ihnen 1,50 M weniger als den tariflichen Lohn zu bezahlen und ihnen 5 M an der Auslösung<sup>"</sup> vorzuenthalten. Sie sind solchem Treiben schutzlos ausgeliefert, weil sie keine andere Unterkunft und Arbeitsgelegenheit haben. Auch in der Beziehung müßte der Ausschuß unbedingt einschreiten.

Bürgermeister M e y e r: Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Fürsorge für die Flüchtlinge, soweit sie aus ehemaligen Gebieten des deutschen Reiches stammen, ist vom Reich dem Roten Kreuz übertragen worden, wie schon der Herr Vorredner erwähnt hat. Das Rote Kreuz hat seinerseits eine Zentralstelle für die Flüchtlingsfürsorge eingerichtet und diese hat für die Durchführung der Fürsorge zu sorgen. Die Organisation hier ist in der Weise eingerichtet, daß die Flüchtlingsfürsorge einen Ausschuß gebildet hat, der nicht nur aus Verwaltungsbeamten sondern auch aus Flüchtlingen selbst besteht – einem Teil aus dem Westen und einem Teil aus dem Osten. Auch ich gehöre diesem Ausschuß an, und eine Sitzung desselben hat vor 5 Wochen stattgefunden, kurz bevor Herr Major Köhler, der die Leitung der Zentralstelle hier hat, auf Urlaub gehen wollte. In dieser Sitzung ist über die Verpflegung und die ganze Unterkunft in den

Ba-



Baracken eingehend gesprochen. Der Anlaß dazu lag darin, daß in der Sitzung, die vorausgegangen war, mit Recht Klage darüber geführt war, daß die gereichten Speisen nicht ~~dem Vergütung~~ <sup>der angestrebten Verpf.</sup> entsprechend waren, ~~die dafür gezahlt wurde.~~ Es war nun auf Grund der vorausgegangenen Sitzung mit dem Wirt darüber zu verhandeln, was ihm etwa mehr bezahlt werden müßte, wenn er eine bessere Verpflegung liefern sollte. Man hat sich darüber geeinigt, und als die letzte Sitzung abgehalten wurde, haben nicht nur die Verwaltungsbeamten auf Grund von Proben und Beobachtungen, sondern auch zwei von den Flüchtlingen, die dort wohnen, dem Ausschuß erklärt, daß gegenwärtig die Verhältnisse durchaus gut wären und über die Verpflegung nicht zu klagen wäre. Das habe ich selbst gehört. Nun kann sich so etwas ja im Laufe der Zeit ändern, und es ist ~~sicherlich~~ möglich, daß innerhalb der letzten fünf Wochen Verhältnisse eingetreten sind, wonach heute ein ungünstiges

Ur-

Urteil gefällt werden müßte. Ich habe heute morgen ~~schon~~ von Frau Schulze gehört, daß gestern ~~man~~  
~~von Herrn Major~~ <sup>in dem Hauptgespräch</sup> ~~schon~~ eine Anfrage ~~an~~ den Herrn Oberbürgermeister  
gerichtet ~~gewesen wäre~~ <sup>würde</sup> und Frau Schulze ist so  
freundlich gewesen, heute morgen ~~die Sachen dort~~ <sup>eine örtliche Prüfung</sup>  
~~anzusehen~~ <sup>anzusehen</sup>. Ich habe durch sie und auch von der  
Roten Kreuz-Schwester erfahren, daß inzwischen die  
Vergütungssätze erhöht worden sind, von 7,50 M  
auf 9 M, und daß der Verwaltung gegenüber Klagen  
in dieser Hinsicht nicht laut geworden sind.  
Wenn wirklich in einem Falle die Flüchtlinge  
Grund zu Klagen haben, dann müssen sie sie an  
den Stellen anbringen, wo sie angebracht werden  
müssen, nämlich bei der Verwaltungsstelle. Ich  
habe die Überzeugung gewonnen, daß Herr Major  
Köhler in dieser Beziehung durchaus seine Pflicht  
tut, und bin der Ansicht, daß er eingegriffen  
hätte, wenn ihm ein Mißstand ~~klar~~ <sup>klar</sup> gelegt worden  
wäre. Frau Schulze hat in Aussicht gestellt, ~~sie~~  
~~wolle~~ heute Mittag nach den Baracken <sup>hin</sup> gehen, um  
das

*Ob sie dort zuhause ist und*

das ~~Esse~~ Essen zu probieren. *(Wie die Probe ausgefallen ist, kann ich eben nicht sagen, da ich noch nicht darüber informiert bin.)*

~~Ich möchte inbezug auf die Entwicklung der Sache~~ *(im übrigen nicht)* noch auf folgendes hinweisen: Es handelt sich um ~~Leute~~ *Flüchtlinge* die nicht ~~längere Zeit~~ *hier* bleiben, ~~sondern~~ *sondern* hier nur ein Durchgangslager ~~ist~~ *ist*. Diese ~~Leute~~ *Flüchtlinge* sollten möglichst ~~im ganzen~~ *gleichmäßig im* Reiche verteilt werden, ~~z.B. sollen auch wir~~ *z.B. soll es auch in Magdeburg*, dafür sorgen, daß sie ~~im~~ *auf* im ganzen Lande Braunschweig verteilt werden. ~~und daß sie möglichst auf das Land kommen.~~ *darüber* Für den Teil der Leute, die ~~hier~~ *hier* bleiben, ~~mit~~ *mit* versucht werden, ~~sie in Stadtwohnungen unterzubringen.~~ *in Stadtwohnungen* Wenn wirklich solche Fälle vorliegen, wie sie der Herr Vorredner erwähnt hat, so kann ich mir nicht erklären, woran es liegt, daß sie noch in der Baracke sind - ich nehme einstweilen an, daß sie den Wunsch geäußert haben, nicht dauernd in Braunschweig zu bleiben. Kaum glauben kann ich aber, daß Flüchtlinge von auswärts ~~ausdrücklich~~ *ausdrücklich* herangezogen seien, weil in

Braun-

Braunschweig <sup>Braunschweig</sup> ~~stüge~~ <sup>für sie zu arbeiten wäre,</sup>  
~~denn die ganze~~ <sup>Ingenieur</sup> ~~Flüchtlingsfürsorge~~  
~~geht dahin, nur die aufzunehmen, die uns von den~~ <sup>die man etwas frustriert hat mit der Flüchtlinge von</sup>  
~~Rechtsorganen überwiesen werden.~~ <sup>Sie sind froh, die Flüchtlinge zu</sup>  
~~wenn wir denen Beschäftigung zuweisen können,~~ <sup>in der sie mindestens Beschäftigung und Unterhalt sind</sup>  
~~da es heute nicht leicht ist, die Leute in dieser~~  
~~Beziehung voll zu befriedigen.~~ <sup>Flüchtlinge</sup> ~~Die Veranziehung~~  
~~dieser Leute mußte einen besonderen Grund haben,~~ <sup>die auf die Flüchtlinge, die Flüchtlinge, ist gleich zu sein, daß</sup>  
~~wenn die Nachricht davon überhaupt zutreffend ist.~~ <sup>in der sie mindestens Beschäftigung und Unterhalt sind</sup>

Was die Unterbringung von Familien betrifft,  
so stehen wir grundsätzlich auf dem Standpunkt,  
daß die familienweise Unterbringung das richtige  
ist, aber das hat seine Grenzen. Wenn ~~der Zufall~~ <sup>Braunschweig</sup>  
~~es will und die Hauptstelle ankündigt, daß wir~~  
~~80 - 90 Flüchtlinge bekommen werden,~~ <sup>Flüchtlinge selbst</sup> <sup>besteht</sup> dann ~~müssen~~  
~~wir sie bei der geringen Ausdehnung der Baracken~~  
~~nach Geschlechtern trennen.~~ <sup>nicht anders als</sup> Es kann aber erreicht  
werden, daß bei wenig ~~starker~~ <sup>starker</sup> Belegung der  
Baracken eine Verteilung nach Familien eintritt,  
und ich bin gern bereit, in diesem Sinne ~~des~~  
Herrn

~~Herrn Vorredner zu wirken, um die wirklich vorhandenen Mängel besettigen zu helfen.~~

Inbezug auf die Beschaffung der Verpflegung stehe ich auf dem Standpunkt, daß es das rationellste ist, wenn sie durch einen Wirt geschieht. Es muß dann nur die nötige Aufsicht da sein, um eine Kontrolle zu haben, daß tatsächlich die Lieferungen des Wirtes so erfolgen, wie es durch Vertrag festgelegt ist.

21. Antrag M a a ß, betreffend die baldige In-  
angriffnahme der Ausbesserungen auf der West-,  
Kramer- und Bergfeldstraße.

Wortlaut des Antrages: Die Stadtverordneten-  
 versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt  
 zu ersuchen, die Ausbesserungen der West-,  
 Kramer- und Bergfeldstraße ~~sind~~ baldmöglichst  
 in Angriff zu nehmen.

Stadtv. M a a ß (Zur Begründung): Meine Damen  
 und Herren! Wenn man vor das Wilhelmtor geht  
 und durch diese im Antrag genannten Straßen kommt,  
 muß man staunen, wie in einer Großstadt und  
 früheren Residenzstadt solche Straßen noch exi-  
 stieren. Es sind im Laufe des Sommers mehrere  
 Gäste der Luftf<sup>e</sup>dererei-Gesellschaft diese Straße  
 entlang gegangen und ich habe von ihnen Ausdrücke  
 gehört, die wirklich nicht schmeichelhaft für  
 Braunschweig sind. Die Herrschaften haben wohl-  
 weislich bei ihrer Rückkehr zur Stadt die West-  
 straße gemieden und sind auf einem anderen Wege  
gegangen.

gegangen. Auch die Jahnstraße hat im Laufe der Zeit gelitten, aber doch nicht so, wie die Weststraße. Auch hier ist von dem starken Winde der Sand zwischen den Steinen zum großen Teil weg-geweht, aber ganz schlimm sieht die Weststraße aus. Heute sieht man, daß in der Frankfurterstraße die Wegseiten mit Kleinpflaster belegt werden, aber an diese Straßen, die so schlecht imstande sind, denkt man garnicht. Man wird mit dem Einwand kommen, daß die Kosten zu groß werden. Ja, groß werden sie, wenn man die Arbeit einem Privatunternehmer gibt, der für eine Arbeitsstunde 9 M und mehr anschreibt, während andere mit einem weit niedrigeren Satze sich zufrieden geben. Wir haben nicht nötig, wenn wir Straßenbauten vornehmen wollen, sie einem Privatunternehmer zu überlassen. Wir haben ja die Bauverwaltung, haben selbst Steine und können die Arbeiten selbst ausführen lassen. Die Weststraße hat besonders gelitten; sie liegt in der Richtung

tung

tung nach Broitzem zu und der Wind weht den ganzen Sand aus den Fugen weg, so daß er den Leuten in die Fenster fliegt. Einen Sprengwagen bekommen wir nicht zu sehen, ebensowenig kümmert sich die Straßenreinigung um uns. Alles, was <sup>früher</sup> ~~an~~ der Landesbahn wohnt, wird von den Sprengwagen nicht berücksichtigt, und alle Wochen nur einmal wird gefegt, aber erst einige Tage später kommen dann die Dreck~~wagen~~haufen von der Straße weg. Man ist im Begriff, Leute zu entlassen, für die keine Arbeit mehr vorhanden ist; hier ist Gelegenheit, Leute anzustellen, damit die Straßen instandgesetzt und entsprechend gereinigt werden. Ich möchte den Rat ersuchen, baldmöglichst diese Ausbesserungen vornehmen zu lassen, er würde damit 2 Fliegen mit einer Klappe schlagen: die Straßen werden in Ordnung gebracht und die Arbeitslosigkeit wird behoben.



149.

Der Antrag wird genügend unterstützt. Der  
Vorsitzende überweist ihn der Baukommission  
zur Vorberatung.

22. Antrag Schmerbach, betreffend die baldige Instandsetzung der Marienstraße und eines Teiles der Rosenstraße.

Wortlaut des Antrages: „Die baldige Instandsetzung der Marienstraße in ihrer ganzen Länge zwischen Altwiekring und Herzogin Elisabethstraße und den Teil der Rosenstraße zwischen Marienstraße und Kastanienallee dem Rat der Stadt anheimzugeben.“

Stadtv. S c h m e r b a c h (zur Begründung): Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Kollegen M a a ß anschließen. Was für die in seinem Antrag genannten Straßen angeführt ist, trifft in annäherndem Maße auch für die Marienstraße und den Teil der Rosenstraße zwischen Marienstraße und Kastanienallee zu. Ich weiß recht gut, daß Straßen und Plätze heute nicht so schön aussehen können, wie es vor der Kriegszeit gewesen ist, aber auf diesen Straßen sind sowohl Fahrbahn wie

Trottoir

~~151.~~

Trottoir in einem solchen Zustande, daß notwendigerweise eine Aufbesserung stattfinden muß. Ich bitte Sie, meinen Antrag zu unterstützen, damit er dann einer Kommission überwiesen werden kann.

152.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Der Vorsitzende überweist ihn dem Bauausschuß  
zur Vorberatung.

23. Antrag G a r t u n g, betreffend die Aufhebung des städtischen Fleischverkaufs in der Markthalle.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordneten ersuchen den Rat um Aufhebung des städtischen Fleischverkaufs in der Markthalle.“

Stadtv. G a r t u n g (zur Begründung): Seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft in Fleisch und Fleischwaren finden wir die Verkaufsstände für Fleisch in der Markthalle wieder besetzt, so daß der städtische Fleischverkauf nunmehr in der Markthalle überflüssig ist und als für den Gewerbebetrieb der Fleischer schädigend bezeichnet werden muß. Nicht allein sind die Preise für die städtischen Fleischwaren sehr niedrig gehalten, so daß man annehmen muß, daß es minderwertige Waren sind, die von der Stadt angeboten werden (Unruhe), sondern auch die hiesigen Gewerbetreibenden als Steuerzahler werden damit belastet, und dieses muß unter allen Umständen vermieden werden. Daß die Preise sich in dem ent-

sprechenden Maße halten, dafür sorgt schon die Konkurrenz und der freie Handel. (Na, na!) Ich möchte deshalb bitten, meinem Antrage zuzustimmen und den städtischen Fleischverkauf so bald als möglich aufzugeben.

Garfing.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag ist genügend unterstützt, ich überweise ihn dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

24. Antrag Nessenius auf Sonderbesteuerung der  
parkartigen Gärten.

Wortlaut des Antrages: „Bringlichkeitsantrag auf Sonderbesteuerung aller parkartigen Gärten, und zwar in der Weise: Jeder Morgen Park 1000 M (ein Grundstück mit nur 1 Morgen Inhalt bleibt frei), über 5 Morgen Größe für jeden weiteren Morgen 2000 M.

Die Steuer wird nicht erhoben, wenn der fragliche Park dem Publikum freigegeben wird.“

Stadt v. N e s s e n i u s (zur Begründung):  
Bei der Eingabe dieses Antrages kam mir ein Spruch zu Gemüte, der manchmal gesungen wird: Was nützt mir ein schöner Garten, wenn andere drin spazieren gehen? Ich erinnere mich aus meiner Kindheit, daß wir als Schuljungen in

~~Land Holste~~ Garten, auch in dem Park von Richmond spazieren gehen konnten. Nachdem ich als Erwachsener nach Braunschweig zurückgekehrt war, habe ich

mer-



merken müssen, daß das nicht mehr der Fall ist; ich weiß nicht, warum. Wenn bei diesen großen Parks, die die Lungen für die Stadt sind und deren Erhaltung eine Notwendigkeit ist, die Besitzer die Gewalt haben, das Betreten inhibieren zu können, dann sehe ich darin eine Benachteiligung eines großen Teiles der Bevölkerung und die Markierung eines Zustandes, der für diejenigen, die immer ohne die Berechtigung, den Park zu benutzen vorbeigehen müssen, wie man sagt, nicht gerade schön ist. Es läge im Interesse der Stadt, wenn man diesen Herrschaften, die solche Parks besitzen und allein benutzen - und es sind deren recht viele - diese Art Luxussteuer aufdrücken würde; ein großer Teil des städtischen Defizits könnte damit gedeckt werden. Wer nicht gerade reich genug ist, um diese Steuer tragen zu können, der würde sich von dieser Steuer freimachen können, indem er sagt: Ich gebe ihn der öffentlichen Benutzung frei ! Da wir in

dem

dem Steuerbukett, nach dem wir uns umsehen sollen, auch Blüten finden werden; die nicht jedem gefallen, so nehme ich keinen Anstand, mit meinem Antrage diese Steuer zu empfehlen, wenn nicht das rechtliche Bedenken entgegen steht, daß der Staat oder das Reich auch hier allein die Vormachtstellung hat, eine solche Steuer auszu-schreiben.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r:

Bevor die Versammlung daran geht, diesen Antrag als dringlich zu behandeln und darüber abzustimmen, möchte ich bitten, daran zu denken, daß die wegen Fertigstellung des Etats nötigen Vorlagen heute noch erledigt werden müßten. Ich kann nicht anerkennen, daß es nötig ist, diesen Antrag heute noch zu beraten; es wird genügen, wenn er dem Finanzausschuß überwiesen wird.

*V o r s i t z e n d e r:* Ich wollte dasselbe Bedenken äußern. Herr Nessenius ist sich übrigens, wie das aus dem Schluß seiner Begründung hervorgeht, schon darüber klar geworden, daß doch rechtliche Bedenken wegen Einführung einer solchen Steuer entstehen könnten, und die sind sicher vorhanden. Es wird heutzutage danach gestrebt, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen und der Festsetzung einer solchen würden wir vorgreifen, wenn nach dem vorliegenden Antrage bestimmte Summen als Steuern für parkartige Gärten festgelegt würden. Ob sich das nach Lage der bestehenden Gesetzgebung machen läßt, ist sehr fraglich. Ich möchte bitten, den Dringlichkeitscharakter des Antrages nicht aufrecht zu erhalten, dann können wir den Antrag dem Rechtsausschuß überweisen. Genügend unterstützt ist er bereits. (Zustimmung des Antragstellers)

Der Vorsitzende überweist den Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

25. Antrag G r ä f, betreffend die Erhöhung  
der als Beihilfen an die Turn- und Sportvereine  
eingestellten Summe.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die von Seiten des Rates der Stadt unter Kapitel XVII Seite 295 Nummer 2 eingesetzten Summe von 10 000 M als Beihilfen an die Turn- und Sportvereine auf 20 000 M zu erhöhen.“

Stadtv. G r ä f : Der Antrag ist von mir schon in der vorigen Sitzung begründet. Es handelt sich um Einstellung der Summe von 20 000 M als Beihilfe an die Turn- und Sportvereine. Ich bitte nochmals, daß der Antrag der Kommission überwiesen wird, das andere wird sich dann wohl finden.

*Eingetragen  
Pr. Rat 23/8. 21.  
Gräf.*

V o r s i t z e n d e r: Der Antrag trägt allein Ihre Unterschrift. Ich frage die Versammlung, ob der Antrag unterstützt wird. -  
Der Antrag ist genügend unterstützt, ich überweise ihn dem Rechtsausschuß zur Vorberatung.

(Funks 25)

Stadt v. Dr. J a s p e r: Ich bemerke, daß der Herr Vorsitzende die Freundlichkeit hat, auch alle Anträge, die heute eingehen, vor der Tagesordnung vorweg zu erledigen. Nach der früheren Geschäftsordnung ist es üblich gewesen, daß die neuen Anträge an die Reihe kommen, wenn die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt sind; man kann natürlich auch eine Abänderung von der Tagesordnung vorschlagen. Die Beratung der Anträge und Anfragen nimmt aber heute kein Ende, und die Sachen, die in den Ausschüssen vorberaten und zum Teil dringlich sind, müssen zurückstehen - ich weise besonders auf die vom Herrn Oberbürgermeister angeführten Etatsachen hin. Es wird systematisch das Gegenteil von dem vorgenommen, was die heutige Verhandlung eigentlich bezwecken soll.

V o r s i t z e n d e r: Es liegen noch 2 Anträge vor und unter den schon zur Besprechung gestellten Anträgen befinden sich dringliche, und wenn sie nicht vorweg genommen werden, konnte es sehr wohl dazu gekommen sein, daß sie erst in der nächsten Sitzung zur <sup>Be-</sup>~~Ver~~handlung ~~ka~~men. Ich bitte die Versammlung, nichts dagegen zu haben, daß diese 2 Anträge noch erledigt werden, dann haben wir mit den Anträgen und Anfragen aufgeräumt.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Man kann nicht wissen, wie lange die Behandlung der Anträge aus der Versammlung noch dauern werden. Es handelt sich für den Rat darum, daß heute noch folgende Punkte erledigt werden:  
Verlegung des Wasserrohrs auf der Charlottenhöhe,  
Festsetzung des Zeitpunktes für die Erhebung der erhöhten Grundsteuer,  
Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft der Stadt für ein seitens der Straßeneisenbahngesellschaft anzuleihendes Kapital,  
Erhöhung der Schulgeldsätze an den gehobenen städtischen Schulen.

Die anderen Punkte könnten vielleicht zurückgestellt werden. Ich möchte aber doch sehr bitten, nicht auseinanderzugehen, ohne die genannten Punkte erledigt zu haben. Wenn dann noch Zeit ist, könnten ja auch noch die übrigen Punkte der Tagesordnung <sup>erledigt</sup> und die noch vorliegenden Anträge begründet werden.

Stadtv. J a h n s: Es war beschlossen worden, eine Ruhezeit für die Stadtverordneten-sitzungen eintreten zu lassen, aber von dieser Ruhezeit haben wir nicht viel gemerkt, im Gegenteil wir haben die Ferienzeit unterbrechen und hier erscheinen müssen, um dem Wunsche des Rates der Stadt Rechnung zu tragen. Jetzt will der Herr Oberbürgermeister auf Urlaub gehen. Der Herr Oberbürgermeister wird uns aber gern den Gefallen tun und auf 8 Tage davon verzichten, damit wir in einer weiteren Sitzung die ganz-en Sachen erledigen können.

~~Stadter~~ Oberbürgermeister R e t e m e y e r:

Meine Beurlaubung ist bei diesen Angelegenheiten vollständig Nebensache. Wenn es mein Dienst erfordert, bleibe ich hier und verzichte auf jeden Urlaub. Ich bitte zu beachten: Wir sind jetzt im August und der Etat ist noch nicht festgestellt. Ich habe schon auseinandergesetzt, weshalb wir nicht früher, wie wir im Rat der Stadt wünschten, den Etat haben vorlegen können. Nun ist es in einer Frage zu einer Differenz zwischen dem Rat und den Stadtverordneten gekommen. Ist es da wunderbar, wenn der Rat wünscht, daß wir uns über diese Frage, die eine große Bedeutung hat, sobald wie möglich unterhalten? Das ist der Grund gewesen, weshalb wir Ihre Sommerruhe unterbrochen haben.

Stadtv.Dr. J a s p e r: Ich widerspreche dem Vorschlage des Vorsitzenden, der darauf hinausgeht, in Abweichung von dem Brauche des Hauses neu eingebrachte Anträge, jetzt zu verabschieden, und beantrage, geschäftsordnungsmäßig jetzt zunächst den Punkt, betreffend die Festsetzung des Zeitpunktes über die Erhebung der erhöhten Grundsteuer zur Verhandlung zu stellen.

V o r s i t z e n d e r: Ich mache darauf aufmerksam, daß die beiden noch vorliegenden Anträge nicht erst heute gestellt sind, sondern schon in der vorigen Versammlung.

Stadtv. S t e g m a n n: Ich würde den Antrag des Herrn Dr. Jasper unterstützen, wenn es sich um neue Anträge handelte. Da sie aber, wie wir hören, schon in der vorigen Sitzung eingebracht sind, müssen sie heute erledigt werden, wie alle anderen Verhandlungspunkte der Tagesordnung.

Stadt.Dr. J a s p e r: Ich stelle fest, daß ein Antrag meines Freundes Schmerbach, der heute erst eingereicht ist, heute begründet worden ist; ich stelle weiter fest, daß ein Antrag, von dem Herr Stegmann sagte, daß ihm ein Schriftstück darüber eben erst in die Hand gedrückt worden ist, und noch andere Anträge von jener Seite heute verhandelt worden sind, und erhebe schärfsten Widerspruch gegen eine derartige Behandlung der Geschäfte seitens des Vorsitzenden. Höchstens könnte durch Beschluß der Versammlung eine Änderung der Tagesordnung vorgenommen werden, aber nicht ist es in das Belieben des Vorsitzenden gestellt, daß etwas zur früheren Behandlung herausgegriffen wird und Dinge, die wichtig sind, zurückge<sup>setzt</sup>~~setzt~~ werden. Ich kenne die Anträge nicht, die noch zur Behandlung vorliegen, und weiß nicht, ob sie dringlicher sind, wie der von mir genannte Punkt der Tagesordnung, den vorweg zu behandeln mir nötig scheint.

V o r s i t z e n d e r: Herr Dr.Jasper hat Feststellungen gemacht, die nicht nötig waren, denn ich habe von vorn herein gesagt, daß wir mit den Anträgen aufräumen wollten.



Stadtv. F a y: Es mag richtig sein, daß dem Vorsitzenden ein Vorwurf in dieser Sache gemacht werden kann, jedenfalls aber ist er zu spät gemacht. Wenn jetzt noch Anträge aus der vorigen Sitzung vorliegen, so müßten wir vor allen Dingen wissen, um was es sich darin handelt. Ich würde dafür stimmen, daß diese beiden Anträge aus der vorigen Sitzung jetzt noch durchgesprochen werden; in der Zeit, wo wir über die Geschäftsordnung gesprochen haben, konnten sie schon erledigt sein.

*V o r s i t z e n d e r:* Es handelt sich um den Antrag des Herrn Nessenius, dem damals ein dringlicher Charakter beigelegt war und der darauf abzielte, für Ruhe und Sicherheit in der Stadt zu sorgen, und sodann noch um einen Antrag des Herrn Stegmann, „den Rat zu ersuchen, den Zuschuß an den Verein Volkslesehalle auf 100 000 M zu erhöhen.“

Ich frage die Versammlung, wer für die Beratung dieser beiden Anträge ist. — Das ist die Mehrheit.

26. Antrag Nessenius, betreffend Maßnahmen gegen die Unsicherheit in hiesiger Stadt.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln der durch die jüngsten Ereignisse bewirkten Unsicherheit in hiesiger Stadt zu steuern.“

Stadtv. N e s s e n i u s (zur Begründung):  
Zur Kennzeichnung der Sachlage möchte ich nur auf eins hinweisen: Wenn wir heute die bis an die Zähne bewaffneten Beamten sehen, die über die Sicherheit am Tage wachen, und in der Nacht bemerken, daß etwas an einem vorbeischleicht, was einen Nachtschutzmann darstellt, der nicht bewaffnet ist, dann versteht man wohl, wie leicht es möglich ist, daß die Nacht zu Verbrechen benutzt wird, was noch begünstigt wird durch die Dunkelheit in den Straßen, die durch die unzureichende Beleuchtung durch Straßenlaternen herbei-

bei-

beigeführt wird. Ich möchte deshalb die Anfrage an den Rat der Stadt richten, ob er diese Nachtschutzleute nicht ganz ablösen lassen will durch die in überflüssigerweise für den Tagdienst Bewaffneten, oder ob er die Nachtschutzleute nicht wenigstens so bewaffnen will, daß sie ihres Amtes walten können. Die Regelung dieser Frage zur Sicherheit der Bevölkerung ist zum mindesten ebenso wichtig wie andere Sachen, die hier beraten werden.

Stadtv. J a h n s : Ich habe schon vor  
Jahresfrist den Antrag gestellt, die Nachtschutz-  
leute mit Schußwaffen zu versehen, aber eine  
Antwort darauf habe ich bisher nicht erhalten..

*V o r s i t z e n d e r : Ich muß Herrn Jahns unterbrechen; ich hatte geglaubt, er wollte zur Tagesordnung sprechen. Den dringlichen Charakter hat der Antrag wohl in der Zwischenzeit verloren. Der Antrag ist genügend unterstützt, ich überweise ihn dem Rechtsausschuß.*

*Herr Stegmann hat mir erklärt, daß sein Antrag bereits dem Finanzausschuß zur Vorbera-  
tung überwiesen sei. Aus irgend einem Versehen  
ist er mir heute wieder präsentiert.*

*Stadtv.Dr. J a s p e r: Ich beantrage erneut, nunmehr den Punkt vorweg zu nehmen, der die Grundsteuer betrifft.*

Stadtv. M u n t e: Ich hätte nichts dagegen einzuwenden, daß dieser Punkt vorweggenommen wird. Da aber seine Beratung sicherlich sehr lange dauern wird, so möchte ich bitten, diesen Punkt erst nach der Beratung des Punktes, der die Übernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft der Stadt betrifft, zur Besprechung zu stellen.  
(Stadtv. Dr. Jasper gibt sein Einverständnis hiermit zu erkennen)



Die Versammlung ist mit der von Herrn Stadtv.  
Munte gewünschten Reihenfolge in der Beratung  
der Punkte einverstanden.

27. Übernahme einer selbstschuldnerischen  
Bürgschaft für Verzinsung und Rückzahlung des  
seitens der Straßeneisenbahngesellschaft bei  
der Staatsbank anzuleihenden Kapitals.

Stadtv. M u n t e: Meine verehrten Damen und Herren ! Die Straßeneisenbahngesellschaft bedarf zur Ablösung eines schwebenden Schuldenrestes bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und zur Bestreitung von Kosten für solche Anschaffungen und Arbeiten, die aus den laufenden Einnahmen nicht bezahlt werden, eines Gesamtkredits von 10 Millionen Mark. Der Rat hat in seinem Anschreiben bedauert, daß der Reservefonds der Gesellschaft nicht so groß ist, daß aus ihm ähnlich wie beim Gas- und Wasserwerk, wenigstens die hierher gehörigen kleineren Ausgaben zu decken möglich ist, und stellt in Aussicht, daß er im Aufsichtsrat dahin wirken wolle, daß der Reservefonds der Gesellschaft verstärkt werde. Bei Lage der Dinge ist der Rat nach sorgfältiger Prüfung

zu

zu der Ansicht gekommen, daß die Straßeneisenbahngesellschaft das Geld nötig hat und daß die Stadt die Bürgschaft für die aufzunehmende feste Anleihe mit Ruhe übernehmen könne. Sie wissen, daß die Aktien der Straßeneisenbahngesellschaft zum größten Teil der Stadt gehören und daß deshalb die Stadt ein großes Interesse daran hat, daß die Geschäfte der Gesellschaft ordnungsmäßig ausgeführt werden. Es sind nun verschiedene Verhandlungen wegen Aufnahme des Geldes gepflogen, auch mit auswärtigen Geldgebern, und der Rat ist dabei zu der Überzeugung gekommen, daß die Staatsbank noch die billigste Geldgeberin ist. Der Rat wünscht deshalb, daß die Bürgschaftsübernahme der Stadt davon abhängig gemacht wird, daß die Anleihe bei der Braunschw. Staatsbank aufgenommen wird. Der Rat führt dazu aus, daß es selbstverständlich sei, daß bei dem Geschäfte jeder der Darlehensgeber einen Gewinn erzielen wolle, und daran, daß dieser Gewinn nicht auswärtigen Geldgebern, sondern

der

dern der Staatsbank zufließt, habe das Land und auch die Stadt ein Interesse.

Nachdem diese Angelegenheit im Finanzausschuß beraten ist, schlägt dieser vor, dem Ratsantrage zuzustimmen, welcher lautet: den Rat der Stadt zu ermächtigen für die Verzinsung und Rückzahlung eines seitens der Straßeneisenbahngesellschaft bei der Braunschw. Staatsbank vorübergehend anzuleihenden Kapitals von 10 Millionen Mark die selbstschuldnerische Bürgschaft namens der Stadt zu übernehmen." Ich habe also den Antrag an Sie zu richten, diese Bürgschaftsleistung seitens der Stadt gutzuheißen.

Gemäß dem Antrage des Finanzausschusses  
stimmt die Versammlung der Übernahme der Bürg-  
schaft zu.

Stadtv. S t e g m a n n übernimmt zu Anfang  
des folgenden Berichts den Vorsitz.

28. Festsetzung des Zeitpunktes für die Erhebung der erhöhten Grundsteuer.

Stadtv. M ü n t e: Meine Herrschaften! Sie kennen die Vorgeschichte dieses Punktes und wissen, daß wir bei Beratung des Stadthaushalts von Seiten des Rates eine Begründung bekommen hatten, wie nötig es sei, die Einnahmender Stadt zu vermehren. Auch daß die Stadt nicht mehr in der Lage ist, die Einkommen zu besteuern, ist bekannt. Es hat sich herausgestellt, daß die Notlage der Stadt noch höher ist, als sie der Rat angegeben hatte, statt 5 Millionen Mark soll sich im städtischen Haushalt ein Defizit von 8 Millionen Mark ergeben. Nun hat die Versammlung schon zugestimmt, daß die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer erfolgen soll, abgewichen ist die Versammlung von den Vorschlägen des Rates nur in dem Zeitpunkt für die Erhöhung der höheren Grundsteuer. Dem Ratsantrage nach sollte sie schon vom 1. April 1921 ab erhoben werden, die Versammlung hat aber nur beschlossen-

schlossen, sie vom 1. Oktober ab zu erheben. Der Rat hat uns nun ein Anschreiben zugehen lassen, in dem er uns mitteilt, daß er sich im Hinblick auf die Notlage der Stadt nochmals an uns wenden müsse mit dem Antrage, wir möchten unseren Beschluß über den Zeitpunkt der Erhebung der höheren Grundsteuer ändern - wohlgemerkt, es handelt sich nur um den Zeitpunkt, während die Erhöhung ja schon beschlossen ist. Es scheint ein Irrtum bei einzelnen der Herrschaften darüber zu herrschen, <sup>indem</sup> gemeint wird, es könnte gefragt werden, ob die Erhöhung überhaupt in Frage käme; in Wirklichkeit handelt es sich nur um den Zeitpunkt.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage beschäftigt. Bei der sommerlichen Temperatur war der Besuch dieser Sitzung des Finanzausschusses nur ein verhältnismäßig kleiner. Es waren nur 6 Herren anwesend und es ist deswegen - wenn ich mich recht entsinne - eine direkte Abstimmung nicht vorgenommen oder nur eine solche, in der sich

für



für Erhebung der erhöhten Steuer vom 1. April zwei meldeten, während bei der Frage: „Wer ist dagegen?“ sich niemand gemeldet hat. Es ist das ja auch eine Sache, die durch die Vollversammlung erledigt werden muß.

Ich darf mir nun wohl gestatten, einige persönliche Ausführungen an meine Berichterstattung zu knüpfen. Ich habe in der <sup>vorigen</sup> Sitzung ausgeführt, daß ich grundsätzlich gegen die Erhebung einer Grundsteuer, wie sie eben erhoben wird, bin. Ich habe damals dem Rate angeraten, man möge im Laufe der nächsten Zeit Erhebungen anstellen, ob die Steuer nicht mindestens reformiert werden könne und zu einer Grundsteuer nach dem gemeinen Wert umgeändert werden könne, und das wird denn wohl auch geschehen. Nachdem wir nun aber die beiden Schreiben des Rates bekommen haben, möchte ich, obgleich ich zufällig Berichterstatter darüber bin, doch noch meine Auffassung in Bezug auf den Zeitpunkt für Erhebung der erhöhten Steuer

zum

zum Ausdruck bringen. Ich hatte ja schon in der vorigen Sitzung entgegen meinen grundsätzlichen Anschauungen der Erhöhung der Steuer zugestimmt, aber betreffs des Zeitpunktes war ich mir noch nicht ganz klar geworden und habe für den 1. Oktober gestimmt. Ich bin heute in gewisser Weise zu meinem Bedauern in der Lage, erklären zu müssen, daß ich meine damalige Entschliebung geändert habe. Die Finanzlage der Stadt ist eine außerordentlich schlechte, und deshalb kann die Stadt die 600 000 M., die bei einer Erhebung der erhöhten Steuer erst vom 1. Oktober an ausfallen würden, keineswegs entbehren. Ich sage mir allerdings: Sicherlich geht es heute vielen Hausbesitzern nicht sehr gut; wenn sie in der Kriegszeit die Reparaturen oder den Anstrich des Hauses haben anstehen lassen, dann werden sie es erleben können, daß in einer Rechnung des Dachdeckers die Miete eines <sup>g</sup>ganzen Jahres hinschwindet. Andererseits aber muß man das Gesamtwohl der Stadt über das Wohlergehen einer Gruppe stellen, und das um

so mehr, als ein großer Teil der Hausbesitzer in der Lage ist, diese ihm zugemutete kleine weitere Erhöhung der Steuer tragen zu können; keineswegs kann dieses Opfer als ausschlaggebend angesehen werden für ihre Existenz überhaupt - das kann mir keiner vormachen. Auch wenn jemand an diesen Steuern 125 M mehr bezahlen muß, so wird er deshalb nicht zugrunde gehen. Das Gemeinwohl der Stadt ist in diesem Falle höher zu stellen und infolgedessen habe ich mich entschlossen, und auch meine engeren Freunde sind derselben Ansicht, heute die Erhebung der erhöhten Grundsteuer vom 1. April an zu bewilligen, nicht dem Rate zuliebe, sondern in Rücksicht auf die städtischen Finanzen.

Stadtv. S i e v e r s : Meine Damen und Herren ! Der Herr Oberbürgermeister hat vorhin geäußert, es liege ein Differenz-Beschluß zwischen den Stadtverordneten und dem Rat der Stadt vor. Dieser Ansicht kann ich mich nicht anschließen. Der Rat der Stadt hat eine Vorlage gemacht und diese hat nicht die Gnade der Stadtverordneten gefunden - das bedeutet keinen Differenz-Beschluß, der Veranlassung geben könnte, mit der Sache noch einmal zu kommen. Der Rat hat das trotzdem getan. Wir haben unsern Standpunkt schon dahin geäußert, daß wir gegen die Erhebung der Grundsteuer sind, weil sie abgewälzt werden wird, ~~am~~ unsympathischsten aber ist uns diejenige Grundsteuer, die die Herren drüben beschlossen haben; eine Grundsteuer mit einer Erhöhung vom 1. Oktober ab können sie restlos abwälzen. Wenn Sie von uns Kommunisten eine Grundsteuer bewilligt haben wollten, so würden wir Ihnen möglicherweise den Gefallen tun, eine solche vom 1. April

bis

bis zum 1. Oktober zu bewilligen, und dann Schluß damit. Eine solche Steuer würde wenigstens dem Mieteinigungsamt keine Gelegenheit geben, höhere Mieten festzusetzen.

Nun zu dem Beschluß der vorigen Sitzung.

(Zuruf: Darum handelt es sich ja heute !)

Ob es sich darum handelt oder nicht erlaube ich mir nachher auszuführen. Ich habe den Ausführungen des Herrn Referenten über diesen Punkt mit wesentlich größerer Aufmerksamkeit gelauscht, als Sie meinen Ausführungen lauschen, und doch ~~Gelegenheit~~ <sup>dabei</sup> ~~Gelegenheit~~ zu Zwischenrufen zu haben glauben.

Nachdem Herr Munte eben bei seiner Berichterstattung in ausführlicher Weise gesagt hat: Die Grundsteuer in ihrer Erhöhung bleibt bestehen, wir wollen nicht davon heruntergehen, ist die Situation für uns die, daß der Rat der Stadt, der in seiner Mehrheit bürgerlich zusammengesetzt ist, mit der Mehrheit der Versammlung, die desgleichen bürgerlich ist, in Zwiespalt kommt. Die Beratung

der

der Finanzen möge eine Sorge der Mehrheit sein. Die Herrschaften der Mehrheit, die mit so großem Eifer und Inbrunst dafür gekämpft haben, die Mehrheit zu bekommen mit der besonderen Begründung, daß sie es deshalb tun, damit sie die vollständig zerrütteten Finanzen der Stadt in Ordnung bringen können, sollen nun auch diejenigen sein, die dafür sorgen, wie die Gelder aufgebracht werden, um das zu erfüllen, was sie ihren Wählern versprochen haben. Die so viel Wert darauf legen, die Finanzen der Stadt zu ordnen, mögen den Finger in die Höhe heben, wenn es sich darum handelt, Geld zu bewilligen. Wir haben keine Veranlassung, für die Stadt, wie sie jetzt verwaltet wird, Geld zu bewilligen und der bürgerlichen Mehrheit damit ihre Verpflichtung abzunehmen, indem wir einer Steuer zustimmen, an der wir keinen Gefallen haben.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r:

Ich möchte darauf hinweisen, daß sich der Herr Vorredner geirrt hat: es liegt tatsächlich ein Differenzbeschluß vor. Es handelt sich um den Beschluß, den die Stadtverordneten gefaßt haben und der dahin geht, die erhöhte Grundsteuer vom 1. Oktober ab zu erheben. Diesen Beschluß hat der Rat der Stadt beanstandet und hat das in seiner Vorlage deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich wüßte nicht, daß das etwas anderes sein sollte als ein Differenzbeschluß. Ich muß erklären: Wir halten die Sache für so bedeutsam, daß wir beschlossen haben, falls Sie unserm Antrage nicht stattgeben, auf dem in der Städteordnung vorgeschriebenen Wege die Frage zum Austrag zu bringen, das heißt: die Sache dem Ministerium zur Entscheidung zu unterbreiten. Es sollte mir <sup>aber</sup> wirklich leid tun, wenn der Rat genötigt wäre, diesen Weg zu beschreiten. Wir haben uns bisher immer bei wichtigen Fragen, in denen es sich um das Wohl und Wehe der Stadt handelt, mit den Stadtverordneten

ver-

verständigt, und ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß schließlich die Stadtverordneten - das mag unser Hohes Ministerium nicht übel nehmen - ebensogut wie die höheren Instanzen imstande sind, mit dem Rat zu entscheiden, was der Stadt frommt. Deshalb bitte ich dringend: Lassen Sie uns eine Verständigung suchen ! Es handelt sich nicht um ein solch wesentliches Opfer für den Grundbesitz, wie es dargestellt wird. Unsere Stadt hat die niedrigste Grundsteuer unter einer großen Zahl von Städten im ganzen deutschen Reiche. Wir haben ~~auch~~ eine Zusammenstellung gemacht, woraus sich das ergibt, und ich möchte den Herrn Berichterstatter Munte recht sehr bitten, in Ergänzung seines Vortrages auch noch die Mitteilungen vorzutragen, die uns, von den übrigen Städten unseres Landes über die Erhebung der Grundsteuer gemacht sind. Nun weiß ich sehr wohl, daß gesagt werden kann: „Was andere Städte tun, brauchen wir nicht nachzumachen“, aber die Höhe der Grundsteuer in den anderen braunschweigischen Städten



Städten hat eine besondere Bedeutung deshalb, weil - das habe ich auch schon früher hervorgehoben - im Ausschuß der Landesversammlung oder in der Landesversammlung selbst, solches Material zur Entscheidung benutzt werden kann insofern, als den braunschweigischen Städten Mittel aus der staatlichen Kasse zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich bin fest überzeugt, daß ein Hinweis auf die gegenüber den anderen Städten geringere Grundsteuer in der Stadt Braunschweig für unsere Stadt entschieden nicht von Vorteil sein kann. Es handelt sich bei Ihrem Beschluß also nicht nur um die Differenz von 600 000 M in der Grundsteuer, sondern noch um ein erhebliches anderes. Müssen wir eine Zurücksetzung über uns ergehen lassen, dann ist es mit Schuld des Beschlusses: wir wollen die erhöhte Grundsteuer erst vom 1. Oktober an erheben. (Zuruf: Bürgerliche Majorität) . Ob das eine bürgerliche Majorität ist oder eine andere, das ist mir ganz egal.

Stadtv. M u n t e: Vom Rat der Stadt ist bei den Städten des Freistaats Braunschweig angefragt worden, in welcher Höhe die städtische Grundsteuer im vorigen Rechnungsjahre erhoben ist und welche im laufenden Jahre erhoben wird. Aus den eingegangenen Antworten geht hervor, daß zunächst Eschershausen im verfloßenen Rechnungsjahre 30 v.H. des Grundsteuerkapitals erhoben hat, für dieses Jahr ist vom Rat der Stadt eine Erhebung von 20% von den Gebäuden und 25 v.H. von den Liegenschaften vorgeschlagen. Hinsichtlich der Gebäude ist dieser Vorschlag von den Stadtverordneten gutgeheißen, aber wegen der Liegenschaften beschlossen die Grundsteuer zu staffeln je nach der Größe des Besitzes von 15 - 35 v.H.

Der Rat der Stadt Blankenburg schreibt, im vorigen Jahre seien 11,5% des staatsseitig festgesetzten Grundsteuerkapitals erhoben, für das laufende Jahr sei von ihm eine Erhöhung um 100%, also auf 23% beantragt.

Stadt-

Stadtoldendorf berichtet daß an Gemeindegrundsteuer erhoben sind für 1920/21 ..24% des Grundsteuerkapitals, für 1921/22 .. 2 48% desselben. Außerdem sind an Feldwegebau-Steuern noch 3% im Vorjahre und 10% im laufenden Jahre zu entrichten. - Ich weiß nicht, ob eine derartige Steuer auch in Braunschweig erhoben wird.

Der Rat der Stadt Seesen antwortet, daß im vorigen Jahre 20% Zuschlag zur Staatsgrundsteuer erhoben ist und für das laufende Jahr 45% eingestellt sind. Ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung liegt hier aber noch nicht vor.

In Gandersheim sind im Rechnungsjahre 1920/21 30 v.H. des Grundsteuerkapitals erhoben, für das laufende Jahr sind 20 v.H. vorgesehen. - Hierzu wird bemerkt, daß die Herabsetzung erfolgt ist, um die nach § 5 des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz geforderten gleichen prozentualen Verhältnisse zu erreichen. Die Gewerbesteuer ist dafür von 150 auf 200 v.H. erhöht.

Kö-

Königsutter ist eine kleine Landstadt, die zum Vergleiche mit uns nicht herangezogen werden kann. Die Steuer betrug dort 14 v.H. und im laufenden Jahre sind 15 v.H. eingestellt.

Helmstedt hat im vergangenen Jahre für Wohnhäuser 18,6%, für Acker 21,7% des Grundsteuerkapitals erhoben, für das Jahr 1921/22 werden im Voranschlage 25 und 30% vorgeschlagen.

Harzburg hat im Anfang des vorigen Rechnungsjahres  $12\frac{1}{4}\%$  und am Ende  $24\frac{1}{2}\%$  erhoben, im laufenden Jahre werden wieder  $24\frac{1}{2}\%$  des Grundsteuerkapitals erhoben.

Schöningen erhob im vorigen Jahre 18 v.H. und wird in diesem Jahre den gleichen Satz erheben,

Schöppenstedt 15% im vorigen Jahre und in diesem Jahre wieder dasselbe.

Endlich liegt noch die Mitteilung von Wolfenbüttel vor, wo im Jahre 1920/21 .. 20% des staatlich veranlagten Grundsteuer-Kapitals erhoben worden sind (bei uns  $12\frac{1}{2}\%$ ) und wo für das laufende

fende Rechnungsjahr die Erhebung von 50% (hören Sie: 50%) vorgesehen sind, worüber die nächste Versammlung der Stadtverordneten Beschluß fassen soll. Das ist am 22. Juli geschrieben; ich habe die <sup>Städt. Ver.</sup> Stadtverordnetenversammlungen von Wolfenbüttel nicht so genau verfolgt, daß ich sagen kann, wie man sich dort zu diesem Vorschlage gestellt hat.

Sie sehen aus diesen Mitteilungen, daß im großen und ganzen die Landstädte im Durchschnitt denselben, teilweise sogar höhere Grundsteuern erheben als für unsere Stadt beantragt ist, und wo eine Abweichung nach unten zu finden ist, brauchen wir uns auch nicht ängstlich darum zu haben.

Stadt v. N 8 1 1: Ich habe schon in der vorigen Sitzung dagegen protestiert, daß die Grundsteuer auf die Mieterschaft abgewälzt werden soll, und aus diesen Grunde habe ich dafür gestimmt, daß die Grundsteuer vom 1. Oktober an erhöht werden soll. Ich habe dabei im Auge gehabt, daß wir damit die Möglichkeit haben, uns diese Steuer der Mieterschaft vom Halse zu halten; sie protestiert energisch dagegen, daß ihr zugemutet wird, die Grundsteuer zu tragen. Inzwischen habe ich gehört, daß vom Rat und Mieteinigungsamt beschlossen worden ist, <sup>daß</sup> die Steuer als Nebenabgabe auf die Mieterschaft abgewälzt werden kann. *Aus Grund welches gesetzlichen Rechts* Ich frage: ~~Wann ist dieser Beschluß gefaßt worden? Meiner Meinung nach in der letzten Sitzung.~~ ~~ist dieser Beschluß gefaßt worden?~~ Und warum werden derartige schwerwiegende Beschlüsse, durch die ein großer Teil der Einwohnerschaft schwer belastet wird, hinter verschlossenen Türen gefaßt? Die Mieterschaft wird also vom 1. Oktober an mit dieser Grundstücksteuer belastet werden, und dazu kommt dann noch die

die Mietsteuer. Das wird keine Belastung, die die Mieterschaft nicht tragen kann, wenigstens der größte Teil davon nicht, wenn es unter ihr auch einige begüterte gibt, die dazu imstande sind. Solch eine Steuer, die auf die Mieter abgewälzt wird, ist keine Grundsteuer mehr, sondern eine Mietsteuer, und die kommt von reichswegen, darf aber nicht von der Stadt auferlegt werden. Eine wirkliche Grundsteuer kann von den Grundbesitzern noch getragen werden. Wir sind der Meinung, daß sie den Grundbesitz nicht derartig belastet, daß er das nicht zu leisten vermag. Die Grundbesitzer haben in den vorhergehenden Jahren so wenig Reparaturkosten gehabt, daß sie bedeutend in der Verwaltung der Gebäude gespart haben. Wenn heute ein Mieter mit notwendigen Reparaturen kommt, dann wird gesagt: „In dieser Zeit lassen wir nichts machen, nach dem Reichsmietergesetz macht das die Mieterschaft selbst.“ So werden alle Ausgaben für das Grundstück auf die Mieter

ab-

abgewälzt, und deshalb sind wir gegen eine solche Steuer, die abgewälzt werden kann. Man belastet nicht wegen den Grundbesitz soweit, wie er Steuern tragen kann, und suche dann auf andere Weise das Herauszuholen, was an Steuer noch fehlt. Aber nicht soll man sagen: „Wir belasten den Grundbesitz“, und in Wirklichkeit wird dann die Mieterschaft belastet, die schon genug zu tragen hat. Es ist schon darauf hingewiesen, daß die Kosten der Lebenshaltung in der nächsten Zukunft noch bedeutend steigen werden, zu dieser allgemeinen Steigerung kommt dann noch diese besondere hinzu, und weiter, ~~daß die Mieterschaft man 1000-1500% der Miete der Friedenszeit wird tragen müssen.~~ Wir müssen verlangen, daß die Mieter, wo sie Pflichten haben, auch Rechte haben, aber Rechte haben sie heute herzlich wenig. Es geht nicht an, daß in derartig wichtigen Sachen, die so einschneidend sind, ein paar Menschen, die im Mieteinigungsamt und in Rat der Stadt sitzen, die

Ent-

*Entwürfe einer Befreiung der Mieten auf 1000-1500%, da man es aber so nicht wissen kann, empfahl man dieselbe auf diese Weise zu bekommen.*



Entscheidung treffen, sondern wir sind der Meinung, daß derartige Beschlüsse hier erörtert werden müssen und nicht hinter verschlossenen Türen. Wir haben zugestimmt, daß die Grundsteuer vom 1. Oktober ab erhöht werden soll, aber nun ist man uns mit einem Beschlusse zuvorgekommen. Genau so, wie mit diesem Beschlusse über die erhöhte Grundsteuer hat man ~~uns~~ es mit den erhöhten Brandkassenkosten gemacht. Es ist eine Ungerechtigkeit, daß man immer auf die Leute zurückgreift, die als Mieter ihr Geld so nötig haben. Man redet immer von Preisabbau und immer wieder werden die Preise in die Höhe gesetzt. Wohin das gehen soll, weiß kein Mensch. Aus den angegebenen Gründen bin ich dagegen, daß die Grundsteuer überhaupt erhöht wird.

*Esamit die Öffentlichkeit fängt,  
dann für und gegen eine solche Sache 1/4*

Oberbürgermeister R e t e m e y e r:

Es ist nicht Aufgabe des Rats, die Möglichkeit der Abwälzung der Steuer von dem einen auf den andern zu erörtern und eine Entscheidung darüber zu treffen, ob und wie die Grundsteuer abgewälzt werden soll. Das können wir garnicht entscheiden. Der Herr Vorredner irrt also, wenn er meint, daß an dem von ihm bemängelten Beschluß des Mieteinigungsamts der Rat teilgenommen habe. Ich weiß nicht, ob ein einzelnes von den Mitgliedern des Rats dabei gewesen ist, als dieser Beschluß gefaßt wurde, der Rat als solcher hat dabei aber nicht mitgewirkt. Das Gesetz hat die Festsetzung von Mieten dem Mieteinigungsamt übertragen, und wie das Mieteinigungsamt dabei verfährt, das ist seine Sache.

Stadtv. F r e d e : Herr Dr. Jasper hat als Vorsitzender des Finanzausschusses entschieden eine glückliche Hand gehabt, als er das Referat über diese Angelegenheit Herrn Munte übertragen hat. Herr Munte hat in der vorigen Sitzung ebenso warm plädiert für Ablehnung des Ratsantrages wie heute für seine Bejahung, nur hat er die Sache etwas frisiert, damit der Widerspruch nicht zu krass in Erscheinung tritt. Im großen ganzen hat er aber das Gegenteil von dem gesagt, was er damals befürwortet hat. Der Rat sagt: „Das ist ein loyaler Wandel“, ich muß sagen: Es ist ein <sup>bedauerlicher</sup> ~~trauriger~~ Wandel in seiner Auffassung vor sich gegangen.

Ich habe das vorige Mal in der Beratung nicht das Wort genommen, aber ich muß sagen, daß damals irrige ~~Auffassungen~~ Ausführungen gemacht sind und auch unvollständige. Es handelt sich heute nicht allein um eine Festsetzung des Zeitpunktes des Inkrafttretens der Steuer - wie auf der Tages-

ord-

ordnung steht - und da der Herr Oberbürgermeister noch andere Gesichtspunkte beregt hat und auch Herr Möll, so muß ich heute einmal etwas näher auf die Sache eingehen.

Es ist von Herrn Munte vorgelesen, was die verschiedenen braunschweigischen Städte an Grundsteuer erheben. Aber dieses Material verschlägt für mich garnicht, und zwar deshalb, weil die Erhebung in den verschiedenen Städten auf verschiedener Grundlage erfolgt. Die eine Stadt erhebt Zuschläge zu der staatlichen Grundsteuer, die andere erhebt einen Prozentsatz vom Grundsteuerkapital, wie wir es machen. Wolfenbüttel hat eine Grundsteuer nach <sup>dem gemeinen</sup> Gemeinwert, und wenn man die erhöht, so wird dadurch der Gesamtbetrag erhöht, aber dieser Gesamtbetrag kommt in anderer Weise auf als in der Stadt Braunschweig. Wir hier haben eine Ertraggrundsteuer, es richtet sich also die Steuer nach dem Mietertrag, während in Wolfenbüttel bei der Grundsteuer nach dem gemeinen

gemeinen Wert naturgemäß eine ganz andere Handhabung der Steuer stattfindet, wo die Gartengrundstücke, Villengrundstücke bedeutend mehr eintragen als in Braunschweig. Infolgedessen brauchen die Wolfenbütteler <sup>Hofen</sup> Grundstücke nicht soviel Steuer zu tragen. Herr Stadtdirektor Floto <sup>2. Kl.</sup> hat mir ~~damals~~ <sup>infolgedessen</sup> auf dem <sup>Stadttage</sup> <sup>Stadttage</sup> gesagt, ~~das~~ <sup>die</sup> sei eine Handhabung, wie sie in Preußen allgemein üblich ist, und zwar infolge der Agitation der Bodenreformer, ~~Aber diese Art der Besteuerung hat unter Umständen auch eine schwere Benachteiligung der Stadt im Gefolge, worauf ich aber nicht eingehen will.~~ <sup>eben</sup>

Man kann die Grundsteuer nach dem <sup>Gemeinen</sup> Wert rechtfertigen, sie hat ihre Vorzüge vor der Ertraggrundsteuer, aber die Schäden, die durch sie in Preußen allgemein eingetreten sind, daß die weite Bauweise durch die enge abgelöst ist, möchte ich doch gern vermieden sehen, zumal in unserer lieben Vaterstadt, damit wir den Ruf, eine

eine Gartenstadt zu sein, noch weiter genießen können. Diese Hinweise auf die anderen braunschweigischen Städte verschlagen also bei mir nicht. Wenn mit dieser Mitteilung vielleicht bezweckt werden soll zu sagen: Jene Stadt hat 40% festgesetzt und die Grundsteuer vermag das herzugeben, so warne ich vor dieser Art zu schließen. Es ist eine billige Art und Weise, bei einem Defizit eine bestehende Steuer einfach in die Höhe zu schrauben ohne Rücksicht auf die Folgen. Die Folgen machen sich entschieden geltend und zwar dahin, daß die ~~Bewirtschaftungskosten~~ durch die Mieter mit aufgebracht werden müssen. Hierunter wird fälschlicherweise eine Abwälzung auf die Mieter verstanden, in Wirklichkeit ist es eine Verteilung der Kosten auf die Bewohner des Hauses, und so wird die Sache auch im Mieteinigungsamt gehandhabt: die Nebenabgaben - Licht, Schornsteinfegerkosten, Müllgebühr usw. - werden zu gleichen Teilen auf Mieter und Vermieter verteilt. Das ist keine Abwälzung der

der Abgaben im landläufigen Sinne. Wenn gesagt wird, die Grundsteuer soll als Nebenabgabe angesehen werden, so ist das ~~nicht~~ so zu verstehen, daß das Mehr der Steuer neben denjenigen Nebenabgaben, die seit dem 1. April 1921 aufgetreten sind, auf alle Bewohner des Hauses verrechnet werden soll. Das Mieteinigungsamt ist gebunden an die bestehenden Rechte und kann nicht selbstständig sagen: „Wir entscheiden dahin, daß der Mieter, der sich geweigert hat, diese Grundsteuer ~~zu~~ dem Teil, der auf ihn fällt, zu tragen, diesen Teil schon vom 1. April 1921 zu tragen hat“, sondern das Mieteinigungsamt kann nur sagen: „Du hast das Mehr der Bewirtschaftungskosten von dem Zeitpunkt an zu tragen, wo ein neuer Mieter, falls wir die Kündigung genehmigen würden, dieses Mehr zu tragen hätte,“ es ist also immer gebunden an die Kündigungsfrist. Darauf ist - allerdings nur ganz kurz - schon in der vorigen Sitzung verwiesen, daß, wenn jemand halbjährige Kündigung

ab-

abgemacht hat, der Vermieter bei Annahme des Antrages des Rates dahin kommt, ~~am~~ <sup>vom Mieter</sup> 1. Oktober 1922 ~~Anspruch zu erhalten auf~~ die anteilige Tragung der Mehrkosten der Verwaltung des Grundstücks durch den Mieter, ~~und im Falle der Weigerung des Mieters entscheidet dann das Mieteinigungsamt:~~ <sup>der Mieter</sup> Vom 1. April 1922 ab hat ~~er~~ <sup>das Mehr</sup> zu tragen. Infolgedessen hat der Grundbesitzer den ganzen Jahresbetrag aus seiner Tasche zu tragen. Es liegt also keine Vergewaltigung der Mieter, sondern der Vermieter vor. Bei einer vierteljährigen Kündigung hat der Hauswirt 3/4 Jahr die Erhöhung zu tragen; erst vom 1. Januar ab kann er die Zahlung verlangen. Herr Nöll möge bedenken: Das Wohngrundstück ist als ein Unternehmen anzusehen, und ein solches Unternehmen muß sich erhalten; auf der einen Seite stehen die Einnahmen und auf der anderen die notwendigen Ausgaben, das eine muß sich gegen das andere aufheben.

Wenn



Wenn nun gesagt wird, in Braunschweig sei die Grundsteuer bisher immer gering gewesen, so ist das *cum grano salis* zu verstehen. Gegenüber Preußen ist überhaupt kein Vergleich möglich, weil dort eine andere Art Grundsteuer besteht. Wenn es aber in Wirklichkeit so gewesen wäre, daß die Grundsteuer in der Stadt Braunschweig verhältnismäßig gering bemessen worden ist, so müssen Sie ~~2~~ zugeben, daß auch heute noch die Mieten in Braunschweig im Vergleich mit gleichartigen Städten recht niedrig sind. Das wird auch Herr Tostmann bestätigen können, der weit herumgekommen ist. In Braunschweig hat man stets solide Bauten und billige Mieten gehabt. Die Folge von erhöhten Lasten ist natürlich eine Steigerung der Mieten. Sie wollen folgendes bedenken: Wenn gesagt wird, daß die Grundsteuer ganz gut eine Steigerung vertragen könne, so kommen Sie dahin, daß diejenigen, die gerecht denken, sagen: Wir wollen eine Grundsteuer überhaupt nicht mehr bewilligen.

Manche

Manche Familien müssen eine teure Wohnung wegen ihres großen Familienbestandes nehmen, und daß sie dadurch größere Lasten aus der Grundsteuer tragen sollen, ist eine Ungerechtigkeit gegenüber wohlhabenden Leuten, die mit ein paar Räumen auskommen können oder wollen. Ich mache auf andere Umstände aufmerksam, die in dieser Hinsicht ganz besonders steigernd wirken. Wir haben früher 2% Veränderungssteuer gehabt, heute werden 6% Grunderwerbssteuer erhoben. Wer ein Haus kauft, muß mit dem Erwerbspreise rechnen und später bei Bemessung der Mieten einen Ausgleich versuchen. Somit hat das Reich, das mit 4% an dieser Steuer beteiligt ist, vor allen Dingen die Schuld an der hierdurch bewirkten Steigerung der Mieten. Wir haben eine Zuwachssteuer, die den Grundbesitz ins Gebet nimmt, und seit dem 1. April haben wir eine 100prozentige Erhöhung der Kanalsteuer. Diese letztere ist schon früher einmal erhöht worden, und wir Grundbesitzer haben dazu

dazu nichts gesagt. Die Brandkassenbeiträge sind seit dem 1. April um das 6fache gestiegen, und auch das muß der Grundbesitzer aus seiner Tasche bezahlen, er kann sie den Mietern nur von dem Miettermin an, den ich vorhin genannt habe, anrechnen. Die Mietsteuer, die demnächst kommt, wird sehr viel ausmachen, sie wird nicht nur die Mieter, sondern auch die Grundbesitzer treffen. Dann werden Sie gehört haben, daß das Reichsministerium sich keinen Rat weiß zur Aufbringung all der ihm nötigen Mittel und daß man deshalb auf den Gedanken gekommen ist, daß eine Zwangshypothek an erster Stelle auf die Grundstücke eingetragen werden soll, und daß man zu dem Zwecke den Wert der Grundstücke auf das 6fache schrauben will. Selbstverständlich muß die Zwangshypothek verzinst werden, und die Zinsen müssen natürlich auch die Mieter mit aufbringen. ~~Die Hausbesitzer~~  
~~- wenigstens die organisierten - sind immer bereit gewesen, zu gleichen Teilen mit den Mietern~~  
die

~~te Lasten zu tragen, deshalb bitte ich das Wort~~  
~~abwälzen" nicht zu gebrauchen.~~ Die Hypotheken-  
insen sind allgemein in die Höhe gegangen, aber  
icht nur bei den Privaten, sondern auch bei den  
~~Staatsbanken, <sup>u. den öffentl. Sparkassen.</sup> trotzdem diese über reiche Mittel~~  
erfügen. Die Aussichten für eine mäßige Mieten-  
emessung sind also sehr ungünstig, bereiten Sie,  
err Nöll, Ihre Mieter nur schon darauf vor.  
lles das, was ich anführte, sind Sachen, die nicht  
n der Macht der Hausbesitzer stehen. Recht und  
illig ist es, zu sagen: Eine Abwälzung soll  
icht eintreten, aber zu gleichen Teilen sollen  
ir alle an den höheren Kosten teilnehmen. Des-  
alb lassen Sie bitte ab von dem Gebrauch dieses  
ortes „abwälzen“, ich kann mich tatsächlich  
arüber ärgern. (Zuruf.)

Die Stadt will Geld haben und muß Geld haben.  
ir haben in Anerkennung dieser Notlage gehandelt,  
ollen die Erhöhung für die Stadt bewilligen, aber  
achen Sie die Sache nicht zu scharf und lassen

Sie

Sie nicht einen Stand allein für die Allgemeinheit bezahlen. Herr Munte sagte, die Interessen der Allgemeinheit kommen zuerst in Betracht; ja, dann soll aber auch die Allgemeinheit teilnehmen an der Tragung der Lasten ! Das ist es ja, was wir erstreben. Haben wir denn keine anderen Quellen, um das Geld zu schaffen.<sup>2</sup> Scheinbar nicht, das Reichsministerium gibt sich die denkbarste Mühe, solche Quellen aufzufinden, und die Reichstagsabgeordneten auch. Aber ich glaube doch, es wären noch Quellen da. Mit einer gewissen Gerissenheit hätte man vor kurzer Zeit daran gehen können, Geld für die Stadt zu schaffen. - Wenn ich sehe, daß bei dem neuen Papiergeld für 25-Pfennigsscheine ~~mit~~ 5 Mark bezahlt werden, so sage ich mir, daß auch wir damit hätten für unsere Stadt Geld schaffen können. Sie können sich darauf verlassen, daß die Sammler für das Verschwinden ~~des~~ <sup>seiner Anteil</sup> Papiergeldes ~~sorgen~~ <sup>haben</sup> werden. Was die Händler verdienen, können auch wir vielleicht verdienen.

Dann

Dann denken Sie an die Wohnungsluxus-Steuer. Ich glaube nicht, daß sie viel einbringen wird, aber etwas wird sie doch bringen. Es sollen doch noch immer Wohnungen vorkommen, die ihrer Größe nach im Mißverhältnis zu der Zahl ihrer Bewohner stehen. Dann haben wir vor Jahren schon die Junggesellensteuer im Ernste erörtert, aber keiner wagt sich heute daran, das Reich nicht, der Staat nicht und die Gemeinde auch nicht. Ist es nicht klar, daß gegenüber der Lebenshaltung einer einzelnen Person ein Familienvater ungeheuer viel mehr bluten muß, wenn er einen Sohn hat, der studieren muß oder wenn er eine Tochter <sup>mitzuführen</sup> ~~zu ernähren~~ hat.<sup>2</sup> Wer über 15 000 M Einkommen hat und nur für seine Person zu sorgen hat, der kann sehr wohl eine besondere Steuer tragen. Warum wird das nicht im Ernst angegriffen ? (Zuruf: Alles wegen der Grundsteuer !) Alles das hängt miteinander zusammen.

Wenn ich meine Ausführungen zusammenfasse,

o habe ich zu sagen: Ich bin <sup>auf faß</sup> nicht in der Lage,  
~~obgleich ich das vorige Mal wegen der Notlage~~  
~~der Stadt einer Erhöhung der Grundsteuer vom 1.~~  
~~Oktober ab nicht entgegen gewesen bin, heute~~ der  
Erhöhung vom 1. April 1921 ab zuzustimmen. Wenn  
Herr Munte gesagt hat, er habe seinen Standpunkt  
gegenüber seiner vorigen Abstimmung geändert,  
so bleibe ich und meine engeren Freunde auf un-  
serem Standpunkte stehen und lehne die Erhöhung  
der Grundsteuer vom 1. April an ab.

Stadt v. S i e v e r s: Es ist beim lieben Gott schon Mode gewesen, daß er sich jedesmal gefreut hat, wenn ein Sünder Buße tut. Ich will nun nicht die Rolle des lieben Gottes spielen, aber ich möchte doch meiner Freude Ausdruck geben, daß Herr Möll eingesehen hat, daß eine Abwälzung der Steuer auf die Mieter erfolgen wird. Es scheint, daß die Mieter des Mietervereins ihm die Hölle heiß gemacht haben, sonst würde er nicht so viel Wert darauf gelegt haben, seine Meinung so deutlich zum Ausdruck zu bringen, und würde schon energischer beim vorigen Mal aufgetreten sein, ~~da~~<sup>wo</sup> er als Vertreter der Mieter die Grundsteuer bewilligen wollte.

Nun eine wichtigere Sache: Die Aufhebung des „Differenzbeschlusses“. Es ist zu bedauern, daß wir keine Protokolle über die gefaßten Beschlüsse vorliegen haben, sonst könnte ich nachweisen, daß von einem Differenzbeschluß nicht die Rede sein kann. Ein Differenzbeschluß hätte vorgelegen, wenn



Wenn wir als Stadtverordnetenversammlung den vorgelegten Etat angenommen hätte, und dabei den Beschluß gefaßt hätte: „Die Steuer soll erst eingezogen werden ab 1. Oktober“, und der Rat hätte gesagt, diesem Beschluß schließen wir uns nicht an. (Zuruf: So liegt es nämlich). Tatsächlich ist aber die Sache so gewesen, daß während der Beratung des Etats ein Antrag der bürgerlichen Seite zur Abstimmung gekommen ist, zu genehmigen, daß die Grundsteuer erst ab 1. Oktober erhöht werden solle, und daß der Herr Vorsitzende Frede gesagt hat: „Wer ist mit der Abänderung durch den Antrag Rasche dafür, daß der Etat angenommen werden soll?“ Diese Form ist gewählt, und das enthielt, daß der Rat diesem Beschluß beitreten kann oder nicht. Tritt er bei, so wird die Steuer vom 1. Oktober an erhöht, tritt er nicht bei, so bedeutet es, daß die gesamte Grundsteuer nicht genehmigt ist mit allem was daran ist. Der Rat kann nicht, wenn ein einheitlicher Beschluß da ist.

ist, sagen: „Zwar möchten wir einen Teil des Beschlusses einheimsen, den anderen Teil aber lehnen wir ab.“ Deshalb bin ich der Auffassung: Wenn wir Stellung nehmen zu der Frage, dann liegt die Sache nicht so, wie sie der Herr Oberbürgermeister auffaßt, wie es der Herr, der die Tagesordnung festsetzt und wie es Herr Munte und Herr Dr. Jasper auslegt, die betonen, ~~da~~ es handele sich nur um Festsetzung des Zeitpunktes für den Beginn der erhöhten Steuer, sondern es handelt sich darum, ob die Steuer als Steuer erhoben werden soll oder nicht. Nur dazu allein hat der Rat der Stadt Stellung zu nehmen. Er kann allerdings sagen: „Wir lehnen ab,“ und dann ist die Steuer erledigt, wenn der Rat nicht seinen Standpunkt revidiert. Deshalb liegt auch kein Differenzbeschluß vor; die Städteordnung kennt diesen Ausdruck Differenzbeschluß wohl garnicht. <sup>- wie im Urtheil</sup> Es gibt aber ein ~~n~~ § 105, welcher dem Rate das Recht gibt, daß er Beschlüssen der Stadtverordneten, welche das Wohl der Stadt gefährden, die Ausführung

run

ung versagen, und wenn die Stadtverordneten bei ihrem Beschlusse beharren, der Staatsbehörde Anzeige davon machen kann. Ich glaube aber nicht, daß der Rat der Stadt gerade bei dem hiesigen Ministerium, das wie kein anderes Ministerium, welche Zusammensetzung es auch haben möge, durchaus nicht geneigt ist, der Selbstverwaltung der Gemeinde irgendwie zu nahe zu treten, Gegenliebe finden würde, wenn er sagen würde: „Tut ihr etwas, damit wir als Rat der Stadt vom 1. Oktober oder 1. April unsere Steuer so einbekommen, wie wir wollen.“ Es ist also nicht abzustimmen über den Zeitpunkt, sondern die Frage lautet: „Erheben wir eine Grundsteuer oder erheben wir sie nicht.“ Aus grundsätzlichen Bedenken und aus der vollen Klarheit, daß die Steuer bombensicher abgewälzt wird, lehne ich ab, dieser Steuer zuzustimmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Wir müssen uns richten nach dem Rückschreiben, das uns seitens der Stadtverordnetenversammlung auf unseren Antrag geworden ist, und darin ist gesagt, daß der Erhöhung der Steuer vom 1. Oktober an zugestimmt wird. An sich ist die Erhebung der Grundsteuer von den Stadtverordneten nicht beanstandet. Wir haben seit Jahrzehnten Grundsteuern erhoben und ich frage Sie alle: Wer von Ihnen hat wollen, wie der Herr Vorredner ausgeführt hat, daß ~~dem Rat~~ die ganze Grundsteuer abgelehnt wird? (Zuruf Sievers: Wir, Herr Oberbürgermeister!) Ich glaube kaum, daß eine Mehrheit dafür in der Stadtverordnetenversammlung vorhanden gewesen ist. Der Vorsitzende der Versammlung hat an den Rat zurückgeschrieben, daß der Erhebung der Gemeindegrundsteuer in Höhe von 25% des Grundsteuermkapitals zugestimmt und der Antrag Rasche angenommen sei, nachdem die Erhebung der Grundsteuer in der beabsichtigten Höhe

Höhe erst von 1. Oktober d.J. an geschehen soll .  
Daran anschließend hat der Rat seine heutige  
Vorlage eingebracht.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich verkenne die schwierige Lage des Grundbesitzes in der heutigen Zeit durchaus nicht; als Steuerdezernent habe ich mich manchmal davon überzeugen können, wie ungünstig mancher Hausbesitzer im Kampf ums Dasein dasteht. Ich glaube aber behaupten zu können : Wenn irgend ein Zeitpunkt ungünstig gewählt ist, um ~~diesmal~~ im Streit um die Vorschläge des Rates der Stadt, die Sache auf die Spitze zu treiben, so ist es dieser. Sie wollen nicht nur die ungünstige Finanzlage der Stadt bedenken, die der Herr Oberbürgermeister überzeugend und ohne Schwarzmalerei geschildert hat, sondern auch noch zwei andere Umstände. Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß unsere Landesregierung eine Reform der Grundsteuer im allgemeinen plant, und ich habe mich deswegen sehr über

die

die Ausführungen des Herrn Nessenius gefreut, der nach der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert verlangte, welcher Steuerart sich der Rat der Stadt schon ~~aus~~ im Grunde geneigt gezeigt hat und der auch Herr Frede, wie wir heute gehört haben, durchaus nicht mehr so abgeneigt ist. Und dann, meine verehrten Herrschaften, wollen Sie nicht vergessen, daß wir ein Reichsmietengesetz zu erwarten haben, das schon dem Reichstag vorliegt, aber leider wegen Überbürdung dieser Körperschaft mit Beratungsstoff noch nicht hat verabschiedet werden können. In diesem Gesetz wird die Abwälzungsfrage, die eine Machtfrage ist und am letzten Ende vom Mieteinigungsamt entschieden werden muß, erschöpfend geregelt werden. Das wird höchstwahrscheinlich noch im Laufe dieses Jahres geschehen, sodaß ein Streit darum müßig sein würde

würde. In diesem entscheidenden Augenblick einen Konflikt zwischen Rat und Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen, müßte ich angesichts des guten Verhältnisses, das solange zwischen uns geherrscht hat, für verhängnisvoll halten. Als ich 1890 in den Magistrat der Stadt eintrat, war gerade ein ähnlicher Konflikt glücklich beigelegt, und seitdem sind 30 Jahre vergangen, ohne daß eine Katastrophe gedroht hätte wie jetzt, wenn wir uns nicht einigen und der Rat nicht anders kann, als das Ministerium anrufen.

Nun noch einen Gesichtspunkt, der bei manchen der verehrten Herrschaften, die bis jetzt gegen die Verwilligung vom 1. April sind, nicht <sup>ge-</sup>un~~er~~hört verhallen wird. Sie haben gehört, daß eine Erhöhung der Armenunterstützungssätze nötig erscheint. Ich habe einen Anschlag

ge-



gemacht, wie hoch die Ausgaben sich belaufen würden, wenn wir dem Antrage der Frau Graf folgten, der eine Erhöhung der Sätze für Erwachsene von 60 auf 100 M und eine entsprechende Erhöhung d für die Familienmitglieder wünscht. Wenn wir auch nicht so weit gehen wollten, die hierfür nötige Summe von 800 000 M auszusetzen, und nur auf eine Erhöhung der Sätze bis zu 80 M gingen, so würde das eine Erhöhung um 480 000 M bedeuten. Der Betrag, um den es sich heute bei der Grundsteuer handelt, ist 620 000 M. Wenn Sie die uns versagen würden, wüßte ich beim besten Willen nicht, wie die Deckung geschaffen werden sollte für den Antrag Graf oder auch nur für eine in etwas bescheidenen Grenzen sich haltende Erhöhung der Armenunterstützungssätze. Ich denke, daß in dieser schweren Stunde solch eine Begründung wohl von dem einen oder anderen von Ihnen gehört werden wird.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich gebe Herrn Sievers ohne weiteres zu, daß die Abstimmung über die Grundsteuer in der letzten Stadtverordnetenversammlung etwas eigenartig gewesen sein mag; es ist nicht über den weitergehenden Antrag des Rats zuerst abgestimmt, sondern gleich über den Antrag Rasche. Es ist dementsprechend auch an den Rat geschrieben worden, aber keiner in der Versammlung ist wohl darüber zweifelhaft, daß dieses dem Mehrheitswillen der damaligen Versammlung entsprochen hat, nämlich daß die Grundsteuererhöhung erst vom 1. Oktober ab in Kraft treten sollte. Es ist müßig, diese Geschäftsordnungsfrage noch weiter auszuspinnen. Ich halte es im Gegensatz zu Herrn Sievers auch für müßig, die Frage, ob ein Differenzbeschluß vorliegt, auszuspinnen, weil Herr Sievers ~~selbst~~ selber zugibt, ~~weil~~ *daß* die

die Formalität des Differenzbeschlusses bei uns anders liegt als in Preußen, von wo dieser Ausdruck übernommen ist. Es handelt sich für uns gegenwärtig um die Frage, daß der Rat beantragt, wir möchten über den damaligen Beschluß hinaus <sup>auch</sup> ~~noch~~ <sup>für</sup> dieses halbe Jahr ~~auch~~ diese Steuer bewilligen. Das ist der Inhalt der Vorlage, die den Gegenstand der Tagesordnung bildet und die der Herr Berichterstatter anzunehmen befürwortet. Ob eine Differenz ~~best~~ entstehen wird, ob der Rat das Ministerium anruft, ob er es anrufen kann, ob die Voraussetzungen des § 106 gegeben sind, wie das Ministerium sich dazu stellen wird, das sind Dinge, die uns gar nicht zu beschäftigen brauchen. Das sind künftige Sachen, für heute handelt es sich darum : Wie wollen wir uns zu der Frage stellen : Soll die Grundsteuer auch

auch für dieses halbe Jahr erhöht werden, vom 1. April bis 30. September d.J., und da glaube ich - das möchte ich Herrn Nöll sagen - daß die Ausführungen des Herrn Frede jeden, der nicht die berüchtigte Abwälzung auf die Mieter haben will, dazu bringen muß, diesem Antrage des Rats zuzustimmen, denn dann werden wir mit unserm heutigen Beschlusse nicht die Mieter belasten, sondern ~~ja~~ allein die Hausbesitzer und werden damit die gesamten Steuerzahler, die sonst die gesamten Steuern aufbringen müssen, entlasten. Ich hatte in der vorigen Versammlung den Eindruck, daß auch die Angehörigen der kommunistischen Partei dieser Überzeugung in gewissem Umfange zugänglich waren, denn es war eine Einheitsfront in der Abstimmung : links 15 und rechts 15 mit dem Vorsitzenden, der bürgerlich ist, als den die

Ent-

Entscheidung ~~gebenden~~ gebenden, die denn auch nach der bürgerlichen Seite hin ausschlug. Jetzt scheint Herr Sievers wieder auf den grundsätzlichen Standpunkt zurückzukommen, ohne zu beachten, daß es sich nicht um eine grundsätzliche Entscheidung handelt, sondern darum : Was soll mit der Steuer dieses halben Jahres werden ? Die bekommen die Mieter nicht aufgewälzt, also können wir das bewilligen, und ich möchte auch Herrn Nöll bitten, aus diesem Grunde zuzustimmen. Daß die Stadt die Mittel dringend nötig hat, unterliegt wohl keinem Zweifel. Der Berichterstatter hat gesagt, es wäre inzwischen das Defizit auf 8 Millionen Mark erhöht. Das war aber nur eine Berechnung, die ich als Berichterstatter für den Haushaltsplan zum besten gegeben habe in Rücksicht auf die Aufwendungen, die schon damals beschlossen waren an Löhnen, Gehältern usw. Nun sind noch

neue

neue Aufwendungen notwendig geworden - Herr Stadtrat von Frankenberg hat darüber schon Andeutungen gemacht, und so werden alle die Vorschläge, die Herr Frede über neue Steuern gemacht hat, noch zum Zuge kommen können. Ich glaube, daß wir notwendigerweise noch Steuern bewilligen müssen, verzichte aber, heute auf diese Steuerpläne im einzelnen einzugehen. Wenn Sie dann so bewilligungseifrig sind wie heute, Herr Frede, dann mag es sein, daß wir die Mittel schaffen, die notwendig sind.

Herr Frede hat noch gemeint, die Beispiele der anderen Städte zögen nicht. Es mag sein, daß die Grundsteuern dort anders geartet sind, aber es steht fest, daß in einer ganzen Reihe braunschweigischer Städte die Grundsteuern erheblich höher gewesen sind und noch sind, als sie es jetzt hier werden sollen. Daß

dieses

dieses Moment bei der Verteilung der verschiedenen Ausgleichsfonds seitens des Staates nicht ganz ohne Einfluß sein kann, hebt der Rat nicht mit Unrecht hervor. Es handelt sich also nicht nur um 600 000 M., die auf leistungsfähige Schultern gelegt werden sollen, sondern auch um Abwendung der Gefahr, daß wir bei Verteilung der Gaben im Lande zu kurz kommen, wenn das Land sagen sollte : Die anderen Städte sind notleidender, sie kommen mit ihren Steuern nicht aus und müssen mehr Zuwendungen haben. Ich bitte dringend, dem Antrage des Rates zuzustimmen, im übrigen aber die Frage des Differenzbeschlusses der Zukunft zu überlassen.

Stadtv. F a y : Herr Frede hat uns vorhin in längeren sehr interessanten Ausführungen die Nöte der Hausbesitzer dargelegt und Hilfe durch die Junggesellensteuer angerufen. Ich glaube nicht so recht an die große Not der Hausbesitzer und könnte in vielen Punkten den Darlegungen des Herrn Frede entgegentreten, um der Allgemeinheit ein klares Bild zu geben. Es ist nicht angängig, hier öffentlich zu sagen, daß die Mieten in Braunschweig nur eine geringe Höhe haben. Es geht damit, wie mit den Indexzahlen, die auch zu der irrtümlichen Auslegung Veranlassung gegeben haben, Braunschweig sei die viertteuerste Stadt in Deutschland. In der Erhöhung, in der Differenzierung war es so, und ebenso ist es mit den Mieten. Braunschweig wird nicht mehr so glänzend mit seinen Mieten ~~mehr~~ dastehen, wenn wir das ins Auge fassen.

Nun



Nun zu unserem Tagesordnungspunkt. Wir wissen alle, daß der Stadtsäckel eine große Leere aufweist, wissen ferner, daß der Rat als guter Verwalter alles aufbieten wird, um ihn nach Möglichkeit zu füllen und gefüllt zu erhalten. Der Herr Oberbürgermeister hat uns das Bild der städtischen Finanzen mit besonderer Schärfe vor Augen geführt, und als ich in der letzten Stadtverordnetensitzung voraussehen konnte, daß die Grundsteuer nur zu umgehen sein würde, dadurch, daß man das Defizit der Stadt wegschafft durch Belastung einer Gruppe, die diese <sup>nicht so gut</sup> ~~nicht so gut~~ zu tragen vermag, habe ich der Steuererhöhung vom 1. Oktober ab zugestimmt, weil ich verhindern wollte, daß die Steuer auf die wirtschaftlich schwächeren Teile der Bevölkerung abgewälzt würde. Nun bin ich Herrn Frede dankbar, daß er offenherzig erklärt

hat

hat, die Erhöhung der Grundsteuer für das erste Halbjahr könne nicht abgewälzt werden, und deshalb würde ich heute dafür sein, daß sie vom 1. April ab erhöht wird.

Stadtv. N ö 1 1 : Nur einige kurze Erwiderungen.  
Die Ausführungen des Herrn Frede waren wohl in-  
teressant, aber daß die Not unter den Hausbe-  
sitzern so groß wäre, ist mir nicht bekannt ge-  
worden. Ich habe schon ausgeführt, daß die Haus-  
besitzer instande sind, die Steuer besser tragen zu  
können als die anderen. Was Herr F r e d e  
über die Abwälzung der Grundsteuer gesagt hat,  
erscheint mir als ein Spiel mit Worten. Die we-  
nigsten Verträge sind so gefaßt, daß für die  
Abwälzung der Nebenabgaben kein Raum ist. So  
sehen z. B. die Verträge des Haus - und Grund-  
besitzervereins diese Abwälzung vor. Aus diesen  
Gründen kann ich mich nicht für die Steuer entschlie-  
ßen. Es bleibt für mich die Tatsache bestehen, daß die  
Mieterschaft die Steuer tragen muß. Herr Frede sagt:  
Der Ausdruck abwälzen klingt nicht gut. Ja,

wenn

wenn man aber  $\frac{1}{8}$  der Lasten selber trägt und  $\frac{7}{8}$  davon andere tragen läßt, so ist das doch tatsächlich eine Abwälzung .

Herr Sievers war so liebenswürdig, mich deshalb zu loben, weil ich heute nach seiner Meinung eine andere Auffassung über die Grundsteuer habe als in der vorigen Sitzung. Ich weiß nicht, ob Herr *S i e v e r s* in der vorigen Sitzung meinen Worten richtig zugehört hat. Wenn er meine Worte damals nicht verstanden hat oder nicht richtig aufgefaßt hat, so kann ich ihm heute sagen: Mein Standpunkt ist genau derselbe wie in der vorigen Sitzung. Ich kritisiere nicht, wie er gegenüber seinen Wählern auftritt, und kann dasselbe wohl auch von seiner Seite erwarten. Das möchte ich ihm erwidern.

Stadtv. F r e d e : Herr Sievers meint, der Vorsitzende stelle die Tagesordnung auf und so wäre ich verantwortlich für den Wortlaut des Punktes der Tagesordnung, der hier zur Erörterung steht. Es mag sein, daß ich verantwortlich bin, wenigstens dem Namen nach, de facto aber kann ich die Verantwortung nicht auf mich nehmen. Ich bekomme die Tagesordnung mit einer Unmenge von Schriftstücken zur Unterschrift, und wenn ich da prüfen wollte, ob alle diese Schriftstücke richtig abgefaßt sind und die Titel der Tagesordnung eine korrekte Fassung haben, dann würde ich dazu eine Zeit gebrauchen, die mir nicht zur Verfügung steht. Es ist gegen meine Auffassung der Punkt in der Tagesordnung in dieser Fassung ausgedrückt. Es handelt sich meines Erachtens nicht um Festsetzung des Zeitpunktes für das Inkraft-

treten

treten der erhöhten Grundsteuer, sondern ich bin der Meinung, daß der Rat gesagt hat : Wir treten dem Beschlusse der Stadtverordneten nicht bei, wollen die Sache noch einmal vor die Stadtverordneten bringen und nochmals besprechen. Deshalb steht, wie ich meine, die ganze Sache noch einmal zur Erörterung. Ich glaube, daß wir heute über die Erhöhung noch einmal abstimmen müssen, denn mit der Ablehnung des Rates ist die ganze Materie noch einmal aufgerollt. Der Rat kann nicht sagen : Ich wähle mir von dem Beschlusse das eine aus und das andere stoße ich ab. ~~Wenn die Erhöhung bewilligt wird, müssen wir auch über den Zeitpunkt abstimmen.~~

Herr Fay irrt sich, wenn er sagt, daß die Indexziffer für Braunschweig so lange gering gewesen ist. Daß die Kosten der <sup>Lebenshaltung</sup> ~~Lebenshaltung~~ hier bisher nicht hoch waren, das hat gerade haupt-

hauptsächlich an den niedrigen Mieten gelegen, und das weiß ich nicht von einem Hausbesitzer, sondern von einem Steuerinspektor, der in meinem Hause wohnt und aus dem ~~städtl~~ statistischen Amt die Nachricht hat, daß in bezug auf die Mieten unter den Großstädten Braunschweig an letzter Stelle steht.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Es scheint jetzt so, als ob auch Herr Frede der Ansicht ist, daß die ganze Grundsteuerfrage von neuem zur Erörterung steht. Ich kann dieser Auffassung nicht beitreten. Ich habe leider das Rückschreiben nicht hier, aber ich erinnere mich deutlich, daß darin gesagt wird : Es wird der Erhöhung vom 1. Oktober an zugestimmt, d.h. daß die Erhebung in der bisherigen Höhe überhaupt nicht in Frage gezogen ist.

Ich muß mich auch dagegen wenden, daß Herr Stadtverordneter Dr. Jasper gemeint hat, es sei heute nur die Frage zu erörtern, ob die erhöhten Steuern von dem früheren Zeitpunkt ab zu zahlen seien. Wir haben ausdrücklich im Schlußpassus unseres Anschreibens gesagt :

„Wir sind der Ansicht, daß der obengedachte Beschluß der Stadtverordneten das Wohl der

Stadt



Stadt gefährdet, und ersuchen daher gemäß § 105 der Städteordnung die Stadtverordneten ergebenst, die Angelegenheit gefälligst nochmals zu erwägen und der Erhebung der erhöhten Grundsteuer schon vom 1. April d.J. an zustimmen zu wollen. "

Das kann meiner Ansicht nach gar nicht anders aufgefaßt werden, als dass ~~zwe~~ der Rat hiermit das in § 105 erwähnte Verfahren eingeleitet hat. Der Rat hat diesen Beschluß gefaßt. Wenn Sie unserm Beschlusse nicht stattgeben sollten, würden wir Sie ersuchen, Ihren Beschluß zu motivieren, damit wir diese Sache dem Ministerium unterbreiten, und das Ministerium müßte entscheiden. Wir haben ausdrücklich auf Einleitung des Verfahrens hingewiesen, hoffen aber, daß wir uns verständigen und damit das Verfahren überflüssig wird.

Stadtv. S i e v e r s : Ich muß es ablehnen, wenn Herr Stadtrat von Frankenberg bei Behandlung dieser Frage eine Angelegenheit zur Sprache bringt, die hier nicht hingehört, wenn er die Erhöhung der Armenunterstützung davon abhängig machen will, daß die Erhebung der erhöhten Grundsteuer vom 1. April bis 1. Oktober angenommen wird. Es ist klar ausgesprochen, daß die Summe, die erhoben werden soll, nicht den Armen zugute kommen soll, sondern daß man davon den reichen Leuten, die der Stadt Geld geliehen haben, ihre Zinsen zu geben beabsichtigt. Dazu wird das Geld genutzt : die Summe ist ausdrücklich verlangt, um das Defizit der Stadt zu beheben. Die Situation ist doch etwas ernster, als Sie angenommen haben; es ist ~~die~~ *bezeichnend* Situation, daß man keine Anstalten macht - worauf man doch sonst so großen Wert legt - einmal die Frage zu prüfen, wie die Sache des

*von Rechts wegen*

~~des Rechts~~ steht. Die Sache ist immer verwirrt geworden. Bei einem neuen Beschluß in dieser Sache würden wir unsererseits nicht zustimmen, weil das die Zustimmung zu einer Grundsteuer überhaupt bedeuten würde. Wenn der Rat bei seinem Einspruch bleibt, so lehnen wir die Zustimmung zur Erhebung der Steuer überhaupt ab. Anders lag die Sache bei unserer vorigen Abstimmung, wie Herr Dr. Jasper <sup>nicht</sup> erkannt hat, nämlich daß wir Verständnis dafür haben, wenn es sich darum handelt : Sollen wir die Steuer für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober bewilligen. Das habe ich schon vorhin gesagt. Wenn der Rat ein neues Ding in die Welt setzen würde für die Zeit vom 1. April bis 30. Oktober d.J. dann würden wir zustimmen können (Zuruf Munte : Dann sind wir ja einig !) Wir sind gar nicht einig. Nur wenn der Rat der Stadt

den

den Einspruch gegen den Beschluß § der Stadt-  
 verordnetenversammlung aufgibt, den Beschluß  
 der Stadtverordnetenversammlung anerkennt und  
 eine neue Vorlage macht auf Erhebung einer  
 neuen Steuer vom 1. April bis 1. Oktober, dann  
 wäre es uns möglich, dieser Steuer zuzustimmen.  
 Wo aber der Herr Oberbürgermeister aufs neue  
 betont hat, daß der Rat etwas <sup>inszenieren</sup> ~~in die Welt setzen~~  
 will, was seit 1890 nicht passiert ist, haben  
 wir nicht Veranlassung, eine allgemeine Ver-  
 brüderung und Verständigung mit herbeizuführen,  
 die vollständig im unklaren läßt, wie es mit dem  
 angedrohten Differenzbeschluß ist und wie es  
 mit den knifflischen Fragen ist, die der Rat nur  
 aufgestellt hat, um Sie gruselig zu machen.  
 Nun gerade legen wir Wert darauf, daß wir klar  
 sehen, was aus diesem Differenzbeschluß, den  
 der Rat zurächt konstruiert hat, wird. Es

kommt

kommt nicht darauf an, was in dem Rückschreiben des Vorsitzenden steht, sondern darauf, was für Beschlüsse wir gefaßt haben. Es kann nicht maßgebend sein, wenn Irrtümer in der Fassung des Beschlusses vorliegen - aber Sie stützen sich darauf. Es ist kein Widerspruch erhoben, daß die Abstimmung so gewesen ist, wie ich sie geschildert habe, und darauf begründe ich meinen <sup>Auffassung</sup>~~Widerspruch~~.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Die Unterbreitung der Sache an das Ministerium scheint Herr Stadtverordneter Sievers durchaus nicht haben zu wollen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß in <sup>neueren Jahren mehrfach</sup> ~~einer Verfügung des Ministeriums~~ ~~darauf aufmerksam gemacht ist, daß in solchen~~ ~~wichtigen Punkten~~ <sup>dem</sup> ~~das Ministerium sich die~~ <sup>vorbehalten ist</sup> ~~Entscheidung selber vorbehält~~, daß also die Beschlüsse der städtischen Behörden in solchen Sachen ohne ministerielle Genehmigung nicht gültig sind. Es bleibt uns demnach nichts anderes übrig, wenn nicht die andere Auffassung noch durchdringt, als daß das Ministerium dekretiert : „So wirds gemacht!“

Stadtv. M u n t e : Die Verhandlungen dehnen sich immer weiter aus, und das ist nicht erwünscht. Ich möchte erwähnen, daß nach dem Wechsel des Präsidiums die Ordnung unserer Versammlung in einem Punkte nicht richtig beobachtet worden ist, indem Herrn Sievers zum dritten Mal das Wort erteilt worden ist. Dreimal zu derselben Sache sprechen zu dürfen, ist bisher in unserer Versammlung nicht üblich gewesen. Wir haben schöne Reden genießen müssen, haben aber nichts Neues daraus gehört, und die juristische Qualität des Herrn Sievers brauchen wir nicht erst noch kennen zu lernen; wir wissen schon, daß er schon ein paar Mal damit hereingefallen ist. (Zuruf Sievers : Wo denn, Herr Munte ?)

V o r s i t z e n d e r : Ich hatte  
tatsächlich übersehen, daß Herr Sievers schon  
zweimal gesprochen hatte, sodaß er zum dritten  
Mal das Wort erhielt.



Stadtv. M ä d g e : Meine Damen und Herren ! Ich glaube, es ist in diesem Falle unbedingt nötig, daß wir uns darüber ganz klar werden, welche Bedeutung die Stellungnahme zum Antrage des Rates hat, ehe wir in eine Abstimmung eintreten. Ich muß erklären, daß ich im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper und im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters auf dem Standpunkt stehe, daß Herr Sievers mit seiner Ansicht im Rechte ist. Die Sache liegt so : Es ist ein Beschluß gefaßt in Beziehung auf die Grundsteuer und dabei ist die Grundsteuer ausschließlich in der Form bewilligt, daß die erhöhte Grundsteuer von dem genannten Zeitpunkt ab bewilligt worden ist. Man kann schlechterdings nicht in der Weise trennen, daß man sagt : Dieser Beschluß enthält implicite zwei Beschlüsse,

1. den einen : die alte Grundsteuer ist wie früher bewilligt ab 1. April für das laufende Jahr, und 2. den davon getrennten Beschluß : vom 1. Oktober an ist die neue Steuer bewilligt. Wenn jetzt der Beschluß umgestoßen werden soll, dann muß über den ganzen Umfang der Grundsteuer abgestimmt werden. Das würde zur Folge haben, daß, wenn ein ablehnender Beschluß erfolgt, die Grundsteuer überhaupt nicht vorliegt. Da das dem Mehrheitswillen der Stadtverordneten nicht entsprechen würde - denn die Mehrheit der Stadtverordneten will selbstverständlich Grundsteuern bewilligen, will sogar gewisse Zuschläge noch bewilligen - , möchte ich anheimgeben, zu überlegen, ob es nicht zweckmäßig erscheint, in Rücksicht auf diese Sachlage den Beschluß etwas anders zu formulieren und der Stadtverordnetenversammlung getrennte

Fragen

Fragen vorzulegen, damit die Beantwortung die erforderliche Klarheit ergibt. Ich glaube, wenn man ohne weiteres zu dem früheren Beschluß Stellung nimmt, wird sich kein klares Ergebnis zeigen. Es hat sich gezeigt, daß die Auffassung § der Stadtverordneten von der Tragweite des Beschlusses eine vollständig verschiedene ist. Aus dem Beschluß ergibt sich nicht klar, welchen Willen die Leute hatten, die abgestimmt haben. Ich fordere, daß vor ~~einig~~/ einer nochmaligen Abstimmung die nötige Klarheit geschaffen wird.

Sodann hat Herr Frede erklärt, es käme nicht in Frage, daß die erhöhten Grundsteuern auf die Mieter mit abgewälzt würden. Das ist nach meiner Auffassung für viele Fälle unzutreffend. Es besteht tatsächlich eine ganze Reihe von Verträgen - ich habe das heute auch

noch

noch von anderer Seite gehört - , die es durchaus möglich machen, eine nachträgliche Erhöhung der Grundsteuer den Mietern mit aufzubürden; es kommt das auf den Inhalt des Vertrages an. Ob das nun ein Grund ist, für oder gegen die Steuer zu stimmen, muß dem einzelnen überlassen bleiben; ich wollte das nur zur Klarstellung vorgebracht haben.

Stadtv. L e h n e r t : Ich glaube bestimmt, wenn in der vorhergehenden Sitzung der Herr Vorsitzende hätte darüber abstimmen lassen, ob der Betrag der Grundsteuer auf 25 % erhöht werden sollte, also 100 % mehr als im Vorjahre, dann wäre die Mehrheit dafür gewesen. Da dieses nicht geschehen ist, möchte ich bitten, die Sache nochmals an den Rat zurückzuweisen.

Stadtv. M u n t e : Als Berichterstatter habe ich das Schlußwort zu sprechen - ich rede also nicht das dritte Mal nur in dieser Eigenschaft. (Zuruf Sievers : Das wird eine Erholung für mich; dann brauche ich nicht so viel aufzupassen. Sie reden ja in 5 Sätzen immer dasselbe.)

Es tut mir leid, daß Herr Frede seinem Mißfallen darüber Ausdruck gegeben hat, daß ich heute gegenüber dieser Steuererhöhung einen anderen Standpunkt eingenommen habe als das vorige Mal, ich glaube aber, meinen Standpunkt genügend dahin präzisiert zu haben, daß ich das lediglich im Interesse der Stadt getan habe. Ich möchte also nochmals dafür eintreten, daß die höhere Grundsteuer nicht erst vom 1. Oktober an, sondern schon vom 1. April an eingezogen wird. Daß die Grundsteuer überhaupt zur Erhebung kommt, das ist in dem Rückschreiben an

den

den Rat klar zum Ausdruck gekommen, aber je mehr Juristen zu der Sache sprechen - Herr Dr. Röpke hat den Kopf geschüttelt, als Herr Mäde gesprochen hat und Herr Sievers schüttelt den Kopf, wenn Herr Dr. Jasper spricht - , um so weniger können wir durch die Sache durchfinden. Wenn wir nun einmal nicht einen so scharfen Verstand haben, dann müssen Sie uns so genießen, wie wir einmal sind. Wenn der Rat jetzt plötzlich den Antrag stellen könnte, daß die Stadtverordnetenversammlung ersucht wird, die erhöhte Einziehung der Grundsteuer für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober zu bewilligen, dann hätten wir auch die Kommunisten für diesen Antrag.

Ich halte im Interesse der Stadt es für richtig, der erhöhten Grundsteuer für das ganze Jahr zuzustimmen.

Stadtv. M ä d g e : Ich möchte bitten, vor der Abstimmung eine kurze Pause eintreten zu lassen. Es würde doch zweckmäßig sein, daß die einzelnen Fraktionen zu der Frage nochmals Stellung nehmen und sich jeder vergewissern kann, welchen Eindruck die Debatte auf den einen oder anderen ausgeübt hat.



Stadtv. Dr. J a s p e r : Es ist sonst bei Fraktionsbildungen an sich nicht ausgeschlossen, daß ~~d~~ sie sich zu besonderen Beratungen zurückziehen. Ich glaube aber, auch die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft wird sich jetzt über diese Frage genügend orientiert haben. Ich wittere in dieser Sonderberatung etwas anderes, was mich an den ~~vorigen~~ Landtag erinnert, und da ich ein gebranntes Kind bin, das das Feuer scheut, so bitte ich, diesen Antrag abzulehnen.

Der Antrag Mädege auf kurze Unterbrechung der Sitzung wird abgelehnt. (17 : 16 Stimmen)

Für die Rückverweisung an den Rat der Stadt stimmt die Mehrheit (19 Stadtverordnete).

Herr Stadtv. F r e d e übernimmt den  
V o r s i t z wieder.

29. Erhöhung der Schulgeldsätze an den  
gehobenen städtischen Schulen.

V o r s i t z e n d e r : Ich bemerke, daß  
materiell die Bewilligung dieser neuen Sätze  
schon erfolgt ist, indem wir anläßlich der Etat=  
beratung die Sätze angenommen haben. Es kommt  
heute nur auf Grund des neuen Statuts, das  
jetzt genehmigt ist, dieser Punkt zur Beratung.  
Es handelt sich also um eine rein formelle  
Sache.

Stadtv. S t e g m a n n : Nach diesen Ausführungen des Herrn Vorsitzenden kann ich mich ganz kurz fassen. Es handelt ~~zu~~ sich nur um eine Formalität. Sie wünschen jedenfalls nicht, die Sätze noch einmal zu hören, die wir schon früher angenommen haben.

- Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten unter Bezug auf die Vorverhandlungen,
1. sich mit der Erhöhung der Schulgeldsätze in der Weise einverstanden zu erklären, wie sie in der Vorlage vom 31. Januar d.J. vorgeschlagen waren, jedoch mit der am 14. Juli von den Stadtverordneten empfohlenen Ergänzung, daß das Schulgeld für ortsfremde Kinder der beiden Mittelschulen von 172 M auf 300 M jährlich erhöht wird,
  2. dem Inkrafttreten dieser Änderungen vom 1. April d.J. ab rückwirkend zustimmen

zu

zu wollen.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorlage befaßt und ersucht Sie, den Ratsanträgen zuzustimmen.

Die Versammlung entspricht dem Antrage  
des Finanzausschusses.

(Punkt 29)

30. Ankauf einer Schreibmaschine für die  
Kriegsfürsorgestelle.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Die Kriegsfürsorgestelle wünscht zur Ausführung ihrer schriftlichen Arbeiten eine neue Schreibmaschine zu erhalten. Sie ist zwar schon im Besitz einer alten Underwood-Schreibmaschine, die beim Ankauf 175 M gekostet hat, jetzt aber vollständig abgearbeitet ist. Erst im Frühjahr ist sie repariert, und es sind dadurch 328 M Kosten entstanden, nun aber wird schon wieder eine Reparatur notwendig, die 300 - 400 M kosten würde, ohne daß die Maschine dadurch auf längere Zeit gebrauchsfähig bliebe. Nun hat der Lieferant dieser alten Maschine der Stadt eine neue Adlermaschine, die 3700 M kostet angeboten und sich bereit erklärt, die alte Maschine zu dem Anschaffungspreise von 175 M in Zahlung zu nehmen

und

und ferner auf Zahlung der erwähnten Reparaturkosten aus dem Frühling zu verzichten, sodaß für die neue Maschine nur 3196,40 M zu bewilligen sind.

Der Finanzausschuß bittet, der Anschaffung dieser Maschine für die Kriegsfürsorgestelle zuzustimmen.



Dem Antrage des Finanzausschusses  
stimmt die Versammlung zu.

(Punkt 30.)

31. Bewilligung von Mitteln für Instand-  
setzungsarbeiten im Gebäude der Drogisten-  
akademie.

Stadtv. T o s t m a n n : In dem eichenen Riemenfußboden des großen Laboratoriums der Drogistenakademie hatten sich im März d.J. an verschiedenen Stellen Schwammbildungen gezeigt. Es mag möglich sein, daß bei der Benutzung der Wasserabgüsse und Wasserhähne nicht vorsichtig genug umgegangen ist, es ist aber festgestellt, daß die Abgüsse mit der Zeit schadhaft geworden sind, und weil sie mit Holzkasten und -mantel umgeben sind, hat das nicht rechtzeitig beobachtet werden können. Der Fußboden hat an diesen Stellen weggenommen werden müssen und ist durch Estrich ersetzt worden, was eine Ausgabe von 10 527,55 M verursacht hat. Die Reparaturen sind schon ausgeführt, denn sie

sie durften nicht hinausgeschoben werden, weil es sich um Schwammbildungen handelte. Der Rat der Stadt bittet, diese Ausgabe nachträglich zu genehmigen. Im Auftrage des Bauausschusses bitte ich, diesem Antrage nachzukommen.

271

Die verausgabte Summe wird nachträglich  
bewilligt.

(Punkt 31)

### 32. Erhöhung der Tagegelder und Übernachtungskosten für die städtischen Beamten.

Stadtv. S t e i n e r t : Nachdem das Staatsministerium seinen Beamten vom 1. Juni d.J. ab die bei Dienstreisen zu gewährenden Tagegelder und Übernachtungskosten erhöht hat, fühlt sich der Rat der Stadt bewogen, zu beantragen, auch die Sätze der städtischen Beamten in diesem Sinne zu erhöhen. Der Staat teilt seine Beamtenschaft in dieser Beziehung in 4 Abteilungen, während der Rat der Stadt nur 2 Abteilungen zu machen vorschlägt, und zwar

- 1) die im § 37 unter 1 des städtischen Verwaltungsstatuts Bezeichneten - hierzu gehören die Mitglieder des Rates der Stadt, die Direktoren usw. und
- 2) alle übrigen Beamten.

Die <sup>er</sup>erstbezeichneten sollen bei Dienstreisen

an

an Tagegeld 31,50 M und an Nachtzulagen 21 M bekommen, alle übrigen Beamten 21 M Tagegeld und 21 M Übernachtungsgebühr.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und schlägt vor, diesem Antrage des Rates zuzustimmen.

Stadtv. M a a ß : Ich bin mit den Anträgen, die der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, nicht einverstanden, und zwar aus zwei Gründen. Erstens hat man meiner Meinung nach die Bemessung der Gelder etwas zu niedrig ~~an~~ vorgenommen, denn es ist ausgeschlossen, daß ein Beamter, der gezwungen ist, außerhalb Mahlzeiten einzunehmen, mit 31,50 M auskommt, oder wenn er übernachten muß mit 21 M. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Zweitens muß ich mich dagegen wenden, daß der Finanzausschuß uns vorschlägt, die Beamtenschaft und alle Bewohner der Stadt in 2 Klassen zu teilen. Es kann sich darnach zutragen, daß der Oberbürgermeister oder sonst ein Ratsmitglied mit einem Unterbeamten eine Reise unternimmt und daß infolge der erhöhten Tagegelder der Herr Oberbürgermeister in ein Hotel erster Klasse

geht

geht und der Unterbeamte in einen Gasthof minderen Werts. Ich beantrage, daß für Tagsgeld 35 M und für Übernachtungsgebühr 25 M festgesetzt werden, daß also die zweite Klasse wegfällt und für sämtliche städtischen Beamten, die im Dienste der Stadt Reisen ausführen, nur eine Klasse besteht.



Stadtv. B u r g d o r f ~~f~~ bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Auszählung ergibt die Anwesenheit von 26 Stadtverordneten. Das Haus ist darnach beschlußfähig.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r ;

Ich habe Bedenken dagegen, daß die Stadt in diesen Sätzen über die des Staates hinausgeht. Der Unterschied, den wir in der Bemessung der Entschädigung gemacht haben, beruht auf der Satzung über die Verwaltung der Stadt (Statut Nr.1), das noch in kraft ist. Dadurch ist es gekommen, daß wir entsprechend dem Vorgehen des Staates - der übrigens 4 Klassen eingerichtet hat - 2 Klassen gebildet haben.

Stadtv. M a a ß : Wenn der Herr Oberbürgermeister sagt, daß sich der Rat der Stadt nach den Sätzen des Staates gerichtet hat, so erwidere ich darauf, daß wir nicht verpflichtet sind, wenn der Staat einen Fehler macht, denselben Fehler zu machen. Ich möchte bitten, meinem Antrage stattzugeben; ich meine, die Sätze sind nicht überspannt.

Stadt v. J a h n s : Ich höre eben die Sätze, die der Rat vorschlägt und auch, daß Herr Mauß vorschlägt, höhere Sätze zu nehmen. Ich bin in der letzten Zeit 5 Wochen lang unterwegs gewesen und kann aus eigener Erfahrung berichten, daß ich bei den Sätzen des Staates dauernd habe zulegen müssen. Wenn man heute übernachten will, bezahlt man schlankweg 25 M. Ich bitte, dem Antrage von jener Seite zuzustimmen.

Der Antrag des Stadtv. Maaß wird von  
der Versammlung angenommen.

### 33. Bewilligung von Mitteln für eine Raabe-Feier.

Stadtv. S t e g m a n n : Am Sonntag, dem 11. September d.J. soll zur Feier des 90.Geburtstages des verstorbenen Dichters Wilhelm Raabe die Hauptversammlung der Gesellschaft der Freunde Wilhelm Raabes, die in ganz Deutschland verbreitet ist, stattfinden. Wilhelm Raabe war bekanntlich Ehrenbürger der Stadt Braunschweig, und es ist ihm auch ein Ehrengrab von seiten der Stadt gestiftet worden. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Stadt Braunschweig einen Beitrag zu den Kosten dieser Gedächtnisfeier, bei der eine Bronzetafel an dem Hause, in dem er 40 Jahre lang gelebt hat und im Jahre 1910 gestorben ist - Leonhardstr.29a - angebracht wird. Verschiedene andere Städte haben schon längst eine Gedächtnistafel zu Ehren des Dichters gestiftet, so Wolfenbüttel

für

für seine dortige Wohnstätte und Eschershausen  
für sein Geburtshaus. Magdeburg hat zu den  
Kosten ~~einer lokalen~~ <sup>hier</sup> Feier an seinem 90. Geburts-

~~tage~~ 1700 M verwilligt. Der Finanzausschuß  
schlägt vor, dem Ratsantrage gemäß zu den  
Kosten der Feier in Braunschweig aus städtischen  
Mitteln einen Zuschuß im Betrage von 3000 M  
zu bewilligen, und zwar zu Lasten des Verfü-  
gungsfonds der städtischen Behörden.

Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

Die 3000 M werden bewilligt.

(Punkt 33)



34. Legung des Wasserrohrs auf der Charlottenhöhe und Verwilligung der erforderlichen Mittel.

Stadtv. B u r g d o r f: Der Besitzer des Villengrundstücks auf der Charlottenhöhe, Herr Hartwig, hat gebeten, auf der Charlottenhöhe ein Hauptwasserrohr zu legen, weil die Grundstücke dort bisher ohne Anschluß an die Wasserleitung sind. Die Rentenhausgenossenschaft hat dies Gesuch unterstützt, weil sie mit Bauen anfangen will und dazu Wasser gebraucht. Der Kostenanschlag des Städtischen Betriebsamtes beläuft sich für diese Anlage auf 50 000 M., und wenn das Gaszuleitungsrohr gelegt werden sollte, müßten noch 39 600 M verwilligt werden. Der Rat der Stadt gibt anheim, für die Verlängerung des Wasserrohrs den Betrag von 50 000 M zu Lasten des Reservefonds der

Wasser-

Wasserwerke zu bewilligen. Wegen Legung des Gasrohrs behält sich der Rat das Weitere vor, weil noch nicht einwandfrei festgestellt ist, ob bei einer solchen Anlage die Kosten sich verzinsen würden.

Der Finanzausschuß hat sich mit der Frage befaßt und empfiehlt der geehrten Versammlung, dem Antrage des Rates zuzustimmen und die 50 000 M. zu bewilligen.

Stadtv. N e s s e n i u s : Ist es denn unbedingt nötig, daß man die Wasserleitung dort hinauslegt und die großen Kosten ausgibt ? Rings um Braunschweig wird gebaut und man begnügt sich hierbei mit Beschaffung des Wassers durch Brunnen. Das Brunnenwasser in der Gegend der Charlottenhöhe ist wunderhübsch, denn die Gegend hat einen guten Boden. Ich glaube nicht, daß sich die angelegten 50 000 M verzinsen würden. Ich sehe nicht ein, daß man so weit hinaus Wasserleitung legt, während es für andere gut genug ist, daß sie Brunnenwasser verwenden.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :  
Die Stadtverordneten haben beschlossen, daß  
sie diese Gegend der Charlottenhöhe als Bau-  
gelände aufzuschließen, und da die Charlotten-  
höhe in unmittelbarer Nähe des ~~städtischen~~ <sup>bebauten</sup>  
~~Baugrundes~~ <sup>Stadtgebietes</sup> liegt, so wäre es angebracht, dem  
Antrage nachzukommen und das Wasserrohr zu  
legen.

Stadtb. N ö l l : Ich habe das Bedenken gegen den Antrag, daß wir mit den veranschlagten Kosten nicht auskommen werden, denn der Preis für Eisen steigt fortwährend. Bis die Arbeit in Angriff genommen ist, wird der Preis für die ~~sternen~~ ~~sternen~~ Wasserrohre ein viel höherer sein, als er im Anschlag angegeben ist.

V o r s i t z e n d e r : Ich kann mitteilen, daß im Besitz des Gesuchstellers Hartwig allerdings ein Brunnen ist, der aber eine kolossale Tiefe hat. Ich habe einen Stein in den Brunnenschacht fallen lassen und es hat <sup>lange</sup> ~~eine ganze Ewigkeit~~ gedauert, ehe er auf der Wasserfläche angekommen ist. Es geht daraus hervor, daß die Anlage von Brunnen in dieser Gegend sehr teuer wird.

Stadt v. B u r g d o r f. In der Eingabe des Herrn Hartwig ist angegeben, daß der Bedarf an Wasser bis jetzt aus dem in seinem Besitz befindlichen Brunnen gepumpt wird. Nun sind aber zwei der Reservebehälter zerbrochen, also unbrauchbar geworden, und der Betrieb des Gasmotors zum Heraufpumpen des Wassers stellt sich sehr teuer. Da jetzt auch die Rentenhausgenossenschaft Häuser bauen will und dafür das Wasser benötigt wird, so glaube ich, daß es für die Stadt nötig wird, zwecks Aufschluß des Geländes für Wasser zu sorgen und dem Antrage stattzugeben.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir der Braunschweigischen Baugenossenschaft Wasserleitung nach dem Ärkeröderfelde hinausgeführt haben. Ich gebe zu, daß es bei dem jetzt üblich gewordenen Bauen weit entfernt von der Stadt - z. B. bei den Bauten der Siedlungsgesellschaft - der Stadt nicht zugemutet werden kann, sofort der Anlage von Wohnhäusern mit den unterirdischen Anlagen zu folgen. Hier aber handelt es sich um Aufschließung eines Grundstücks, das wir im Anschluß an den städtischen Baugrund <sup>an</sup> ~~als~~ Bauplätze bestimmt haben. Einmal werden wir das Wasserrohr doch hinauslegen müssen, auf Legung des Gasrohrs aber wollen wir <sup>vordänfig</sup> ~~aber~~ verzichten. Lehnen Sie heute diesen Antrag ab, so wird das nicht eine Förderung der Bautätigkeit sein. Wer heute genötigt ist, zur Ausführung der Bautätigkeit Brunnen anzulegen, besonders auf so

hoch



hoch/gelegenem **Terrain**, wie die Charlottenhöhe  
eins ist, der wird sich die Frage vorlegen, ob  
er mit dem Bauen nicht solange wartet, bis die  
Stadt die 50 000 M bewilligt hat und die **Rohre**  
gelegt sind. Ich glaube doch, daß <sup>Sie</sup>~~wir~~ besser  
tun, diese Summe heute zu bewilligen.

Stadt v. Lehnert: Ich bitte, dem Beschlusse der Kommission beizutreten. Wir sehen fortwährend, wie keine Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, und im besonderen weiß ich, daß auf dem Betriebsamte nicht allzuviel Arbeit vorliegt. Die Sache hier steht so, daß es eines schönen Tages heißen könnte: Die Stadt ist gezwungen, Leute zu entlassen, weil sie keine Arbeit mehr für die Leute haben<sup>4</sup>. Diese Ausgabe von 50 000 M bringt produktive Arbeit. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß wir den Reservefonds angelegt haben, um ihn zu gebrauchen, wenn es nötig ist. Ich möchte also bitten, dem Beschluß der Kommission zuzustimmen.

Stadt v. T o s t m a n n : Ich kann nicht begreifen, daß sich jemand findet, der gegen diesen Antrag der Kommission ist. Es handelt sich doch darum, das Wasserrohr zu legen, damit die Betreffenden, die bauen wollen, Wasser dazu hinbekommen. Zum Bauen müssen sie doch Wasser haben, und nachher wenn die Häuser bewohnt werden, muß auch Wasser da sein. Daß sie die Anlage heutzutage nicht auf ihre Kosten machen können, ist selbstverständlich. Jeder würde auf das Bauen verzichten, wenn er zu solchen Ausgaben genötigt würde, und die Stadt müßte zusehen, woher sie Häuser bekommt. In dieser Sache ist es nötig, daß die Stadt das größte Entgegenkommen zeigt, sowohl bei der Bewässerung wie bei der Entwässerung des Baugrundes. Hier muß die Allgemeinheit Beiträge leisten, solange auf solchem Gelände gebaut wird und die Anlage sich ~~nicht~~ verzinst. Ich möchte ersuchen, dem Kommissionsantrage ohne weiteres zuzustimmen.

Stadtv. J a h n s : Es sind alles wohlhabende Leute, die auf diesem Gelände gebaut haben oder bauen wollen, und sie haben vorher gewußt, daß keine Wasserleitung vorhanden ist. Aus dem Grunde würde ich also nicht veranlaßt werden können, dem Antrage zuzustimmen. Allein die Ausführungen des Herrn Lehnert könnten mich dazu bringen, dafür einzutreten, daß das Wasserrohr gelegt wird. Sonst aber würde ich sagen: Jeder, der ein so schönes Grundstück bebaut, möge auch für die Kosten eintreten.

Stadt v. T o s t m a n n : Ich weiß nicht, welche Leute Herr Jahns zu den wohlhabenden rechnet. Soweit wir unterrichtet sind, werden die Bauten, die in Angriff genommen sind, auf Rechnung solcher Unternehmungen ausgeführt, deren Mitglieder Arbeiter sind. (Zuruf: Auf der Charlottenhöhe?) Auch die Braunschweigische Baugenossenschaft hat dort Bauplätze gekauft. Ich weiß nicht, woher Herr Jahns anders informiert ist, sonst müßte er wissen, das auch diese Baugesellschaft aus armen Leuten besteht. Es haben sich auf der Charlottenhöhe ursprünglich auch einige Begüterte Bauplätze ankaufen wollen, aber diese sind von dem Kauf zurückgetreten, als sie die Bedingungen gehört haben. Der Villenbesitzer auf der Charlottenhöhe kann nicht in Frage kommen, sondern nur die Bauten, die dort angefangen werden sollen. Sollte auch wirklich einmal ein Wohlhabender unter den Bauunternehmern

mern dort in Frage kommen, so können wir doch wegen dieses einen den anderen das Wasser nicht verweigern.

Stadt v. N ö l l : Ich habe mit meinen Worten vorhin nur sagen wollen, daß wir nicht solange warten sollten die Anlage auszuführen, sondern daß wir schnell damit anfangen müßten. Im übrigen haben wir schon in der Wohnungskommission uns dafür ausgesprochen, daß die Wasserrohre nach der Charlottenhöhe hinausgelegt werden müssen.

299

*Die Mittel für Legung des Wasserrohres  
werden bewilligt.*



35. Verwilligung von Mitteln zur Ver-  
besserung der Bedürfnisanstalt am  
Stadtpark.

4

Stadt v. M u n t e : Wer die Verhältnisse am Stadtpark kennt, weiß, daß die Bedürfnisanstalt dort ziemlich umfangreich angelegt ist. Sie dient nicht allein den Gästen der Stadtparkwirtschaft, sondern jetzt auch dem Verkehr der Passanten und dem Spielbetriebe. Der Wirt des Stadtparksrestaurants hat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Anstalt sauber gehalten wird, aber es ist ihm ganz und gar unmöglich, dieser Verpflichtung nachzukommen, wenn die Anstalt nicht dauernd beaufsichtigt wird. Deshalb soll jetzt in Übereinstimmung mit dem Rat von dem Wirt eine Frau angestellt werden und nur einige Teile der Anstalt zur unentgeltlichen Benutzung freistehen, während für die Benutzung

des

des anderen Teiles ein Entgelt von 15 Pfg. zu entrichten ist. Im Winter soll ein Teil der Anlagen verschlossen werden.

Weiter hat sich herausgestellt, daß die Anstalt einer kleinen baulichen Verbesserung bedürftig ist. Die Räume sind dunkel und deshalb sollen hochgelegene Fenster eingebracht werden und die Innenwände und Decken mit einem hellen Anstrich versehen werden. Die Kosten dafür betragen 2100 M. Der Antrag des Rates bit-

1) um Zustimmung dazu, daß dem Pächter der Stadtparkwirtschaft für die Anstellung einer Wärterin vom 1. August d.Js. ab ein monatlicher Zuschuß von 60 M gewährt wird, und

2) einen Betrag von 2100 M zum Zwecke baulicher Verbesserungen zu bewilligen.

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und schlägt Ihnen vor, diesen Antrag des Rates zu genehmigen.

Stadtv. M a a ß : Ich möchte nicht verfehl  
 len, bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam zu  
 machen, daß es an Bedürfnisanstalten in der  
 Stadt mangelt. Wenn man z. B. abends 8 Uhr  
 am Rathause vorbeikommt, findet man die dort .  
 gelegene öffentliche Bedürfnisanstalt schon  
 verschlossen. Ich gebe zu, daß an dieser Stelle,  
 wo hinten alles offen daliegt, eine gewisse  
 Rücksicht zu nehmen ist, aber diesem Umstande  
 kann abgeholfen werden, indem ein Gitter ge-  
 zogen wird. Ich habe schon unangenehme Bemerkun-  
 gen von Theaterbesuchern gehört, die 1/2 11 Uhr  
 aus dem Theater kommen und die Anstalt verschlos-  
 sen finden. Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen  
zu erwägen  
 ob nicht hier ein Gitter gezogen werden soll,  
 und die Anstalt bis mindestens 11 Uhr abends  
 offengehalten werden kann.

*Dem Antrage des Finanzausschusses stimmt  
die Versammlung zu.*

*(Punkt 35).*

36. Erlaß einer Bekanntmachung, betreffend  
das Verbot des Tragens ungeschützter  
Hutnadeln in Straßen<sup>bahn</sup>wagen.

Stadt v. G r ä f : Meine Damen und Herren!  
Ich war leider behindert, an der Sitzung des  
Rechtsausschusses teilzunehmen, aber ich glaube  
im Sinne des Rechtsausschusses zu handeln, wenn  
ich folgendes über die Sache berichte:

Am 23. Mai ersuchte die Polizeidirektion  
den Rat, die Zustimmung der städtischen Behör-  
den dazu herbeiführen zu wollen, daß der im Jah-  
re 1913 genehmigte Zusatz zu § 29 des Polizei-  
reglements über den Straßenbahnbetrieb: „Das Tra-  
gen ungeschützter Hutnadeln ist verboten“ wieder  
aufgehoben wird. Unter dem 27. Mai erwiderte der  
Rat der Stadt, daß keine Veranlassung vorliege,  
den Zusatz wieder aufzuheben. Die Direktion der  
Straßenbahn habe darauf hingewiesen und eigene

Beob-

Beobachtungen seitens der Ratsmitglieder hätten es bestätigt, daß immer noch ungeschützte Hutnadeln getragen werden, wenn auch nicht in dem Umfange wie früher. Ob die Milderung des Mißstandes der zurzeit herrschenden Mode oder dem Verbote zuzuschreiben sei, könnte dahingestellt bleiben, jedenfalls sei zu befürchten, daß, wenn sich die Mode ändert oder das Verbot aufgehoben wird, ungeschützte Hutnadeln wieder auftauchen werden. Trotzdem ist unter dem 27.

Juni dem Rat die Abschrift einer Bekanntmachung mitgeteilt worden, in der dieses Verbot aufgehoben wird, und es wird um die Genehmigung der städtischen Behörden dazu ersucht. Der Rat legt hiergegen Verwahrung ein und beruft sich auf § 45 der Städteordnung und auf das Gesetz Nr. 27 von 1850, wonach die Zustimmung der Stadtverordneten und des Magistrats zu solchen Maßnahmen erforderlich ist. Da durch die Bekanntmachung der Polizeidirektion, die inzwischen erlassen

ist,

ist, eine gewisse Rechtsunsicherheit eingetreten ist, beantragt die Polizeidirektion, die Zustimmung zu folgender neuen Bekanntmachung zu geben: „Das Tragen ungeschützter Hutnadeln auf den Straßenbahnwagen ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 38 des Polizeireglements vom 20. Januar 1898 bestraft.“

Der Rechtsausschuß empfiehlt der Versammlung, dem Erlaß dieser neuen Bekanntmachung in der vorgeschlagenen Form ~~zu~~ zustimmen zu wollen, damit diese Bestimmung anstelle der früheren in Kraft treten kann.

*Er. d. R. A. d. V. d. V.*

*St. d. R. A. d. V. d. V.*

*Spä?*

Die Zustimmung der Versammlung zum Erlaß  
der Bekanntmachung wird erteilt.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche  
Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

-----







